

Denkschrift
zum
25 jährigen Bestehen
des
Verbandes Deutscher Privat-Feuer-
versicherungs-Gesellschaften
1871 – 1896.

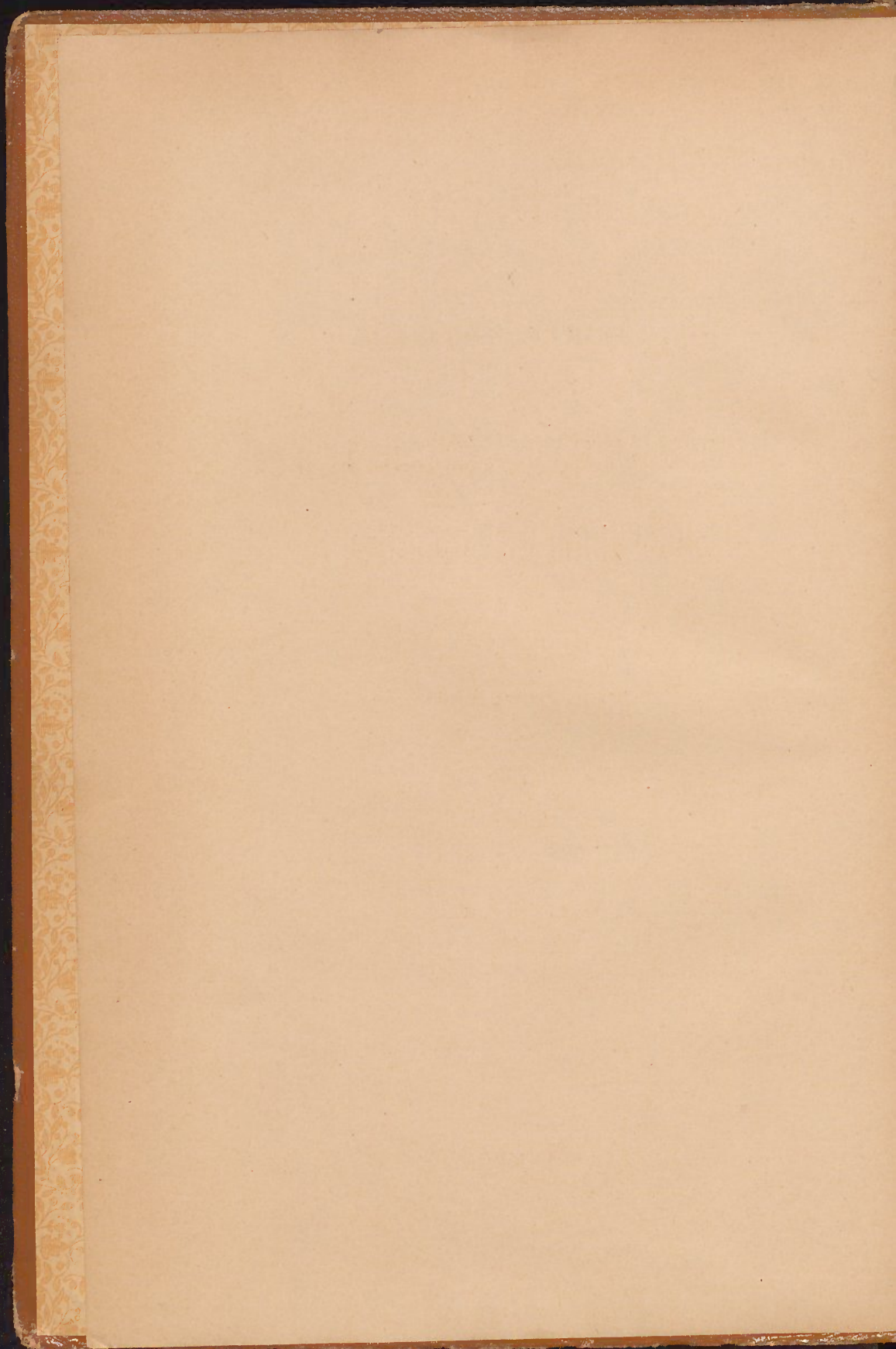
EIGENTUM
DES
INSTITUTS
FÜR
WELTWIRTSCHAFT
KIEL

BIBLIOTHEK

Nr. 13552

1921

A.1787



Denkschrift

zum

25 jährigen Bestehen

des

Verbandes Deutscher Privat-Fener-
versicherungs-Gesellschaften

1871–1896.

Von

Dr. Otto Biegler,
Verbands-Sekretär.

Berlin 1897.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei.



Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
Reichs-Versicherungs-Gesetz	7
Der Verband und die Sozietäten	17
Präventiv-Kontrolle in Preußen	60
Besteuerung in Preußen	81
Rechnungslegung in Preußen	109
Verhältnisse in Bayern	113
Verhältnisse in Sachsen	147
Verhältnisse in den übrigen deutschen Bundesstaaten	172
Versicherungsbedingungen	183
a) Allgemeine	187
b) Landwirthschaftliche	219
c) für Fabriken etc.	236
d) für elektrische Licht- und Kraftanlagen	242
e) für Ausstellungen	248
Dampfkessel-Explosionschäden	251
Versicherung indirekter Schäden	254
Sicherung der Hypothekengläubiger	259
Sparcassen in Preußen	269
Statistik	274
Vereinsblatt	281
Schlusswort	285
Chronik des Verbandes	290
Mitglieds-Verzeichniß des Verbandes	298



Einleitung.

Am 29. November 1871 begründeten in Hannover die Direktoren von 11 deutschen Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaften eine Vereinigung unter dem Namen Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften. Den ursprünglichen 11 Gesellschaften traten im Laufe der Jahre eine Reihe weiterer hinzu, so daß der Verband jetzt, wo er auf sein 25 jähriges Bestehen zurückblickt, 18 deutsche private Feuerversicherungs-Gesellschaften, und unter ihnen die größten und ältesten, umfaßt.

Entstehung
des Verbandes.

Die Vereinigung von privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften zur Verfolgung gemeinsamer Ziele war nicht eine durchaus neue Erscheinung im deutschen Versicherungswesen. Schon im Jahre 1852 hatte sich eine Anzahl Feuerversicherungs-Gesellschaften zu einem Verein zusammengefunden, nachdem der weitausschauende Plan seiner Gründer, einen Bund der Versicherungsgesellschaften aller Zweige und Gattungen in deutschen Landen und Italien ins Leben zu rufen, gescheitert war. Den Verein von 1852 löste eine Vereinigung mehrerer Feuerversicherungs-Anstalten ab, die im Jahre 1857 zu Stande kam, und welche als die eigentliche Vorläuferin des Verbandes zu betrachten ist. Diese Vereinigung hatte sich praktische Ziele gesteckt; sie wollte reorganisirend in das arg darniederliegende Versicherungsgeschäft eingreifen und durch gemeinschaftliches Handeln eingerissene Mißstände beseitigen. Die Absicht erwies sich als undurchführbar. Die Vereinigung blieb auf eine geringe Anzahl von Theilnehmern beschränkt, die bei ihren, Direktorenkonferenzen genannten Zusammenkünften wohl aktuelle Angelegenheiten des Ver-

sicherungswezens erörterten und auch bestimmte Abmachungen trafen, im Ganzen aber nicht in der Lage waren, durch gemeinschaftliche Aktionen für die Interessen ihres Versicherungsweiges mit nachhaltigem Erfolge eintreten zu können.

Die in den sechziger Jahren beginnende kräftigere Bewegung auf wirthschaftlichem und politischem Gebiete übertrug sich naturgemäß auch auf die Feuerversicherung, die ja mit allen ihren Wurzeln und Fasern im Wirthschaftsleben der Nation haftet. Konnte sie doch von dem frischeren und freieren Hauch, der der Morgenröthe einer neuen Zeit vorausging, die Befreiung von den Fesseln erhoffen, die ihr in Deutschland die vielgestaltigen Rechtsverhältnisse der Einzelstaaten auferlegten.

Mit der bevorstehenden einheitlichen Regelung des Handelsrechtes schien der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo auch für das Versicherungswezen die Grenzpfähle der Einzelstaaten fallen sollten, und im ganzen deutschen Lande Versicherung nach demselben Rechte gegeben und genommen werden würde. Ein gewichtiges Wort bei Gestaltung dieses Rechtes mitsprechen zu können, mußte das Streben der durch die seitherigen Zustände an der freien Entfaltung ihrer Kräfte behinderten Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften sein. Für sie kamen zunächst und hauptsächlich die Verhältnisse in Preußen in Frage, wo ihnen die öffentlichen mit staatlichen Privilegien und Vorrechten versehenen Feuerversicherungs-Anstalten als Gegner gegenüber standen. Diese Anstalten hatten im Jahre 1867 eine Vereinigung öffentlicher Sozietäten begründet, aus welcher demnächst der Verband der öffentlichen Feuersozietäten hervorging, unter dessen thatkräftiger Führung sich anscheinend die völlige Unterordnung der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften unter die öffentlichen, wenn nicht gar ihre endgiltige Verdrängung, vollziehen sollte.

Die Vertheilung der Kräfte zwischen dem öffentlichen und dem privaten Feuerversicherungsbetrieb war außerordentlich ungleich. Auf der einen Seite die in bevorrechter Stellung befindlichen öffentlichen Anstalten, geleitet von der Regierung nahestehenden Beamten, unter einander verbündet und im Besiz eines Organs, das, ohne öffentlich zu erscheinen, den Mitgliedern und sämtlichen Regierungsstellen über die Vorkommnisse im Feuerversicherungsbetriebe, über Wünsche und Beschwerden, lediglich vom eigenen Standpunkt aus, ohne eine abweichende

Meinung aufkommen zu lassen, Kenntniß gab — auf der anderen Seite die oft stiefmütterlich behandelten Privat=Feuerversicherungs-Gesellschaften, deren Leiter im Privatleben zwar hochangesehen waren, mit der Regierung aber wenig oder keine Fühlung besaßen, von denen nur ein kleiner Theil sich in einer der festen Organisation entbehrenden Vereinigung von Zeit zu Zeit zusammenfand und denen außer durch gelegentliche Artikel in einigen Tagesblättern keine Mittel zu Gebote standen, sich in der Oeffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Erfolgte unter solchen Umständen die Festlegung des Versicherungsrechtes in Deutschland, so stand für die privaten Gesellschaften zu befürchten, daß ihre Lage sich anstatt zu verbessern, noch weiter verschlechtern würde, denn auch in anderen deutschen Einzelstaaten nahm der staatliche bezw. provinziale Versicherungsbetrieb eine vorherrschende Stellung ein.

Hierzu kamen die unausgesetzt steigenden Anforderungen der Regierungen, Behörden und Gemeinden rücksichtlich der Besteuerung der Privatgesellschaften in allen erdenklichen Formen, die Auflegung von Verpflichtungen bei Zulassung zum Versicherungsbetrieb, die Vorschriften für Einrichtung von Generalagenturen und Agenturen u. s. f., kurz eine Anzahl von verschiedenartigsten Maßregeln, gegen welche sich der Protest einer einzelnen Gesellschaft fast in allen Fällen wirkungslos erwies, während ein gemeinsames Vorgehen manche Härten von den Gesellschaften hätte abwenden können.

Diese Verhältnisse und Gesichtspunkte waren es, von welchen geleitet eine Anzahl um das deutsche Privat=Versicherungswesen hochverdienter Männer im Jahre 1871 die Vereinigung vom Jahre 1857 unter Hinzuziehung einiger gleichgesinnter Leiter anderer angesehenen Gesellschaften in das festere Gefüge des Verbandes Deutscher Privat=Feuerversicherungs-Gesellschaften umwandelte.

Schon die Motive, die zu der Errichtung des Verbandes führten, gaben zu erkennen, daß es sich hierbei nicht um ein Kartell oder um eine Ringbildung handelte, die es sich zur Aufgabe gestellt hätte, den Versicherungspreis zu regeln, die Konkurrenz zu unterdrücken oder auf sonstige Weise die Gewinnerzielung der Gesellschaften aus dem direkten Geschäftsbetriebe zu fördern, sondern daß der Zutritt zum Verbandszweck des Verbandes. erfolgte war zum Zwecke der gemeinsamen Abwehr von Uebergriffen und zur gemeinsamen Arbeit an

der Fortentwicklung des Privat-Feuerversicherungswesens in Deutschland.

Statuten
des Verbandes.

Diese nach der gemeinnützigen Seite gravitirende Tendenz fand ihren Ausdruck in den Statuten, die sich der Verband gab. Die von der konstituierenden Generalversammlung zu Hannover vom 29. November 1871 beschlossenen Statuten bestimmen demgemäß unter § 2 als Beruf des Verbandes: Die Vertretung der Interessen des gesamten Privat-Feuerversicherungswesens und die Verfolgung der wissenschaftlichen Zwecke desselben, insbesondere die Herstellung und Benutzung einer Feuerversicherungsstatistik.

Die Statuten haben dem preussischen Ministerium vorgelegen und auf Grund derselben wurden dem Verband durch Allerhöchsten Erlaß vom 25. Dezember 1873 die Rechte einer juristischen Person verliehen.

Nächst der Bestimmung über den Zweck des Verbandes ist die wichtigste der Statuten diejenige über die Einsetzung eines Ausschusses. Die Errichtung einer ständigen Vertretung der Verbandsgesellschaften mit Sitz in Berlin trug wesentlich dazu bei, die Stellung des Verbandes nach innen und nach außen zu festigen. Der Ausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und drei Mitgliedern, letztere müssen Direktoren von Verbandsgesellschaften sein, während der Vorsitzende außerhalb der Versicherungsgesellschaften steht. Schließlich ist aus den Verbandsstatuten noch hervorzuheben die Erwähnung des in Gemeinschaft mit dem Verein der Lebensversicherungsgesellschaften zu begründenden Fachblattes. Der Wunsch, ein eigenes Organ zu besitzen, um die Angriffe der Sozietäten abzuwehren und andere das private Versicherungswesen berührende Angelegenheiten öffentlich zu besprechen, hatte, wie bereits angedeutet, ebenfalls bestimmend auf den Entschluß, den Verband ins Leben zu rufen, eingewirkt. Auf das Fachblatt wird an anderer Stelle zurückzukommen sein, ebenso auf die vorerwähnte Statistik.

Thätigkeit
des Verbandes.

Der Verband hat in den 25 Jahren seines Bestehens dem in den Statuten enthaltenen Programm gemäß gewirkt und kann heute mit Befriedigung und Genugthuung auf diesen Abschnitt seiner Thätigkeit zurückblicken. Die einheitliche Regelung des Versicherungsrechtes — des öffentlichen wie privaten — ist bis heute nicht erfolgt und es muß dahingestellt bleiben, ob unter der Herrschaft der gegenwärtig

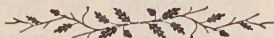
überwiegenden Anschauungen ein Versicherungsgeſetz zu Stande kommen würde, das den privatwirthſchaftlichen Bedürfniffen des Verſicherungswefens hinreichend Rechnung trägt. Nach den bisherigen Erfahrungen, die die Privat-Gefellſchaften in der Mehrzahl der Einzelſtaaten gemacht haben, dürfte dieſe Frage vorläufig noch zu verneinen ſein. Denn wenn auch ein bemerkenswerther Umſchwung zum Beſſeren in der Zwischenzeit eingetreten iſt, beſtehen doch noch gegen die Privat-Feuerverſicherungs-Gefellſchaften mancherlei ungerechtfertigte Vorurtheile, und zwar zum größten Theil ſolche, die auf eine mangelhafte Kenntniß über die Erforderniſſe des Privat-Feuerverſicherungsbetriebes zurückzuführen ſind. Gegen dieſe den privaten Gefellſchaften feindliche Gefinnung anzukämpfen, ihnen und ihren loyalen Beſtrebungen zur Geltung zu verhelfen, war des Verbandes unabläßiges Beſtreben ſeit ſeiner Errichtung.

In dieſer Hinſicht einen in ſeinem Werthe nicht zu unterſchätzenden Einfluß ausgeübt zu haben, kann der Verband mit gutem Rechte als ſein Verdienſt in Anſpruch nehmen. Er hat keine Gelegenheit vorübergehen laſſen, nicht nur um Angriffe zurückzuweiſen, ſondern um Aufklärung über die Theorie und Praxis des Privat-Feuerverſicherungsbetriebes zu verbreiten, und durch die That zu beweifen, daß der privatwirthſchaftliche Betrieb der Feuerverſicherung im vollen Umfange ſeinen Aufgaben gewachſen iſt. Hierin beſtand und beſteht noch die eine hauptſächliche Seite der Thätigkeit des Verbandes, die ihrem Weſen nach gerichtet iſt auf die Hebung und Feſtigung der Stellung der privaten Feuerverſicherungs-Gefellſchaften in Deutſchland. Der Bericht über dieſe Thätigkeit füllt deſhalb auch einen anſehnlichen Theil der nachfolgenden Blätter aus. Er konnte nicht kürzer gefaßt werden, wenn anders ein anſchauliches Bild von den früheren und jetzigen Zuſtänden, ſowie von den Schwierigkeiten gegeben werden ſollte, mit welchen die Privat-Feuerverſicherungs-Gefellſchaften innerhalb der letzten 25 Jahre zu kämpfen hatten.

Die andere Seite der Thätigkeit des Verbandes erſtreckte ſich auf Verbesserungen in dem Betriebe der privaten Feuerverſicherung. Hierunter fällt in erſter Linie die Löſung der wichtigen Frage nach Schaffung allgemeiner einheitlicher Verſicherungsbedingungen, ſowie einheitlicher Verſicherungsbedingungen für Landwirthſchaft, für

Fabriken und anderer Risikogattungen. Das Verdienst, das sich der Verband durch diese Thätigkeit erworben hat, geht ohne weiteres aus der Thatfache hervor, daß seine Bedingungen von fast allen Versicherungsgeellschaften in Deutschland und über dessen Grenzen hinaus — gleichviel ob Aktien- oder Gegenseitigkeitsgesellschaften — wörtlich oder doch dem Sinne nach angenommen worden sind. Nicht minder richtete der Verband seine Aufmerksamkeit auf die Vermehrung des Feuersehuzes, auf Beschaffung von Versicherungsgelegenheit, auf Sicherung des Realkredits, auf Herstellung entsprechender Statistiken, auf das loyale Geschäftsgebahren der Gesellschaften und auf alle diejenigen Maßnahmen, die erforderlich waren, damit das Feuerversicherungswesen gleichen Schritt halte mit der fortschreitenden Entwicklung des Verkehrs.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Berichtes, alle jene Fragen zu beleuchten, die der Verband auf seinen Generalversammlungen, deren bisher 64 abgehalten worden sind, durch seinen Ausschuß und durch Austausch der Meinungen seiner Mitglieder auf schriftlichem Wege behandelt hat. Vielmehr muß sich der nachfolgende Bericht darauf beschränken, diejenigen Momente aus der Thätigkeit des Verbandes hervorzuheben, die von allgemeinerem Interesse für das Feuerversicherungswesen sind, wenn auch hierdurch mancher Zug, der zur Charakteristik des Ganzen beitragen würde, verloren geht. Das Gegebene möge genügen, um einen Ueberblick zu gewähren über die Zwecke, die der Verband seit seinem Bestehen verfolgt hat und noch verfolgt, um einen Rückblick anzustellen auf die Zustände des Feuerversicherungswesens in den letzten 25 Jahren, soweit der Verband sich mit denselben befaßt hat, und um einen Ausblick zu ermöglichen auf den Entwicklungsgang, den in Zukunft das Feuerversicherungswesen in Deutschland zu nehmen hat, sofern dieser wichtige Wirthschaftszweig zu seinem Rechte, einheitliche Gesetzgebung und freie Bewegung, kommen soll.





Reichs-Versicherungs-Gesetz.

Artikel 4 der Reichsverfassung bestimmt:

„Der Beaufsichtigung Seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten:

1. Die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse, Staatsbürgerrecht, Paßwesen und Fremdenpolizei und über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens“

In dem Schlußprotokolle zu dem Vertrage vom 23. November 1870, betr. den Beitritt Bayerns zur Verfassung des deutschen Bundes, ist unter IV vorbehalten worden, daß, wenn sich die Reichsgesetzgebung mit dem Immobilien-Versicherungswesen befassen sollte, die vom Reiche zu erlassenden gesetzlichen Bestimmungen in Bayern nur mit Zustimmung der bayerischen Regierung Geltung erlangen können.

Die Regelung der Versicherungsgesetzgebung war bereits in der Verfassung des Norddeutschen Bundes vorgesehen. Die Aussicht, an Stelle der chaotischen Bestimmungen über das Versicherungswesen und der theilweise willkürlichen Maßregelung des Versicherungsbetriebes einen einheitlich geordneten Rechtszustand zu erhalten, erweckte die freudigsten Erwartungen in den Kreisen der deutschen Versicherungsgesellschaften, namentlich derjenigen, die den unter dem bisherigen Zustande am meisten leidenden Versicherungszweig betrieben, der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften. So weit es ihnen zu-stand, wollten auch sie an dem Einigungswerke mitarbeiten, von dem sie sich einen neuen Aufschwung des deutschen Feuerversicherungswesens versprachen. Ihre Mitwirkung an der Versicherungsgesetz-

Mitwirkung
der privaten
Versicherungs-
Gesellschaften
an dem Reichs-
Versicherungs-
Gesetz.

gebung zu sichern, erschien um so nothwendiger, als die preußischen öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten bereits für sich diesem Verlangen Ausdruck gegeben hatten.

In Hinblick auf letzteren Umstand richteten unter dem 17. November 1869 sechs Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften: die Aachener und Münchener Gesellschaft, die Colonia, die Elberfelder und die Stettiner Gesellschaft sowie die Berlinische und die Leipziger Anstalt, welche der Vereinigung von 1857 angehörten, an das Bundeskanzleramt des Norddeutschen Bundes eine Eingabe, in welcher sie ausführten, daß es in der That nicht ohne Nutzen sein dürfte, bei den gedachten Berathungen Männer, die das Versicherungsgeschäft zu ihrem Beruf gemacht haben, zuzulassen. Wenn indessen diese Männer nur den öffentlichen Feuersozietäten angehörten, so könnten sie als Sachverständige lediglich im Bereiche der genannten Sozietäten, nicht aber in Bezug auf die Verhältnisse des Privatversicherungsgewerbes angesehen werden, indem die Grundlagen beider Arten von Instituten und ihre daraus folgenden Verwaltungsmaximen wesentlich von einander abwichen. Hierzu komme die aggressive Haltung, welche wenigstens diejenigen preußischen Sozietäten, denen die Mobiliarversicherung gestattet worden sei, seit der Zeit, wo dies geschehen, gegen die Privatgesellschaften, besonders gegen die auf Aktien begründeten, einnehmen.

Unter solchen Umständen werde eine nur von dem Ausschuß der öffentlichen Feuersozietäten ausgehende Begutachtung über eine Gesetzgebung, welche sich nicht bloß auf sie, sondern nicht minder auf die Privat-Versicherungs-Gesellschaften erstrecken solle, von vornherein als nicht allseitig sachverständig und noch weniger als unparteiisch angesehen werden können.

Die sechs genannten Feuerversicherungs-Gesellschaften ersuchten daher das Bundeskanzleramt, für den Fall, daß Sachverständige zu den Vorberathungen über die zur Regelung des Versicherungswesens im Bundesgebiete bestimmten Gesetze zugezogen würden, zu demselben Zwecke auch Vertreter von Aktien-Feuerversicherungs-Gesellschaften, nach beliebiger Wahl, einzuberufen.

Das Reichskanzleramt erwiderte auf diese Eingabe unter dem 9. Dezember 1869, der gestellte Antrag werde bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfes in Erwägung gezogen werden.

Einen lebhaften Anlauf nahm die in den sechsziger Jahren bestehende, auf Regelung der Versicherungsgesetzgebung abzielende Bewegung, als im Jahre 1869 in Preußen die Einbringung des Entwurfes, betreffend den Geschäftsverkehr der Versicherungsanstalten, vom 1. Februar 1869, und des Entwurfes eines Gesetzes, das Feuer- versicherungs- wesen betreffend, von demselben Tage, erfolgte. Sachverständige arbeiteten Gegenentwürfe aus, die sie dem Bundeskanzler- amt vorlegten. Das gab einer Anzahl Direktoren deutscher Feuer-, Lebens- und Transportversicherungs-Anstalten Veranlassung, früher von ihnen aufgestellte Versicherungsgesetz-Entwürfe zu revidiren und sie in der neuen Fassung unter dem 22. Februar 1870 ebenfalls dem Bundeskanzleramte einzureichen.

Der Fortgang der Angelegenheit, die vom Bundesrathe in die Hand genommen worden war, wurde jedoch durch den deutsch-französischen Krieg unterbrochen.

Im Jahre 1872 meldeten öffentliche Blätter, daß sich die Vorbereitung zu dem Reichsversicherungsgesetze ihrem Abschlusse nahe, und 1873 erklärte der Präsident des Reichskanzleramtes, Dr. Delbrück, „daß der Entwurf des Gesetzes vor seiner Mittheilung an die betr. Faktoren zur allgemeinen Kenntnißnahme veröffentlicht und resp. einer fachmännischen Enquête unterworfen werden solle.“

Diese Erklärung entsprach einem Wunsche des Verbandes, der sich inzwischen gebildet und unter dem 30. November 1872 das Reichskanzleramt gebeten hatte, es wolle, sofern Sachverständige bei der Feststellung der dem Reichstage zu machenden Vorlage zugezogen würden, was sich der Verband in erster Linie zu befürworten erlaube, auch seine Ansicht hören, bevor die Vorlage an den Bundesrath gelange, oder aber, wenn jene Voraussetzung nicht zutrefte, den Gesetzesentwurf baldmöglichst der Oeffentlichkeit übergeben, damit die Fachpresse der im Kreise der Sachverständigen sich bildenden Ansicht Ausdruck geben könne.

Der Verband traf seine Vorbereitungen für den Erlass eines solchen Gesetzesentwurfes, indem er auf seiner sechsten Generalversammlung vom November 1873 beschloß, daß sofort nach Bekanntwerden des Entwurfes eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden sollte, und daß drei Verbandsgesellschaften hierbei das Referat zu übernehmen hätten.

Die Veröffentlichung eines Versicherungsgesetzentwurfes erfolgte aber nicht, und ebensowenig führten die wiederholten Verhandlungen über die Frage im Reichstag zu einem Ergebnis.

Heidelberger
Beschlüsse der
drei Verbände.

Am 7. Juni 1876 traten der Verband sowie der Verein Deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften mit Delegirten des Internationalen Transportversicherungs-Verbandes zu einer gemeinschaftlichen Versammlung in Heidelberg zusammen, um die Anschauungen in der Frage der Versicherungsgesetzgebung festzustellen. Die überwiegende Mehrheit der an dieser Verathung beteiligten Gesellschaften einigte sich dahin, die nachstehenden Beschlüsse als den Ausdruck ihrer Ansicht über die zweckmäßigste Lösung der Frage der Versicherungsgesetzgebung anzunehmen:

„1. Es ist dringend geboten, daß das gesammte Versicherungswesen im Deutschen Reiche demnächst durch Reichsgesetz einheitlich geregelt werde.

„2. Im privatrechtlichen Theile dieser Gesetzgebung bedarf es nur subsidiärer, das freie Vertragsrecht nicht beschränkender Bestimmungen.

„3. In dem Reichs-Versicherungsgesetze, welches sich auf das öffentliche Recht des Versicherungswesens zu beschränken hat, müssen folgende Grundsätze zur Geltung kommen:

a) Die Errichtung eines Versicherungsunternehmens darf nicht von staatlicher Genehmigung abhängig gemacht werden.

b) Der Betrieb von Versicherungsgeschäften ist keiner staatlichen Aufsicht zu unterwerfen.

c) Die Versicherungsunternehmungen müssen verpflichtet sein, nach Ablauf jedes einzelnen Rechnungsjahres ihre Abschlüsse und Bilanzen zu veröffentlichen. Das Gesetz hat die in die Abschlüsse und Bilanzen aufzunehmenden Positionen festzustellen.

d) Das Versicherungsgesetz muß Anwendung finden auf alle Versicherungsunternehmungen, mögen dieselben durch Erwerbs- oder Gegenseitigkeitsgesellschaften, oder durch öffentliche Korporationen, juristische oder Privatpersonen betrieben werden. Jede Bevorzugung irgend einer Art von Versicherungsunternehmungen vor den anderen Arten und jede Zwangsverbindlichkeit der Versicherungsnehmenden zur ausschließlichen Benutzung irgend einer staatlichen, provincialen, kommunalen oder sonstigen privilegierten Versicherungsunternehmung ist durch das Gesetz ausdrücklich aufzuheben und zu verbieten.

e) Ein Versicherungsunternehmen darf nur in dem Staate, zu welchem der Ort gehört, an welchem sich die gewerbliche Hauptniederlassung und der Sitz des Unternehmens befindet, und nur an diesem Orte zu Steuern oder sonstigen Abgaben und Beiträgen herangezogen werden, welche auf den Betrieb des Gewerbes oder auf ein aus dem Gewerbe angeblich resultirendes Einkommen gelegt werden. Stempelabgaben für Ausstellung von Versicherungsdokumenten oder Prämienquittungen dürfen nur an dem Ausstellungsorte erhoben werden.

f) Das Gesetz muß Anwendung finden auch auf alle außerhalb des Deutschen Reiches bestehenden Versicherungsunternehmungen, welche in Deutschland Versicherungsgeschäfte betreiben wollen. Die Freiheit des Gewerbebetriebes darf denselben jedoch nur zugesichert werden, falls in den Ländern ihres Sitzes der Betrieb von Versicherungsgeschäften für auswärtige Versicherungsunternehmungen unabhängig von staatlicher Genehmigung zugelassen, und solcher dort einer staatlichen Aufsicht nicht unterworfen ist.

Auch müssen die auswärtigen Versicherungsunternehmungen vor Eröffnung ihres Geschäftsbetriebes im Reichsgebiete für dasselbe rechtlich Domizil nehmen und den Nachweis erbringen, daß die gegen sie rechtskräftig ergehenden Erkenntnisse deutscher Gerichte in dem Lande ihres Sitzes seitens der dafür zuständigen Behörden ohne Weiteres vollstreckt werden."

Nachdem abermals mehrere Jahre verflossen waren, ohne daß in der Regelung des Versicherungsrechtes ein Fortschritt zu verzeichnen war, richtete unter dem 4. August 1879 der Reichskanzler an die verbündeten Regierungen ein Rundschreiben, durch welches die Frage wegen Erlasses eines Reichsgesetzes über das Versicherungs-^{Rundschreiben des Reichskanzlers vom 4. Aug. 1879.} wesen wieder aufgenommen wurde. Der Reichskanzler fragte in diesem Rundschreiben an, inwieweit die verbündeten Regierungen nach Lage der Verhältnisse ein dringendes Bedürfnis zum Erlass eines Reichs-Versicherungsgesetzes als vorliegend erachteten. Gleichzeitig bemerkte aber der Reichskanzler, daß nach seiner Auffassung das Eingreifen der Reichsgesetzgebung zur Zeit auf die verwaltungsrechtliche Seite des Versicherungswesens zu beschränken sei und die Fragen des bürgerlichen Rechtes, welche das Versicherungswesen berührten, an anderer Stelle ihre Erledigung zu finden hätten. Demnach stellte das Rundschreiben des Reichskanzlers folgende Punkte als in den Kreis der Erwägungen zu ziehen auf:

1. Konzessionsverfahren, 2. Vermögensverwaltung der Versicherungs-
gesellschaften, 3. Unterdrückung der Uebersversicherung,
4. sonstige Geschäftsführung der Gesellschaften, 5. Rechnungslegung,

6. einheitliche Grundsätze für die Besteuerung, 7. Versicherungszwang.

Rundschreiben
des
Reichskanzlers
vom
17. Nov. 1881.

Die Rückäußerungen der Bundesregierungen auf das Rundschreiben vom 4. August 1879 ließen „darüber keinen Zweifel bestehen, daß der Erlass eines Reichsversicherungsgesetzes in weiten Kreisen als ein dringendes Bedürfnis empfunden wird“, wie der Reichskanzler selbst in einem weiteren Rundschreiben an die Bundesregierungen vom 17. November 1881 erklärte. Infolgedessen hatte der Reichskanzler die Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzentwurfes veranlaßt, dessen Grundzüge er den Bundesregierungen mit dem letzt-erwähnten Rundschreiben vom 17. November 1881 vorlegte. Behufs Beschaffung des statistischen Materials über die tatsächlichen Verhältnisse im Versicherungswesen stellte der Reichskanzler den Bundesregierungen gleichzeitig ein Nachweisungsformular zu, in welchem alle wesentlichen für die Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten in Betracht kommenden Punkte aufgeführt waren. Die Ausfüllung der Formulare sollte durch die Versicherungsgesellschaften in den einzelnen Bundesstaaten erfolgen.

Aufstellung
von Grund-
prinzipien
seitens
des Verbandes.

Diese Vorbereitungen, die darauf hindeuten schienen, daß es diesmal wirklich zum Erlass eines Reichsversicherungsgesetzes kommen würde, und die von dem Reichskanzler in seinem ersten Rundschreiben bekundete Auffassung über die Gestaltung des Gesetzes, veranlaßten den Verband auf seiner Generalversammlung vom Oktober 1879 zu einer Erörterung der Sachlage, wobei er zur Aufstellung folgender allgemeiner Grundprinzipien gelangte:

„1. Eine wirksame Beaufsichtigung des Geschäftsbetriebes der Versicherungsgesellschaften durch staatliche Organe ist nicht möglich. Die Verletzung gesetzlicher Vorschriften muß natürlich unter gerichtliche Bestrafung gestellt werden.

„2. Die Feuerversicherungsgesellschaften haben das lebhafteste Interesse daran, daß zweien längst mit Recht erhobenen Ansprüchen Rechnung getragen werde,

nämlich a) die Beseitigung der polizeilichen Kontrolle der Feuerversicherungen, deren verwerflichste Form die Präventivkontrolle ist, und

b) die Beseitigung der Vortheile, welche durch Gesetz oder Verwaltung einzelnen Arten von Versicherungsinstituten gewährt werden. Der Landesgesetzgebung kann möglicher Weise die Entscheidung über

die Beibehaltung des Gebäudeversicherungszwanges, wo er noch besteht, und über die Verwaltung der Gebäudeversicherung, nicht der Mobiliarversicherung, staatlicher, ständischer oder kommunaler Institute durch öffentliche Beamte überlassen werden. Die Reichsgesetzgebung wird aber die Gewährung jedes anderen Vorzuges verhindern müssen. Sie wird in derselben Erwägung dafür Sorge zu tragen haben, daß die den inländischen Privatgesellschaften auferlegten Verpflichtungen auch von den zugelassenen ausländischen Gesellschaften erfüllt werden.

„3. Die vom Verbande aufgestellte Form eines Rechnungsabschlusses ergiebt die im öffentlichen Interesse wünschenswerthe Klarheit über die Vermögensverhältnisse der Gesellschaften.

„4. In Betreff der Behandlung der übrigen von der Reichsgesetzgebung zu beachtenden Materie ist es wünschenswerth, daß sie von dem gerechtfertigten Vertrauen auf die Fortdauer derjenigen Solidität ausgeht, durch welche das deutsche Versicherungswesen sich bisher ausgezeichnet hat.“

Nach dem Erlaß des zweiten Rundschreibens des Reichskanzlers vom 17. November 1881 delegirten die drei Verbände, die im Jahre 1876 in Heidelberg zur Berathung über das Reichs-Versicherungsgesetz zusammengetreten waren, Mitglieder zu einer Konferenz, um sich über die Anforderungen schlüssig zu machen, die bezüglich des in dem Rundschreiben vorgesehenen Reichsversicherungsamtes zu stellen sein würden.

Wünsche
der
drei Verbände
bezüglich
des Reichs-
Versicherungs-
amtes.

Das Protokoll über diese am 20. April 1882 in Berlin abgehaltene Konferenz lautet folgendermaßen:

I. Die von dem Verbande Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften, dem Vereine Deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften und Delegirten des Internationalen Transportversicherungs-Verbandes in Heidelberg am 7. Juni 1876 gefaßten Beschlüsse enthalten für das zu erlassende Reichs-Versicherungsgesetz diejenigen Grundzüge, welche gleichmäßig die Interessen des Staates, der Versicherten und der Versicherungsunternehmen dauernd am besten wahren.

II. Sollte in der Reichsgesetzgebung die Einrichtung des in dem Rundschreiben des Reichskanzlers vom 17. November 1881 in Aussicht genommenen Reichs-Versicherungsamtes verwirklicht werden, so ist namentlich daran festzuhalten, daß:

- a) die Errichtung eines Versicherungsunternehmens nicht von staatlicher Genehmigung, sondern nur von der Erfüllung reichsgesetzlicher Normativbestimmungen abhängig gemacht werden darf;

- b) eine staatliche Beaufsichtigung, welche sich eine weitergehende Aufgabe als die Ueberwachung der Erfüllung der reichsgesetzlichen Normativbestimmungen stellt, dem öffentlichen Interesse nicht nützlich, sondern schädlich ist.

Für die Einrichtung dieses Reichs-Versicherungsamtes würden die nachstehenden Grundsätze maßgebend sein müssen:

A. Geschäftsbefugnisse des Reichs-Versicherungsamtes:

1. Die Thätigkeit des Staates und des Reichs-Versicherungsamtes bei Errichtung eines neuen Versicherungsunternehmens ist zu beschränken auf die Prüfung, ob das neue Versicherungsunternehmen den in dem Reichs-Versicherungsgesetze zu gebenden Vorschriften für die Errichtung eines Versicherungsunternehmens entspricht. Entspricht das Unternehmen jenen gesetzlichen Vorschriften, so trägt das Reichs-Versicherungsamt das Unternehmen in das von ihm zu führende Register ein, veröffentlicht die Eintragung durch den „Reichs-Anzeiger und Königlich Preussischen Staats-Anzeiger“ und fertigt über diese Eintragung ein Zeugniß aus. Auf Grund dieses Zeugnisses ist das Versicherungsunternehmen zum Geschäftsbetriebe in dem ganzen Reichsgebiete berechtigt. Gegen die Versagung der Eintragung ist der Refurs an das Reichsgericht zulässig, welches endgiltig entscheidet.

2. Die Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamtes bezüglich der Aufsicht über die Versicherungsunternehmen ist darauf zu beschränken, daß das Amt prüft, ob das einzelne Unternehmen die in dem Reichs-Versicherungsgesetze zu gebenden bestimmten Vorschriften über die Aufstellung der Abschlüsse und Bilanzen und deren Veröffentlichung erfüllt. Wenn die Anwendung der in dem Gesetze dem Reichs-Versicherungsamte einzuräumenden Zwangsmittel nicht genügt, um das Versicherungsunternehmen zur Erfüllung jener gesetzlichen Vorschriften zu veranlassen, so hat das Versicherungsamt auf Grund der bezüglichlichen in dem Gesetze zu treffenden Bestimmungen bei dem Reichsgerichte, welches endgiltig entscheidet, die Unterfagung des ferneren Geschäftsbetriebes zu beantragen.

3. Jede Mitwirkung der Landesbehörden auf dem dem Versicherungsamte überwiesenen Gebiete ist auszuschließen und das Reichs-Versicherungsamt für das ganze Reichsgebiet und alle in demselben bestehenden Versicherungsunternehmen als die ausschließlich zuständige Behörde einzurichten.

B. Bildung des Reichs-Versicherungsamtes.

An der Spitze des Amtes steht der Vorsitzende desselben, welcher Reichsbeamter ist, und welchem die erforderliche Anzahl von Hilfsbeamten als Untergebene zur Verfügung gestellt werden. Er zeichnet die Erlasse des Versicherungsamtes, bereitet die Beschlüsse des Amtes vor und führt diese Beschlüsse des Amtes aus, kann aber selbstständig Beschlüsse nur fassen in den unter II A. 1 behandelten Angelegenheiten. Gegen die Beschlüsse

des Versicherungsamtes ist die Berufung an das Reichsgericht zulässig, welches endgiltig entscheidet.

Außer dem Vorsitzenden bilden das Reichs-Versicherungsamt die Mitglieder desselben, welche in nachstehend geordneter Weise gewählt werden: Die sämtlichen im Reichsgebiete bestehenden Versicherungsunternehmen, welche denselben Versicherungszweig betreiben, bilden einen besonderen Wahlkörper. Versicherungsunternehmen, welche verschiedene Versicherungszweige betreiben, nehmen für jeden von ihnen betriebenen Versicherungszweig an der Wahl des für diesen Versicherungszweig gebildeten Wahlkörpers Antheil. Das Wahlrecht wird ausgeübt durch den Vorstand des Versicherungsunternehmens. Die Einberufung der Wahlkörper zur Vornahme der Wahlen und die Leitung der Wahlen besorgt der Vorsitzende des Versicherungsamtes. Von jedem Wahlkörper sind mindestens zwei Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes zu wählen, welche einem Vorstande eines zu dem Wahlkörper gehörenden deutschen Versicherungsunternehmens angehören müssen. Die Wahlkörper der Feuerversicherungs-Unternehmen und der Lebensversicherungs-Unternehmen wählen je Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes; von den drei Mitgliedern für die Feuerversicherungs-Unternehmen müssen je Mitglieder einer Gegenseitigkeitsgesellschaft, Mitglieder einer Aktiengesellschaft und Mitglieder einer öffentlichen Sozietät entnommen werden; von den drei Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamtes für die Lebensversicherungs-Unternehmen muß mindestens ein Mitglied einer Gegenseitigkeitsgesellschaft und ein Mitglied einer Aktiengesellschaft entnommen werden. Für jedes Mitglied des Reichs-Versicherungsamtes ist in demselben Wahlakte ein Stellvertreter zu wählen, für welchen dieselben Erfordernisse gelten, wie für das Mitglied selbst. Gewählt sind diejenigen Personen, welche die absolute Mehrheit der bei dem Wahlakte abgegebenen Stimmen des Wahlkörpers erhalten haben.

Die Wahl der Mitglieder und ihrer Stellvertreter erfolgt für einen Zeitraum von zwei Jahren. Scheidet ein Mitglied aus seiner Stellung in dem Vorstande des Versicherungsunternehmens, zu welchem es bei der Wahl gehörte, aus, oder stirbt dasselbe, oder wird es dauernd oder vorübergehend verhindert, an den Arbeiten des Versicherungsamtes Theil zu nehmen, so tritt sein Stellvertreter an seine Stelle. Scheidet auch der Stellvertreter aus, so hat der Vorsitzende des Versicherungsamtes den betreffenden Wahlkörper zur Vornahme einer Neuwahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters einzuberufen.

Die Sitzungen des Reichs-Versicherungsamtes werden von dem Vorsitzenden durch Einladung sämtlicher Mitglieder berufen und von ihm geleitet. Berathung und Beschlußfassung des Versicherungsamtes erfolgt in gemeinsamer Versammlung aller Mitglieder. Bei Abstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit der anwesenden Mitglieder; bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Die Mitglieder des Versicherungsamtes erhalten keine Besoldung und keinen Ersatz für ihre Auslagen bei ihrer Amtsführung.

Die von dem Reichskanzler mit jenen beiden Rundschreiben an die Bundesregierungen eingeleiteten Schritte haben das Reichs-Versicherungsgesetz nicht aus dem Stadium der Vorarbeiten herauszubringen vermocht. Noch heute befindet es sich in diesem Stadium, wenn auch in letzter Zeit wiederholt verlautete, daß nunmehr die Vorarbeiten ihrem definitiven Abschluß nahe gebracht seien.

Der Verband hat zwar seit dem Jahre 1882 wiederholt auf seinen Versammlungen die Frage nach Erlass eines Reichsversicherungsgesetzes erörtert und gelegentlich seiner Eingaben an Bundesregierungen auf die Nothwendigkeit eines solchen Gesetzes hingewiesen, auch in der Presse häufig auf den Mangel eines Reichsversicherungsgesetzes aufmerksam gemacht, eine Initiative aber hat er nach so viel enttäuschten Erwartungen nicht wieder ergriffen.





Der Verband und die Sozietäten.

Im Königreich Preußen liegt die Ausübung des Feuerver- ^{Entstehung}
sicherungsbetriebes zum Theil in den Händen öffentlicher, zum Theil ^{u. Einrichtung}
in denen privater Anstalten. Die öffentlichen Anstalten sind die ^{der Sozietäten.}
älteren Einrichtungen, die in der Mehrzahl aus dem Anfange und
der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammen. Die Erhaltung einer
steuerfähigen Bevölkerung, die Stärkung des Realkredits und die
Abwehr des Brandbettels bildeten die treibenden Motive für ihre
Errichtung, die Versicherung der Immobilien gegen Feuersgefahr war
demnach ihr ausgesprochener Zweck. Da die Feuersozietäten berufen
waren, angesichts des bis dahin bestehenden Mangels an Versiche-
rungsgelegenheit ein öffentliches Bedürfnis zu erfüllen, die Bevölke-
rung zu jener Zeit aber noch nicht allgemein die Wohlthat der
Versicherung anerkannte und sich deshalb zum Theil ablehnend da-
gegen verhielt, so wurden sie mit verschiedenen Vorrechten ausgestattet,
die auf der einen Seite die Einrichtung dieser neuen Versicherungs-
institute erleichtern, auf der anderen Seite ihren Fortbestand gewähr-
leisten sollten. Dahin gehörten Stempel-, Sporel- und Portofreiheit,
Befugnis zu exekutiver Beiziehung rückständiger Beiträge, Ver-
wendung von Staats- und Gemeindebeamten in ihren Diensten u. A.
Beschränkt auf bestimmte Bezirke — Provinz, Landschaft, Kreis,
größere Stadt — befanden sich die öffentlichen Sozietäten in dem
ausschließlichen Besiz aller in ihren Bezirken vorhandenen Immobilien-
Versicherungen. Jeder Inasse war gehalten, seine Immobilien bei
der Sozietät zu versichern (Versicherungszwang), und diese hatte die
Verpflichtung, jede Versicherung anzunehmen. Es bedurfte deshalb

nicht der besonderen Verleihung eines Monopols an die Sozietäten, mangels anderer Versicherungsunternehmungen übten sie dasselbe thatsächlich aus.

Entstehung der
privaten
Versicherungs-
Gesellschaften.

Das Gebiet der Mobiliarversicherung, wohin neben der Versicherung des Hausrathes die Versicherung von Waarenlagern, Fabrikeinrichtungen, Erntevorräthen, landwirthschaftlichen Utensilien u. s. f. zu rechnen ist, lag fast völlig brach, bis zu Anfang unseres Jahrhunderts private Unternehmungen die Bearbeitung desselben in Angriff nahmen. Es entstanden die Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften und die privaten Gegenseitigkeitsgesellschaften, deren Hauptthätigkeit zunächst auf die Mobiliarversicherung gerichtet war. Daneben betrieben sie die Immobilienversicherung in den preussischen und außerpreussischen deutschen Gebieten, soweit dieselbe nicht ausschließlich von staatlichen Instituten ausgeübt wurde. Die Privatgesellschaften brachen mit den veralteten und schwerfälligen Prinzipien der öffentlichen Anstalten. Vor Allem führten sie das Prinzip der Gefahrvertheilung ein und setzten an Stelle der bei den Sozietäten allgemein gebräuchlichen Eintheilung der Risiken in wenige Klassen und der nachträglichen Erhebung der Beiträge die Individualisirung der Risiken nach den ihnen innewohnenden Gefahrmomenten und die Vorausbezahlung von Prämien für die Uebernahme der Gefahr. Durch diese Anpassung an die Bedürfnisse des Verkehrs erzielten sie ganz unvorhergesehene Erfolge.

Aufnahme
der Mobiliar-
versicherung
seitens
einzelner
Sozietäten.

Eine Begleiterscheinung hiervon bestand darin, daß sich im Volke gegen die öffentlichen Anstalten die Forderung nach Aufhebung ihrer Zwangsrechte erhob. Nachdem dann in den dreißiger Jahren die provinziellen und fast alle kommunalen Feuersozietäten auf Anregung der Regierung das Zwangsrecht aufgehoben hatten, trat im Laufe der Jahre bei einem Theil von ihnen der Wunsch zu Tage, ihren Geschäftskreis gleichfalls auf die Mobiliarversicherung auszudehnen. Zunächst wurde der Gedanke Ende der fünfziger Jahre von der Rheinischen Provinzial-Feuersozietät zu verwirklichen gesucht. Die bezüglichlichen Verhandlungen mit der Regierung scheiterten jedoch im Wesentlichen daran, daß die Sozietät auch die Mobiliarversicherung durch dieselben Organe betreiben lassen wollte, welche ihr zur Ausübung des Immobilien-Versicherungsgeschäftes dienten, die Staats- und Kommunalbeamten. Die Westfälische Provinzial-Feuersozietät, welche den

gleichen Antrag auf Gewährung der Mobiliarversicherung gestellt hatte, doch ohne die Bedingung der gemeinschaftlichen Behandlung beider Versicherungszweige durch dieselben Organe bezw. die Mitwirkung der Landräthe u. s. w. für die Mobiliarversicherung, erhielt am 16. Dezember 1861 die Königliche Konzession. In dem betreffenden Erlaß hieß es (§ 2): „die der Sozietät für die Gebäuderversicherung zustehende Stempel-, Sporek- und Portofreiheit, sowie die Befugniß zur exekutiven Einziehung der Beiträge finden auf die Mobiliarversicherung keine Anwendung“, und ferner (§ 3): „ein Recht zur Benutzung der Staats- und Gemeindebeamten findet nicht statt.“ Im Jahre 1863 erhielt dann die Rheinische Sozietät, nachdem sie obigen Verzicht ebenfalls ausgesprochen hatte, die Konzession zur Mobiliarversicherung, und ihr folgten eine Reihe weiterer öffentlicher Anstalten, die alle unter denselben Bedingungen konzessionirt, also unter Verzichtleistung auf die ihnen für die Immobilienversicherung zustehenden Privilegien für ihren Mobiliarversicherungsbetrieb gleichgestellt wurden mit den privaten Versicherungsunternehmungen.

Diese Sozietäten traten in direkte Konkurrenz mit den Privatgesellschaften auf einem Gebiete, welches letztere zuerst erschlossen, bisher ausschließlich bearbeitet und mit Mühe und Kosten zu einem weit ausgedehnten gestaltet hatten. Einen Rechtstitel auf dieses Gebiet hatten die privaten Gesellschaften nicht und wünschten wohl kaum einen solchen. Was sie aber verlangten, das war, in der Ausübung ihrer geschäftlichen Thätigkeit nicht aller Orten behindert und benachtheiligt zu werden durch Eingriffe der öffentlichen Anstalten in ihren Wirkungskreis. Als der fühlbarste dieser Eingriffe wurde von den Privatgesellschaften die Verwendung der staatlichen oder kommunalen Beamten für das Mobiliar-Versicherungsgeschäft der Sozietäten empfunden. Denn die Mehrzahl der öffentlichen Anstalten verwendete ohne Rücksicht auf die Ministerialerlasse und auf die Bestimmungen ihrer Reglements auch für den neu aufgenommenen Versicherungszweig diejenigen Beamten, auf deren Mitwirkung sie nur für die Immobilienversicherung einen rechtlichen Anspruch hatten. Der Erfolg davon war der, daß vom Landrath — der in der Regel an der Spitze der Sozietät für seinen Kreis steht — bis herab zum untersten Gemeindebeamten eine lebhaft Propaganda zu Gunsten

Verwendung
öffentlicher
Beamten für
die Mobiliar-
versicherung
der Sozietäten.

der Mobiliarversicherung der Sozietät gemacht wurde, und daß diese von amtlichen Personen betriebene Propaganda in ländlichen Kreisen ihre Wirkung nicht verfehlte.

Die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften sahen ihren Bestig-stand durch dieses unzulässige Vorgehen der Sozietäten gefährdet, und es war eine der ersten Sorgen der zu dem Verbande zusammengetretenen Gesellschaften, Abwehrmaßregeln hiergegen zu ergreifen.

Beschwerde
von sechs
Gesellschaften
beim
Ministerium
gegen
die Sozietäten.

Schon vor Errichtung des Verbandes, am 30. November 1869, hatten sich die sechs zur Vereinigung von 1857 gehörigen Gesellschaften in einer von der Berlinischen Feuerversicherungs-Anstalt unterfertigten Vorstellung an das preußische Ministerium des Innern gewendet, in welcher sie unter Darlegung der Gründe und Anführung von Beispielen um die Erfüllung dessen baten, „was die Königliche Staatsregierung durch ihre Bestimmungen bei der Verleihung des Rechtes der Mobiliarversicherung an öffentliche Sozietäten in sichere Aussicht gestellt und wirklich verfügt hat“. Diese Forderung faßte die Eingabe der sechs Gesellschaften in die drei Punkte zusammen:

1. das bestimmt gegebene Verbot an diese Sozietäten, sich zu dem Betriebe der Mobiliarversicherung der Staats- und Gemeindebeamten zu bedienen, zu erneuern und es wirklich auszuführen, mithin auch alle derartigen Agenten, Kommissarien, Geschäftsführer, welche solchen Betrieb inne haben, zu beseitigen;
2. als unerlässliche Bedingung der Wirksamkeit dieser Maßregeln: die Landräthe in den östlichen Provinzen in die bloß beaufsichtigende Stellung zurückzuweisen, welche ihnen als Kreis-Feuersozietäts-Direktoren die Reglements bestimmen und ihnen jede mittelbare oder unmittelbare Begünstigung der Mobiliarversicherungen der Sozietäten zu untersagen;

endlich

3. zur Wiederherstellung der Gleichberechtigung aller Versicherungsanstalten: die Gewerbesteuerfreiheit zurückzunehmen, welche zu Gunsten der die Mobiliarversicherung vermittelnden oder annehmenden Organe der öffentlichen Sozietäten ausgesprochen worden ist, soweit diese Organe daraus durch irgend eine Vergütung, welchen Namen sie auch trage, einen Erwerb machen.

Da diese Vorstellung vom 30. November 1869 trotz ihrer Erneuerung am 30. November 1870 ohne Erwiderung geblieben war, wendeten sich die nunmehr zu einem Verbands-^{Beschwerde}zusammengetretenen ^{der Verbands-}Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ^{Gesellschaften} unter dem 1. Dezember 1871 ^{beim} mit der gleichen Beschwerde an das preussische Abgeordnetenhaus. ^{Abgeordneten-}

Das Abgeordnetenhaus überwies die Petition zur Prüfung an seine Kommission für Handel und Gewerbe. Das Haus selbst ward zwar vertagt, bevor die Sache zur Berathung kam, die Kommission für Handel und Gewerbe aber hatte sich wenigstens mit der ersten Beschwerde beschäftigt; die Frage der Besteuerung der Agenten bezw. der Befreiung der Sozietätsagenten von der Gewerbesteuer blieb vorläufig unerörtert (vergl. Seite 84 ff.). Die Kommission urtheilte einestheils, daß die Verbandsgesellschaften bei der Auslegung der angeführten Reglementsbestimmungen im Prinzip zu weit gingen, indem den Sozietäten nur das Recht des Anspruchs auf die Benutzung der Staats- und Gemeindebeamten versagt sei, und sie insofern im Rechtsanspruche den Privatgesellschaften gleichgestellt worden seien — wie man denn auch in der That den letzteren nicht selten verstattet habe, Beamte als Agenten anzustellen. Im Hinblick hierauf kam die Kommission zu dem Beschlusse, daß die Kompatibilität eines öffentlichen Amtes mit der Geschäftsführung für die Mobiliarversicherung einer öffentlichen, wie einer Privat-Versicherungsanstalt weder zu verneinen, noch zu bejahen, sondern nach den Verhältnissen eines jeden einzelnen Falles zu beurtheilen sei.

Anderentheils verschloß sich aber die Kommission nicht den vielen Klagen über den Mißbrauch des Einflusses polizeilicher Behörden und Beamten, sowie deren Gehülfen, zu Gunsten des Mobiliar-Versicherungsbetriebes der öffentlichen Sozietäten. Sie erkannte vielmehr an, daß es sich um einen weitverbreiteten Uebelstand handele, dessen Beseitigung in dem berechtigten Interesse der Petenten und noch mehr im öffentlichen Interesse, im Interesse der Unanfechtbarkeit des Beamtenstandes, liege. In diesem Sinne wollte sie die Petition der Staatsregierung überwiesen sehen.

Der von der Kommission gestellte Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

„Die Petition II Nr. 373 der Staatsregierung zur Berücksichtigung der

sichtigung mit der Maßgabe zu überweisen, daß fortan der Betrieb von Geschäften für die Mobiliarversicherung der öffentlichen Feuer-Sozietäten und Brandkassen keinem Beamten, mit dessen dienstlichen Berufspflichten dieser Geschäftsbetrieb in Kollision kommen kann, namentlich keinem Beamten, welcher mit ortspolizeilichen Obliegenheiten betraut ist, — noch den amtlichen oder Privatgehilfen solcher Beamten, für den Amtsbereich derselben zu gestatten, — auch so weit die Erlaubniß der vorgesetzten Dienstbehörde der bezeichneten Beamten zu dem gedachten Geschäfte schon ertheilt worden, dieselbe zurückzunehmen ist.“

Ministerial-
verfügung
vom
26. Juni 1872
gegen
die Uebergriffe
von Sozietäten
und
deren Beamten.

Diesen Antrag nahm das Abgeordnetenhaus nach Wiederbeginn seiner Sitzungen am 30. Oktober 1872 an. Der Minister des Innern hatte jedoch die Beschlußfassung des Abgeordnetenhauses in der Sache nicht abgewartet, sondern zurückgreifend auf die Eingabe der sechs Gesellschaften vom 30. November 1869 unter dem 26. Juni 1872, gemeinschaftlich mit dem Finanzminister, die nachstehende an die Oberpräsidenten gerichtete Verfügung erlassen:

„Von einer großen Zahl inländischer Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ist wiederholt darüber Beschwerde geführt worden, daß ihrer Wirksamkeit vielfach seitens solcher Staats- und Gemeindebeamten, welche im Interesse der öffentlichen Feuerversicherungs-Sozietäten als Direktoren, Agenten etc. thätig sind, in einer ungehörigen Weise Konkurrenz gemacht und entgegengearbeitet werde. Es ist dabei namentlich hervorgehoben, daß die als Kommissarien für das öffentliche Mobiliar-Versicherungswesen fungirenden Beamten nicht selten unter Benutzung des Einflusses, den ihre amtliche Stellung mit sich bringt, theils direkt, theils durch ihre untergebenen Organe auf die Insassen ihrer Amtsbezirke einzuwirken suchen, um dieselben zu bewegen, ihre mit Privat-Versicherungs-Gesellschaften abgeschlossenen Versicherungsverträge aufzuheben, und statt dessen den öffentlichen Sozietäten als Mitglieder beizutreten.

„Auch ist auf spezielle, von Beamten der gedachten Art ausgegangene Veröffentlichungen in der Presse aufmerksam gemacht worden, welche die Verwaltungen der Privatgesellschaften, dem Publikum gegenüber, zu verdächtigen suchen und eines illoyalen Verfahrens gegen die Versicherten bezichtigen.

„Soweit die erhobenen Beschwerden begründet erscheinen, muß anerkannt werden, daß ein in der erwähnten Weise sich kundgebendes aggressives Verhalten der betreffenden Beamten ihrer Stellung nicht für entsprechend zu erachten ist, vielmehr Mißbilligung verdient.

„Um Ausschreitungen solcher Art für die Zukunft vorzubeugen, ersuchen wir das pp. ganz ergebenst, diejenigen Beamten, welche in irgend einer Stellung bei der öffentlichen Feuerversicherungs-Sozietät fungiren, in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß sie in Ausübung ihrer diesfälligen Funktionen sich nach allen Richtungen hin durchaus objektiv zu verhalten, insbesondere es zu vermeiden haben, den Privatgesellschaften in der oben gedachten Art entgegenzutreten, da ihnen andernfalls die — überhaupt nur auf Widerruf ertheilte — Erlaubniß zur Betheiligung bei der Geschäftsführung der öffentlichen Sozietäten entzogen werden muß.

„Das pp. wolle hierbei den nachgeordneten Behörden wiederholt einschärfen, daß, insoweit einzelne Kategorien von Beamten durch die §§ 4, 13, 14, 18 des Gesetzes vom 8. Mai 1837 (G.-S. S. 102), sowie durch die Allerhöchste Ordre vom 30. Mai 1841 (G.-S. S. 122) eine polizeiliche Kontrolle in Bezug auf das Versicherungswesen anvertraut ist, die dienstliche Stellung dieser Beamten mit einer Agenturthätigkeit derselben im Interesse einer öffentlichen oder Privat-Versicherungs-Anstalt unverträglich erscheint, daß in solchen Fällen daher die Genehmigung zur Uebernahme des fraglichen Nebenamtes nicht ertheilt werden dürfe. Daß insbesondere mit der dienstlichen Stellung der Kreissekretäre die Uebernahme von Versicherungsagenturen jeder Art unvereinbar ist, findet sich bereits in der Zirkularverfügung vom 26. Juli 1852 (M.-Bl. S. 160) ausgesprochen.

„Den Bescheid, welcher den Unterzeichnern der Eingangs erwähnten Vorstellung von uns ertheilt ist, fügen wir zur gefälligen Kenntniznahme in Abschrift ergebenst bei. Der Minister des Innern. (gez.) Eulenburg. Das Finanz-Ministerium. J. B. (gez.) Schuhmann. An das Königliche Oberpräsidium zu“

Der in der Verfügung an letzter Stelle erwähnte, an den Direktor der Berlinischen Anstalt gerichtete Bescheid ging dahin, daß die Minister des Innern und der Finanzen in Bezug auf den Antrag, die Landräthe in den östlichen Provinzen in die bloß beaufsichtigende Stellung zurückzuweisen, welche ihnen als Kreis-Feuersozietäts-

Direktoren die Reglements bestimmen, und ihnen jede mittelbare oder unmittelbare Begünstigung der Mobiliarversicherungen der Sozietäten zu untersagen, das Geeignete veranlaßt haben.

Die Annahme der Gesellschaften dagegen, daß den Staats- und Gemeindebeamten überhaupt jede Betheiligung bei den Mobiliarversicherungs-Geschäften der öffentlichen Feuerversicherungs-Sozietäten untersagt sei, erklärten die Minister für unrichtig. Zwar sei in den neueren Reglements der öffentlichen Feuerversicherungs-Sozietäten die Bestimmung getroffen, daß diejenigen Sozietäten, deren Geschäftsbetrieb auf die Mobiliarversicherung ausgedehnt worden sei, für diese Branche „kein Recht zur Benutzung“ oder „keinen Anspruch auf die Mitwirkung“ der Staats- und Gemeindebeamten haben sollten (G.-S. 1861 S. 882 — 1863 S. 132, 474, 530 — 1870 S. 442), ein unbedingtes Verbot für die Beamten, sich im angegebenen Falle bei den Geschäften der Mobiliarversicherung einer öffentlichen Sozietät zu betheiligen, sei in diesen Bestimmungen aber nicht enthalten und auch niemals beabsichtigt worden. Demgemäß sei nicht Anstand genommen worden, den Beamten eine solche Betheiligung zu gestatten, sofern dieselbe einerseits ihren eigenen Wünschen entspreche und andererseits eine Kollision mit ihren sonstigen Berufsgeschäften nicht befürchten lasse. Von dieser Praxis abzugehen, liege kein Grund vor.

Der Antrag der Gesellschaften auf Aufhebung der Gewerbesteuerfreiheit der Mobiliarversicherungs-Kommissarien der öffentlichen Sozietäten sei noch Gegenstand weiterer Erörterung zwischen den Ministern.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Minister des Innern und der Finanzen mit dieser Verfügung sich bestrebt zeigten, den Privatgesellschaften Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß aber ihr Standpunkt bezüglich des Rechtes der Sozietäten auf Verwendung ihrer Beamten für das Mobiliarversicherungs-Geschäft anfechtbar war. Denn die Privatgesellschaften waren nicht nur nach der Entstehungsgeschichte der Mobiliarversicherung bei den Sozietäten, sondern auch nach den ergangenen Erlassen zu der Annahme berechtigt, daß den Sozietäten die Verwendung von Beamten für die Mobiliarversicherung untersagt sei. In einem Reskript vom 4. Mai 1861 hatte der Minister des Innern, Graf von Schwerin, wörtlich erklärt: „daß insbesondere die Staats- und Gemeindebeamten nicht für diesen

Zweig der Versicherung als Organe der Sozietät zu fungiren haben". Dieses positive Verbot war dann in das Reglement der Westfälischen Sozietät, als der ersten, die den Betrieb der Mobiliarversicherung aufnahm, in der Form übergegangen, daß die Sozietät kein Recht zur Benützung jener Beamten habe. In derselben Fassung findet sich die Bestimmung dann in den Reglements aller übrigen die Mobiliarversicherung betreibenden Sozietäten. Man ersieht also, daß die in der Verfügung und noch mehr in dem Begleitschreiben der beiden verfügenden Minister vom 26. Juni 1872 enthaltene Auslegung der Bestimmung sich nicht deckte mit der Absicht, in der sie gegeben wurde.

Den Sozietäten allerdings erschien die Verfügung in diesem Wortlaut hinreichend weitgehend. Der Abgeordnete von Meyer-Arnswalde, Leiter einer Provinzial-Feuersozietät, erklärte in der erwähnten Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Oktober 1872, durch diese Verfügung sei dem Petitum der Gesellschaften genügt, und beantragte, unter heftigen Ausfällen gegen die Aktiengesellschaften, den Uebergang zur Tagesordnung. Das Haus nahm trotzdem den oben angeführten Antrag der Kommission für Handel und Gewerbe an. Hierbei hatte es aber auch sein Bewenden, weitere Schritte sind regierungsseitig in der Sache nicht gethan worden.

Daß der Beschluß des Abgeordnetenhauses von einem erkennbaren Erfolge nicht begleitet war, erhellt aus der Thatsache, daß z. B. in der Provinz Sachsen auch fernerhin die Sekretäre der Landrätthe, die Ortschulzen und Ortsrichter das fast ausschließliche Personal der unter dem Namen von Kommissarien fungirenden Mobiliarversicherungs-Agenten der öffentlichen Sozietäten bildeten. Auf eine Beschwerde, die hiergegen aus den Kreisen der Verbandsgesellschaften an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen gerichtet und in der darauf hingewiesen wurde, daß die zu Unrecht für die Mobiliarversicherung der Sozietät verwendeten Organe ihren amtlichen Einfluß zur Benachtheiligung der privaten Gesellschaften ausübten, erließ der Ober-Präsident unter dem 24. Juli 1873 eine Verfügung an sämtliche Landrätthe seiner Provinz, in welcher es hieß:

„Ein derartiges Verhalten würde weder an sich, noch auch speziell im Hinblick auf den Zirkularerlaß der Herren Minister des Innern und der Finanzen vom 26. Juni 1872 zu billigen sein und gerecht-

Weitere
Verwendung
öffentlicher
Beamter für
die Mobiliar-
versicherung
seitens
der Sozietäten.

fertigten Anlaß bieten müssen, den betreffenden Persönlichkeiten die Erlaubniß zur Betheiligung bei der Geschäftsführung einer öffentlichen Feuersozietät zu entziehen. Im Speziellen würden sich auch die Herren Landrätthe für verpflichtet zu erachten haben, gegen ihre Privatsekretäre, sofern sie sich Ungehörigkeiten der erwähnten Art nachweislich sollten zu Schulden kommen lassen, gemessenst einzuschreiten, und dieselben nöthigenfalls aus dem Dienste zu entlassen.“ Schließlich gab der Oberpräsident den Landrätthen auf, an die sämtlichen Schulzen ihres Kreises das Geeignete baldigst zu verfügen und auch an das Personal ihrer Büreaus entsprechende Verwarnungen zu erlassen.

Beaufsichtigung
der Privat-
Gesellschaften
durch
die Sozietäten.

Wenn auch diese auf Andringen des Verbandes erfolgte Maßnahme des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen nicht ohne Wirkung blieb, so war doch in den meisten übrigen preussischen Provinzen von einer Verbesserung der Verhältnisse in Folge der Verfügung vom 26. Juni 1872 nicht die Rede. Nach wie vor hatten die Privatgesellschaften darunter zu leiden, daß eine Gleichberechtigung zwischen ihnen und den öffentlichen Sozietäten nicht hergestellt war. Eine solche erschien aber um so dringlicher, als eine Anzahl Sozietäten in ihren Reglements Bestimmungen besaßen, auf Grund deren sie eine Kontrolle und Beaufsichtigung der Privatgesellschaften ausübten, ihnen die Versicherung bis zum vollen gemeinen Werth untersagten und das Ausscheiden ihrer Mitglieder aus dem Sozietätsverhältniß verhinderten, indem sie im Namen der Hypothekengläubiger Rechte ohne deren Willen ausübten. Derartige Bestimmungen enthielten die Reglements der 24 altpreussischen Provinzialsozietäten (außer diesen bestehen noch 4 Städte-sozietäten, nämlich für die Städte Berlin, Breslau, Stettin und Thorn, die das Recht der allgemeinen Gebäudeversicherung (Monopol) in ihren Bezirken besitzen).

Anträge
des Verbandes
beim
Abgeordneten-
haus
auf Aufhebung
der Aufsichts-
rechte
der Sozietäten.

Eine generelle Abhilfe hiergegen war nur möglich, wenn sich eine Revision der Reglements der Sozietäten in dem Sinne durchsetzen ließ, daß aus den Reglements alle die Privatgesellschaften beeinträchtigenden Bestimmungen entfernt würden. Zu diesem Zwecke waren die Verbandsgesellschaften unterm 5. November 1873 mit einem diesbezüglichen Antrag an den Landtag herangetreten, der jedoch wegen Schlusses der Sitzungsperiode nicht mehr zur Berathung kam. Der Verband erneuerte deshalb im folgenden Jahre die

Petition, indem er aus den mit Mühe beschafften Reglements der altpreussischen Sozietäten die fraglichen Bestimmungen zusammenstellte, und sie am 30. Dezember 1874 dem preussischen Abgeordnetenhaus mit einer Eingabe vorlegte, in welcher er ausführte:

„a) Von den 24 altpreussischen Sozietäten (die 4 genannten Städte-Sozietäten sind ausgenommen), verlangen zwei unnöthiger Weise, daß die Formen, welche sie für ihre eigenen Versicherungen vorschreiben, auch von anderen Gesellschaften beobachtet werden. — Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn man die außerhalb der Sozietät genommenen Gebäudeversicherungen denselben Formen wie bei der Sozietät unterwirft, dabei insofern gegen die Landesgesetze verstoßen wird, als damit nur diese bestimmte Art der Beweisführung über die Behandlung der Versicherung gestattet, alle übrigen sonst zulässigen Beweismittel dagegen ausgeschlossen werden.

„b) Acht Sozietäten suchen die Kontrolle und Beaufsichtigung nicht nur für anderswo genommene Gebäude-, sondern zum Theil auch für Mobiliarversicherung auszuüben, ohne daß hierzu eine Berechtigung zu erkennen ist. Sie verlangen Anzeige von dem Abschluß derartiger Versicherungen, nehmen das Recht der Genehmigung und Werthsermäßigung in Anspruch und bedrohen die Kontravention zum Theil mit Geldstrafen — in einem Falle sogar mit dem Verluste der von ihnen selbst event. zu leistenden Brandentschädigung. Mögen sich die Mitglieder der Sozietät solchen Reglementsbestimmungen unterwerfen; völlig unzulässig und gegen das Gesetz vom 8. Mai 1837 ist es aber, dieselben auf Nichtmitglieder anzuwenden.

„c) Die Beschränkung der Versicherung auf einen den gemeinen Werth nicht erreichenden Betrag wird von 4 Sozietäten gefordert. Diese Sozietäten beschränken die Höhe ihrer eigenen Versicherungen auf $\frac{7}{8}$ bis $\frac{9}{10}$ des Taxwerthes und legen den Privatgesellschaften für deren Versicherungen dieselbe Beschränkung auf. Zwei der Sozietäten verhängen sogar eine Geldstrafe für die Ueberschreitung. Zwei Sozietäten machen die Ausübung des Geschäftsbetriebes anderer Versicherungsunternehmungen in ihrem Bereiche von der Zustimmung des Kommunallandtages abhängig. — Diese Bestimmungen verstoßen direkt gegen das allgemeine Landrecht. Der § 1984 II 8 A.L.R. enthält nur das Verbot, höher als zum gemeinen Werth zu ver-

fichern, jede Bestimmung, welche dem entgegenläuft, verstößt gegen das gemeine Recht.

„Schließlich beschränkt eine Anzahl Sozietäten die Freiheit der Versicherungsnahme durch die für die Hypothekengläubiger in Anspruch genommenen Rechte, indem sie den Austritt aus der Sozietät dem Besitzer eines hypothekarisch belasteten Gebäudes nur mit Bewilligung des Hypothekengläubigers gestattet, ohne daß dieser einen derartigen Vorbehalt ausbedungen noch sonstwie verlangt habe, auch wird der Austritt durch die Beschwerlichkeit und Kosten, Beibringung beglaubigter Unterschriften 2c. gehindert. Alles dies sind Rechte, welche den Sozietäten nicht zustehen sollten.“

Nachdem sodann die Verbandseingabe auf die nicht zu verkennende Anomalie hingewiesen hatte, die darin bestand, daß die öffentlichen Sozietäten, obwohl Konkurrenten der Privatgesellschaften, doch gleichzeitig zur Aufsicht der Letzteren berufen waren, führte sie des Weiteren aus, daß dadurch, daß allen diesen Sozietäten durch königliche Erlasse das Recht beigelegt worden sei, auch Mobilienversicherung zu betreiben, deutlich bewiesen werde, daß man jenen Reglements keine Gesetzeskraft beigemessen, bezw. seiner Zeit habe beilegen wollen. Diese Erweiterung der Befugnisse der Sozietäten involvire nämlich eine wesentliche Aenderung der Grundlage dieser Institute, welche, wenn dieselbe durch gesetzlichen Akt begründet worden wären, nur durch Gesetz hätten ausgesprochen werden können.

Nach näherer Widerlegung des hiergegen seitens der Sozietäten gemachten Einwandes beantragte der Verband, seine Petition der königlichen Staatsregierung mit der Aufforderung zur Berücksichtigung dahin zu überweisen, die in der Petition bezeichneten Reglements einer genauen Revision zu unterwerfen und diejenigen in denselben enthaltenen Bestimmungen, welche auf dritte, außerhalb der Sozietät stehende Personen Bezug haben und dem gemeinen Rechte widersprechen, in Wegfall zu bringen.

Dieser Eingabe ließ der Verband unter dem 2. Februar 1875 einen Nachtrag folgen, der an einem inzwischen vorgekommenen Spezialfall zeigte, daß die Sozietäten von der ihnen zustehenden Befugniß, die Versicherungen der Privatgesellschaften zu kontrolliren, zum Nachtheil der letzteren Gebrauch machten.

Der vom 20. März 1875 datirte Bericht der Kommission des Verhandlungen
 Abgeordnetenhauses über die Verbandseingabe trat in der Hauptsache über
 dem vom Verbande eingenommenen Standpunkt bei. Der Referent anträge in
 berichtete: Abgeordneten-
 haus.

„1. Bezüglich der an erster Stelle der Petition gedachten Bestimmungen ist unzweifelhaft anzuerkennen, daß die Reglements der öffentlichen Feuersozietäten Bestimmungen enthalten, welche über den Rechtskreis dieser Gesellschaften hinausgreifen und Dritte in den Zuständigkeiten des gemeinen Rechts beeinträchtigen. Es werden durch dieselben den neben den öffentlichen Feuersozietäten bestehenden Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften, beziehentlich dem nicht bei diesen Feuersozietäten versicherten Publikum Beschränkungen und Verpflichtungen auferlegt, welche die allgemeine Gesetzgebung nicht kennt, und die über die eigenen berechtigten Zwecke der Sozietäten hinausgehen.

„Dagegen erscheint die Beschwerde nicht berechtigt in Betreff der weiter bezeichneten Reglementsvorschriften, welche den Austritt der Sozietätsgenossen an die Einwilligung der Hypothekengläubiger binden. Dieses Recht bildet den Ausdruck freier, ganz erlaubter Vereinbarung zwischen der Sozietät und den ihr Zutretenden, und den Privatgesellschaften bleibt es durchaus unbenommen, ihrerseits in ihren Statuten gleichartige Einschränkungen des Austritts vorzubehalten.

„2. Die Frage, ob die erstbezeichneten aus den Sozietätsreglements entspringenden Abweichungen von dem gemeinen Rechte noch ferner aufrecht zu erhalten seien, ist in Uebereinstimmung mit den Petenten zu verneinen. Die durch die angefochtenen Reglementsvorschriften betroffenen Punkte des Versicherungsrechtes haben gar keine provinzielle oder lokale Natur und Eigenthümlichkeit, wodurch es gerechtfertigt werden könnte, sie nicht einheitlich für den ganzen Staat, sondern hier so und dort anders zu regeln. Dann ist es aber auch sehr unzuträglich, solchergestalt die Privatgesellschaften unter die Aufsicht und Kontrolle der mit ihnen konkurrierenden öffentlichen Sozietäten zu stellen. Obrigkeitliche Rechte gebühren der Obrigkeit, nicht einer Interessenvertretung.

„Es ist nicht nöthig, dies näher auszuführen, da die Staatsregierung bereits selbst in dem Gesekentwurfe, betr. das Feuer-

versicherungswesen, welchen sie im Jahre 1869 vorgelegt hatte, und der nur im Hinblick auf die zu erwartende Reichsgesetzgebung nicht weiter gefördert wurde, Folgendes proponirte (§ 11):

„Diejenigen Bestimmungen in den Reglements der öffentlichen Feuersozietäten, welche den nicht bei denselben Versicherten Beschränkungen in Bezug auf die Versicherung oder die Leistung von Beiträgen zu den Kosten der Sozietät auferlegen, oder die Einrichtung, die Befugnisse und den Geschäftsverkehr anderer Versicherungsanstalten treffen, sollen — aufgehoben werden.

„3. Die letzte Frage, auf welchem Wege die Beseitigung der fraglichen Reglements Vorschriften zu erfolgen habe, wird zunächst der Erwägung der Staatsregierung zu überlassen sein. Die Kommission nimmt jedoch keinen Anstand, den im Jahre 1869 beschrittenen Weg der Gesetzgebung, im Gegensatz zu einer bloßen Reglementsrevision, als den korrekten zu bezeichnen. Es ist nämlich zu erwägen, daß der Landesherr bei Erlass dieser, über den Kreis der Sozietätsangelegenheiten hinausgehenden Anordnungen, welche ausschließlich von dem Gesetzgeber emanirt werden können und dürfen, auch ganz unzweifelhaft die Absicht der Gesetzgebung gehabt haben muß, da es ein innerer Widerspruch sein würde, demselben die Absicht eines nichtigen Aktes unterzulegen“

Bei Berathung der Petitionen im Abgeordnetenhaufe fand der Wunsch besonderen Ausdruck, daß die Staatsregierung den beklagten Unzuträglichkeiten mit möglichster Beschleunigung ein Ende machen möge, da dieselben offenkundig zu sehr mißlichen Reibungen Anlaß geben. Der Regierungskommissar glaubte dies zusagen zu können, vorbehaltlich desjenigen Zeitaufenthaltes, welcher in Folge der etwa nöthigen Anhörung der Sozietätsorgane entstehen würde.

Das Haus nahm sodann den von der Kommission einstimmig gestellten Antrag an:

die beiden Petitionen des Verbandes der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung, und zwar im Sinne des § 11 des Gesetzentwurfes, betr. das Feuerversicherungswesen, vom Jahre 1869 zu überweisen.

In Ausführung dieses Beschlusses legte die Regierung einen Gesetzentwurf vor, dessen einziger Paragraph lautete:

„Die Reglements der öffentlichen Feuersozietäten sollen binnen spätestens zwei Jahren einer Revision unterzogen werden.

„Dieselbe ist namentlich darauf zu richten, daß diejenigen Bestimmungen der Reglements, welche den nicht bei den Sozietäten versicherten Personen Beschränkungen in Bezug auf die Versicherungsnahme oder eine Verpflichtung zur Leistung von Beiträgen zu den Kosten der Sozietät auferlegen, oder welche die Einrichtung, die Befugnisse und den Geschäftsverkehr anderer Versicherungsanstalten betreffen, aufgehoben werden.

„Diese Aufhebung erfolgt nach Anhörung der Sozietätsorgane im Wege der landesherrlichen Verordnung.“

Nachdem die Mehrzahl der in Frage kommenden Sozietäten, denen der Entwurf regierungsseitig zur Rückäußerung mitgetheilt worden war, sich mit dessen Tendenz einverstanden erklärt hatte, ging derselbe an das Herrenhaus. Hier leitete der Regierungskommissar die Verhandlungen mit den Worten ein: „Der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, hat die königliche Staatsregierung diesen Gesetzentwurf vorgelegt.“ Nach eingehender Debatte nahm das Herrenhaus den Entwurf mit unwesentlichen Aenderungen an. — Im Abgeordnetenhaus erhielt der Gesetzentwurf, nicht ohne daß ihn der Abgeordnete von Meyer-Urnswalde heftig bekämpft hätte, auf Antrag v. Rauchhaupt folgende Fassung:

§ 1. Diejenigen Bestimmungen der Reglements der öffentlichen Feuersozietäten, welche den bei diesen Sozietäten nicht versicherten Personen Beiträge zu den Kosten der öffentlichen Sozietäten oder Beschränkungen in Beziehung auf die Höhe der Versicherungssumme auferlegen, oder welche die Einrichtung, die Befugnisse und den Geschäftsverkehr anderer Versicherungsgesellschaften betreffen, werden — unbeschadet des in einzelnen Bezirken bestehenden Gebäude-Versicherungszwanges — aufgehoben.

Gesetz vom
31. März 1877
betreffend
Aufhebung der
Be-
aufschlagungs-
rechte
der Sozietäten.

§ 2. In soweit durch diese Aufhebung eine Umänderung der Reglements der öffentlichen Feuersozietäten erforderlich wird, ist dieselbe durch die Sozietätsorgane unter Genehmigung des Ministers des Innern herbeizuführen.

Nachdem das Herrenhaus das Gesetz angenommen hatte, wurde es am 31. März 1877 vom Könige vollzogen und durch das am

21. April desselben Jahres ausgegebene 10. Stück der Gesefsammlung für die preußischen Staaten publizirt.

Der Verband hatte dem Versicherungsweisen in Preußen einen bedeutsamen Dienst damit geleistet, daß er das Gesez vom 31. März 1877 angeregt und in überzeugender Weise die Nothwendigkeit desselben dargethan hatte. Waren doch nun die Gesellschaften befreit von der Bevormundung der Sozietäten, die bisher auf ihnen, noch mehr aber auf ihren Versicherungsnehmern, schwer gelastet hatte.

Dieses Gesez, in Zusammenhalt mit den früheren Verordnungen, hätte den Privatgesellschaften in der That die lang erstrebte Gleichstellung mit den Sozietäten bringen und weiteren Befehlungen den Boden entziehen können, wenn nicht ein Theil der Sozietäten an der Gewohnheit, die Mobiliarversicherungs-Geschäfte durch Kommunalbeamte betreiben zu lassen, mit Hartnäckigkeit festgehalten hätte. Das Uebergewicht, das sie sich hierdurch über die Privatgesellschaften sicherten und das noch vergrößert wurde durch die in Form amtlicher Verfügungen gekleideten Bekanntmachungen einzelner Sozietäts-Direktoren hinsichtlich der Mobiliarversicherung, mußte den Kampf immer aufs Neue schüren. Ueberall im Lande begegneten die Vertreter der privaten Gesellschaften bei Ausübung ihres Berufes dem Einfluß, den die Landräthe, Kreissekretäre, Schulzen u. s. w. auf die Versicherungsnehmer zu Gunsten der Mobiliarversicherung der Sozietäten ausübten und klagten ihren Direktionen die hieraus entspringende Erschwerung ihres Dienstes.

Eine in Folge dieser Verhältnisse auf Veranlassung des Verbandes vorgenommene, auf neun preußische Sozietäten erstreckte Erhebung hatte zum Resultat, daß für die Mobiliarversicherung derselben in den Jahren 1879 und 1880 fast dreihundert öffentliche Beamte thätig waren. Die Namen und Funktionen der Beamten finden sich in einem Aufsatze, betitelt: „Die Preußischen öffentlichen Feuersozietäten als Mobiliarversicherungs-Anstalten“ im „Vereinsblatt“, Jahrgang 1881, veröffentlicht.

In demselben Aufsatze des „Vereinsblattes“ sind auch einige zwanzig Bekanntmachungen von Kreisdirektoren der Sozietäten und von Subalternbeamten wiedergegeben, in welchen die Kreisdirektoren fast ausnahmslos ihren Erlassen den Charakter ihres Staatsamtes: „Königlicher Landrath“ beifügen, in welchem sie generell die ihnen

als Landräthe unterstehenden Ortspolizeibehörden anweisen, die Sozietäten für beide Branchen zu empfehlen, und in welchen sie ankündigen, daß in den landrätthlichen Büreaus während der Dienststunden von den landrätthlichen Sekretären und Privatgehilfen die Mobiliarversicherungs-Anträge aufgenommen werden.

Auch in den folgenden Jahren versäumte der Verband keine Gelegenheit, um in den ihm zur Verfügung stehenden Organen die öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses, den Privatgesellschaften nachtheilige und unzulässige Verhalten der Sozietäten zu lenken, und er hatte die Genugthuung, seine Bemühungen von Erfolg gekrönt zu sehen. Im Jahre 1884 erließ der Minister des Innern ein „Zirkular an die Königlichen Regierungspräsidenten, Königlichen Regierungen etc., datirt vom 11. März 1884, betr. die Unzulässigkeit der Empfehlung bestimmter Versicherungsgesellschaften seitens der Behörden“, welches lautete:

„Der in der Zirkularverfügung vom 1. Oktober 1872 (Min.-Blatt S. 254) ausgesprochene Grundsatz: daß die Behörden sich der Empfehlung bestimmter Versicherungsgesellschaften sowohl Beamten als dem Publikum gegenüber zu enthalten haben, ist in neuester Zeit wiederholt außer Acht gelassen worden. Ich nehme deshalb Veranlassung, die Befolgung des in Rede stehenden Grundsatzes hierdurch in Erinnerung zu bringen.“

Zirkular-
verfügung vom
11. März 1884.

Vorstehende Verfügung, ebenso wie alle früheren Erlasse, durch welche ein Theil der Vorrechte der Sozietäten zu Gunsten einer Gleichstellung mit den Privatgesellschaften aufgehoben wurden, stießen nicht nur auf einen passiven Widerstand, sondern bewirkten auch jene bereits angedeuteten Angriffe verschiedener Sozietäten und Sozietätsleiter in dem Parlament, insbesondere aber auch in der Presse.

Ein Beispiel, das den Geist der von jener Seite ausgehenden Anfeindungen der privaten Gesellschaften besonders treffend kennzeichnet, bietet das Zirkular, welches die Generaldirektion der Magdeburger Land-Feuersozietät unter dem 13. Oktober 1881 erließ, und mit welchem sie durch eine Vergleichung ihrer Verhältnisse mit denen der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften die letzteren und von ihnen besonders die gegen feste Prämien versichernden Aktiengesellschaften in ein ungünstiges Licht zu stellen suchte. Auf welche Weise dies von der genannten Generaldirektion ins Werk gesetzt wurde, erhellt

Zurückweisung
von Angriffen
der Sozietäten
seitens
des Verbandes.

aus der nachstehenden Gegenerklärung, die der Verband unter dem 24. November 1881 veröffentlichte:

„1. Die Sozietät ist ursprünglich allerdings lediglich zum Besten des Gemeinwohls begründet. Seitdem sie aber das Recht hat, Versicherungen abzulehnen, und davon durch Vermeidung ihr ungünstig scheinender Risiken wie eine Privatgesellschaft Gebrauch macht, dient sie hierdurch lediglich dem Wohle ihrer Mitglieder. Sie erstrebt einen Gewinn für ihre Mitglieder wie eine private Gegenseitigkeits-Gesellschaft, indem sie ihnen wie diese das Risiko eines möglichen Verlustes überläßt, während die Aktiengesellschaften den sich ergebenden Gewinn für sich beanspruchen, dafür aber auch das Risiko eines möglichen Verlustes allein tragen.

„Trotzdem gewährt die Sozietät ihren Mitgliedern nicht denselben Einfluß auf ihre Verwaltung, wie die privaten Gegenseitigkeits-Gesellschaften. Ihre Verwaltung wird nach Art von Behörden geführt.

„Richtig ist, daß außer dem Vermögen der Sozietät auch der gesammte Versicherungsbetrag derselben den einzelnen Interessenten haftet, d. h. daß ein jedes Mitglied bis zur Höhe seiner gesammten Versicherungssumme zu Beiträgen herangezogen werden kann. Unrichtig ist, daß die Versicherten der nicht auf Gegenseitigkeit gegründeten Privatgesellschaften nur in dem Aktienkapital ihre Sicherheit zu suchen haben. Denn diese Gesellschaften haben ihre Reserven so gut wie die Sozietät. Wenn aber diese das Aktienkapital als in der Regel unbedeutend im Verhältniß zur Gesamtversicherungssumme bezeichnet, so beweist doch der Umstand, daß durch den Verlust des Aktienkapitals bisher noch niemals ein Versicherter Schaden gehabt hat, jedenfalls, daß es bisher seinem Zwecke entsprechend gewesen ist.

„Richtig ist, daß die Beiträge der Sozietät nach Möglichkeit herabgesetzt werden. Ob die Befugniß dazu bei einer behördlichen Verwaltung ein Vorzug ist, ist eine andere Frage.

„2. Es ist richtig, daß die Versicherten der Sozietät nicht als Partei gegenüberstehen, sondern als ihre Mitglieder. Diese haben aber bei der Verwaltung nichts zu sagen. Daher wird im Brand-falle der Schaden von Beamten festgesetzt; wenn in der Bekanntmachung der Sozietät zur Empfehlung hinzugesetzt wird: „von un-

interessirten“ und daß „daher der unverschuldet Abgebrannte keinerlei Bedrückung und Chikanen zu befürchten hat“ — so ist darin angedeutet, daß letzteres bei den angegriffenen Privatgesellschaften der Fall sei. Wir weisen solche unwürdige Andeutung zurück. Jedenfalls haben die Privatgesellschaften das Interesse, sich durch angemessene Schadenregulirung das Wohlwollen der Versicherten zu erhalten, während die Beamten der Sozietät allerdings kein Interesse zur Sache haben.

„3. Richtig ist, daß, wenn der vom Brande Betroffene mit der Schadenermittlung nicht einverstanden ist, er bei den Privatgesellschaften das Recht der gerichtlichen Klage, bei der Sozietät aber bloß das Recht der Beschwerde bei der Deputation, unter Umständen auch bei dem Minister des Innern hat. Jedenfalls ist in diesem Punkte der Versicherte der Privatgesellschaften günstiger gestellt. Unrichtig ist die Behauptung, daß die Deputation von den Sozietätsgenossen selbst gewählt werde. Sie wird von den dem platten Lande angehörenden Mitgliedern der Kreistage gewählt; daß diese Mitglieder auch Sozietätsgenossen sind, ist nicht vorgeschrieben.

„4. Wenn in Betreff der Kriegs- und Aufbruchschäden behauptet wird, daß im Gegensatz zur Sozietät „fast alle übrigen in dem Sozietätsbezirke operirenden Versicherungsgesellschaften Ersatz für dergleichen Schäden ausdrücklich ablehnen“, so ist jedenfalls das „fast alle übrigen“ nicht korrekt, denn die 13 zu unserem Verbande gehörigen Privatgesellschaften vergüten Kriegsschäden ebenso wie die Sozietäten und beschränken diesen Ersatz nicht, wie die Magdeburger Land-Feuersozietät, auf einen geringen Prozentsatz.

„5. Wenn die Bekanntmachung der Sozietät verschiedene Punkte aufführt, in denen sich ihre Bedingungen von denen der Privatgesellschaften unterscheiden, so sind die Unterschiede zum Theil richtig angegeben. Man wird aber verschiedener Ansicht darüber sein, ob sie einen Vorzug der Versicherung bei der Sozietät begründen. Wenn z. B. bei ihr nicht wie bei den Privatgesellschaften die Versicherung im Fall des Eigenthumswechsels erlischt, so heißt das, daß die Sozietätsgenossen auch die verdächtigsten Persönlichkeiten, die ein bei der Sozietät versichertes Gebäude erwerben, in ihre Gemeinschaft aufnehmen müssen.“

Nach Zurückweisung anderer in der Sozietäts-Bekanntmachung aufgestellten unkorrekten Behauptungen schließt die Gegenerklärung des Verbandes mit der Bemerkung:

„Die Generaldirektion der Sozietät versichert in ihrer Bekanntmachung, daß sie „billigen und berücksichtigungswerthen Wünschen der Versicherten wegen Dispensation von etwa lästig erscheinenden Bedingungen in entgegenkommendster Weise Rechnung tragen“ werde. Nun, wir bezweifeln es nicht; andere Versicherungsgesellschaften thun es auch. Aber was sich die Generaldirektion dabei gedacht haben mag, daß sie die vorstehende Zusage unter die allgemeine Behauptung begreift, „die Sozietät stelle den Versicherten günstigere Bedingungen, als die Privat-Versicherungsgesellschaften“ — das wollen wir dem Nachdenken der Leser überlassen.“

Die „Mittheilungen“
der Sozietäten.

Der Verband der Sozietäten besitzt in den schon angeführten „Mittheilungen für die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten“ sein eigenes seit dem Jahre 1868 erscheinendes Organ, das jedoch nur für die öffentlichen Anstalten selbst sowie für Behörden bestimmt ist, während es Privatpersonen nicht zugänglich gemacht wird. Außer mit versicherungstechnischen, volkswirtschaftlichen und ähnlichen Fragen befaßten sich die „Mittheilungen“ damals vorzugsweise mit der Privatversicherung und zwar in aggressivem Sinne. Es war für die Privatgesellschaften ein peinliches Gefühl zu wissen, angegriffen zu werden, ohne die Art des Angriffs zu kennen. Die polemischen Auslassungen über sie kamen in den „Mittheilungen“ den Behörden zu Händen, den Gesellschaften selbst aber nicht, so daß ihnen in den meisten Fällen die Möglichkeit, ihren Standpunkt geltend zu machen, verschlossen blieb.

Veröffentlichungen
der Sozietäten
in der Zeitschrift
des statistischen
Bureaus.

Neben ihrem eigenen Organ und einigen politischen Blättern standen den Sozietäten wohl ausnahmslos die Kreisblätter mit ihrer weiten Verbreitung namentlich unter der ländlichen Bevölkerung, nicht minder aber die Zeitschrift des Königl. preussischen statistischen Bureaus zur Verfügung. Letzterer Umstand war um deswillen besonders wesentlich, als die Sozietäten in ihrem Verbandsvorstand, dem Generaldirektor der Land-Feuersozietät des Herzogthums Sachsen in Merseburg, von Hülfsen, einen ebenso energischen als außerordentlich kampfesfreudigen Verfechter ihrer Interessen besaßen. In der „Zeitschrift des Königl. preussischen statistischen Bureaus“

veröffentlichte von Hülsen im Verein mit dem Sekretär H. Braemer seit dem Jahre 1867 Aufsätze wie „Geschichte, Umfang und Bedeutung des öffentlichen Feuerversicherungswesens“, „Die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten in Deutschland und ihre rechtliche Stellung gegenüber den Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften“, „Die Lebens- und Feuerversicherungs-Gesellschaften in Preußen und Deutschland“ — letztere Aufsätze sind in einer Reihe von Jahrgängen der Zeitschrift fortgesetzt — sämmtlich mit dem Zweck, die wirthschaftlichen, sogar moralischen Vorzüge der öffentlichen Anstalten vor den „Erwerbsgesellschaften“ darzuthun. Der Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften vertheidigte sich in seinem Vereinsblatte nach Kräften gegen derartige Anfeindungen und unterließ es natürlich nicht, auch seinerseits auf die Mängel der Sozietäten, ihrer Verwaltung und Organisation hinzuweisen, wozu sich viele Gelegenheiten boten.

Eine jener Veröffentlichungen im Statistischen Jahrbuch (V. Jahrg.) über die „Ergebnisse der deutschen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften 1867 bis 1880“ veranlaßte den Verband, unterm 3. Juli 1884 beim Minister des Innern darüber Beschwerde zu führen, daß in eine Druckschrift mit amtlichem Charakter, wie das Jahrbuch, eine Arbeit aufgenommen werde, die nicht mit derjenigen wissenschaftlichen Objektivität angefertigt sei, die man bei Publikationen des Jahrbuchs voraussetzen müsse. Hiermit war, neben einer Reihe tatsächlicher Fehler, insbesondere der Umstand gemeint, daß die Veröffentlichung durch eine nicht sachgemäße Gruppierung der Zahlen den Gewinn der Aktiengesellschaften aus der Feuerversicherung in den Jahren 1867 bis 1880 um p. ptr. 60 Millionen Mark zu hoch angegeben hatte. Diese Gewinnberechnung mußte nothwendigerweise den Anschein erwecken, als ob die Gesellschaften auf Kosten der Versicherungsnehmer einen ganz unverhältnißmäßigen Nutzen erzielten. Um derartige, das private Versicherungswesen schädigende Ansichten nicht aufkommen zu lassen, handelte der Verband nur in Wahrung berechtigter Interessen, wenn er gegen diese Darstellung in einem amtlichen Organ beim Minister des Innern Protest einlegte.

In der That war es für die Wahrung der Interessen der Privat-Versicherung gegenüber den mit überlegenen Mitteln kämpfenden

Sozietäten von großer Bedeutung, daß alle Angriffe von jener Seite den Verband, so weit sie ihm bekannt wurden, zur Abwehr und zur energischen Vertheidigung seiner Rechte bereit fanden. Anderenfalls würden die Privatgesellschaften durch den Einfluß der Sozietäten bald aus ihrer mühsam errungenen Position verdrängt worden sein. Wie weit dieser Einfluß reichte, und in welchem Grad die Sozietäten verstanden, sich für ihre Art, die Dinge darzustellen, Gehör zu verschaffen, darüber wurde der Verband durch zwei sowohl sachlich wie zeitlich verschiedene ministerielle Akte belehrt, die wenig Sympathie für die Privatgesellschaften bekundeten.

Verfügung
des Handels-
ministers vom
19. März 1883.

Der eine dieser Akte bestand in folgender Verfügung, welche unter dem 19. März 1883 der Handelsminister auf Veranlassung des Reichskanzlers an die Oberpräsidenten erließ:

„Der Herr Reichskanzler hat die Aufmerksamkeit der Königlichen Staatsregierung auf die Mißstände gelenkt, welche sich für die wirthschaftlichen Verhältnisse des Landes aus der Thatsache ergeben, daß sich der Betrieb der Feuerversicherung zum überwiegenden Theile in den Händen von Aktiengesellschaften befindet, deren unverhältnißmäßig hoher Geschäftsgewinn sich wesentlich als die Folge einer ungerechtfertigten Steigerung der Prämienätze und einer Anwendung ungerechtfertigter Mittel bei der Regulirung von Brandschäden darstellt.

„Behufs Beantwortung der hieran geknüpften Frage nach den Mitteln und Wegen, welche für die Gesetzgebung zur Abhilfe der Mängel des Feuerversicherungswesens angezeigt erscheinen, wünsche ich darüber näher unterrichtet zu werden, wie sich der Betrieb und der Geschäftsumfang der auf Gegenseitigkeit beruhenden Feuerversicherungs-Gesellschaften und Anstalten gegenüber den konkurirenden Unternehmungen der Aktiengesellschaften gestaltet hat.

„Der Umstand, daß die ersteren sich seiner Konkurrenz nicht gewachsen gezeigt haben, wurde früher darauf zurückgeführt, daß den mit der Immobilienversicherung befaßten Gegenseitigkeitsgesellschaften bei dem Bestreben, ihre Geschäfte auf die Mobiliarversicherung innerhalb derselben Gebäude auszudehnen, von den Aufsichtsbehörden hindernd entgegengetreten sei. Es geschieht dies, so viel mir bekannt, gegenwärtig nur noch in einzelnen besonderen Situationen. Dennoch aber, und obwohl die Organisation jener Gesellschaften eine solche

Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes ohne besondere Schwierigkeiten gestattet, ist thatsächlich der größte Theil des Mobiliars bei Aktiengesellschaften versichert, so daß für das Gebäude und den Inhalt desselben zwei verschiedene Asskuranzen thätig sind.

„Guer 2c. ersuche ich, die Direktionen der in der dortigen Provinz bestehenden, auf Gegenseitigkeit beruhenden Gesellschaften und Anstalten, welche die Versicherung von Immobilien gegen Brandschaden betreiben, zu einer Aeußerung über ihre Geschäftslage im Verhältniß zu der Konkurrenz der Aktiengesellschaften und darüber aufzufordern, welche geschäftliche oder gesetzliche Hindernisse sie abhalten, ihre Versicherungen auf das Mobiliar in den von ihnen versicherten Gebäuden auszudehnen. Die Enthaltung hiervon muß besondere Gründe haben, da die Vortheile der Gegenseitigkeit für Versicherer von Mobilien ebenso zweifellos sind, wie für Gebäude, der Mobiliarversicherer bisher aber fortfährt, von dem Feuerschaden die Prämien zu zahlen, welche so hohe Dividenden abwerfen, wie die Aktien der großen Versicherungsgesellschaften.

„Die eingehenden Aeußerungen wollen Guer 2c. mir mit denjenigen Bemerkungen vorlegen, zu welchen dieselben Ihnen Anlaß geben werden.“

Eine gleich schonungslose Verurtheilung sämmtlicher auf Aktien gegründeten Feuerversicherungs-Gesellschaften, wie sie der Erlaß vom 19. März 1883 enthält, ist wohl kaum jemals, weder vorher noch nachher, regierungsseitig einer ganzen Klasse in der überwiegenden Mehrheit hoch angesehenen und streng solider kapitalistischer Unternehmungen entgegengeschleudert worden. Und was die Verurtheilung um so bedenklicher erscheinen ließ, war, daß sie ohne irgend welche Begründung und ebenso ohne irgend einen erkennbaren Anlaß erfolgte.

Ein Sturm der Entrüstung erhob sich unter den Aktiengesellschaften gegen die Tendenz des Erlasses. Viele von ihnen wandten sich sofort unter Klarlegung ihrer Einrichtungen und Verhältnisse an den Reichskanzler und verwahrten sich aufs Entschiedenste gegen den Erlaß, der unterschiedslos alle Aktiengesellschaften bloßstellte. Andere Aktiengesellschaften verschmähten dieses Mittel und begnügten sich im Bewußtsein ihrer durch und durch rechtlichen und loyalen Geschäftsführung damit, ihren Vertretern die nöthigen An-

weisungen zu ertheilen, wie sie sich gegen etwaige nachtheilige Folgen aus dem Erlaß zu schützen hätten.

Maßnahmen
des Verbandes
gegen die
Verfügung
des Handels-
ministers.

Der Verband hatte zwar erwogen, wegen des auf die Aktiengesellschaften bezüglichen Theiles des Erlasses beim Handelsminister vorstellig zu werden, nahm jedoch nach reiflicher Erörterung davon Abstand. Dagegen richtete er unter dem 4. Juni 1883 an die Ober-Präsidenten im Preussischen Staate eine Eingabe, in welcher er zunächst den ziffermäßigen Beweis dafür erbrachte, daß der in dem Zirkularreskript behauptete unverhältnißmäßig hohe Gewinn der Aktiengesellschaften thatsächlich nicht erzielt werde. Denn bei sämtlichen deutschen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften habe der aus der Prämieeneinnahme herrührende Theil der Dividenden in den Jahren 1879, 1880 und 1881 3,44 bezw. 2,07 bezw. 0 Prozent der Prämieeneinnahme betragen.

Hinsichtlich der Annahme einer ungerechtfertigten Steigerung der Prämienätze erklärte der Verband, daß auf dem Gebiete der Feuerversicherung 28 deutsche Aktiengesellschaften, eine Anzahl Gegenseitigkeitsgesellschaften und eine Anzahl ausländischer Gesellschaften in lebhaftester Konkurrenz ständen, wodurch naturgemäß die Prämienätze auf das äußerste Maß herabgedrückt würden.

Die Behauptung der Anwendung ungerechtfertigter Mittel bei der Regulirung von Brandschäden enthalte einen schweren Vorwurf, der, von so hoher Stelle, in solcher Allgemeinheit und beweislos ausgesprochen, überrasche. Da er sich gegen alle Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften und also auch gegen die 14, den Verband bildenden Gesellschaften richte, so lege der Verband dagegen auf Veranlassung und namens derselben auf das entschiedenste Verwahrung ein und erwarte den Beweis. Daß die Gesellschaften häufig recht ungerechtfertigten Ansprüchen gegenüberständen, liege auf der Hand und könne leicht näher dargelegt werden. Andererseits würden wohl vereinzelt von einem Regulirungsbeamten Mißgriffe ausgegangen und es würde ganz ausnahmsweise die unrichtige Beurtheilung einer Brandschadenangelegenheit von seiner Direktion nicht erkannt sein. Das sei bei den 26 000 bis 30 000 Brandschäden, von welchen jene 14 Gesellschaften durchschnittlich jährlich betroffen würden, kaum anders möglich.

Hierauf könne sich aber nicht der Vorwurf der Anwendung ungerechtfertigter Mittel begründen. Sollten aber von den Ober-

Präsidenten bei einer Gesellschaft unangemessene Schadenregulirungen beobachtet worden sein, welche auf eine andere Ursache zurückzuführen seien, als auf eine vereinzelt irrige Beurtheilung der Sachlage, so würde es den anderen dem Verbande angehörigen Gesellschaften und dem Verbande selbst nur angenehm sein können, davon Kenntniß zu erhalten, denn solche Schadenregulirungen würden mit der Voraussetzung nicht in Einklang stehen, auf welcher der Verband beruhe.

Auch eine ganze Reihe von Handelskammern erhoben in ihren Jahresberichten Protest gegen die den Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften durch den Erlaß widerfahrene unwürdige Behandlung, so die Handelskammern von Hamburg, Aachen-Burtscheid, Bielefeld u. A. Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft erklärten in ihrem Bericht vom Jahre 1883: „Die ohne Beweis gebliebenen Behauptungen in dem Reskript des Herrn Handelsministers vom 19. März 1883 haben an vielen Stellen eine den Aktiengesellschaften nachtheilige Auffassung hervorgerufen, die bei jeder sich dazu eignenden Gelegenheit in unliebsamer Weise hervortritt. Wenn nun trotzdem eine Vergrößerung des Geschäftsumfanges der Aktiengesellschaften sich herausstellt, so wird man darin den Beweis erblicken können, daß das Publikum über dieselben anders denkt, als die erwähnten Behauptungen.“

Mit den Ausführungen dieser Verbandseingabe an die Oberpräsidenten waren die Sozietäten selbstverständlich nicht einverstanden, da die von dem Handelsminister an den Aktiengesellschaften geübten Ausstellungen nothwendig zu den eigenen Angriffswaffen der Sozietäten gehörten. Sie ließen deshalb in ihrem Organ, den „Mittheilungen für die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten Deutschlands“ (Nr. 17, Aug. 1883) in Vertheidigung des vom Handelsminister eingenommenen Standpunktes eine Widerlegung folgen, die in dem Organ des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften (Jahrg. 1884 Nr. 4) in entsprechender Weise beantwortet wurde.

Der zweite, den Privatgesellschaften wenig günstige Akt ging von dem Landwirtschaftsminister aus, welcher in seinem Bericht über Preußens landwirthschaftliche Verwaltung in den Jahren 1881, 1882, 1883 in Bezug auf das Versicherungsweisen ausführte:

Bericht
des Landwirth-
schaftsministers
über das
Versicherungs-
weisen vom
Jahre 1884.

„Es hat nicht an Klagen der Sozietäten darüber gefehlt, daß durch die Gesetzgebung und die Verwaltung die Entwicklung des Feuerversicherungswesens thatsächlich zu Gunsten der Aktiengesellschaften beeinflusst worden sei. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß diese Klagen einen gewissen Grund haben. Durch die Aufhebung des Immobilienversicherungszwanges sind die guten Risiken größtentheils an die niedere Prämien bietenden Privatgesellschaften übergegangen, während die schlechten Risiken, also namentlich die Gebäude mit Stroh- und Rohrbedachung, von den Privatgesellschaften überhaupt zurückgewiesen werden und den öffentlichen Sozietäten verbleiben. Letztere sind dadurch genöthigt, ihre Prämien zu erhöhen, was wieder zum Austritte aller derjenigen Besitzer führt, welchen die Möglichkeit offen steht, anderweit billiger Versicherung zu erlangen. Die öffentlichen Sozietäten sind aber meist statutarisch verpflichtet, jeden Versicherungsantrag zu akzeptiren, und es kann diese Verpflichtung auch nicht wohl aufgehoben werden, wenn man nicht die meist der ärmeren Bevölkerungsklasse angehörenden Besitzer der strohbedeckten Gebäude jeder Möglichkeit einer Feuerversicherung berauben will, was im öffentlichen Interesse unzulässig wäre.“

Gegen-
erklärung
des Verbandes.

Auch dieser Darstellung gegenüber durfte der Verband nicht schweigen, obgleich sie die denkbar beste Widerlegung des Erlasses des Handelsministers bildete. Denn während der Handelsminister den Aktiengesellschaften eine ungerechtfertigte Steigerung der Prämienätze zum Vorwurf gemacht hatte, beklagte der Landwirtschaftsminister im Interesse der auf Gegenseitigkeit beruhenden öffentlichen Anstalten gerade die niedrigen Prämien der Privatgesellschaften, gegen welche die öffentlichen Gegenseitigkeitsanstalten nicht aufkommen könnten.

Der Verband stellte unter dem 28. März 1885 dem Landwirtschaftsminister vor, wie seit Jahren die von dem Merseburger Preßbureau der öffentlichen Sozietäten abhängige Presse bemüht sei, die irrige Vorstellung zu erwecken und zu nähren, als fänden gefährlichere Risiken bei den Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften keine Deckung, als hätten die öffentlichen Feuersozietäten die Verpflichtung zur Annahme jedes Risikos, und als seien sie dieser Aufgabe in Betracht des Umstandes, daß jene Gesellschaften ihnen die weniger gefährlichen Risiken entziehen, je länger je weniger gewachsen.

Die Unrichtigkeit der letzteren Behauptung konnte der Verband mit den eigenen Worten des Landwirthschaftsministers belegen, der in seinem Bericht des Weiteren hervorgehoben hatte: „Trotz dieses für die öffentlichen Sozietäten ungünstigen Momentes haben dieselben im Ganzen keineswegs Rückschritte gemacht, vielmehr wird aus mehreren Provinzen von einer fortgesetzt günstigen Entwicklung der Institute berichtet. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß die derzeitige Lage der Gesetzgebung allein die Sozietäten keineswegs konkurrenzunfähig macht.“ Nach Ansicht der Verbandes war dies der beste Beweis dafür, daß man jener von dem Merseburger Preßbureau erregten Vorstellung zu mißtrauen und die gegründetste Veranlassung habe, die behauptete Thatsache auf die Wahrheit zu prüfen.

Ueber die weitgehenden Ablehnungsbefugnisse der Sozietäten hatte sich das „Vereinsblatt“ in den Jahrgängen 1882, 1883 und 1884 in mehreren Artikeln ausgelassen, so daß der Verband in der Lage war, dem Minister mit Bezug hierauf zu erklären, daß auch jede Privatgesellschaft mit solcher Befugniß sehr wohl bestehen könne und keine Veranlassung habe, eine weitergehende zu wünschen. Solche Befugniß sei das direkte Gegentheil der angeblichen Annahmeverpflichtung, und sie reiche bei den Sozietäten weiter als bei den Privatgesellschaften, insofern jene eine Versicherung während ihres Bestehens plötzlich aufheben könnten, was diesen nie zustehe.

An bestimmten Beispielen wies dann der Verband nach, daß die Sozietäten in ausgiebiger Weise von ihrer Ablehnungsbefugniß Gebrauch machen.

Hinsichtlich der Behauptung, daß die feuergefährlicheren Risiken bei den Privatgesellschaften keine Deckung fänden und sonach ohne das Vorhandensein der öffentlichen Sozietäten beziehentlich deren Annahmeverpflichtung ohne Versicherungsgelegenheit sein würden, betonte der Verband, daß auch, wenn jene Sozietäten nicht beständen, es dennoch dem Publikum nicht an Versicherungsgelegenheit fehlen, daß dasselbe sie vielmehr im ausreichendsten Maße bei den Privatgesellschaften finden würde, so gut wie es sie in denjenigen Landestheilen finde, wo öffentliche Versicherungsanstalten nicht beständen.

Hierfür spreche die Thatsache, daß in Preußen im Jahre 1884 bei 14 von den 16 zum Verbande gehörenden Gesellschaften (bei zweien habe eine genaue Ermittlung nicht stattfinden können) eine

Anzahl von 221 074 Versicherungen auf Risikos mit weicher Dachung mit einer Versicherungssumme von 1 589 971 308 Mark laufend gewesen sei.

Zu dieser Summe würden noch hinzutreten:

1. die bei den zwei an der Zusammenstellung nicht beteiligten Verbandsgeellschaften,
2. die bei den Nichtverbands-Aktiengesellschaften, und
3. die bei den Nichtverbands-Privat-Gesellschafts-Geellschaften

laufenden Summen, welche in ihrem Gesamtbetrage der oben vom Verbande hinsichtlich der 14 Verbandsgeellschaften gegebenen Ziffer ungefähr gleichkommen würden. Im Ganzen würden also etwa 3000 Millionen Mark des in Risikos mit weicher Dachung befindlichen Preussischen Nationalvermögens bei Privatgeellschaften gegen Feuersgefahr gedeckt sein. Es sei selbstredend, daß diese Summen nicht etwa erst im Jahre 1884 neu von den Privatgeellschaften übernommen seien, sondern daß dasselbe Verhältniß seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten, bestehe.

Unerbieten
des Verbandes,
für
Versicherungs-
gelegenheit
Sorge tragen
zu wollen.

Zum Schluß seiner Eingabe stellte der Verband an den Landwirtschaftsminister das Ersuchen, ihm von einem etwa beobachteten Mangel an Versicherungsgelegenheit Kenntniß zu geben, der Verband werde dann für Versicherungsgelegenheit sorgen.

Dieselbe Eingabe richtete der Verband an den Minister des Innern, und nachdem im Jahre 1888 der Landwirtschaftsminister in seinem Bericht ganz ähnlichen Klagen Ausdruck gegeben hatte, erneuerte der Verband unterm 31. Dezember 1888 die gleichen Vorstellungen bei beiden Ministern.

Versuch
der Sozietäten,
das Gebäude-
versicherungs-
monopol
wieder
zu erlangen.

Eine ebenso unerfreuliche Aufgabe wie die Bekämpfung der Angriffe der Sozietäten erwuchs dem Verbande aus den seit Ende der siebziger Jahren hervorgetretenen Bestrebungen einzelner öffentlicher Anstalten, das Recht des Monopols auf die Gebäudeversicherung wieder zu erlangen. Wie bereits in dem vorerwähnten Bericht des Landwirtschaftsministers angedeutet, behaupteten die Sozietäten, daß seit Emanation des Gesetzes vom 31. März 1877 ihnen durch die Privatgeellschaften eine solche Konkurrenz gemacht werde, daß es für sie mit großen Schwierigkeiten verknüpft sei, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Einige von ihnen befänden sich geradezu in einer

bedrohlichen Lage. Dem könne nur dadurch abgeholfen werden, daß das Monopol der Gebäudeversicherung in Preußen ausschließlich in die Hände der Sozietäten gelegt würde.

Nachdem vereinzelte dahin zielende Versuche mißglückt waren, trat eine Anzahl Sozietäten zusammen und machte in einem an die Oberpräsidenten eingereichten Protokoll vom 26./27. April 1883 das Verlangen nach dem Monopol geltend. Dieselbe Agitation wurde in die Provinzialversammlungen, namentlich der Provinzen Posen, Rheinland und Brandenburg getragen. Bei der Staatsregierung fanden jedoch die Bestrebungen nicht das erhoffte Entgegenkommen, deshalb faßten die Sozietäten die Absicht, mit einem selbstständigen Gesetzesvorschlage direkt auf das Ziel loszugehen. Ein entsprechend ausgearbeiteter Gesetzentwurf lag auch bereits vor, die formelle Einbringung an den Landtag unterblieb jedoch. Man kleidete vielmehr die Monopolwünsche in die Form einer an die Staatsregierung zu richtenden Aufforderung und der Uckermärker Bauernverein unternahm es, diese Petition am 1. Juli 1886 dem Abgeordnetenhaus zu unterbreiten. Nur nebenbei sei erwähnt, daß man mit der Beauftragung des Uckermärker Bauernvereins einen kleinen Mißgriff insofern begangen hatte, als nach Artikel 32 der preußischen Verfassung Petitionen unter einem Gesamtnamen nur Behörden und Korporationen gestattet sind. Da der Bauernverein weder die eine noch die andere Qualität besitzt, hätte die Petition eigentlich a limine abgewiesen werden müssen.

Die Privatgesellschaften verfolgten die auf Erlangung des Monopols gerichtete Agitation wachsamem Auge und der Verband, als ihr berufener Vertreter, traf seine Vorbereitungen, um dem Schlage zu begegnen. Er sammelte sorgfältig das Material über die Frage, ob den öffentlichen Feuersozietäten in Preußen ein Privilegium auf die Versicherung der Immobilien zu gewähren sei, stellte dasselbe zusammen und überreichte es mit einer Eingabe vom 15. Februar 1887 dem Abgeordnetenhaus.

Das „Material“, das eine Druckschrift von über 200 Seiten darstellte, behandelte folgende Punkte:

- I. die Höhe des für die preußischen Feuersozietäten beanspruchten Objekts,
- II. den angeblichen Rückgang der Sozietäten,

Petition
des Uckermärker
Bauernvereins
an das
Abgeordneten-
haus
um Verleihung
des Monopols
an
die Sozietäten.

Eingabe
des Verbandes
an das
Abgeordneten-
haus gegen
Verleihung
des Monopols
an
die Sozietäten.

- III. die sogenannte Annahmepflicht der Sozietäten,
- IV. die Beiträge zu öffentlichen Zwecken, namentlich zur Erhöhung der Feuerficherheit,
- V. die Bestimmungen über die Vergütung von Kriegsschäden,
- VI. die angeblich größere Sicherheit der Sozietäten,
- VII. den Schutz der Hypothekengläubiger seitens der öffentlichen und der privaten Anstalten,
- VIII. die Höhe der Prämien des öffentlichen und des privaten Versicherungsbetriebes.

Dieses Material reichte der Verband dem Abgeordnetenhaus mit einer Eingabe ein, in der er darauf hinwies, daß das Monopol der Sozietäten für die Immobilial-Feuerversicherung in ganz Preußen den Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ein Versicherungsobjekt entziehen würde, das sich auf etwa zehn Milliarden Mark Versicherungssumme beziffere.

Als Grund, weshalb eine so tief einschneidende Aenderung, eine so gewaltige Verschiebung zu Ungunsten der privaten Anstalten sanktionirt werden solle, werde angegeben, daß ohne das Monopol die öffentlichen Sozietäten sich nicht würden halten können. Ähnliches habe man in früheren Jahren erlebt, und vom Staate sei die Hilfe gewährt worden, indem er die erbetene Mobilialversicherung den Sozietäten freigegeben habe. Diese Gabe aber habe die Begehrlichkeit der Sozietäten nur gesteigert.

Daß jene Befürchtung nicht für alle Sozietäten begründet sei, lehre ein Blick in die jährlichen Rechnungsabschlüsse derselben, welche stets zunehmende Versicherungs- und Beitragssummen und stattliche Reservefonds aufzuweisen hätten.

Der preußische Minister des Innern habe eine derartige Behauptung in dem Reskript vom 28. Juli 1882 mit den Worten zurückgewiesen: „dem steht die Thatsache gegenüber, daß der allgemeine Versicherungsbestand der 41 öffentlichen Sozietäten Preußens bis in die neueste Zeit ständig gewachsen ist.“ Dem beklagten Austritt von Mitgliedern aus der Sozietät, meinte der Minister weiter, könne vorgebeugt werden „durch eine Reduktion der allgemeinen Verwaltungskosten oder durch eine richtigere Werthschätzung und Klassifizierung oder durch zweckmäßigere Schadensfeststellung oder endlich vermittelt Durchführung des Grundsatzes, daß jede

Versicherungsklasse an Beiträgen nur das aufzubringen hat, was sie zur Deckung ihrer eigenen Schäden bedarf".

Die Unterstützungsbedürftigkeit, erklärte die Verbandseingabe, werde von den Sozietäten mit ihrem gemeinnützigen Charakter begründet. Diese Behauptung, die in allen Sozietätschriften, namentlich auch in den verschiedenen Aufsätzen des Sozietätsdirektors v. Hülsen in der „Zeitschrift des statistischen Büreaus“ wiederkehre, indem man dem „gemeinnützigen Charakter“ das „egoistische, auf Gewinn gerichtete Streben der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften“ entgegenstelle, sei zunächst den privaten Gegenseitigkeits-Anstalten gegenüber gänzlich unrichtig, da diese auf demselben wirthschaftlichen Prinzip beruhten, wie die Sozietäten. Den Aktiengesellschaften gegenüber würde jene Behauptung zu einer *petitio principii*.

Nachdem die Verbandseingabe mehrere Beispiele angeführt hatte, die einzelne Sozietäten durchaus nicht im Lichte der Gemeinnützigkeit erscheinen ließen, stellte sie fest, daß nach den Anschauungen der Sozietäten ihr gemeinnütziger Charakter sich darin äußere, daß sie einer Reihe von Einschränkungen unterworfen seien, wie strengere Staatsaufsicht, Einschränkung auf bestimmte Bezirke, Zahlung erheblicher Zuschüsse zu öffentlichen Zwecken, Ersatz der sogenannten Kriegsschäden, unbedingte Haftbarkeit und Annahmepflicht.

Als Hauptvorzug werde stets „die Annahmepflicht“ insbesondere für die mit weicher Dachung versehenen Gebäude, sowie die schlecht und eng zusammengebauten Ortschaften und Stadttheile vorangestellt und ausdrücklich als der Schwerpunkt der ganzen Frage bezeichnet. Denn, so werde weiter argumentirt, diese Annahmepflicht schütze auch das Risiko des armen Mannes.

Dagegen führte die Verbandseingabe an, daß, nachdem fast bei allen denjenigen Sozietäten, bei welchen früher der Gebäudeversicherungszwang bestanden habe, derselbe in den dreißiger Jahren zum Theil in Folge dringenden Verlangens seitens der in erster Linie interessirten Grundbesitzer, aber auch seitens städtischer Behörden und anderer Korporationen, aufgehoben worden sei, durch die insoweit herbeigeführte Versicherungsfreiheit während eines Zeitraums von etwa 30 Jahren keinerlei Inkonvenienzen entstanden seien.

Die Sozietäten seien dabei gediehen. Erst gegen Ende der sechsziger Jahre, und erst nachdem die „Zeitschrift des königlich statisti-

sehen Büreaus" das Organ für Auffätze geworden sei, welche sich die Herabsetzung des Privatversicherungswesens zur Aufgabe machten, sei der angebliche Gegensatz zwischen dem „gemeinnützigen Charakter“ der Sozietäten und „dem egoistischen Erwerbsgeiste“ der privaten Anstalten aufgetaucht, und erst in neuester Zeit seien sich die Sozietäten ihrer „Annahmepflicht“ bewußt geworden und des „logischen Korrelats“ derselben, welches sie jetzt forderten, des Monopols.

Umfangreiche Beweise dafür, daß die Sozietäten von ihrer Ablehnungsbefugniß sowie von der Befugniß, Versicherungen abzustößen und aufzuheben, ausgedehnten Gebrauch machen, hatte der Verband in seinem „Material“ beigebracht. Die Eingabe konnte unter Hinweis darauf sagen: „Die geschilderten Ausnahmen machen die behauptete Annahmepflicht der Sozietäten geradezu illusorisch; sie stellen die volle Ablehnungsfreiheit her, ja erheben diese Freiheit noch über diejenige der privaten Anstalten. Gegen die weiteste Benützung der Aufhebungsbefugnisse aber giebt es kein richterliches Korrektiv, sondern nur den Beschwerdeweg durch die reglementsmäßig geordneten Verwaltungsinstanzen. Wollten sich die Privatanstalten einer nur ähnlichen Latitüde in der Anwendung ihrer Versicherungsbedingungen bedienen, so würden ihnen die öffentliche Meinung und die Gerichte sehr bald Schranken setzen.“

Der Verband wolle, so fuhr die Eingabe fort, den Sozietäten das Recht, die Annahmepflicht in vernünftige Grenzen einzuschränken, nicht streitig machen. Solche Einschränkungen seien nothwendig. Nachdem aber die Sozietäten ihre Annahmepflicht soweit durchlöchert hätten, daß sie thatsächlich beseitigt sei, könne dem Verbande gewiß das Verlangen nicht verargt werden, daß die Sozietäten aufhören möchten, mit dieser ganz defekten Annahmepflicht Reklame zu betreiben, dieselbe als Grund für ihren weder nachgewiesenen noch nachweisbaren Verfall hinzustellen und unter falschen Anschuldigungen des Privatbetriebes den ungerechtfertigten Hilferuf nach dem Monopol zu erheben. Der Verband habe noch niemals den Sozietäten das Recht der Existenz streitig gemacht; aber mit demselben Rechte, mit welchem jene, um eine Zunahme des Umfanges ihres Betriebes zu erreichen, ihn aus der Gebäudeversicherung verdrängen wollten, könnte er, weil dadurch der Umfang des Betriebes der Privatgesellschaften vergrößert würde, Anspruch auf Beseitigung der Sozietäten erheben.

Nach Widerlegung der seitens der Sozietäten aufgestellten Behauptung, daß ohne das Unterstützungsprinzip der kleine Mann sein Haus nur zu unerschwinglichen Preisen versichern könne, erneuerte der Verband dem Abgeordnetenhaus gegenüber seine dem Ministerium ausgesprochene Bereitwilligkeit, für Versicherungsgelegenheit sorgen zu wollen, wenn irgendwo beobachtet werde, daß es daran fehle.

Hinsichtlich der ferner von den Sozietäten als einer ihrer Vorzüge betonten strengeren Staatsaufsicht erklärte die Verbandseingabe, die Sozietät lebe, wenn ihr Reglement einmal bestätigt sei, so frei, wie nur eine Aktiengesellschaft im freiesten Lande der Welt, ja viel freier, weil sie diejenige Beschränkung, die jedem anderen wirtschaftlichen Verkehr als notwendiges Korrelat der Freiheit anhafte, die richterliche, nicht kenne. Auf Grund ihrer oft sehr umfangreichen, nicht immer sehr übersichtlichen, mit Nachträgen versehenen Reglements, die für den Versicherten weit schwerer zu verstehen seien, als die Allgemeinen Versicherungsbedingungen der privaten Gesellschaften, sei sie berechtigt, Verfügungen und Instruktionen zu erlassen, die selten zu allgemeiner Kenntniß der Genossen kommen, die oft für Geld nicht einmal zu erlangen und doch von derselben Wichtigkeit seien, wie die Reglements, und vielfach für das Wohl und Wehe der Genossen sehr einschneidende Bestimmungen treffen. In dies krause Gewirr von Rechtsnormen bringe nie das Auge des Richters, es werde alles im geordneten Instanzenzuge von den Sozietätsbehörden endgiltig erledigt, und jede Provokation auf richterliches Gehör sei ausgeschlossen. Die Sozietät sei Partei, Gesetzgeber und Richter in einer Person. Auch sei die Zahlung erheblicher Zuschüsse zu öffentlichen Zwecken, namentlich an Feuerwehren 2c. 2c. ein sehr zweifelhafter Vorzug. Denn die Sozietäten haben keine eigene Tasche, aus welcher sie dieselben entnehmen, sondern zahlten aus der Tasche ihrer Sozien, welche um genau so viel höhere Beiträge zahlen müssen.

Unvorsichtig sei die Behauptung einer weitgehenden Verpflichtung zur Entschädigung von Kriegsschäden; da die jetzt üblichen Allgemeinen Versicherungsbedingungen der meisten deutschen Privat-Versicherungsgesellschaften in dieser Beziehung weitergingen als die Reglementsbestimmungen vieler Sozietäten.

Ebenso zweifelhaft endlich, wie all die übrigen „Vorzüge“ der Sozietäten, sei die „größere Sicherheit“, welche sie den Versicherten

gewähren sollen. Bei großen Brandkalamitäten würden entweder die Schäden nicht ganz oder doch erst allmählich ganz bezahlt, oder die Gesonnen mit übermäßig hohen Beiträgen belastet. Der letzte wirklich große Brand, den Deutschland seit 50 Jahren erlebt habe, sei der Hamburger Brand vom Mai 1842. Die Sozietät habe die großen Schäden dieses Brandes nicht tragen können, und deshalb habe der Staat dafür eintreten müssen.

Die Privatgesellschaften suchten ihre und ihrer Versicherten Sicherheit außer in ihren Grundkapitalien, Reservefonds, Prämien- und Schadensreserven, Prämieinnahmen zc. namentlich in der Theilung der Risiken, welche sie durch ein sorgfältiges Studium der Gefahr und der wahrscheinlichen Verlustquoten bei den einzelnen Risikogattungen, eine geographisch und topographisch genaue Kenntniß ihres ganzen Gebietes, durch Inspektion, Zeichnung, Planisirung und Beschreibung, durch Maximirung, Rückversicherung und Austausch erreichten. Das wußten auch die Sozietäten sehr wohl und versuchten, es ihnen darin gleich zu thun.

Anlangend den Schutz des Grundkredits wies die Verbands- eingabe nach, daß sich die Privatgesellschaften auch hierin im Ganzen den Sozietäten vollkommen zur Seite stellen könnten, ja vielfach einen größeren Schutz als letztere gewährten.

Ein immer wiederkehrender Angriffspunkt endlich gegen die Privat-Versicherungsgesellschaften bildeten die „hohen Kosten“; auch hier betonten die Sozietäten unaufhörlich: „Die öffentlichen Sozietäten arbeiten erheblich billiger, als die Aktiengesellschaften.“ Daß in den Kosten der deutschen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ein gewisser Betrag für Risiken in fremden Ländern stecke, der nicht ganz unbedeutend sei, werde dabei außer Acht gelassen. Festgestellt werde nicht, welcher Theil resp. Prozentsatz derselben auf Immobilien falle, deren Versicherung leichter zu erwerben und zu beaufsichtigen und darum billiger sei, als das vielgestaltige Geschäft der Mobiliarversicherung. Ersichtlich werde auch nicht gemacht, was unter „Kosten“ zu verstehen sei. Während die Rechnungsabschlüsse der Privatgesellschaften hiervon ein deutliches Bild gäben, verbreiteten die Veröffentlichungen der Sozietäten darüber keine Klarheit. Ein Hauptposten der Kosten des privaten Betriebes, die Gehälter der Beamten, komme bei den Sozietäten in Wegfall, weil diese das Recht der Benutzung

von staatlichen und kommunalen Beamten haben und deshalb Staat und Gemeinde ihnen einen Kostenzuschuß leisten, der in ihren Zusammenstellungen gänzlich fehle. Es komme auch bei den Sozietäten in Wegfall, was die Aktiengesellschaften an Steuern und was die Privatgesellschaften überhaupt, bezw. die bei denselben Versicherten an Stempelabgaben und Sporeln zu entrichten haben. Entscheidend aber sei bei dieser Frage die auch von den Sozietätsfreunden nicht geleugnete Thatsache, daß die privaten Anstalten vielfach geringere Prämien nehmen, als die Sozietäten, und im Durchschnitt nicht theurer versichern, als diese. Wenn man dieser Thatsache dadurch ihr Schwergewicht zu nehmen suche, daß man behaupte, die billigere Versicherung werde den privaten Gesellschaften nur dadurch ermöglicht, daß sie die schlechteren Risiken von sich fernhielten, so sei schon zahlenmäßig nachgewiesen, daß das unrichtig sei.

Wenn man aber selbst zugeben müßte, daß bei dem privaten Betriebe die Kosten höher seien als bei dem öffentlichen, so werde sich diese Differenz doch mehr als ausgleichen, durch die erheblich größeren Leistungen der privaten Versicherung in wirtschaftlicher, sozialer und ethischer Beziehung, und man könne einen solchen Mehraufwand doch nicht unproduktiv nennen.

Der mit dem bureaukratischen Versicherungsbetrieb untrennbar verbundene Schematismus verbiete den Sozietäten das Individualisiren des Risikos, während dies für die privaten Anstalten im Zwange des Konkurrenzkampfes zur Nothwendigkeit werde. Dies habe für das Publikum nicht bloß den Vortheil der richtigen Prämienbemessung, die nach großen Klassen vorzunehmen immer ein Unrecht in sich berge, sondern trage auch in sich die Tendenz zu einer Verbesserung des Risikos, weil der Versicherte wisse, daß einer solchen Ermäßigung der Prämie als logisches Korrelat zur Seite stehe.

Den Niederschlag gewissermaßen aus dieser Jahre lang fortgesetzten Aufsicht, aus dem Studium der einer jeden Kategorie von Risiken eigenthümlichen Gefahrsmomente, aus einer Reihe verlustbringender Erfahrungen und aus der durch alldies erworbenen Sachkenntniß bildeten die Vorsichtsmaßregeln der Gesellschaften, die, weil ihnen Gesetz und Obrigkeit mit ihrer Zwangsgewalt mangelten, zu einem Theile des Versicherungsvertrages gemacht würden. Der Erfolg habe diesen Bestrebungen nicht gefehlt, ganze Kategorien von

Risiken, die früher unversicherbar zu sein schienen, namentlich auch die von den meisten öffentlichen Anstalten für nicht annahmefähig erklärten, würden jetzt gern angenommen, die Brandschäden seien verhältnißmäßig geringer an Zahl und weniger verlustbringend geworden, und Hand in Hand damit sei das Niveau der Prämie, geringe Schwankungen abgerechnet, stetig niedriger geworden. (Material Seite 211 ff.)

Wenn somit der privaten Versicherung die Tendenz zu einer Verbesserung des Risikos und zu einer Verringerung der Brandschäden innewohne, so könne man getrost behaupten, daß sie dem eigentlichen Zweck der Versicherung, der Erhaltung des Nationalvermögens, bessere Dienste leiste, als die öffentliche Versicherung, die vermöge ihrer Wesenheit nur den Verlust von einer auf viele Schultern wälze, die zwar Feuerwehren unterstütze, Prämien für zuerst auf der Brandstelle ankommende Spritzen vertheile, auch auf Erbauung besserer Häuser und Anlegung von Blitzableitern hinwirke, nicht aber den sozial und sittlich verbessernden Einfluß ausüben könne, der in der Entschädigung lediglich nach dem wahren Werth der Dinge und der Individualisirung des Risikos liege.

Der Verband glaube den „gemeinnützigen Charakter“, den die Sozietäten nur sich selbst vindizirten, mit mindestens gleichem Recht für das deutsche Privat-Feuerversicherungswesen in Anspruch nehmen zu können.

Verhandlungen
im Abgeord-
netenhaus über
die Verleihung
des Monopols
an die
Sozietäten.

Die oben erwähnte Petition des Uckermärker Bauernvereins kam am 10. Februar 1887 in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses zur Verhandlung, die zu dem einstimmig von der Kommission gefaßten Antrag führte: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Petition der Königlichen Staatsregierung als Material zu überweisen. Der Regierungsvertreter hatte dabei die Erklärung abgegeben, daß der von einer einseitigen Anschauung ausgehende Antrag der Petenten — für jetzt wenigstens — aussichtslos sei.

Am 29. April desselben Jahres stand die Angelegenheit — die Petition des Uckermärker Bauernvereins um Zuwendung des Gebäudeversicherungsmonopols an die Sozietäten sowie die Gegenpetition des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungsgesellschaften — auf der Tagesordnung des preußischen Ab-

geordnetenhauses und nahm fast die ganze Sitzung in Anspruch. Der Minister des Innern ergriff zweimal das Wort; einmal nach dem Sozietätsdirektor Abgeordnetem von Meyer-Answalde, das zweite Mal nach dem Sozietätsdirektor Abgeordnetem von Hülsen. Der Minister erklärte, daß das Feuerversicherungswesen an sich ganz dazu geeignet sei, verstaatlicht zu werden, fügte aber hinzu, eine durchaus andere Frage sei es, ob man der Ausführung dieses Gedankens jetzt näher treten könne, nachdem durch eine längere als hundertjährige Entwicklung ganz andere Organisationen im Versicherungswesen geschaffen worden seien, die so große Schwierigkeiten für die Verstaatlichung der Immobilien- wie auch der Mobiliarversicherung aufgethürmt hätten, daß er für seine Person im Augenblick sich bescheiden müsse, daß er noch nicht mit voller Klarheit sehen könne, in welcher Form über dieselben hinweg zu kommen sei. Bei der vorliegenden Sache handele es sich aber nicht hierum, sondern um die Frage, ob die Konkurrenz zwischen den öffentlichen und den privaten Anstalten durch einen legislativen Akt zu Gunsten eines der beiden Theile entschieden werden solle. Den öffentlichen Gesellschaften würde die Gewährung eines Gebäudeversicherungsmonopols zum Vortheil gereichen, den Privatgesellschaften würde dadurch die Lebensader unterbunden werden, selbst wenn ihnen die Sozietäten das Mobiliarversicherungs-Geschäft dafür allein überließen, und noch eine andere Frage sei es, ob auch den betreffenden Bevölkerungsklassen damit gebient werde. Eine große Anzahl von Sozietäten stehe in der Annahme von Gebäuden ebenso da, wie die Aktiengesellschaften, und hätten deshalb wohl kaum das Recht in Anspruch zu nehmen, mit ganz besonderen Privilegien ausgestattet zu werden. In einem Gesetz, welches fakultativ in die Hände des Provinziallandtages das selbstständige Urtheil darüber lege, ob der betreffenden provincialständischen Feuersozietät das Zwangsmonopol verliehen werden solle, läge materiell eine horrende Ungerechtigkeit. Die Einrichtung einer Monopolanstalt für einen kleinen Bezirk — vielleicht 150 Quadratmeilen, hieße: die Wohlhabenden sollen die Schäden der Armen tragen, und darauf laufe die Petition des Uckermärkischen Bauernvereins mehr oder weniger hinaus. Daß ein zu legislativem Einschreiten zwingender Nothstand innerhalb der öffentlichen Anstalten bestche, könne er — der Minister — schlechterdings nicht einsehen. Nachdem der Minister

noch auf die bis zu einem gewissen Grade vorhandene Abneigung der öffentlichen Anstalten, mit dem Fortschreiten der Zeit auf dem Wege des Versicherungswesens weiter zu gehen und dadurch ihre alte Prosperität wieder zu gewinnen, hingewiesen hatte, trat er dem Antrag der Kommission bei mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der Antrag der Regierung zur vollständigen freien Erwägung des Gesichtspunktes überwiesen werde, ob und welche Reform auf dem Gebiete des Feuerversicherungswesens sich in der Gesetzgebung als nothwendig ergebe. In seiner zweiten Rede fand sich der Minister mit den Ausführungen des Abgeordneten v. Hülsen ab, der mit großer Energie für die Verleihung des Monopols an die Sozietäten eingetreten war.

Schließlich wurde der Kommissionsantrag, beide Petitionen — die des Bauernvereins und die des Verbandes — der Regierung als Material zu überweisen, fast einstimmig angenommen.

Angriffe auf
die Privat-
gesellschaften
und Wider-
legung durch
den Verband.

Ohne die üblichen Ausfälle gegen die Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften war auch diese Debatte nicht verlaufen. Namentlich hatte der Abgeordnete Sozietätsdirektor von Meyer-Arnswalde die Schadenregulierungsmaximen der Aktiengesellschaften in einem sehr ungünstigen Lichte darzustellen gesucht, und der Minister des Innern hatte, allerdings in bei weitem milderer Form, ebenfalls geäußert, daß die Geschäftsgebarung einiger Aktiengesellschaften nach dieser Richtung hin zu wünschen übrig ließ. Obwohl die Angriffe bereits im Abgeordnetenhaus selbst Widerlegung gefunden hatten, unternahm der Verband noch besondere Schritte zur Rechtfertigung der beschuldigten Gesellschaften, die ihm, soweit Verbandsgesellschaften in Frage kamen, vollständig gelang. Insbesondere wies er gegenüber dem Vorwurf, die Schadenregulierungen der Aktiengesellschaften gäben häufig zu Klagen Anlaß, nach, daß von den in einem Zeitabschnitt von $10\frac{3}{4}$ Jahren (1877 bis Oktober 1887) bei den 19 Verbandsgesellschaften vorgekommenen 180 446 Brandschadenregulierungen 9 zu Beschwerden geführt haben, daß also erst auf mehr als 20 000 Regulierungen eine Beschwerde komme. Diese Richtigstellungen ließ der Verband sämtlichen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses zugehen. Außerdem legte der Verband in mehreren Aufsätzen des „Vereinsblattes“ ausführlich seinen Standpunkt zu den Debatten im Abgeordnetenhause dar.

Noch einmal hat sich bis heute der Preussische Landtag mit der Interpellation v. Buch. Frage der Zwangsversicherung beschäftigt. Anlaß hierzu gab eine Interpellation der Abgeordneten v. Buch und Genossen vom 2. Juni 1894, dahingehend:

„Gedenkt die Königliche Staatsregierung Maßregeln zu ergreifen, um in solchen Landestheilen, in denen ein Versicherungszwang für Gebäude nicht besteht, und in Folge dessen der Fortbestand der vorhandenen öffentlichen Versicherungsanstalten gefährdet ist, die Möglichkeit einer Versicherung solcher Baulichkeiten, welche zu den sogenannten schlechten Risiken gehören, aufrecht zu erhalten?“

Im Großen und Ganzen bildete die sich an die Interpellation anschließende Debatte eine Wiederholung der Verhandlungen vom Jahre 1887. Der Verband konnte davon absehen, auf dem Wege der Eingabe dem Hause nochmals seine Ansicht zu der Frage darzulegen, da der inzwischen gewählte Vorsitzende seines Ausschusses, Bueck, selbst Abgeordneter ist und somit im Abgeordnetenhaus die Vertretung des Verbandes übernahm. Aus der Diskussion, in welche der Abgeordnete Bueck wiederholt eingriff, sei die Erklärung des Ministers des Innern hervorgehoben, daß ein gesetzgeberisches Einschreiten in der Richtung, daß man einen Versicherungszwang oder ein ausschließliches Versicherungsrecht für diese Gesellschaft (der Land-Feuersozietät für die Kurmark und Niederlausitz) von Neuem einführen sollte, sich nicht empfehlen lasse. Es sei ein sehr großer Unterschied, ob man altgewohnte Einrichtungen dieser Art aufrecht erhalte, oder ob man auf anderen Gebieten, wo die Verhältnisse eine vollkommen entgegengesetzte Richtung genommen hätten, nunmehr dazu übergehe, einen solchen Zwang oder ein ausschließliches Versicherungsrecht wieder einzuführen. — Die Wiedereinführung der Zwangsversicherung in Aussicht zu stellen, sei er — der Minister — nicht in der Lage. Gegenüber der in der Interpellation ausgesprochenen Befürchtung, daß bei einer Gefährdung des Bestandes der öffentlichen Anstalten die sogenannten schlechten Risiken unversichert bleiben würden, führte der Abgeordnete Bueck aus, daß erstens die Sozietäten auf Grund ihrer weitgehenden Ablehnungsbefugniß auch bisher diese Risiken nur im selben Verhältnis wie die Aktiengesellschaften in Versicherung genommen haben, und daß zweitens der Verband schon unter dem 28. März 1885 dem Minister für Landwirthschaft und dem Minister des

Wiederholung
der Bereit-
willigkeits-
Erklärung des
Verbandes,
nothleidende
Risiken in
Deckung zu
nehmen.

Innern die Erklärung abgegeben habe, um alle diesbezüglichen Klagen gegenstandslos zu machen, sämtlichen Risiken Deckung zu geben, die ihm von dem Minister als versicherungsnothleidend bezeichnet werden würden. In dem nächsten landwirthschaftlichen Bericht des Ministers an den König hätten sich dieselben Klagen erhoben, und der Verband habe unter dem 31. Dezember 1888 dieselbe Eingabe mit derselben Erklärung sowohl an den Landwirthschaftsminister als auch an den Minister des Innern gerichtet, auch darauf sei nichts erfolgt. Hieraus sei doch zu schließen, daß alle Klagen über den Mangel an Versicherungsgelegenheiten für den sogenannten kleinen Mann mit den schlechten Risiken vollständig unerwiesen seien. — Im Uebrigen verlief die Debatte resultatlos.

Versicherung
nothleidender
Risiken durch
den Verband.

Für die dem Verbande angehörigen Gesellschaften hatten diese Verhandlungen insofern eine Folge, als nunmehr von der wiederholt abgegebenen Bereitwilligkeits-Erklärung des Verbandes, Abhilfe für einen etwaigen Versicherungsnothstand beschaffen zu wollen, Gebrauch gemacht wurde. Der Verband hatte sich schon bisher, ohne die Anregung durch den Minister abzuwarten, in diesem Sinne bethätigt. So hatte die Russische Handelskompagnie in Königsberg mit Versicherungsschwierigkeiten zu kämpfen gehabt, nachdem sie in fünf Jahren, von 1885—89, seitens ihrer Versicherungsgesellschaften an Brandentschädigungen die Summe von 1 896 906 Mark ausgezahlt erhalten hatte. Angesichts derartig enormer Schäden in kurzer Zeit verhielten sich die Versicherungsgesellschaften ablehnend gegen die zumeist in Hanflagern bestehenden Risiken der Firma, und diese selbst wäre gezwungen gewesen, ihr Königsberger Geschäft aufzugeben, wodurch der gesammte dortige Handel einen großen Schaden erlitten haben würde (die Königsberger Kaufmannschaft berichtete, daß wenige Dampfer den dortigen Hafen verließen, die nicht eine für die sichere Verschiffung von Getreide so überaus werthvolle Beiladung von Hanf der genannten Firma mit sich führten), wenn nicht die Verbandsgesellschaften die Deckung der sich auf ca. 650 000 Mark belaufenden Versicherung übernommen hätten.

Nach der Wiederholung der besagten Erklärung des Verbandes im Abgeordnetenhanse haben sich bis heute unter Bezugnahme auf dieselbe eine Anzahl Versicherungssuchende direkt an den Ver-

band gewendet, andere wurden durch das Ministerium an diesen verwiesen. Die zum Verbande gehörigen Gesellschaften haben dann sofort in jedem einzelnen Falle die nothleidenden Risiken gemeinschaftlich in Deckung genommen. Die Versicherung eines „kleinen Mannes“, dessen Nothlage bezüglich Deckung seiner Risiken von den Sozietäten stets mit Vorliebe betont worden ist, wurde bis heute dem Verbande noch nicht angetragen. Vielmehr waren es durchweg größere Risiken bis zu 100 000 Mark, wie Tischlereien, Wollspinnereien, Pußwollfabriken, landwirthschaftliche Gehöfte 2c., die von der „annahmepflichtigen“ und „gemeinnützigen“ Sozietät abgelehnt, keine andere Deckung als durch die Verbandsgesellschaften finden konnten. In mehreren Fällen haben die Sozietäten den unerwünschten Versicherungsnehmer einfach durch Vermittelung des Ministeriums auf die Verbandsgesellschaften abgeschoben. Ein charakteristischer Passus aus einem diesbezüglichen Schreiben einer Sozietät an den Ober-Präsidenten lautet:

„Der vorliegende Fall eignet sich unseres Erachtens wie kein anderer dazu, daß durch Vermittelung des Herrn Ministers die Unterbringung des Mobiliars des 2c. durch den Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften herbeigeführt wird.“ In einem anderen Fall lehnt eine Sozietät einen Versicherungsuchenden ab mit dem Bescheid: „Sollten Sie keine andere Versicherung finden, so stellen wir Ihnen anheim, da Sie so lange bei der Privatversicherung versichert waren, die Unterbringung Ihres Risikos (eines Mühlen-Etablissements) bei dem Verein Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften durch den Herrn Minister des Innern zu versuchen.“ Das Verhältniß stellt sich also jetzt ungefähr so dar, daß der Verband der Privatgesellschaften annahmepflichtig für die von den öffentlichen Anstalten abgelehnten oder abgestoßenen Risiken ist.

Der mit der Interpellation v. Buch unternommene Versuch, die Frage über die Verleihung des Gebäudeversicherungs-Monopols an die Sozietäten wieder in Fluß zu bringen, unterschied sich sehr wesentlich von den früheren, dieselben Ziele erstrebenden, mit großer Hefigkeit geführten Vorstößen seitens der Sozietäten. Es war diesmal von jener Seite nicht ein bestimmter Antrag eingebracht, sondern die milde Form einer Interpellation gewählt worden, und ebenso trug der Verlauf der Diskussion das Gepräge eines Ausgleiches vorhanden

Anbahnung
freundlicherer
Beziehungen
zwischen
den öffentlichen
und privaten
Versicherungs-
Anstalten.

gewesener Spannung. Diese im Abgeordnetenhause zu Tage getretene versöhnlichere Stimmung war größtentheils zurückzuführen auf den bereits im Jahre 1890 von den öffentlichen Anstalten bei einem im Juni desselben Jahres abgehaltenen Verbandstage gefaßten Entschluß, die Streitart zu begraben. Nach einer durch die Presse verbreiteten Mittheilung hatte sich auf jenem Verbandstage die allseitig getheilte Ansicht geltend gemacht, daß es nicht die Aufgabe der öffentlichen Versicherungsanstalten sein könne, die Thätigkeit der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu bekämpfen, daß vielmehr den Interessen des Versicherungswesens im Allgemeinen, wie denen der öffentlichen Anstalten am besten gedient sei, wenn alle Versicherungsanstalten in friedlichem Wettbewerb und, wo es möglich, in gemeinsamem Zusammenwirken die Feuerversicherung auf solider Grundlage zu erhalten und deren Wohlthaten in immer weitere Kreise zu tragen bestrebt seien. Die zu dem Verbande Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften gehörenden Anstalten nahmen auf ihrer Generalversammlung vom November 1890, wie es in dem betreffenden Protokoll heißt, „mit um so größerer Befriedigung von dieser Notiz Kenntniß, da sie nur gezwungen und im Interesse der Selbsterhaltung, jedoch stets mit Widerstreben, den Kampf geführt hätten. Die Privatgesellschaften hätten niemals verkannt, daß das Gebiet außerordentlich groß sei, auf dem beide hier in Rede stehenden Arten von Versicherungsanstalten in Verfolgung ihrer eigenen Zwecke zugleich auch die allgemeine Wohlfahrt zu fördern in der Lage seien, und daß dieses gemeinsame große Ziel besser und vollkommener erreicht werden könne, wenn sie denselben friedlich nebeneinander und, soweit thunlich, in wechselseitiger Verständigung und Unterstützung entgegenstrebten.“

Diese Resolution des Verbandes wurde von der Fach- und Tagespresse veröffentlicht. Es war nur natürlich und kann keiner der beiden Parteien zum Vorwurf gereichen, daß der jahrzehntelang geführte Kampf nicht sofort und endgiltig beendet war. Auch nach dem Jahre 1890 haben sich noch hie und da Differenzpunkte herausgestellt, und hat der gegenseitige Wettbewerb Maßnahmen gezeitigt, welche die Anrufung der höheren Instanzen nöthig machten. Wenn schon es zur Vollständigkeit dieses Berichtes gehören würde, auch die hierauf bezüglichen Schritte des Verbandes zu erwähnen, so erscheint es doch im Interesse der Fort-

entwicklung der angebahnten freundlicheren Beziehungen angezeigt, Abstand davon zu nehmen. Hoffentlich wird in Zukunft das Feldgeschrei: hie öffentlich, hie privat, auf der ganzen Linie verstummen. Ein guter Anfang ist durch das persönliche Nähertreten von Leitern öffentlicher und privater Institute gemacht, und es steht zu erwarten, daß der beide Theile umfassende Versicherungsbeirath einen weiteren wohlthätigen Einfluß in dieser Richtung ausüben wird zum Nutzen des Feuerversicherungswesens in Preußen.



Präventiv-Kontrolle in Preußen.

Gesetzliche
Bestimmungen.

Die in dem vorhergehenden Abschnitte geschilderten Bestrebungen des Verbandes, die Gleichstellung mit den öffentlichen Anstalten zu erringen, stehen in engem Zusammenhang mit seiner auf die Beseitigung der sogenannten Präventiv-Kontrolle gerichteten Thätigkeit. Die ältere Versicherungs-Gesetzgebung ging von dem Standpunkte aus, daß der Versicherung gegen Feuergefährdung deswegen ein bedrohlicher Charakter innewohne, weil sie durch Gestattung oder Begünstigung der Versicherung zu einem höheren als dem gemeinen Werth der Erzielung eines unerlaubten Vortheils im Schadenfalle bezw. der Brandstiftung in betrügerischer Absicht Vorschub leiste. Dies zu verhindern schien der Gesetzgebung das bloße Verbot der Uebersicherung nicht ausreichend, sie glaubte vielmehr nur durch eine strenge Ueberwachung des Abschlusses von Versicherungen wirksam eingreifen zu können. Die Polizeiorgane waren die gegebenen Personen zur Ausübung einer derartigen Beaufsichtigung, ihnen wurde die Kontrolle zur Verhütung der Uebersicherung — Präventivkontrolle — übertragen. Das in Preußen geltende Gesetz über das Mobiliar-Feuerversicherungswesen vom 8. Mai 1837 schreibt daher in § 14 unter dem Rubrum: Aufsicht über die Versicherung, vor:

„Kein Agent darf eine Police oder einen Prolongationschein zu derselben aushändigen, bevor er nicht von der Polizeiobrigkeit des Wohnorts des Versicherungsuchenden die amtliche Erklärung erhalten hat, daß der Aushändigung in polizeilicher Hinsicht kein Bedenken entgegenstehe.

„Der Agent hat zu dem Zweck ein Duplikat des Versicherungsantrages und der damit verbundenen Deklaration des Versicherungsnehmers einzureichen.

„Der Polizeiobrigkeit bleibt überlassen, durch Befichtigung an Ort und Stelle oder durch andere ihr dienlich scheinende Mittel sich von der Angemessenheit des Versicherungsbetrages die nöthige Ueberzeugung zu verschaffen. Versagt die Polizeiobrigkeit die nachgesuchte Erklärung, so steht den Betheiligten der Rekurs an die vorgesezte Regierung zu.

„Alle hierauf sich beziehende Verhandlungen sind stempel- und kostenfrei.“

Durch Kabinettsordre vom 30. Mai 1841 wurden vorstehende Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Mai 1837 auch auf die Versicherung von Immobilien ausgedehnt.

So wohl gemeint dieses Gesetz betreffend die Aufsicht über die Versicherungen im öffentlichen Interesse war, so hemmend hat es sich erwiesen für den glatten Abschluß von Versicherungsverträgen und so nutzlos hinsichtlich der Verhinderung von Uebersicherungen beziehungsweise von Brandstiftungen in betrügerischer Absicht. Dagegen gab es der polizeilichen Willkür eine Handhabe, deren schweren Druck die Vertreter der Versicherungsgesellschaften und ebenso die Versicherungsnehmer häufig zu kosten bekamen.

Die Schuld hieran trifft das System als solches. In großen ^{Handhabung.} Städten, wo sich die Verhältnisse des einzelnen Versicherten meistens der Kenntniß der Polizeibehörden entziehen, ist das System von vornherein verfehlt, da hier die vorgeschriebene Kontrolle zur lästigen Formalität herabsinkt. In kleineren Städten und Orten ist die Kontrolle vielleicht theilweise möglich, führt aber ebenso wie überall da, wo sie ausgeübt wird, zu Unträglichkeiten, denn die damit betrauten unteren Polizeiorgane sehen sich vor eine Aufgabe gestellt, der sie nicht gewachsen sind, da ihnen die nöthige Vorbildung fehlt. Sie sollen prüfen, ob die angegebenen Summen mit dem wahren Werth der versicherten Gegenstände übereinstimmen, aber es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß ihre Schätzung niedriger oder höher als die des Versicherten oder Versicherers ausfällt. Selbst die Taren zweier Sachverständiger, die unabhängig von einander den Werth der nämlichen Gegenstände bemessen, werden mehr oder weniger ver-

schiedene Ergebnisse liefern. Deshalb ist es, abgesehen von den Fällen handgreiflicher Uebersicherung, völlig dem Ermessen der Polizeiorgane anheingelassen, je nach ihrem Befinden über die Angemessenheit der Versicherungssumme, die Genehmigung zu dem vorgelegten Versicherungsantrag zu erteilen oder zu verweigern.

Wie weit außerdem die polizeiliche Willkür ging, lassen die von der Regierung auf Beschwerden von privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften getroffenen Anordnungen deutlich erkennen. So giebt eine unter dem 14. März 1870 seitens der Königl. Regierung zu Magdeburg ergangene Zirkularverfügung bekannt, daß zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens den Privat-Versicherungs-Gesellschaften gegenüber von dem Minister des Innern bestimmt worden ist: „Als Regel ist festzustellen, daß die Polizeibehörden in Zweifelsfällen durch geeignete Erkundigungen oder durch Besichtigung an Ort und Stelle sich zu orientiren haben und erst, wenn hierdurch ein sicheres Urtheil sich nicht gewinnen läßt, darf die Beibringung einer Taxe verlangt werden. In diesem Falle hat aber die Behörde sich mit der von dem Versicherungsnehmer oder dem Agenten vorgelegten Taxe zu begnügen und nur die Einreichung einer anderen spezielleren Taxe vorzuschreiben, wenn erstere zu allgemein gehalten ist, oder erhebliche Ausstellungen gegen die Zuverlässigkeit der Abschätzung zu erheben sind. Die Kosten einer solchen Taxe sind, sofern sich hierbei eine Uebersicherung herausstellt, dem Versicherungsnehmer nur dann aufzuerlegen, wenn demselben hierbei eine gerichtlich konstatierte betrügerische Absicht oder ein grobes Versehen zur Last fällt, in allen übrigen Fällen aber von der Polizei zu tragen.“

Ferner wird in einer Verfügung der Königl. Regierung zu Düsseldorf vom 18. Juni 1873 in Bezug auf die Bestimmung des § 14 des Gesetzes vom 8. Mai 1837 gesagt: „Der Polizeibehörde bleibt aber überlassen, durch Besichtigung an Ort und Stelle oder durch andere ihr dienlich erscheinende Mittel sich von der Angemessenheit des Versicherungsbetrages die nöthige Ueberzeugung zu verschaffen. Aus dieser . . . Bestimmung folgt, wie wir im Auftrage des Herrn Ministers des Innern unserer Polizeibehörde hierdurch bemerkl. machen, keineswegs die Befugniß der Polizeibehörde, im Falle sie sich von der Angemessenheit des Versicherungs-

betrages nicht die nöthige Ueberzeugung verschaffen kann, die Ertheilung der oben erwähnten amtlichen Erklärung, nach welcher der Aushändigung der Policen u. s. w. in polizeilicher Hinsicht kein Bedenken entgegenstehe, gänzlich zu versagen; vielmehr hat sie in solchen Fällen den nach ihrer Ansicht vorhandenen Werth der zu versichernden Gebäude zu ermitteln, denselben anzugeben und in Höhe dieses Werthes den Versicherungsantrag zu genehmigen, dem Versicherungssuchenden aber erst dann den Nachweis eines größeren Werthes zu überlassen.

„. . . Ganz unstatthaft aber ist die Zurückweisung eines Versicherungsantrages, wenn dieselbe geschieht, ohne daß die Polizei-Obrigkeit vorher die Versicherungsobjekte an Ort und Stelle besichtigt hat; denn das Gesetz vom 8. Mai 1837 bezeichnet diese Besichtigung in erster Stelle als Mittel, um von der Angemessenheit der Versicherungssumme Ueberzeugung zu gewinnen.

„Endlich bemerken wir, daß eine vorzugsweise Beschleunigung bei der Erledigung von Versicherungsanträgen durch die Natur der Sache geboten ist und allen theilhaftigen Behörden daher zur ausdrücklichen Pflicht gemacht wird.“

Da die Beaufsichtigung der Versicherungsabschlüsse der Privatgesellschaften, wie früher gezeigt, vielfach Beamten oblag, die gleichzeitig in den Diensten der öffentlichen Anstalten standen, so hatte sich daraus jenes Mißverhältniß ergeben, gegen das der Verband seit seiner Errichtung angekämpft hatte, und das durch Erlass des Gesetzes vom 31. März 1877 wenigstens theilweise behoben wurde. Die Aufhebung der Präventivkontrolle selbst zu beantragen, erschien dem Verbande nicht thunlich, solange zu Anfang der siebziger Jahre die Hoffnung bestand, das das damals anscheinend nahe bevorstehende Reichs-Versicherungsgesetz durch einheitliche Regelung des Versicherungswesens auch die Präventivkontrolle beseitigen würde.

Als es sich aber herausstellte, daß das Zustandekommen eines Reichs-Versicherungsgesetzes in immer weitere Ferne hinausgeschoben wurde, petitionirte der Verband unter dem 12. Januar 1877 bei dem Preussischen Abgeordnetenhaus um Beseitigung der Präventivkontrolle überhaupt, indem er in der betreffenden Eingabe folgende Gründe dafür geltend machte: Nachdem sich die Hoffnung auf den baldigen Abschluß des Reichs-Versicherungsgesetzes nicht verwirklicht

Antrag
des Verbandes
beim
Abgeordneten-
hause auf
Beseitigung
der Präventiv-
kontrolle.

habe, sei es die unabweisliche Aufgabe der Landesgesetzgebung, den drückendsten Mängeln der gegenwärtigen Gesetzgebung abzuhefen. Das Mittel, die Uebersicherung dadurch verhindern zu wollen, daß man die Versicherung nur mit polizeilicher Genehmigung für zulässig erklärte, habe sich längst als unzureichend erwiesen. Auf eine behördliche Taxe, um der Polizeibehörde eine Grundlage ihres Urtheils zu geben, werde schon wegen der Beschwerlichkeit von vornherein mit seltener Ausnahme verzichtet. Das bloße Dafürhalten der Polizeibehörde, daß der Werth nicht überschritten sei, bliebe allein als Grundlage der Genehmigung übrig, und doch könne der Behörde selten eine hinreichende Kenntniß von dem Besitzstande der Versicherten ihres Bezirkes beizubringen. Beschwerend sei es schon, daß die Anwendung der Kontrolle eine mehr oder weniger lange Zeit erfordere, während welcher der Versicherungsnehmer nicht gedeckt sei.

In Preußen stehe es mit der Kontrolle deshalb sehr schlimm, weil hier nicht wenige der amtlichen Feuersozietäten die Berechtigung hätten, auch Mobiliar zu versichern und diesen Versicherungszweig eifrig betrieben. Ihre Organe seien häufig mit der Polizeiverwaltung betraut oder ständen mit Polizeibehörden in Verbindung. In Folge dessen falle ihnen die Kontrolle über die Versicherungen der Privatgesellschaften, ihrer eigenen Konkurrenten, zu. Die amtlich zu führenden Register über die Privatversicherungen seien ihnen zugänglich. Daß daraus in Verbindung mit dem Einfluß, den schon an sich die Behörden auf die Bevölkerung und vornehmlich auf die Bewohner des platten Landes hätten, ein unerträgliches Verhältniß entstehen müsse, bedürfe keiner Ausführung.

Außerdem komme dabei noch eine faktische Verschiedenheit in der Anwendung des Gesetzes auf die Sozietäten und auf die Privatgesellschaften in Betracht. Zwar seien auch die Sozietäten nach der Allerhöchsten Bestätigung ihrer Reglements dem Gesetze vom 8. Mai 1837, d. h. der polizeilichen Kontrolle der Mobiliarversicherungen, rechtlich unterworfen, aber faktisch befänden sie sich in dieser Beziehung zweifellos in einer bevorzugten Lage. Wenn letztere schon bei der ersten Versicherungsnahme überall da vorhanden sei, wo, wie es häufig der Fall, die Schulzen Agenten der Sozietäten seien und die Landräthe die Posten der Kreis-Feuersozietäts-Direktoren bekleideten, so falle für die Sozietäten die Kontrolle jedenfalls bei der

Erneuerung der Versicherung ganz weg, weil nach den Sozietätsreglements die Mobiliarversicherungen der Sozietäten sich von selbst auf dieselbe Dauer wie vorher, und so fort, erneuerten, demnach eine Anzeige der Prolongation an die Polizeibehörde und die Genehmigung der letzteren hierbei ausgeschlossen sei. Aus dieser thatsächlich stattfindenden unleidlichen und doch tolerirten Verschiedenheit in der Anwendung des Gesetzes ergebe sich, daß eine Kontrolle, welche bei den Sozietäten nicht beobachtet, also als werthlos angesehen werde, unmöglich bei den Privatgesellschaften im Staatsinteresse liegen könne. Die Verbandsgesellschaften hätten dem Abgeordnetenhause schon mehrfach diese Uebelstände vorgetragen, unter Anderem in der Petition vom Jahre 1872. Auch sei die Petition damals vom Abgeordnetenhause der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden; die Verbandsgesellschaften hätten jedoch weder hierbei noch bezüglich des denselben Gegenstand betreffenden Ministerialerlasses vom 26. Juni 1872 einen sichtbaren Erfolg konstatiren können. In Bayern seien die Versicherenden und die Versicherungsgesellschaften durch Königliche Verordnung vom 11. September 1872 von den Beschwerden der Präventivkontrolle befreit worden und die nunmehr dreijährige Erfahrung habe bewiesen, daß für das öffentliche Wohl kein Nachtheil dadurch entstanden sei. Nach der bayerischen Verordnung werde die Kontrolle auf eine eventuelle und nachträgliche Prüfung beschränkt, und es sei bei den in Bayern arbeitenden Gesellschaften, welche daselbst ausgedehnte Geschäfte hätten, kein Fall einer solchen nachträglichen Prüfung bekannt geworden, der beste Beweis dafür, daß eine Präventivkontrolle überflüssig sei.

Im Uebrigen bezog sich die Verbandseingabe auf die Beurtheilung, welche die Präventivkontrolle als überflüssig und zwecklos der Präventivkontrolle in der Gesetzesvorlage erfahren hatte, welche die preussische Regierung in der Gesetzesvorlage vom 1. Februar 1869 selbst am 1. Februar 1869 dem Landtag machte. Aus den Motiven zu der Vorlage führte die Eingabe u. A. an:

„Das Gesetz vom 8. Mai 1837 hat für die Förderung der Versicherung nicht nur nichts gethan, es ist derselben vielmehr direkt entgegengetreten. Auch wenn man die beseitigte Theorie des Bedürfnisses und die aufgehobene obrigkeitliche Bestallung des Agenten außer Acht läßt, tritt dies deutlich hervor. Nach den §§ 14 und 15 ist es eigentlich die Polizei, welche den Abschluß des Versicherungsvertrages

beforgt, und nach § 18 ist es nicht minder dieselbe Behörde, welche, nachdem sie die Erlaubniß zur Kontrahirung erteilt hat, die Erfüllung des Vertrages genehmigen muß. Und fragt man, was diese Vorschriften in Bezug auf die öffentliche Sicherheit gewirkt haben, oder auch nur, was sie haben wirken können, so ist die Antwort in beiden Beziehungen dieselbe: daß sie weder von Effekt gewesen sind, noch daß sie von Effekt haben sein können . . .

„Geht man auf die Regel zurück, so soll nach § 14 die Polizei sich die nöthige Ueberzeugung von der Angemessenheit der Versicherungssumme verschaffen, und sie ist befugt, dies durch Besichtigung an Ort und Stelle oder andere ihr dienlich scheinende Mittel herbeizuführen. Nach der zu dem Gesetze erlassenen Instruktion soll die Polizei nur ausnahmsweise auf Abschätzungen eingehen; man hat also gleich bei Emanation des Gesetzes anerkannt, daß es nicht sowohl auf eine amtliche Feststellung des wirklichen Werthes, als vielmehr nur darauf ankommt, den ungefähren Betrag zu fixiren, und welchem Spielraum man hierbei Rechnung getragen hat, dafür giebt das Gesetz selbst den deutlichsten Beweis: nach § 21 ist die Uebersicherung, wenn sie nur unter einem Fünftel resp. Zehntel des Werthes zurückbleibt, straflos. Selbst aber die Besichtigung und die Abschätzung führen nicht zu dem beabsichtigten Resultat, sie würden dies nur dann thun, wenn der Beweis erhoben und erbracht würde, daß die besichtigten und taxirten Gegenstände in der That zur Versicherung gestellt werden sollen, und daß sie nicht zu diesem Behufe zusammengebracht sind, um die Versicherung in der genommenen Höhe zu substantziiren. Faßt man die Lage der Sache kurz zusammen, so ist sie die: daß außer den von dem Gesetze eximirten Personen (Kaufleuten und Fabrikanten) es lediglich von dem Ermessen der Polizei abhängt, ob und wen sie für verdächtig halten will, und daß ihr Ermessen allein über den Grad der Verdächtigkeit entscheidet.

„Nach dieser durchaus subjektiven Auffassung richtet sich ihre Thätigkeit. Sie glaubt entweder ohne Weiteres dem Versicherten, oder sie besichtigt, oder endlich sie läßt abschätzen. Die Besichtigung ist häufig ohne allen Werth; es wird nicht selten der Polizei die sachverständige Kenntniß und das sachverständige Urtheil abgehen, der Nachtheil aber ist die Zögerung, die vielfach entsteht, gleichviel ob es sich um

die Besichtigung oder um die Abschätzung handelt. Entsteht, ehe dies oder jenes bewirkt ist, ein Brandschaden, so trifft der Verlust den Versicherten, da der Versicherungsvertrag erst mit Aushändigung der Police perfekt wird und diese nicht hat stattfinden können.“ (S. Drucksachen des Abgeordnetenhauses Nr. 256. 10. Legislatur-Periode, II. Session 1868. S. 33/34.)

Die Eingabe des Verbandes schloß mit der Bitte an das Abgeordnetenhaus, die Beseitigung der Präventivkontrolle auf dem Gebiete des Feuerversicherungswesens und demgemäß die Aufhebung der §§ 14 und 15 und des damit in Verbindung stehenden § 18 des Gesetzes vom 8. Mai 1837 herbeizuführen.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses beschloß, die Petition des Verbandes der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Regierungsvertreter hob dabei allerdings hervor, daß der Aufhebung der Präventivkontrolle einmal das Bedenken entgegenstehe, daß man damit für die reichsgesetzliche Regelung der Sache ein unliebsames Präjudiz schaffen würde, und zweitens die Befürchtung, daß die Gefahr der Uebersicherung zunehmen werde, namentlich unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Agenten eine Erwerbsprovision im Verhältniß zur jedesmaligen Versicherungssumme bezögen. Jedenfalls werde aber die Staatsregierung den Gegenstand der reiflichsten Erwägung unterziehen. Das Abgeordnetenhaus erhob sodann in seiner Sitzung vom 2. März 1877 den Antrag der Petitionskommission mit großer Majorität zum Beschluß.

Die Regierung gab dem vom Abgeordnetenhause bekundeten Willen insofern Folge, als sie eine Enquête über die einschlägigen Verhältnisse anstellen ließ, wobei sie jedoch ihre Abneigung gegen eine Aenderung des seitherigen Zustandes keineswegs verbarg. Der die Enquête anordnende Erlaß des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten schloß mit den Worten: „Hiernach scheint mir, obchon zugegeben werden mag, daß in den größeren Städten die polizeiliche Kontrolle ziemlich oberflächlich vorgenommen wird, und das Perfektwerden des Versicherungsvertrages in einer für die Betheiligten unangenehmen Weise etwas verzögern kann, die Beseitigung der jetzigen Präventivkontrolle erheblichen Bedenken zu unterliegen.“

Einige der in Befolgung dieses Erlasses von einzelnen Oberpräsidenten getroffenen Verfügungen wurden durch die Tagespresse

bekannt. Die veröffentlichten Verfügungen der Oberpräsidenten an die Regierungen waren nach dem Beispiel des Ministerialerlasses derart abgefaßt, daß unter Hinweis auf die Petition des Verbandes ausführlich die von dem Ministerium geltend gemachten Ablehnungsgründe aufgezählt wurden, dann die Angabe der in den Jahren 1875 und 1876 beanstandeten Versicherungsanträge verlangt und schließlich das Gutachten der Regierungspräsidenten über die Frage der Beseitigung der Präventivkontrolle eingefordert wurde.

Nachmalige
Eingabe
des Verbandes
an das
Abgeordneten-
haus.

Der Verband ging von der wohl kaum bestreitbaren Ansicht aus, daß auf solche Verfügungen der Oberpräsidenten schwerlich ein Regierungspräsident für die Aufhebung der Präventivkontrolle eintreten würde. Er wandte sich also unter dem 10. November 1877 an das Abgeordnetenhaus mit einer Eingabe, in der er erklärte:

a) ein Reichs-Versicherungs-gesetz sei seit acht Jahren ein bloßes Projekt geblieben, und eine Einigung über dasselbe biete gerade mit Bezug auf die Präventivkontrolle große Schwierigkeiten, weil dabei in mehreren Staaten, wie Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen sportulirt werde;

b) die Ansicht, daß Feuerversicherungs-Gesellschaften ihren Agenten eine Erwerbsprovision gewährten, sei irrig und beruhe auf einer Verwechselung mit den Lebensversicherungs-Gesellschaften; unter den Feuerversicherungs-Gesellschaften folge nur ein und zwar ein öffentliches Institut, die Magdeburger Land-Feuersozietät, diesem Beispiel;

c) in Bayern komme man seit vier Jahren ohne Präventivkontrolle vortrefflich aus und die Regierung habe nur verabsäumt, über die dort gemachten Erfahrungen Erkundigungen einzuziehen.

Inzwischen habe sich nun in einem einzelnen Falle, der nicht ohne eine allgemeine Wirkung bleiben könne, etwas Neues und Unerwartetes zugetragen.

In dem Nachtrag zum Reglement der Provinzial-Städtefeuersozietät der Provinz Sachsen, vollzogen von dem Provinziallandtage am 28. November 1876, genehmigt von dem Ministerium am 17. September 1877, in Kraft getreten am 1. Januar 1878, sei die Präventivkontrolle für diese Anstalt faktisch aufgehoben. Unter Ueberreichung eines Druckeremplars dieses Nachtrages erbrachte der Verband den Nachweis für diese Behauptung und zeigte daran,

daß die Magistrate nun auch in Beziehung auf die Mobilienversicherung die Präventivkontrolle über die konkurrierenden Privatversicherungs-Gesellschaften ausübten, während sie selbst von dieser Kontrolle befreit würden.

Ferner bemerkte die Petition des Verbandes, die eingeforderten Gutachten würden unwillkürlich von den Bedenken des vorgelegten Ministeriums beeinflusst werden. Der Verband frage deshalb an, was bei der Doppelnatur der angeordneten Enquête den Ausschlag geben werde, die beweisenden Zahlen oder die Gutachten der Behörden, die möglicher Weise nur auf Vermuthungen und Verrathungen beruhten.

Schließlich erinnerte der Verband daran, daß die zu ermittelnden Zahlen nur dann „gewissermaßen überzeugend“ sein würden, wenn erwiesen wäre, daß die Polizeibehörden mit sicherer Sachkenntniß über den zu versichernden Werth urtheilten, und hierüber habe die Staatsregierung selbst im Jahre 1869 ein verneinendes Urtheil ausgesprochen.

In einen bestimmten Antrag lief die Petition nicht aus; es wurde nur im Allgemeinen Abhilfe der entwickelten Mißstände beantragt.

Die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 6. Februar 1878 mit dieser Eingabe des Verbandes. Da aber die Ergebnisse der regierungsseitig angestellten Enquête noch nicht vorlagen, beschloß die Petitionskommission zwar, in Anbetracht der Bedeutsamkeit der in der Eingabe enthaltenen Thatfachen, dem Hause schriftlichen Bericht zu erstatten, aber demselben den Uebergang zur Tagesordnung vorzuschlagen, in der Erwartung, daß die Staatsregierung in der darauffolgenden Session dem Abgeordnetenhause Kenntniß von dem Ausfall der Enquête geben werde. In seiner Sitzung vom 30. März desselben Jahres hat dann das Abgeordnetenhaus diesem Antrage gemäß Beschluß gefaßt.

Daraufhin wiederholte unter dem 16. November 1878 der Verband aufs Neue seine Bitte um Beseitigung der Präventivkontrolle an das Abgeordnetenhaus, indem er ein sehr ausführliches Material zur Sache beibrachte. Diese wesentlich erweiterte Petition widerlegte u. A. die von den Sozietäten oft erhobene Beschuldigung, daß die

Agenten der Privatgesellschaften die Uebersversicherung beförderten, durch Mittheilung von Auszügen aus den Agenteninstruktionen vieler Gesellschaften, in denen insgesammt die Agenten aufs Strengste angewiesen werden, sich davon zu überzeugen, daß die versicherten Summen den wahren Werth der Versicherungsobjekte nicht überschreiten, im Falle der Unmöglichkeit, dies zu konstatiren, oder im Falle des Verdachtes der absichtlichen Uebersversicherung aber sollen die Agenten die Versicherung überhaupt ablehnen. Ferner brachte die Petition eine von vier Verbandsgesellschaften aufgenommene Statistik über die bei ihnen in den Jahren 1875—77 vorgekommenen polizeilichen Ablehnungen, die das Resultat lieferte, daß bei jenen Gesellschaften innerhalb der drei Jahre auf 459 172 Anträge 26 Ablehnungen kamen, oder auf je 17 661 Anträge eine, mithin in einem Jahre auf 5887 Anträge eine Ablehnung. Da von den Ablehnungen noch drei von der Polizeibehörde zurückgenommen worden waren, verblieben nur noch 23 Ablehnungen im Ganzen, also kamen in drei Jahren auf je 19 964 — in einem Jahre auf je 6655 Anträge eine Ablehnung.

Der Verband erreichte jedoch mit vorstehender, die Zwecklosigkeit der Präventivkontrolle und ihre Belästigung für Versicherer und Versicherte darthuenden Eingabe das erstrebte Ziel nicht. Die Ergebnisse der Enquête der Regierung waren inzwischen bekannt geworden und hatten sich, wie vorauszu sehen, als ungünstig für die Wünsche des Verbandes erwiesen. Nur ein Oberpräsident und ein Regierungspräsident hatten sich für Aufhebung der Präventivkontrolle ausgesprochen, alle übrigen Stellen dagegen. Ja sogar landwirthschaftliche Vereine hatten sich — aus welchen Gründen, wurde nicht mitgetheilt — für Beibehaltung der Polizeimaßregel verwendet. Nachdem im weiteren Verlaufe der Angelegenheit die Petitionskommission mit 14 gegen 5 Stimmen beschloffen hatte, dem Hause zu empfehlen, über die Verbandseingabe zur Tagesordnung überzugehen, mußte sich der Verband von der Aussichtslosigkeit seines Unternehmens überzeugen und zog unter dem 23. Januar 1879 seine Eingabe zurück.

Auch nach diesem Mißerfolg ließ der Verband nicht nach, seine Aufmerksamkeit auf die unerfreulichen Begleiterscheinungen der Präventivkontrolle zu richten. Ein weniger für die Gesellschaften als für die Versicherungsnehmer lästiger Umstand war der, daß die Ein-

haltung des vorgeschriebenen Beschwerdeweges gegen polizeiliche Be-
 anstandungen häufig den Abschluß der Versicherungen auf Monate
 hinaus verzögerte. Es kam vor, daß die Polizeibehörden Ver-
 sicherungsanträge wegen Fehlens der Policenummern oder aus son-
 stigen ganz unhaltbaren Gründen beanstandeten, daß sie trotzdem
 aber erst durch eine der höheren Instanzen zur Abgabe der Unbedenk-
 lichkeitserklärung veranlaßt werden konnten. Da das Rechtsmittel
 gegen polizeiliche Verfügungen der Ortsbehörden in Versicherungs-
 angelegenheiten nach § 148 des Gesetzes vom 26. Juli 1876, be-
 treffend die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Ver-
 waltungsgerichtsbehörden, die Klage bei dem Kreisauschusse resp.
 dem Bezirksverwaltungsgerichte war, so verfloß eine sehr geraume
 Zeit, bis die Beschwerde zur Erledigung kam. Denn zunächst mußte
 die Gesellschaft, nachdem sie von der Verweigerung einer polizeilichen
 Genehmigung durch ihre beteiligten Organe Kenntniß erhalten, und
 sie die Sache nach Prüfung zur weiteren Verfolgung für angethan
 befunden hatte, einen geeigneten Rechtsanwalt ermitteln, wozu meist
 Rückfragen erforderlich waren, und denselben instruiren. Bis zur
 nächsten Sitzung des Kreisauschusses vergingen gewöhnlich wieder
 mehrere Wochen, und kam dann der Fall wirklich zur Verhandlung,
 so ging zuweilen die Sachkenntniß des Kreisauschusses in den so ge-
 arteten Spezialfällen nicht über diejenige der Polizeibehörde, gegen
 welche die Klage gerichtet war, hinaus. Erfolgte aber trotzdem schon
 in der ersten Instanz eine richtige Entscheidung, so waren min-
 destens drei Monate seit der erfolgten Beanstandung des Versicherungs-
 antrages verfloßen. Da die Anträge in der Regel erst kurz vor dem
 beabsichtigten Beginn der Versicherung der Gesellschaft und sodann
 von dieser der Polizeibehörde eingereicht werden, so lief der Ver-
 sicherungsnehmer während des größten Theils der Zeit Gefahr, bis
 zur definitiven Entscheidung unversichert zu bleiben und hatte in
 Folge dessen, wenn er abbrannte, nach der bestehenden Gesetzgebung
 keinen Rechtsanspruch auf Entschädigung. — Allerdings wurde
 auch noch nach dem Erlaß des Gesetzes vom 26. Juli 1876 der
 Beschwerdeweg an den Landrath bzw. den Regierungspräsidenten
 eingeschlagen, ohne daß letztere die Beschwerden wegen Inkompetenz
 abgewiesen hätten. Dieser Weg sollte aber durch den im Jahre 1880
 von der Regierung dem Abgeordnetenhause vorgelegten Gesetzent-

Gingabe
 des Verbandes
 an das
 Abgeordneten-
 haus betr. den
 Beschwerdeweg
 gegen
 polizeiliche Be-
 anstandungen.

wurf über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Verwaltungsgerichte abge schnitten werden, denn § 126 des Entwurfes bestimmte, daß in Feuerversicherungs-Angelegenheiten nur das Rechtsmittel der Klage im Verwaltungsstreitverfahren zulässig sei.

Gegen diese Fassung des § 126 des Entwurfes machte der Verband in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus vom 8. Dezember 1880 die eingangs erwähnten Bedenken hinsichtlich der Verzögerung des Versicherungsabschlusses geltend und führte dann weiter aus, wenn die Königliche Regierung von der Ansicht ausgehen sollte, daß die Verweigerung der polizeilichen Genehmigung zur Aushändigung der Police oder des Prolongationscheines — welche in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle die Veranlassung zur Reklamation bildete — in der Regel wegen Verdachts der Uebersicherung erfolge, so sei dies nicht der Fall, wie schon in der Eingabe des Verbandes an das Abgeordnetenhaus vom 16. November 1878 durch bezügliche Erhebungen nachgewiesen worden sei. Fast alle diejenigen Fälle, welche zur Reklamation Veranlassung gäben, seien vielmehr hervorgerufen entweder durch Unkenntniß der Polizeibehörde von den gesetzlichen Bestimmungen, oder durch eine vielleicht unbewußte Abneigung gegen die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften. Beispiele hierfür aus der neuesten Praxis seien:

Die von der Polizeibehörde behauptete Unkenntniß von dem Werthe der zur Versicherung beantragten Gegenstände und das Verlangen, denselben nachzuweisen, während es nach § 14 des Gesetzes vom 8. Mai 1837 und der Ministerialinstruktion vom 10. Juni 1837 Sache der Polizeibehörde sei, sich über den Werth zu informieren; das Verlangen, eine Taxe beizubringen, auch ohne die Behauptung der Unkenntniß des Werthes; die Behauptung, daß eine anderweitige Versicherung bestehe, insbesondere die Behauptung, daß die in bester Form gekündigte Versicherung bei der öffentlichen Sozietät noch bestehe; das Verlangen, den Antrag in triplo einzureichen, während das Gesetz nur die Vorlage in duplo vorschreibe. In allen diesen Fällen handle es sich um einfache Verhältnisse, welche das weitläufige und langewährende Verwaltungsstreitverfahren nicht verlohnten; deshalb bitte der Verband das Abgeordnetenhaus, den § 126 des Entwurfes eines Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden zc. dahin zu amendiren, daß in den daselbst bezeichneten

Angelegenheiten auch der Weg der Beschwerde an die betreffenden höheren Behörden zulässig sei.

Bei Lesung des Entwurfes im Abgeordnetenhaus erklärte der Minister des Innern in Zustimmung zu diesem Petition, daß er nichts dagegen zu erinnern habe, wenn die elective Zulassung der Verwaltungsbeschwerde beliebt würde. Es sei in diesem Falle aber angemessener, den § 126 der Regierungsvorlage überhaupt zu streichen, womit dieser Fall dem allgemeinen System der Rechtsmittel gegen Polizeiverfügungen überwiesen werde.

Diesem Vorschlage gemäß wurde der § 126 ganz gestrichen.

Die Präventivkontrolle blieb aber nicht nur in den alten preussischen Provinzen, in denen das Gesetz vom 8. Mai 1837 Geltung hat, in Kraft, sondern wurde wenige Jahre später auch in einer der neuen Provinzen, in der sie noch nicht bestand — in Schleswig-Holstein — eingeführt. Dies geschah mit einer Polizeiverordnung der dortigen königlichen Regierung vom 12. Juli 1883, die dem Anscheine nach unmittelbar unter dem Eindruck des früher erwähnten Reskripts des Handelsministers vom Jahre 1883 entstanden war. Die Polizeiverordnung der Schleswig-Holsteinischen Regierung ging aber, abgesehen davon, daß sie die öffentliche Sozietät der Provinz nicht mit einbegriff, noch weit über die Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Mai 1837 hinaus. Der Verband griff daher die Sache sofort auf und wies in einer ausführlichen Darstellung vom 15. August 1883 an den Minister des Innern nach:

Einführung
der Präventiv-
kontrolle
in Schleswig-
Holstein;
Gegenmaß-
nahmen seitens
des Verbandes.

1. daß die königliche Regierung in Schleswig-Holstein mit dem Erlaß der Polizeiverordnung, betreffend den Abschluß von Versicherungsverträgen gegen Feuergefahr bei Privatversicherungs-Gesellschaften bezw. die Auszahlung der Entschädigungen seitens derselben, das polizeiliche Verordnungsrecht überschritten habe, 2. daß die fragliche Verordnung tief einschneidende Veränderungen des materiellen Rechtes enthalte und 3. daß sie unter Nichtbeachtung des Art. 8 der preussischen Verfassung, wonach Strafen nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht und verhängt werden dürfen, eine Anzahl von Strafvorschriften ausspreche, zu denen die königliche Regierung nicht berechtigt sei.

Zum Schluß beleuchtete der Verband in seiner Vorstellung an den Minister den auffälligen Umstand, daß die Verordnung ledig-

lich die Privatgesellschaften betraf (unter Anderem war die Einführung einer Konduitenliste für die Agenten vorgesehen), während die provinzielle Landesbrandkasse ausgenommen war, wodurch eine vollständige Verschiebung der Rechtsverhältnisse der öffentlichen und privaten Anstalten sowohl als auch der bei den einen oder anderen Instituten Versicherten bedingt wurde. Dabei hätten gerade die Verhältnisse der Landesbrandkasse eine strenge staatliche Beaufsichtigung nothwendig gemacht. Die Kasse war in den vorhergehenden Jahren von einer auffallend großen Zahl von Brandschäden betroffen worden, ihr Reservefonds von Mark 1 882 548 im Jahre 1877 auf rund Mark 700 000 im Jahre 1881 zurückgegangen. Hierzu kam, daß die Verwaltung der Brandkasse den Interessenten gegenüber diese Thatsache verborgen hatte. Der Bericht des Finanzausschusses des Provinziallandtages, der diese Verschleierung aufdeckte, sagte darüber: „Es mag hier der Ort sein, auf die den Reservefonds der Versicherungsanstalt gehörigen Fonds hinzuweisen. Dieselben sind mit 1 882 548 Mark 82 Pfg. beziffert. Die Reserve des Brandversicherungswesens beträgt jetzt nach der von dem Herrn Landesdirektor gegebenen Auskunft nur ca. 700 000 Mark, d. h. die Verluste der letzten Jahre haben Entschädigungen erfordert, die, wären sie aus den Fonds bestritten, diese auf die Summe von 700 000 Mark ermäßigt haben würden. Jene Entschädigungen für Brände sind aus den pränumerando gezahlten Beiträgen vorschußweise abgehalten, um die Zinsen der Fonds ferner genießen zu können, und in der Hoffnung, daß günstigere Betriebsjahre eine Ansammlung des Reservefonds wieder gestatten werden. Absicht dabei ist, außer der Zinsersparung die Kosten des Verkaufs und Wiederankaufs der Fonds zu ersparen. Es soll gegen diese Finanzgebarung vom Ausschuß nichts eingewandt werden. Dagegen aber ist es eine Täuschung, den Reservefonds in den alten Summen vorzutragen, ohne dabei zu erwähnen, welche Verpflichtungen darauf ruhen.“

Angesichts dieser recht bedenklichen Manipulation und Situation der Brandkasse ließ sich die Polizeiverordnung der Königl. Regierung nur dahin verstehen, daß durch dieselbe die Brandkasse auf Kosten der privaten Gesellschaften aus ihrer bedrängten Lage befreit werden sollte.

Als der Verband nach Verlauf von drei Monaten einen Bescheid

des Ministers des Innern auf seine Eingabe noch nicht erhalten hatte, brachte er dieselbe unterm 27. November 1883 vor das Abgeordnetenhaus. — Kurz darauf wurde jedoch von der Königlichen Regierung zu Schleswig die seitens des Verbandes beanstandete Verordnung vom 12. Juli unter dem 27. Dezember desselben Jahres durch eine neue Verordnung ersetzt. Aber auch diese, die auf eine Anordnung des Ministers des Innern zurückzuführen war, beseitigte nur einen Theil der gegen die frühere geltend gemachten Bedenken. In einer abermaligen Eingabe an das Abgeordnetenhaus (9. Januar 1884) konnte der Verband zwar mit Befriedigung konstatiren, daß nach der neuen Verordnung die Brandversicherungs-Anstalt der Provinz Schleswig-Holstein den Privat-Versicherungs-Gesellschaften in Ansehung der Präventivkontrolle gleich behandelt werde, daß die mit der Gewerbeordnung unvereinbaren Bestimmungen des § 1 der alten Verordnung beseitigt seien, daß es nicht mehr strafbar sein solle, das Mobiliar resp. Immobilienvermögen höher als zum gemeinen Werthe zu versichern, daß den Polizeibehörden das Recht zur Einsicht der Bücher der Agenten entzogen und endlich, daß die Errichtung neuer resp. der Fortbestand der seit dem 1. Januar 1878 errichteten Versicherungsanstalten nicht mehr an die Genehmigung der Regierung geknüpft werde. Der Hauptsache nach verlege die neue Verordnung indessen ebenso wie die beseitigte in wesentlichen Punkten das Schleswig-Holstein'sche Landesrecht. Als solche Verletzungen kennzeichnete die Petition des Verbandes an das Abgeordnetenhaus die Bestimmungen der neuen Verordnung, wonach dieselbe erlassen sei „zur Verhütung der aus der Uebersicherung für die öffentliche Sicherheit erwachsenden Gefahren bezüglich des Abschlusses von Versicherungsverträgen gegen Feuergefähr bei Versicherungsanstalten jeder Art.“ Die Königliche Regierung erachte sich hiermit für berechtigt, das materielle Versicherungsrecht, soweit sich dasselbe auf den Abschluß von Versicherungsverträgen beziehe, ihrer polizeilichen Verordnungsgewalt zu unterwerfen, was als unvereinbar mit dem Preussischen Verfassungsrecht nicht zugegeben werden könne. Ebenso involvire es, wie die Verbandseingabe des weiteren ausführte, einen rechtswidrigen Eingriff in die Vertragsfreiheit, daß die Aushändigung der schriftlichen Versicherungsverträge von der polizeilichen Genehmigung abhängig gemacht werde. Die neue Verordnung verstöße

gegen bestehendes Recht, bezw. verlange Unmögliches, wenn sie den Agenten vorschreibe, vor Abschluß des Versicherungsvertrages sich von dem Vorhandensein und dem Werthe der zu versichernden Gegenstände in geeigneter Weise zu überzeugen und zugleich die Erklärungen des Versicherungssuchenden darüber herbeizuführen, ob bezw. mit welchen Beträgen diese Gegenstände bereits anderweit gegen Feuersgefahr versichert seien. Dasselbe gelte von den anderen Bestimmungen der neuen Verordnung über die polizeiliche Präventivkontrolle, von den in der Verordnung angegebenen Gründen, aus denen die polizeiliche Genehmigung versagt werden könne u. s. f. Nachdem die Verbandseingabe noch auf die Härte aufmerksam gemacht hatte, die darin liege, daß die vom 27. Dezember 1883 datirte Verordnung am 29. desselben Monats mit der Erklärung publizirt worden sei, daß sie an dem Tage ihrer Verkündung in Kraft trete, beantragte sie, das Abgeordnetenhaus wolle die Aufhebung dieser Verordnung herbeiführen.

Die Petition gelangte in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses und demnächst auch in der Plenarsitzung desselben vom 19. Mai 1884 zur eingehenden Verhandlung. Die Kommission erkannte die Ausführungen der Petition als begründet an und beschloß einstimmig, dem Hause der Abgeordneten zu empfehlen:

1. die Petition (II. 94) der Königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen;
2. die Königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf behufs Regelung der aus der Ueberversicherung für die öffentliche Sicherheit erwachsenden Gefahren in Schleswig-Holstein vorzulegen.

Bei der Berathung im Abgeordnetenhause war es namentlich der Abgeordnete von Hülßen, der gegen die Eingabe des Verbandes und den Antrag der Kommission sprach. Seine Rede wurde von einem späteren Redner als „ein Plaidoyer zu Gunsten der öffentlichen Versicherungsanstalten mit einigen weniger günstigen Seitenblicken auf die Privat-Versicherungs-Gesellschaften“ bezeichnet. Auch von Meyer-Urnswalde sprach im selben Sinne wie von Hülßen. Das Haus nahm jedoch den Kommissionsantrag mit großer Majorität an.

Die Regierung hat bis heute diesen Anträgen keine Folge gegeben.

Wie wünschenswerth es gewesen wäre, wenn wenigstens die Verhältnisse des Feuerversicherungswesens der Provinz Schleswig-Holstein auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt worden wären, zeigte eine Verfügung, des Regierungspräsidenten zu Schleswig vom 9. Oktober 1893, worin die Ortsbehörden unter Berufung auf die §§ 1 und 2 der Verordnung vom 27. Dezember 1883 angewiesen wurden, die Genehmigung zur Aushändigung der Policen an die Versicherten nur dann zu ertheilen, wenn die Gewißheit vorliege, daß der betreffende Agent sich thatsächlich von dem Vorhandensein und dem Werthe der versicherten Gegenstände überzeugt habe.

Dagegen, daß der Regierungspräsident mit dieser Verfügung auch noch über die Bestimmungen der Polizeiverordnung hinausgriff, die nur vorschreibt, daß sich die Agenten in geeigneter Weise von der Richtigkeit des Versicherungsantrages zu überführen haben, ihnen also durchaus überlassen ist, in welcher Weise sie dies thun wollen, erhob der Verband unter dem 27. Dezember 1894 bei dem Oberpräsidenten der Provinz Einspruch und erzielte eine seinem Antrage entsprechende Richtigstellung der Verfügung.

Die Zahl der Fälle, in denen die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften und auch deren Versicherte durch unbegründete Beanstandungen in Folge der Präventivkontrolle in Preußen benachtheiligt worden sind, und in denen ihnen durch Demonstrationen und Beschwerden unnöthige Arbeit verursacht worden ist, entzieht sich der Berechnung. Um wenigstens eine Grundlage dafür zu haben, in welchem Umfange und aus welchen Gründen Beanstandungen bei den Verbandsgesellschaften vorkommen, haben diese für ihr preussisches, unter der Herrschaft der Präventivkontrolle stehendes Geschäft seit dem Jahre 1891 eine Statistik aufgemacht und alljährlich weitergeführt. — Das ziffermäßige Ergebniß derselben ist auf Seite 78/79 zusammengestellt.

Statistik
des Verbandes
über
polizeiliche Be-
anstandungen.

Nach dieser Tabelle entfallen auf die 4138586 in 5 Jahren von 17 Verbandsgesellschaften in Preußen ausgefertigten Policen 0,048 Prozent Beanstandungen wegen Verdachtes auf Uebersversicherung und 0,021 Prozent Beanstandungen aus anderen (formalen) Gründen.

Gegenüber der bedeutenden Arbeitslast und Mühe, die damit verknüpft sind, daß über vier Millionen Versicherungsanträge bezw. Prolongationen von den Agenten der Verbandsgesellschaften den preussischen Polizeibehörden im Duplikat vorgelegt werden mußten

Polizeiliche Beanstandungen von Versicherungsanträgen
in Preußen arbeitenden

I. Zahl der ausgefertigten Policen und Prolongationscheine	
II. Es wurden beanstandet:	
1. wegen Verdachtes auf Uebersicherung	
2. aus anderen (formalen) Gründen	
III. Die Beanstandung erlebte sich:	
1. für die der Uebersicherung verdächtigen Anträge:	
a) durch Verzicht des Antragstellers auf die Versicherung	
b) durch Verzicht der Gesellschaft auf die Versicherung	
c) durch Herabsetzung der beantragten Versicherungssumme	
d) durch Genehmigung des unveränderten Antrages nach erfolgter Verständigung mit der Polizeibehörde	
e) durch Genehmigung des unveränderten Antrages in Folge instanzmäßiger Beschwerde oder Klage	
2. für die aus anderen (formalen) Gründen beanstandeten Anträge:	
a) durch Erfüllung des polizeilichen Verlangens	
b) durch Zurücknahme der Beanstandung nach Verständigung mit der Polizeibehörde	
c) durch Zurücknahme der Beanstandung in Folge instanzmäßiger Beschwerde oder Klage	
d) durch andere Verhältnisse	
IV. Demnach unbegründete Beanstandungen (Summe der Rubriken III 1 d und e und III 2 b und c)	
V. Zahl der Brandschäden:	
1. überhaupt	
2. in Folge von nachgewiesener oder mutmaßlicher Brandstiftung durch den Versicherten	
VI. Von den Versicherungsanträgen der Brandstifter (vgl. Rubrik V 2) hatte die Polizei nicht beanstandet	

behufs Ertheilung der Unbedenklichkeitsbescheinigung, steht das Ergebnis, daß hiervon wegen Verdachtes der Uebersicherung 1984 oder 0,021 Prozent beanstandet wurden, außer jedem Verhältniß. Aber nicht einmal in dieser geringen Anzahl erwiesen sich die Ausstellungen der Polizeibehörden durchaus berechtigt. Um allen möglichen Weiterungen aus dem Wege zu gehen, verzichteten in Folge der Beanstandung in 258 bzw. 240 Fällen die Antragsteller bzw. die Ver-

im Königreich Preußen in den Jahren 1891—1895 bei den
17 Verbandsgesellschaften.

Zahl der Fälle in den Jahren					
1891	1892	1893	1894	1895	1891—1895
794 490	814 623	810 198	854 072	865 203	4 138 586
200	287	352	520	625	1 984
107	126	147	242	252	874
25	31	58	70	74	258
21	36	47	68	68	240
107	174	194	293	374	1 142
45	46	51	86	109	337
2	—	2	3	—	7
67	72	74	114	101	428
31	46	60	105	63	305
4	3	4	7	8	26
5	5	9	16	80	115
82	95	117	201	180	675
26 592	31 183	35 001	33 507	40 586	166 869
233	236	281	263	310	1 323
232	235	281	262	303	1 313

sicherungsgesellschaften auf die Versicherung. Bei dem Verzicht seitens der Versicherten handelte es sich wohl ausnahmslos um die Anträge kleiner Leute, die, bevor sie sich in eine Auseinandersetzung mit der Polizei einließen, es vorzogen, unversichert zu bleiben. Ähnliche Motive werden vielfach auch bei den Verzichtenden seitens der Gesellschaften ausschlaggebend gewesen sein, wofür z. B. die Thatfache spricht, daß allein bei einer einzigen Verbandsgesellschaft und allein

im Jahre 1895 in einigen bestimmten schlesischen Agenturdistrikten 130 Beanstandungen vorkamen. Eine Erklärung für diese ganz auffallend hohe Zahl von Beanstandungen konnte die betreffende Gesellschaft nur darin finden, daß in derselben Gegend die Provinzial-Feuer-Sozietät in besonders lebhafter Weise für sich agitirte. In 337 von den in der Statistik angeführten Fällen kam die Polizei, nachdem die Versicherten mehr oder weniger lange Zeit auf die Genehmigung ihres Antrages gewartet und zum Theil unter Mitwirkung der Gesellschaften die nöthigen Schritte gethan hatten, zu der Einsicht, daß sie die betreffenden Versicherten grundlos in den Verdacht der Uebersicherung gesetzt hatte, und nur 7 mal hatten die Versicherten bezw. die Gesellschaften auf dem vorgeschriebenen Instanzenwege die Polizei zur Zurücknahme ihres Einspruches veranlaßt.

Sonach hat also die ausgeübte Präventivkontrolle innerhalb 5 Jahren von mehr als vier Millionen Versicherungen thatsächlich bei 1142 oder 0,027 Prozent zur Herabsetzung der Versicherungssumme geführt, also noch nicht einmal zu ebenso vielen erfolgreichen Beanstandungen, als Brandstiftungen der Versicherten in dem gleichen Zeitraume vorgekommen sind. Und dabei beziehen sich die Herabsetzungen zum guten Theil auf ganz unwesentliche Dinge und unerhebliche Beträge, insbesondere bei Mobiliarversicherungen, bei denen der Versicherungsnehmer auch nicht im entferntesten daran gedacht hat, sich einen unerlaubten Vortheil verschaffen zu wollen. Demjenigen aber, der auf Betrug durch Uebersicherung ausgeht, wird es nicht schwer werden, den kontrolirenden Polizeibeamten zu täuschen. Im Uebrigen bedarf es für den betrügerischen Versicherten gar nicht immer der gewagten Uebersicherung; durch Beiseiteschaffen werthvoller versicherter Gegenstände vor der Brandstiftung erzielt er für sich denselben Vortheil.

Die Erhebungen des Verbandes über die polizeilichen Beanstandungen erhärten die von ihm stets vertretene Auffassung, daß die Präventivkontrolle als eine durchaus überflüssige Erschwerung der Versicherungsabschlüsse fallen zu lassen ist.





Besteuerung in Preußen.

Die Frage der Besteuerung der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften bildete für diese von jeher eine Lebensfrage. Die Höhe der zu entrichtenden Steuern ist naturgemäß von wesentlichem Einfluß auf die Normirung der Prämienätze, und von der Höhe der letzteren hängt wiederum die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes ab. Je niedriger die Prämienätze, je größer der Kreis der Versicherten und umgekehrt. Die Steuerfrage ist deshalb auch insofern eine rein volkswirtschaftliche Frage, als eine hohe Belastung der Gesellschaften der Verbreitung der Versicherungsnahme entgegenwirkt, indem es dadurch vielen Versicherungsbedürftigen unmöglich gemacht wird, sich wegen der höheren Prämien den Schutz der Versicherung zu verschaffen. Wenn daher die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften sich gegen eine übermäßige Heranziehung zu Steuern und Abgaben wehren, so geschieht dies zwar zunächst in Wahrung ihrer eigenen Interessen, in zweiter Linie treten sie damit aber für ein großes wirtschaftliches Interesse ein, dessen Berechtigung von Seiten des Fiskus nicht immer die nothwendige Anerkennung findet. Zu Abwehrmaßregeln in dieser Hinsicht ist den Gesellschaften überreiche Gelegenheit geboten worden, und der Verband hat vom ersten Tage seines Bestehens bis heute dagegen anstreben müssen, daß nicht durch eine Ueberbürdung der Gesellschaften mit Steuerlasten aller Art diese selbst und das gesammte Feuerversicherungsweisen geschädigt werden.

Da die Aufgabe, welche diesem Berichte gestellt ist, sich darauf beschränkt, eine Uebersicht über die bisherige Thätigkeit des Verbandes

zu geben, so können hier nicht die verschiedenen Phasen zusammenhängend entwickelt werden, welche die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften in Bezug auf ihre Besteuerung in den einzelnen Bundesstaaten durchzumachen hatten; aus demselben Grund ist auch die Darstellung der gegenwärtigen buntschiedigen Besteuerungsverhältnisse der Gesellschaften in Deutschland ausgeschlossen. Der vorstehende Bericht hat vielmehr lediglich diejenigen Steuermaßregeln von Regierungen oder Kommunen in Betracht zu ziehen, die den Verband zu Schritten in der einen oder anderen Hinsicht veranlaßten, und der Verband unternahm derartige Schritte naturgemäß nur in den Fällen, in denen die Möglichkeit vorhanden war, eine als ungerechtfertigt und hart erscheinende Besteuerung von den Gesellschaften abzuwenden.

Zusammen-
stellung der
Besteuerungs-
arten der
Privat-Feuer-
Versicherungs-
Gesellschaften
in den
deutschen
Bundesstaaten.

Einen Versuch, die bestehenden, nicht auf gesetzlicher Basis beruhenden Erhebungen von Steuern nach ihrer Entstehung und ihrer Gestalt zusammenzufassen, um gegebenen Falles die Gesellschaften von den zu Unrecht erhobenen Abgaben zu befreien, machte der Verband im Jahre 1882. Der damalige Direktor der Preussischen Nationalversicherungsgesellschaft in Stettin übernahm es, eine solche, alle deutschen Bundesstaaten umfassende Zusammenstellung auszuarbeiten. In seinem der 39. Generalversammlung vorgelegten Bericht mußte er jedoch erklären, daß er bei seiner Arbeit den ihm bezeichneten Rahmen nicht hätte einhalten können. Er habe deshalb möglichst alle, sowohl die gesetzlichen, wie die ungesetzlichen Lasten aufgeführt, die den Feuerversicherern in den deutschen Bundesstaaten auferlegt seien, da die Zweifel, die über die Gesetzlichkeit einer ganzen Reihe von Abgaben nur zu berechtigt erschienen, vielfach nicht aufzuklären gewesen seien. In der Zusammenstellung selbst wurden die 27 verschiedenen Besteuerungsarten und -Formen der Gesellschaften in den 27 deutschen Landesgebieten mit Einschluß von Elsaß-Lothringen, Hohenzollern und den freien Hansestädten aufgezählt, woraus sich ein buntes Gemisch von Staats-, Kreis- und Kommunalsteuern, von Aufsichts- und Beglaubigungsgebühren, Stempelabgaben, Sporteln und Feuerlöschbeiträgen ergab, deren Höhe und Berechnungsmodus nicht minder variierten. Am Schlusse seiner Zusammenstellung wies der Berichterstatter darauf hin, daß zu den aufgezählten Steueranforderungen als weitere Beeinträchtigung der Gesellschaften hinzuträten die vielen Strafbestimmungen der Gesetze und Verordnungen,

Folgen von Fehlern und Kontraventionen, Stempeldefekten und unterlassenen Deklarationen. Bei der labyrinthischen Kollektion der zu beobachtenden Vorschriften seien Fehler und Uebersehen beim besten Willen — denn nicht Mangel des letzteren, sondern die Buntfleckigkeit der Vorschriften verschuldeten sie meist — nicht zu vermeiden und fielen fast ausnahmslos zu Lasten der Gesellschaften. Ferner gehörten hierher die einmaligen Kosten für Konzessionserteilung, für Aenderung der Statuten und Policebedingungen, für Publikation derselben, Arbeits- und Kostenlast aller periodisch einzureichenden Schriftstücke und vieles Andere. Gleich empfindlich als alles dies seien die alljährlich neben diesen Bedrückungen hergehenden hundertfachen Ansprüche von Behörden, Kommunen, Feuerwehren, Retter- und Turnvereinen wie von Privaten.

Seit Abfassung dieser Zusammenstellung, die die schreienden Mißstände, unter denen das Feuerversicherungswesen in Deutschland zu leiden hat, konstatirt, sind die von allen Seiten an die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften gerichteten Anforderungen immer mehr und mehr gestiegen. Besonders in einzelnen deutschen Gebietstheilen scheint die Frage nach weiteren neuen Besteuerungsarten der Feuerversicherungs-Gesellschaften überhaupt nicht von der Tagesordnung verschwinden zu sollen.

Wenn nicht alle projektirten Besteuerungsmaßnahmen zur Ausführung gelangten und wenn mehrfach Härten der bestehenden Steuergesetzgebung gemildert wurden, so ist dies nicht zum geringsten Theil dem unablässigen Bemühen des Verbandes und der einzelnen Gesellschaften, in theoretischer wie praktischer Beziehung für richtige Steuergrundsätze einzutreten, zuzuschreiben.

Das Protokoll über die erste General-Versammlung des Verbandes weist allein unter den 7 Positionen des ersten Tages drei auf, die sich auf Steuerangelegenheiten beziehen. Das Protokoll besagt darüber:

III. Es wurde eine Petition an das Reichskanzleramt in Angelegenheit der Kommunalsteuern im Herzogthum Braunschweig berathen und unterschrieben, nachdem der ablehnende Bescheid des Braunschweigischen Staatsministeriums auf die Reklamation vom 20. Oktober 1871 in qu. Sache mitgetheilt worden war.

V. Zur Berathung und Vollziehung gelangte eine Resolution

an das Abgeordnetenhaus wegen der Gewerbesteuer der Provinzial-Sozietäten und

VI. desgl. wegen der Hausirgewerbesteuer der Agenten.

Die erstgenannte Petition des Verbandes betr. die Kommunalsteuer in Braunschweig hatte überhaupt keinen Erfolg, die beiden letztgenannten an das Abgeordnetenhaus unter dem 1. Dezember 1871 gerichteten führten dagegen zu einer Besserung der Verhältnisse.

Eingabe an das
Abgeordneten-
haus wegen
Aufhebung der
Hausirgewerbe-
steuer
der Agenten.

Die Erhebung einer Hausirgewerbesteuer von den Agenten der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften konnte in der That einer Prüfung auf ihre Berechtigung in keiner Weise Stand halten. Nach der Reichsgewerbeordnung war die Vermittelung von Versicherungsgeschäften durch die Agenten außerhalb ihres Wohnortes lediglich ein Ausfluß ihres stehenden Gewerbes. War also hier ausgesprochen, daß das in vorgedachter Weise betriebene Geschäft der Agenten nicht als Hausirgewerbe zu betrachten sei, so bestimmte die von dem Preussischen Ministerium erlassene Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung vom 4. September 1869 unter Nr. 16:

„Bezüglich der steuerlichen Seite dieses Gewerbebetriebes im Umherziehen hat die bestehende Landesgesetzgebung durch die Gewerbeordnung keine Aenderung erfahren. Versicherungs- und andere Agenten bedürfen daher, abgesehen von der für das stehende Gewerbe zu entrichtenden Steuer, sobald sie ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, eines steuerpflichtigen Gewerbebescheines. Die Steuer für jeden Gewerbebeschein beträgt 16 Thaler.“

Hiergegen legten die Feuerversicherungs-Gesellschaften mit vollem Rechte Protest ein, und die zum Verbande gehörigen beantragten in der erwähnten Eingabe beim Abgeordnetenhaus, daselbe möge bei der Königlichen Staatsregierung dahin interveniren, daß die unter Nr. 16 der Anweisung vom 4. September 1869 wegen der Besteuerung des auswärtigen Gewerbebetriebes der Versicherungsagenten getroffenen Anordnungen baldigst wieder zurückgenommen würden. Als Gründe machten die Gesellschaften geltend, daß jene Anordnungen nicht allein unzumuthig seien, indem das Hausiren mit Versicherungen nicht mehr zu entbehren sei, die meisten der Agenten der Privat-Versicherungs-Gesellschaften aber bei ihrem kleinen Wirkungskreis die Hausirsteuer nicht zu tragen vermöchten, sondern daß dieselben auch gesetzlich ungerechtfertigt seien, indem die Geschäftsvermittlung der

Agenten außerhalb ihres Wohnortes nach § 2 der Gewerbeordnung als ein Ausfluß des stehenden Gewerbebetriebes, nicht als Gewerbebetrieb im Umherziehen zu betrachten sei, und nur diejenigen Arten der gewerblichen Thätigkeit, welche nach Artikel III der Gewerbeordnung unter den Begriff des Gewerbebetriebes im Umherziehen fielen, in steuerlicher Hinsicht als Hausirgewerbe behandelt werden könnten.

Vorstehende Petition mußte nochmals — unter dem 8. November 1872 — erneuert werden, worauf die Petitionskommission des Abgeordnetenhauses am 10. Dezember 1872 mit Stimmeneinheit beantragte, dieselbe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Das Abgeordnetenhaus erhob sodann in seiner Sitzung vom 15. Januar 1873 diesen Antrag zum Beschluß.

Der weiteren, gegen die Gewerbesteuerfreiheit der Mobiliarversicherungs-Agenten der öffentlichen Sozietäten gerichteten Beschwerde des Verbandes an das Abgeordnetenhaus lag eine gleichermaßen berechtigte Veranlassung zu Grunde. Den Geschäftsführern oder Versicherungskommissarien der öffentlichen Sozietäten, welche unter diesem Namen als Agenten für die Mobiliarversicherung derselben fungiren, war die Entrichtung der Gewerbesteuer für diese Agentur erlassen worden. Es geschah ursprünglich für die Rheinische Provinzial-Sozietät durch ein Reskript der Königlich-Minister des Innern und der Finanzen vom 5. September 1865, welches nachher auf alle anderen derartigen Sozietäten angewandt wurde. Von den Privatgesellschaften beschwerten sich mehrere unterm 30. November 1869 und 30. November 1870 über diese Bevorzugung und trugen auf deren Abstellung an, ohne daß hierauf ein Bescheid erfolgt wäre. Die Verbandsgesellschaften wandten sich daher an das Abgeordnetenhaus, indem sie in ihrer Petition darauf hinwiesen, daß bezüglich des Betriebes der Mobiliarversicherung durch die Provinzial-Sozietäten wohl kein Zweifel darüber bestehe, daß ihnen dieser Betrieb neben ihrem gesetzlichen Zwecke der Immobilienversicherung lediglich als ein Privatgeschäft gestattet worden sei, um durch dasselbe, wie man vermeine, eine Unterstützung und Kräftigung für die Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgabe, der Immobilienversicherung, zu erhalten.

Als Beamte der öffentlichen Sozietäten könnten die Geschäfts-

Gewerbesteuer-
freiheit der
Mobiliar-Ver-
sicherungs-
Agenten der
Sozietäten.
Petition
des Verbandes.

fürher für ihre Mobiliarversicherung nicht mit größerem Rechte bezeichnet werden, als man z. B. die Agenten der Privat-Versicherungsgesellschaften Beamte nenne. Jedenfalls seien sie keine öffentlichen Beamten. Seien sie aber nur Privatbeamte, so müßten sie wie die Privatbeamten anderer Behörden (z. B. die Agenten der Seehandlung, die Lotterie-Einnnehmer etc.) Gewerbesteuer zahlen.

Die Geschäftsführer der Sozietäten für die Mobiliarversicherung hätten Agenten und betrieben ihre Agentur entweder gegen eine Provision, welche sie als Tantième bezeichneten, oder gegen Gebühren, deren Höhe sich nach der Höhe der Versicherungssumme richte, ihre Thätigkeit bestehe also in gleichartigen, auf Geldgewinn abzielenden Handlungen, mithin sei ihr Geschäftsbetrieb ein Gewerbe, wie jedes andere.

Die Verbandsgesellschaften richteten aus diesen Gründen das Ersuchen an das Abgeordnetenhaus: ihre Petition der Königlichen Staatsregierung mit der Aufforderung zu überweisen, daß den zum Betriebe der Mobiliarversicherung der öffentlichen Feuer-Sozietäten angestellten Agenten, Geschäftsführern oder Versicherungskommissarien die Entrichtung der Gewerbesteuer von diesem Gewerbe nicht ferner erlassen bleibe.

Im Abgeordnetenhaus selbst kam die Beschwerde nicht zur Berathung, dagegen fand sie gemeinsam mit der ersterwähnten ihre Erledigung durch einen Gesetzentwurf, den die Regierung unter dem 17. November 1873 den beiden Häusern des Landtages vorlegte und in dem bestimmt wurde:

Aufhebung der Gewerbe- und Haussteuer der Agenten (Gesetz vom 5. Juni 1874).

1. (sub § 2 des Entwurfs): Das Gewerbe der Agenten der Versicherungsgesellschaften ist von der Steuer für das stehende Gewerbe befreit und 2. (sub § 4 des Entwurfs): Insofern nach § 42 der Reichsgewerbeordnung vom 21. Juni 1869 der Betrieb eines stehenden Gewerbes außerhalb des Ortes der gewerblichen Niederlassung ohne einen Legitimationschein zu erfordern, gestattet ist, . . . ist dafür eine Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen fortan nicht zu entrichten.

Der Gesetzentwurf wurde, soweit er die Versicherungsagenten betraf, unverändert nach der Regierungsvorlage im Mai 1874 von den beiden Häusern des Landtages genehmigt, und das Gesetz unter dem 5. Juni 1874 (G. S. S. 219) erlassen.

Daß mit diesem Gesetz nicht nur die Hausirgewerbesteuer, sondern die Gewerbesteuer der Agenten überhaupt aufgehoben wurde, war für die Verbandsgesellschaften ein unverhoffter Erfolg, da sie hinsichtlich der Gewerbesteuer nur eine gleiche Behandlung der Mobiliar- Versicherungsagenten der Sozietäten mit den Agenten der Privat- Gesellschaften beantragt hatten. Es bedeutete der Erlaß dieses Gesetzes einen Fortschritt für das gesammte private Versicherungswesen, der nicht sowohl in materieller, als auch in moralischer Hinsicht von großem Werthe war.

Einen Kampf, lediglich um ihre materiellen Interessen, ja fast um ihre Existenz, hatten die Privatversicherungs-Gesellschaften gegen die in den verschiedensten Formen auftretenden Besteuerungsversuche seitens der Kommunen in Preußen zu führen. Die in der ersten Generalversammlung beschlossene Petition an das Reichskanzleramt wegen der durchaus willkürlichen Kommunalbesteuerung der Gesellschaften in Braunschweig gab dem Unwillen derselben über die ihnen von den Kommunen zugemutheten Lasten mit den Worten Ausdruck: „Forschen wir nach der Ursache, weshalb man aller Orten vor allen Dingen die Versicherungsgesellschaften zu allen nur erdenklichen Steuern heranzieht und stets in erster Linie berücksichtigt, so vermögen wir keine andere zu entdecken, als daß dieselben in ihren Agenten und Vertretern, welche sie haben müssen, stets sichtbare und greifbare Anhaltspunkte bieten, daß ihre Besteuerung also äußerst bequem ist. Die Bequemlichkeit aber zum Prinzip einer Steuer zu erheben, das scheint doch des modernen Rechtsstaates und der geläuterten volkwirthschaftlichen Ansichten der Neuzeit unwürdig zu sein.“

Kommunal-
Besteuerung
der
Gesellschaften.

Wie bemerkt, hatte die Anrufung des Reichskanzleramtes, auf die Braunschweigische Regierung im Sinne einer Ordnung der bestehenden regellosen Verhältnisse einzuwirken, keinen Erfolg. Ebenso blieb es in Preußen zunächst bei der trostlosen Lage der Versicherungs- aktiengesellschaften bezüglich der Besteuerungsansprüche der Kommunen. Die Staats- und Kommunalbehörden gaben sich der verschiedenartigsten Auffassung der Steuerpflicht und des zu steuernden Gegenstandes hin, wodurch die Gesellschaften eine unbillige und mehrfache Belastung zu tragen hatten und zur Erhebung endloser Beschwerden genöthigt wurden. Insbesondere war in Preußen die

Verschiedenartigkeit der Heranziehung der Gesellschaften auf dem Gebiete der Gemeindecinkommensteuer eine außerordentliche große, weil hier zu den unter einander abweichenden Ansichten der Behörden über die Grundsätze der Veranlagung auch noch die für die einzelnen Landestheile geltenden besonderen steuerrechtlichen Bestimmungen in Frage kamen.

In mehreren Provinzen war sowohl den Stadtgemeinden als den Landgemeinden die Belastung der Versicherungsgesellschaften mit Gemeindecinkommensteuern auf Grund spezieller gesetzlicher Bestimmungen gestattet, in anderen Provinzen hatten nur die Stadtgemeinden aber nicht die Landgemeinden jenes Recht, wieder in anderen Provinzen waren die Gemeinden zwar nicht auf Grund einer besonderen gesetzlichen Bestimmung, jedoch wegen der ihnen in Betreff der Aufbringung der Gemeindeabgaben eingeräumten Autonomie berechtigt, juristische Personen zu den Gemeindecinkommensteuern heranzuziehen, eine Berechtigung, die sie auch auf Versicherungsgesellschaften anwandten u. s. f.

Eingabe
des Verbandes
betr. Regelung
der Kommunal-
besteuerung.

Um Regelung dieser Zustände und Abstellung der sich daraus ergebenden großen Härten petitionirten die Verbandsgesellschaften im Jahre 1873 beim Abgeordnetenhaus, als die Verathung eines vom Abgeordneten Hagen eingebrachten Antrages die geeignete Gelegenheit hierzu bot.

Der Antrag Hagen wollte bis zur allgemeinen Regelung der Gemeindesteuergesetzgebung die nicht in einer Gemeinde wohnenden Personen, sowohl physische als juristische, welche daselbst einen Grundbesitz haben oder ein Gewerbe betreiben, zu den darauf und auf das daraus bezogene Einkommen gelegten Kommunalabgaben herangezogen wissen, also sowohl die Aktien- als die Aktienthatschuld- und offenen Handelsgesellschaften, da diese aus physischen Personen bestehen. Als solche waren die letzteren bereits von ihrem Einkommen besteuert, wozu ihr Antheil an dem Einkommen der Gesellschaften, deren Mitglieder sie sind, gehört. Für sie folgte also aus der Steuer auf das Einkommen der Gesellschaften nichts anderes als eine Doppelbesteuerung.

Die Petition der Verbandsgesellschaften erklärte mit Bezug hierauf, daß, wenn in der Erwartung einer allgemeinen Regelung der Gemeindesteuergesetzgebung eine interimistische Bearbeitung dieser

Materie nöthig erscheine, sie sich zum nächsten Ziele nehmen sollte, die aus der Anwendung der bisherigen Gesetze folgende Ungerechtigkeit zu beseitigen, anstatt sie noch weiter auszudehnen.

Für den Fall aber, daß dieser Prinzipalantrag keine Folge haben sollte, lenkte die Petition die Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses auf mehrere schwere Unzuträglichkeiten, von denen besonders die Versicherungsgesellschaften betroffen würden, und die der vorliegende Entwurf noch drückender machen würde. Sie beständen darin:

- I. daß dasjenige, was der Entwurf eine Doppelbesteuerung nenne, in Wahrheit aber eine dreifache Besteuerung sei, durch den Entwurf nicht direkt aufgehoben werde,
- II. daß eine bestimmte Charakterisirung des steuerpflichtigen Gewerbes, welche in neuester Zeit auf administrativem Wege erlangt worden sei, im Entwurfe fehle,
- III. daß das zu besteuernde Objekt, das Einkommen, auf verschiedene Weise beurtheilt werden könne, auch mehrfach unrichtig beurtheilt worden sei, und der Entwurf hierin keine Abhülfe treffe.

Diese drei Beschwerdepunkte begründete der Verband in ausführlicher Darstellung, auf Grund deren er beim Abgeordnetenhaus beantragte, daß, wenn das Haus nicht der Ansicht des Verbandes beitreten sollte, wonach die aus einzelnen physischen Personen bestehenden offenen Handels-, Aktien- und Aktien-Kommandit-Gesellschaften, sowie Bergbaugewerkschaften, mit oder ohne Rechte juristischer Personen, überhaupt von der Kommunalbesteuerung freizulassen seien, an Stelle der bezüglichlichen Bestimmungen des Entwurfes folgende zu setzen seien:

I. Keine Gemeinde darf ein Einkommen zur Besteuerung heranziehen, welches durch Grundbesitz, Gewerbe oder Bergbau außerhalb ihres Gemeindebezirks erzielt wird.

II. Als ein nach seinem Einkommen zu steuerndes stehendes Gewerbe ist nur dasjenige zu betrachten, welches durch selbstständige mit rechtsverbindlicher Kraft getroffene Dispositionen betrieben wird.

III. Wenn ein und derselbe Gewerbetrieb auf mehrere Gemeinden vertheilt ist, so soll der von einer jeden dieser Gemeinden zu steuernde Theil des Einkommens nach einer Repartition des

durchschnittlichen Totalgewinnes im Verhältniß des einzelnen Betriebes zum Gesamtbetriebe ermittelt werden.

Weber der Antrag Hagen, welcher zu vorstehender Petition der Verbandsgesellschaften Anlaß gegeben hatte, noch mehrere von der Regierung in den Jahren 1877, 1878 und 1879 dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Gesetzentwürfe, betreffend „die Aufbringung der Gemeindeabgaben“, führten zu einer Regelung der Besteuerungsverhältnisse durch einen gesetzgeberischen Akt. Dagegen machte das Ministerium des Innern den Versuch, die Frage vorläufig zu erledigen, indem es durch Zirkularverfügung vom 31. Januar 1879 (Min.-Bl. d. i. V. S. 52) Folgendes bestimmte:

Zirkular-
verfügung vom
31. Januar
1879 betr. Be-
rechnung und
Vertheilung
des steuerpflich-
tigen Ein-
kommens der
Versicherungs-
gesellschaften.

1. Als steuerpflichtiges Einkommen der Versicherungsgesellschaften ist nicht die an die Aktionäre vertheilte Dividende, sondern der aus dem Ueberschusse der Jahreseinnahmen über die Jahresausgaben sich ergebende Jahresgewinn — und zwar nach dem Durchschnitte der letzten drei Geschäftsjahre — anzusehen. Zu den Ausgaben sind die für die jährliche Abnutzung von Gebäuden und Inventarienstücken üblichen Abschreibungen, die Schaden- und Prämienreserven, die zur Verzinsung von Schulden und zur Zahlung von Tantiemen an Beamte und Mitglieder des Aufsichts- oder Verwaltungsrathes verwendeten Beträge, nicht aber die Einlagen in den Reservefonds und die zur Amortisation der Schulden und des Grundkapitals bezw. zur Tilgung einer Unterbilanz, sowie zu Verbesserungen und Geschäftserweiterungen verausgabten Beträge zu rechnen.

2. Als steuerberechtigt sind diejenigen Gemeinden anzusehen, in welchen sich der Sitz der Versicherungsgesellschaft bezw. eine Zweigniederlassung oder eine solche Agentur derselben befindet, welche ermächtigt ist, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung der Gesellschaft selbstständig abzuschließen.

3. Bei der Vertheilung des steuerpflichtigen Einkommens auf die verschiedenen steuerberechtigten Gemeinden ist das Einkommen aus den Zinserträgen des Grundkapitals und Reservefonds nicht ausschließlich der Gemeinde, in welcher sich der Sitz der Gesellschaft befindet, anzurechnen. Vielmehr sind diese Erträge lediglich als ein Theil des Gesamteinkommens aus dem Gewerbebetriebe, für welchen die betreffenden Kapitalien, Gebäude etc. bestimmt sind, anzusehen.

Von diesem Gesamtbetrage des Einkommens aus dem Gewerbebetriebe sind vorab der Gemeinde, in welcher sich der Sitz der Gesellschaft befindet, 10 Prozent als Steuerobjekt zu überweisen. Von den übrigen 90 Prozent hat jede Gemeinde, in welcher sich eine Zweigniederlassung oder eine zum selbstständigen Abschluß von Rechtsgeschäften berechnigte Agentur befindet, diejenige Quote zu beanspruchen, welche dem Verhältniß der in dieser Zweigniederlassung oder Agentur erzielten Prämieeneinnahme zur Gesamt-Prämieeneinnahme der Gesellschaft entspricht. Der nach Abzug der Antheile der auswärtigen steuerberechtigten Gemeinden verbleibende Restbetrag der obigen 90 Prozent ist in der Gemeinde, in welcher sich der Sitz der Gesellschaft befindet, in Verbindung mit dem Präzipualbetrage von 10 Prozent zur Besteuerung zu bringen.

Steuergesetzentwürfe, die einmal die Einkommensteuer einheitlich regeln sollten und zweitens die Einführung einer Kapitalrentensteuer vorsehen, legte die Regierung dem Abgeordnetenhaus im Dezember 1883 vor. Danach sollten auch Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien der durch jene Entwürfe angeordneten Besteuerung unterworfen sein, eine Absicht, gegen welche die Verbandsgesellschaften in ihrer lezterwähnten Eingabe so entschieden protestirt hatten. Allerdings war für die Regierung die Aussicht auf Durchbringung beider Gesetzentwürfe in der von ihr vorgelegten Form sehr gering. Bereits in der Kommission des Abgeordnetenhauses wurden die auf die Besteuerung der Aktiengesellschaften bezüglichen §§ 2 und 14 des Einkommensteuer-Gesetzentwurfes mit 24 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Dagegen hatte jedoch die Kommission in der ersten Lesung des Kapital-Rentensteuerentwurfes den hier in Frage kommenden § 7 mit der Modifikation angenommen, „daß Aktien- und Kommanditgesellschaften auf Aktien die Kapitalrentensteuer von den Zinsen des in ihrem Eigenthum befindlichen Reservekapitals zu entrichten haben“. Einen Antrag, die Prämienreserven der Versicherungsgesellschaften von der Besteuerung zu befreien, lehnte die Kommission mit einer Ausnahme für die Lebensversicherungs-Gesellschaften ab.

Angeichts dieser Sachlage sah sich der Verband genöthigt, in Wahrung der Interessen des gesammten auf Aktien gegründeten Feuerversicherungswesens bei dem Abgeordnetenhaus gegen die pro-

Gegen-
vorstellung des
Verbandes
beim
Abgeordneten-
hause.

jeftirte Besteuerung vorstellig zu werden, und zwar nicht sowohl gegen die geplante Einkommensteuer, welche im Hinblick auf den Majoritätsbeschluß der Steuerkommission für definitiv beseitigt erachtet werden konnte, als vielmehr gegen die intendirte Kapitalrentensteuer.

In seiner diesbezüglichen, vom 29. Februar 1884 datirten Petition bemerkte der Verband eingangs derselben, es erscheine ihm unzweifelhaft, daß alle diejenigen Gründe, welche gegen die Heranziehung der Aktiengesellschaften zur Einkommensteuer sprächen, in gleicher Weise auch eine Besteuerung der Kapitalrente ausschließen. Was die Aktiengesellschaft erwerbe, das erwerbe sie nicht für sich, sondern für ihre Theilhaber, die Aktionäre. Die Aktiengesellschaft als solche sei nichts Anderes, als eine juristische Form, geschaffen zu dem Zwecke, um der über den Rahmen einer bloßen Handelsgesellschaft hinausgehenden Kapitalassoziation die Möglichkeit zum Erwerbe von Vermögensrechten zu geben. Die Organe derselben verwalteten nicht ein einem Selbstzweck dienendes Vermögen, sondern sie seien die Verwalter der ihnen von den Aktionären in deren eigenem Interesse anvertrauten Fonds. Es würde ein Fehler im Schluß sein, wenn man bei der Berechnung eines Volkseinkommens zu der Summe der von den einzelnen Aktionären bezogenen Dividenden den Gesamtgewinn der Aktiengesellschaften hinzuziehen wolle. Es sei deshalb rechtsirrthümlich, wenn die Motive des Einkommensteuergesetzentwurfes den Aktiengesellschaften ein selbstständiges Vermögen beilegten, dessen Ertrag nicht nur in den Händen der Aktionäre, sondern schon vor der Vertheilung an letztere ein selbstständiges Steuerobjekt bilde.

Wie wenig diese Anschauung der allgemeinen Meinung entspreche, dürfe schon daraus hervorgehen, daß der bereits feststehende, oder doch voraussichtlich zu erzielende Gewinn einer Aktiengesellschaft (die Dividende) noch vor der Vertheilung in dem Kurse der Aktie zum Ausdruck gelange, — ein Beweis, daß dieser Gewinn als sofort in das Eigenthum des Aktionärs übergehend gedacht werde. Gegen diese, juristisch wie wirthschaftlich unansehbare Anschauung vermöge die künstliche Argumentation der Motive nichts auszurichten, da es sichlechterdings nicht leugnen lasse, daß es eine reine Doppelbesteuerung sein würde, den Gewinn

einer Aktiengesellschaft vor wie nach der Vertheilung mit einer Einkommensteuer zu belegen. Zudem unterlägen die Aktiengesellschaften in Preußen bereits der Gewerbesteuer, für deren Normirung der Umfang des Geschäftsbetriebes entscheidend sei. Neben dieser Gewerbesteuer habe eine besondere Einkommensteuer der Aktiengesellschaften keine Stelle.

Allein auch abgesehen von der prinzipiellen Unzulässigkeit der Besteuerung der Kapitalrenten der Aktiengesellschaften sei die von der Kommission gewählte Fassung so dehnbar, daß sie in den Händen einer fiskalischen Behörde zu den schwersten Unbilligkeiten gegen die Aktiengesellschaften, speziell gegen die auf Aktien gegründeten Feuerversicherungs-Anstalten, führen werde. Die Richtigkeit dieses Grundsatzes zeige sich in voller Schärfe bei den Prämienreserven der Versicherungsgesellschaften. Bezüglich der Prämienreserven der Lebensversicherungs-Gesellschaften sei dies auch von der Kommission anerkannt, während dieselbe durch Ablehnung des Antrages, die Prämienreserven der Versicherungsgesellschaften allgemein von der Besteuerung zu befreien, zu erkennen gegeben habe, daß sie den Prämienreserven (Prämienüberträgen) der übrigen Versicherungsgesellschaften durchweg einen anderen Charakter beilege, als den der Lebensversicherungs-Gesellschaften. Und doch sei dies nicht zutreffend. Vielmehr trügen Prämien- wie Brandschadenreserven der Feuerversicherungs-Gesellschaften denselben Charakter, wie die Prämienreserven der Lebensversicherungs-Gesellschaften, und die von denselben für schon eingetretene Versicherungsfälle reservirten Kapitalien. Dies gelte vor Allem von den Brandschadenreserven, d. h. denjenigen Kapitalien, welche für die im letzten oder in früheren Jahren vorgekommenen, aber noch nicht bezahlten Schäden zu reserviren seien. Diese Beträge bildeten im wahren Sinne des Wortes eine Schuld der Gesellschaft und könnten daher unmöglich ein Besteuerungsobjekt sein.

Daselbe gelte aber auch von den Prämienreserven (Prämienüberträgen). Bekanntlich könnten im Feuerversicherungs-Geschäft am Schlusse einer Geschäftsperiode nicht diejenigen Beträge als verdient angesehen werden, welche nach Bezahlung der vorgefallenen Brandschäden von den eingenommenen Prämien übrig blieben. Vielmehr seien die für spätere Zeiträume im

laufenden Jahre eingenommenen Prämien zu reserviren d. h. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Prämienüberträge seien sonach ein noch nicht verdientes Kapital der Aktiengesellschaft, gewissermaßen nur ein Depositum der Versicherten, welches der Gesellschaft zu dem Behufe anvertraut sei, um aus ihm, unter Zuhilfenahme der Prämien der neu hinzutretenden Versicherungen, die auf die Gesamtheit der Versicherten entfallenden Schäden decken zu können. Diese Eigenschaft der Prämienreserven als eines nicht verdienten Kapitals bringe es auch mit sich, daß sie in den Rechnungsabschlüssen der Feuerversicherungs-Gesellschaften als ein Schuldbosten der letzteren erschienen.

Es sei bekannt, daß der überwiegende Theil der von den deutschen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften gezahlten Dividenden nicht aus dem Ertrage des Feuerversicherungs-Geschäfts, sondern aus den Zinsen der in früheren Jahren zurückgelegten Kapitalreserven stamme. Hiernach dürfe es nicht gerechtfertigt sein, diese Zinseneinnahmen, welche allein noch einen Ausgleich für den geringen Ertrag des mit einem so bedeutenden Risiko verbundenen Feuerversicherungs-Geschäftes bieten könnten, mit einer neuen Steuer zu belegen, welche geeignet sei, die Leistungsfähigkeit der davon betroffenen, für das wirtschaftliche Leben der Nation überaus wichtigen Institute, zu schmälern. Auch wolle der Verband nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß gerade die auf Aktien gegründeten Feuerversicherungs-Gesellschaften es seien, welche unter dem Steuerdrucke der deutschen Bundesstaaten schwer zu leiden hätten. Das Reichsgesetz, betr. die Doppelbesteuerung, sei bei der bekannten Auslegung, welche dasselbe auf physische Personen beschränke, für die Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften ohne praktische Bedeutung geblieben, und es sei ein durchaus nicht seltener Fall, daß dieselben Einnahmen nochmals zur Besteuerung herangezogen würden, welche in einem oder mehreren Bundesstaaten bereits versteuert seien.

Angeichts dieser wenig erfreulichen Lage glaube der Verband, daß es für den Fall der Annahme der Kapitalrentenbesteuerung der Aktiengesellschaften unter allen Umständen Pflicht der preussischen Gesetzgebung sein würde, einer doppelten Besteuerung der Kapitalrente wenigstens insoweit vorzubeugen, als nur der auf Preußen entfallende Antheil derselben zur Besteuerung herangezogen und eine

Besteuerung nur an dem statutenmäßigen Domizil der Gesellschaft zugelassen werde.

Hiernach stelle der Verband den Antrag, das Abgeordnetenhaus wolle nicht nur die §§ 2 und 14 des Einkommensteuer-Gesetzentwurfes, sondern auch den § 7 des Gesetzentwurfes, betr. die Einführung einer Kapitalrentensteuer, ablehnen, event.

1. die von der Kommission zur Berathung der Steuervorlagen vorgeschlagene Fassung des § 7 des Kapitalrentensteuer-Gesetzes nur mit der Maßgabe genehmigen:

daß lediglich die Kapitalreserven, nicht aber auch die Prämien- und Brandschadenreserven der auf Aktien gegründeten Feuerversicherungs-Gesellschaften der Kapitalrentensteuer unterlägen;

2. Vorsorge treffen, daß die Steuerveranlagung von Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften nur da erfolge, wo sie statutenmäßig domizilirten, und daß die von ihnen bezogene Kapitalrente nur insoweit zur Besteuerung gelange, als dies dem Umfange ihres preussischen Geschäftes im Verhältniß zu dem außerpreussischen Geschäftes entspreche.

Vorstehend wiedergegebene Darlegungen des Verbandes verfehlten ihre Wirkung nicht; der von der Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Entwurf, betr. Einführung einer Kapitalrentensteuer wurde nicht Gesetz.

Dagegen kam der Entwurf, betr. die Einkommensteuer, nachdem derselbe in der Session des Landtages von 1885 berathen worden war, zu Stande und trat als „Gesetz vom 27. Juli 1885, betr. Ergänzung und Abänderung etwaiger Bestimmungen über Erhebung der auf das Einkommen gelegten direkten Kommunalabgaben“ am 1. April 1886 in Kraft.

Einkommen-
steuergesetz vom
27. Juli 1885.

Das Gesetz vom 27. Juli 1885 giebt, abgesehen von den Hohenzollernschen Landen, allen preussischen Gemeinden die Befugniß zur Erhebung von Gemeinde-Einkommensteuern und regelt die Befugniß in gleichmäßiger Weise. Danach besteht, wie dies schon früher und zuletzt durch den Zirkularerlaß des Ministers des Innern vom 31. Januar 1879 festgestellt wurde, eine Gemeindesteuerpflicht einer Gesellschaft nicht nur in der Gemeinde, wo dieselbe ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung hat, sondern auch überall da, wo sie Agenten mit der Befugniß bestellt hat, selbstständig für Rechnung der Gesellschaft

Versicherungsverträge abzuschließen (§ 2 des Gesetzes). Spezielle Bestimmungen über die Feststellung des gemeindeeinkommensteuerpflichtigen Reineinkommens der Versicherungsgesellschaften enthält das Gesetz nicht, verweist vielmehr in dieser Hinsicht (§ 3) auf „die für die Einschätzung zur Staatseinkommensteuer geltenden Grundsätze“. Für das aus dem Kapitalvermögen (Grund- und Reservekapital) fließende Einkommen der Gesellschaften verbleibt es daher bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bezw. in Ermangelung solcher bei den durch die Rechtsprechung festgelegten Grundsätzen. Als Reineinkommen gilt auch fernerhin dasjenige Einkommen, welches nach Abzug aller zur Erzielung der Einnahme und zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen erforderlichen Ausgaben übrig bleibt (Urtheil des Ober-Verwaltungsgerichts vom 12. Februar 1885). Aufwendungen zur Erweiterung des Geschäftes und zur Verbesserung des Betriebes, Einlagen in den Reservefonds und Aehnliches sind nicht abzugsberechtigt (Ministerial-Instruktion vom 3. Januar 1877 § 19 bezw. Urtheil des Ober-Verwaltungsgerichts vom 22. September 1881). Die Berechnung des so ermittelten Reineinkommens aus dem Gewerbebetriebe hat nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu erfolgen (Gesetz vom 25. Mai 1873 § 30 Abs. 2).

Hinsichtlich der Vertheilung des steuerpflichtigen Einkommens der Versicherungsgesellschaften auf mehrere steuerberechtigte Gemeinden bestimmt das Gesetz vom 27. Juli 1885 unter Modifizirung der Zirkularverfügung vom 31. Januar 1879, daß die Vertheilung, insofern nicht zwischen den beteiligten Gemeinden und dem Abgabepflichtigen ein anderweitiger Vertheilungsmaßstab vereinbart ist, in der Weise zu erfolgen hat, daß derjenigen Gemeinde, in welcher die Leitung des Gesamtbetriebes stattfindet, der zehnte Theil jenes Einkommens vorab überwiesen, dagegen der Ueberrest nach Verhältniß der in den einzelnen Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme vertheilt wird. — Nach § 8 des Gesetzes hat der Vorstand einer Versicherungsgesellschaft sämtlichen abgabeberechtigten Gemeinden jährlich einen Vertheilungsplan mitzutheilen über den Gesamtbetrag der Bruttoeinnahme und den auf jede der Gemeinden entfallenden Antheil an derselben. Bezüglich des in der Gesamteinnahme enthaltenen im Auslande eingehenden Einkommens hatte der Regierungsvertreter in der Kommission des

Landtages erklärt, es habe hierbei die Verhältnißrechnung stattzufinden: das Gesamteinkommen verhält sich zu X (dem Reineinkommen der Einzelgemeinde) wie das Gesamtbruttoeinkommen zum Bruttoeinkommen der Einzelgemeinde. Hiernach bleibt für die ausländischen Agenturgemeinden der entsprechende Theil des Gesamteinkommens frei. Es ist also der nach Abzug des Präzipiums von 10 Prozent für die Sitzgemeinde verbleibende Ueberrest von 90 Prozent des Reineinkommens auf die Sitzgemeinde und auf alle diejenigen preussischen und ausländischen Gemeinden, in welchen sich eine Zweigniederlassung oder eine zum selbstständigen Abschluß von Rechtsgeschäften im Namen und für Rechnung der Gesellschaft ermächtigte Agentur der Gesellschaft befindet, zum Zwecke der Besteuerung nach Verhältniß der in jeder dieser Gemeinden erzielten Bruttoeinnahme zu vertheilen.

Aus vorstehender Analyse des Gesetzes vom 27. Juli 1885 erhellt, daß der ebenso dringende als berechtigte Wunsch der Versicherungsgesellschaften nach Beseitigung der Doppelbesteuerung, gleichwie mehrere andere in den Verbandseingaben niedergelegte Wünsche, keine Berücksichtigung gefunden hatten. Vor Allem haben die Versicherungsgesellschaften zu beklagen, daß das Gesetz die mehrfache Heranziehung desselben Einkommens zu derselben Steuer sanktionirt, indem es vorschreibt, daß das Einkommen der Aktiengesellschaften einmal in der Hand der Gesellschaft selbst und zweitens in der Hand ihrer Aktionäre — nachdem es auf diese als Dividende vertheilt worden — zu besteuern ist.

Das Gesetz vom 27. Juli 1885 hat, wie schon aus seiner Bezeichnung hervorgeht, einen provisorischen Charakter; eine Reihe von wichtigen Fragen sollten erst bei dem Erlasse eines definitiven Kommunalsteuergesetzes gelöst werden. Die späteren Gesetze, nämlich das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 und das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893, halten aber, soweit die Versicherungsgesellschaften in Frage kommen, an den von dem Gesetz vom 27. Juli 1885 aufgestellten Prinzipien im Allgemeinen fest. Nur das Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 kommt den Forderungen der Gesellschaften bezüglich Abschaffung der ihnen auferlegten Doppelbesteuerung insofern etwas entgegen, als es in § 16 bestimmt, daß als steuerpflichtiges Einkommen gelten sollen die Ueberschüsse, welche

Doppel-
besteuerung.

als Aktienzinsen oder Dividenden . . . unter die Mitglieder (Aktionäre) vertheilt werden, und zwar unter Hinzurechnung der zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung von Reservefonds — soweit solche nicht bei den Versicherungsgesellschaften zur Rücklage für die Versicherungssummen bestimmt sind — verwendeten Beträge, jedoch nach Abzug von $3\frac{1}{2}$ Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. Ausdrücklich schreibt dagegen der Schlußpassus des § 16 vor, daß der Kommunalbesteuerung das ermittelte Einkommen ohne den Abzug von $3\frac{1}{2}$ Prozent zu Grunde zu legen ist.

Hinsichtlich des letzteren Punktes erkannte die Regierung allerdings selbst an, daß es unzulässig sei, den Kommunen das Recht zu geben, das Einkommen der Aktiengesellschaften nochmals in der Hand ihrer Aktionäre zu besteuern, weshalb dieselbe in dem Entwurf eines Kommunalabgabengesetzes, der dem Landtag im Jahre 1893 zuging, unter § 44 folgende Bestimmung getroffen hatte: „Die Besitzer von Aktien einer zu der Gemeinde-Einkommensteuer oder zu einem Steuerbeitrag (§ 36) herangezogenen Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien sind, insoweit dieser Aktienbesitz bei ihrer Veranlagung zur Staatseinkommensteuer mit in Rücksicht gezogen ist, zu verlangen berechtigt, daß bei Bemessung des von ihnen zu entrichtenden Gemeindezuschlags die ihnen aus dem Aktienbesitz zufließende Dividende außer Ansatz gelassen werde.“

Dieser Paragraph war bei der ersten Lesung des Entwurfes im Abgeordnetenhaus gestrichen worden. Der Verband ging hiergegen zwar nicht selbstständig vor, ließ aber seine Interessen durch den Verein zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen von Handel und Gewerbe, welcher in der Sache eine Vorstellung an das Abgeordnetenhaus richtete, mit vertreten.

Der Verein petitionirte in seiner Eingabe vom 21. Februar 1893 um Beibehaltung des § 44 des Entwurfes und das Abgeordnetenhaus zeigte sich bereit, den § 44 nach der Regierungsvorlage, wenn auch mit einer gewissen Modifikation, wieder herzustellen. Das Herrenhaus verhielt sich jedoch strikte ablehnend dagegen. Als dann der Gesetzentwurf an das Abgeordnetenhaus zurückgelangte, gab dieses ihm in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung seine Zustimmung,

nahm indeß gleichzeitig (Sitzung Nr. 85 vom 3. Juli 1893) einen Antrag an, dahingehend, daß die Königliche Staatsregierung womöglich in der nächsten Session dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen möge, welcher die staatliche und kommunale Besteuerung der Aktiengesellschaften etc. unter thunlichster Vermeidung jeder Doppelbesteuerung neu regelte.

Eine derartige Vorlage ist dem Abgeordnetenhaufe seitens der Regierung bisher nicht gemacht worden.

Bei der Berathung des Kommunalabgaben-Gesetzes war noch eine weitere Möglichkeit für die Kommunen, aus dem Einkommen der Feuerversicherungs-Gesellschaften einiges Kapital zu Gunsten der Gemeindefassen zu schlagen, ernstlich erwogen worden, nämlich die Frage, ob und in welcher Höhe die Gesellschaften zu den gemeindlichen Kosten für das Feuerlöschwesen herangezogen werden könnten.

Feuerlösch-
kosten.

Diesem schon wiederholt angeregten Gedanken hatte der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. in einer Petition an das Abgeordnetenhaus vom 17. Januar 1893 Ausdruck verliehen, und 19 weitere Petitionen von Magistraten und Oberbürgermeistern suchten die Bestrebung aufs Nachdrücklichste zu unterstützen. Die Petition des Frankfurter Magistrats beantragte beim Abgeordnetenhaufe, dem § 7 des Entwurfes zu dem neuen Kommunalabgaben-Gesetz folgenden Zusatz zu geben:

„Insbesondere können die im Gemeindebezirke Versicherung gewährenden öffentlichen wie privaten Feuerversicherungs-Anstalten zu Beiträgen zu den Kosten des Feuerlöschwesens herangezogen werden. Die Anstalten sind verpflichtet, auf Erfordern über ihre im Gemeindebezirke laufenden Gesamtversicherungen und über die von ihnen im Gemeindebezirke erhobenen Versicherungsprämien Auskunft zu geben.“

Durch diesen Zusatz sollten also die Gemeinden des preussischen Staates einwandsfrei berechtigt werden, nach eigenem Ermessen und nach mehr oder weniger willkürlichen Maßstäben den Feuerversicherungs-Gesellschaften Beiträge zu den Kosten der kommunalen Lösch-einrichtungen aufzuerlegen.

Es verstand sich von selbst, daß der Verband hiergegen energisch Front machte, was ihm um so leichter werden mußte, als die Gründe, die für eine derartige Belastung der privaten Feuerversicherungs-

Eingabe
des Verbandes
gegen die
Petition des
Magistrats
Frankfurt a. M.

Gesellschaften ins Feld geführt werden können, nur auf sehr schwachen Füßen stehen. Schon dem hauptsächlichsten dieser Gründe, den sich auch der Magistrat Frankfurt angeeignet hatte, daß nämlich: „die Güte der Löscheinrichtungen in erster Linie den Feuerversicherungs-Anstalten zu Gute kommt“, konnte der Verband in seiner Widerlegung an das Abgeordnetenhaus vom 28. Februar 1893 mit dem Hinweis darauf den Boden entziehen, daß die Löscheinrichtung in erster Linie durchaus nicht den Feuerversicherungs-Gesellschaften, sondern den Mitgliedern der Kommunen, und zwar auch den nicht versicherten Mitgliedern, zu Gute kommt. Da nun aber, so argumentirte die Verbandseingabe des Weiteren, ein guter Feuer-schutz im Interesse sämtlicher Gemeindeangehörigen liegt, so ist es nur recht und billig, daß alle steuerpflichtigen Bürger, je nach dem Umfang ihres geschützten Vermögens, zu den betreffenden Gemeindeausgaben herangezogen werden. Dieses Billigkeitsprinzip würde unvermeidlich untergraben werden, hätte die Petition des Magistrats Frankfurt Erfolg. Denn die Versicherungsanstalten, die anerkanntermaßen auf vielen Risikogebieten in Folge der enormen Konkurrenz bereits das niedrigste Niveau der noch annehmbaren Prämie betreten haben, auf einzelnen Gebieten sogar schon dauernd mit Schaden arbeiten, würden nicht umhin können, eine solche über den ganzen preussischen Staat sich erstreckende Belastung durch entsprechende Erhöhung der Prämiensätze auf die Schultern der Versicherten abzuwälzen. Die natürliche oder richtiger unnatürliche Folge eines solchen Gesetzes würde also die sein, daß die gewissenhaften, vorsorglichen Bürger zu Gunsten der unvorsorglichen, durch indirekte Belastung mit den Kosten des den Nichtversicherten gleichermaßen zu Gute kommenden Feuer-schutzes, unverhältnismäßig übersteuert würden. Die Zahl der Nicht-versicherten ist aber, besonders in den mit guten Feuerwehren versehenen Orten, viel größer, als allgemein angenommen wird.

Des Ferneren konnte die Verbandseingabe die Thatsache ins Feld führen, daß die sinkenden Einnahmen der Versicherungs-gesellschaften nicht allein das Ergebnis ihrer gegenseitigen Konkurrenz sind, sondern gleichzeitig die naturnothwendige Folge und Begleiterscheinung der modernen Entwicklung des Feuer-schutzes darstellen, soweit dieser aus den Mitteln der Kommunen selber ausgebildet und gehoben wird. Erst hierdurch ist es den Versicherungsanstalten möglich, tech-

nische Arbeit und pekuniären Aufwand in genügendem Grade auf die richtige Bemessung der Versicherungspreise, d. h. das schwierige Geschäft der Risikenindividualisirung, zu richten. Die durch das öffentliche Löschwesen geschaffene Feuersicherheit findet ihren Ausdruck stets in der entsprechenden Ermäßigung der örtlichen Versicherungsprämien, kommt also auch in dieser zweiten Hinsicht zu allererst nicht den Gesellschaften, sondern wiederum den Mitgliedern der Kommunen zu Gute, und zwar auf diesem Wege billigerweise den versicherten Mitgliedern. Den Beweis dafür, daß diese Prämienermäßigung wirklich eintritt, hatte der Verband schon in dem Material zu seiner Denkschrift an das Haus der Abgeordneten aus dem Jahre 1887 (Seite 92—94) durch eine sehr spezialisirte Statistik erbracht, indem er nachwies, daß z. B. in Berlin für Risiken von Durchschnittsprämienätzen zu $1\frac{1}{2}$ —3‰ vor Einführung der Feuerwehr diese Sätze auf $\frac{2}{3}$ —1‰ gesunken waren, in Breslau unter gleichen Umständen von 1—2‰ auf $\frac{3}{4}$ —1‰, in Magdeburg von 1—3 $\frac{1}{3}$ ‰ auf $\frac{2}{3}$ —2 $\frac{1}{4}$ ‰ u. s. f. Die fallende Tendenz der Prämienätze hält auch heute noch an, obwohl die allgemeine Feuergefährdung nicht gesunken ist, sondern im Gegentheil — aus kulturellen wie physischen Ursachen — sogar dauernd in immer stärkerer Steigerung begriffen scheint.

Es würde demnach geradezu ein Hebel zur ständigen Weiterentwicklung des Feuerschutzes beseitigt werden, wollte die Gesetzgebung den Gesellschaften durch Auferlegung von Beiträgen, die dem Belieben der Kommunen überlassen wären, die Fähigkeit sowohl zur vollen Wahrnehmung ihrer eigenen berechtigten Interessen, als auch zur naturgemäßen Entwicklung des Versicherungswesens im Allgemeinen und zur gerechten Behandlung ihrer Versicherten im Besonderen, erschweren oder stellenweise ganz entziehen. Angesichts dessen fällt es um so schwerer ins Gewicht, daß eine solche kategorische Belastung der Versicherungsgesellschaften thatsächlich eine doppelte Kommunalbesteuerung für sie bedeuten würde gegenüber einer einfachen Leistung der Kommunen, die nicht einmal in erster Linie — wie behauptet — den Gesellschaften oder auch nur ihren Versicherten, sondern — wie bewiesen — den Kommunen selbst, bezw. deren versicherten wie nicht versicherten Mitgliedern zu Gute kommt.

Zur Hinblick auf diese, in der Eingabe des Näheren entwickelten Gründe, beantragte der Verband beim Abgeordnetenhaufe, nicht nur die Petition des Frankfurter Magistrats abzulehnen, sondern auch die Fassung des § 7 in dem Entwurfe eines Kommunalabgaben-Gesetzes dahin abzuändern oder durch ausdrücklichen Zusatz dahin zu begrenzen, daß die Feuerversicherungs-Anstalten nicht zu jenen Gewerbetreibenden gehören, denen „durch Gemeindeveranstaltungen besondere wirtschaftliche Vortheile erwachsen“.

Sowohl die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Kommunalabgaben-Gesetzes, als auch das Abgeordnetenhaus selbst wies bei der Berathung des § 7 des Entwurfes den Antrag des Magistrats von Frankfurt a. M. als nicht zur Materie gehörig von der Hand. Hiermit war die Aktion der Magistrate im Sinne des Verbandes erledigt.

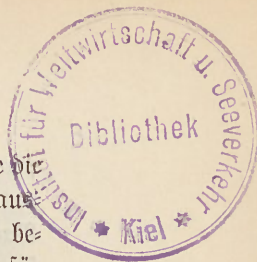
Versicherungs-
steuer.

Durch die bisherige Gesetzgebung waren die Versicherungsgesellschaften und ihre Aktionäre in ausgiebigster Weise den Gemeinden steuerpflichtig gemacht. Einer Anzahl von Gemeinden genügte dies aber noch nicht, ihnen schien der Dritte im Bunde, der Versicherte, zu fehlen. Mehrere Stadtgemeinden beschloßen denn auch, sofort mit Einführung des neuen Kommunalabgaben-Gesetzes auf Grund desselben eine Versicherungssteuer einzuführen. Die Erhebung der Steuer war von den verschiedenen Gemeinden in verschiedener Gestalt beabsichtigt, der Magistrat zu Halle hatte sogar angeordnet, daß die Versicherungsanstalten die Steuer zu entrichten hätten, indem er es diesen überließ, ihrerseits die Beträge von den Versicherten einzuziehen.

In einer Denkschrift, die der Verband unter dem 3. Januar 1895 an die in Rede stehenden Kommunen, die Bezirksausschüsse und den Finanzminister gelangen ließ, wies er diese Besteuerungsversuche der Versicherten durch die Kommunen als in rechtlicher Beziehung unzulässig und in wirtschaftlicher Beziehung höchst nachtheilig zurück. Die Denkschrift hatte den Erfolg, daß die Versicherungssteuer nicht eingeführt, bzw. die bereits eingeführte Steuer aufgehoben wurde.

Policen-
Stempelsteuer.

Der Versicherte in Preußen sollte trotzdem seinem Schicksal nicht entgehen. Was den Kommunen auf Grund des Gesetzes vom 14. Juli 1893 durchzusetzen unmöglich gemacht war, erreichte der



Staat auf dem Wege eines neuen Gesetzes. Anfangs 1895 legte die Regierung dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf vor, der aus-
gesprochenermaßen zwar nur eine Kodifikation des bis dahin be-
stehenden preussischen Stempelrechts bezwecken sollte, der jedoch für
das Versicherungswesen eine zwar nicht absolut neue, jedoch gegen
den früheren Zustand sehr beträchtlich erhöhte Besteuerung zur Ab-
sicht hatte.

Während nämlich nach den bis dahin geltenden Bestimmungen
des Gesetzes vom Jahre 1822 nur diejenigen Policen, bei welchen
sich der Betrag der Prämie auf 150 Mark und mehr belief, einem
Stempel von $\frac{1}{2}$ Prozent unterlagen, sollten fortan alle Policen
stempelpflichtig sein, sofern sie über eine Versicherungssumme von
mehr als 150 Mark lauteten, und zwar sollten erhoben werden bei
Versicherungen bis einschließlich

20 Mark Prämie 10 Pfennig Stempel									
über 20 bis einschließlich 40	"	"	20	"	"				
" 40 " " 60	"	"	30	"	"				
" 60 " " 80	"	"	40	"	"				
" 80 " " 100	"	"	50	"	"				
" 100 " " 200	"	"	100	"	"				
" 200 " " 300	"	"	150	"	"				

während darüber hinaus der Stempel wie bis dahin $\frac{1}{2}$ Prozent der
Prämie betragen sollte.

Traf diese Erhöhung des Stempels zunächst wenigstens den
Versicherten allein, so sollten auch die Gesellschaften selbst nicht ganz
ohne eine Vermehrung ihrer Abgaben gelassen werden; für sie wurde
für die Genehmigung einer Aenderung ihrer Statuten, eine Maß-
nahme, die sich bei den Versicherungsgesellschaften wohl ausschließlich
im Sinne einer Verbesserung gegen früher nothwendig macht, eine
Stempelabgabe vorgesehen.

An den bestehenden Privilegien der öffentlichen Feuerversicherungs-
Anstalten bezüglich der Befreiung von Stempelabgaben für ihre
Immobilienversicherungen sollte durch den Gesetzentwurf nichts ge-
ändert werden.

Die beabsichtigte Einführung eines Stempels auch für die Ver-
sicherungen über geringere Beträge mußte selbstverständlich für die

privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften sehr belastend sein, da diese das lebhafteste Interesse daran haben, von den Versicherten alle Nachtheile fern zu halten, die mit der Versicherungsnahme verbunden sind und aus ihr erwachsen können. Denn nur wenn die Versicherungsnahme ein leicht und glatt vollziehbares Geschäft zu einem mäßigen Preise ist, geht der Versicherungsbedürftige gern auf dasselbe ein, im anderen Falle nimmt er, wie die Erfahrung täglich lehrt, wenn ihn nicht besondere Verhältnisse zwingen, häufig ganz von der Versicherung Abstand.

Dem Verbande erwuchs daher in Wahrung der Interessen der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften die Aufgabe, wenn nicht die Ablehnung, so doch eine Herabsetzung der in dem Gesetzentwurfe vorgesehenen Stempelsätze sowie einen der Billigkeit entsprechenderen Berechnungsmodus beim Abgeordnetenhaus zu beantragen.

Eingabe
des Verbandes
an das
Abgeordneten-
haus.

Der Verband richtete in Folge dessen unter dem 1. März 1895 eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus, worin er ausführte, daß er nicht zu erkennen vermöge, weshalb der Standpunkt des Gesetzes von 1822 plötzlich verlassen werden solle. Hinsichtlich der Ausfertigung der Policen unter 150 Mark Prämie seien nach seiner Ansicht in Folge veränderter Verhältnisse wirthschaftlicher Natur irgend welches Reformbedürfniß, irgend welche Mißstände, Unklarheiten, Zweifel oder Lücken, die eine Aenderung des Zustandes erfordern könnten, nicht eingetreten. Die wohl erwogenen Motive des Gesetzes von 1822, die sich formell darauf richteten, den kleinen Leuten die Kosten der Versicherung nicht zu erhöhen, beständen heute noch in demselben Maße fort. Die Erhebung einer Stempelabgabe von den Policen stehe mit dem Wesen der Feuerversicherung überhaupt in einem unlösbaren Widerspruch, denn der Stempel treffe eine Zahlung, durch die die Einzelnen sich gegen Schädigung oder Vernichtung ihrer wirthschaftlichen Existenz sicherten und hierdurch das wirthschaftliche Gedeihen der Gesamtheit des Volkes erhielten und beförderten. Damit werde auch, worauf ganz besonders hinzuweisen sei, die Steuerkraft des Volkes erhalten und erhöht. Dagegen aber blieben diejenigen von jener Stempelabgabe befreit, die, wirthschaftlich leichtfertig, ihr Hab und Gut nicht gegen Feuersgefahr versicherten und in vielen Fällen nach einem erlittenen Brandschaden der Kommune zur Last fielen. Der Staat handele daher gegen sein eigenes,

wohlverstandenes Interesse, wenn er die wirthschaftlich Vorsorglichen gewissermaßen für ihre bessere Einsicht bestrafe, indem er auf die Bezahlung der Versicherungsprämie einen besonderen Stempel lege.

Des Weiteren hob die Verbandseingabe die Inkonsequenz hervor, die darin liege, daß auf der einen Seite die Versicherungssumme — mehr als 150 Mark — zur Grenze der Stempelpflicht gemacht werde, auf der anderen Seite aber der Stempel nach der Prämie — bis einschließlich 20 Mark der Betrag von 10 Pfennig u. s. f. — erhoben werden solle. — Die in der Begründung des Gesekentwurfes ausgesprochene Behauptung, wonach das Versicherungsgewerbe ein recht einträgliches Gewerbe sei, wies die Verbandseingabe unter Bezugnahme auf das statistische Material als leider nicht durchaus zutreffend zurück. Ferner betonte die Eingabe die wenig gerechtfertigte Unterscheidung, welche der Entwurf zwischen privaten und öffentlichen Anstalten mache, indem den letzteren die bisher gewährte Stempelbefreiung auch fernerhin zugebilligt werden solle.

Die Eingabe des Verbandes schloß mit der Bitte an das Abgeordnetenhaus, daselbe wolle es hinsichtlich der in dem Entwurfe eines Stempelsteuergesetzes enthaltenen, die Besteuerung von Versicherungspolice, Versicherungsverträgen, Verlängerungen von Versicherungen und Erlaubnißtheilungen für Statutenänderungen von Versicherungsanstalten betreffenden Positionen bei dem bis dahin geltenden, durch das Gesetz vom Jahre 1822 geregelten Zustand bewenden lassen.

Für den Fall, daß wider Erwarten das Abgeordnetenhaus den in der Eingabe entwickelten Gründen gegen den Entwurf eines Stempelsteuergesetzes nicht in vollem Anfange beitreten sollte, richtete der Verband die eventuelle Bitte an das Haus, an Stelle des in dem Entwurfe beantragten Policenstempels einen Abonnementsstempel nach dem Vorbilde der elsass-lothringischen Gesetzgebung, jedoch für jedes Versicherungsjahr und höchstens im Betrage von einem Pfennig von je tausend Mark Versicherungssumme einzuführen, sowie dem letzten Satz der Position 72 des Tarifs hinzuzufügen: „befreit sind Veränderungsgenehmigungen, für welche keine Prämie gezahlt wird.“

Diese Vorstellung des Verbandes an das Abgeordnetenhaus fand bei der Berathung und Festsetzung des Wortlautes des Gesekentwurfes ^{Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895.} insoweit Berücksichtigung, als die Bestimmung, daß der Stempel nach

der Höhe der Prämie zu berechnen sei, dahin abgeändert wurde, daß für die Stempelberechnung nunmehr die Versicherungssumme maßgebend sein soll, und zwar wurde der Policenstempel für je 10 000 Mark Versicherungssumme auf 10 Pfennig normirt und ferner wurden Versicherungssummen unter 3000 Mark von jeder Stempelabgabe befreit. Die Bestimmungen über die Besteuerung der Statutenänderung der privaten Gesellschaften und über die Stempelbefreiung der Immobilial-Versicherungsverträge der öffentlichen Anstalten gingen dagegen in der von der Regierung beantragten Form in das Gesetz selbst über. Das Gesetz trat als preussisches Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 am 1. April 1896 in Kraft.

Abgesehen von dem nicht unerheblichen wirthschaftlichen Nachtheil, der unzweifelhaft mit diesem Gesetz für das Versicherungswesen verbunden ist, und abgesehen von der beträchtlichen Arbeitslast, welche die nothwendig gewordene Verstempelung von vielen tausenden und hunderttausenden von Versicherungsdokumenten den Gesellschaften auferlegt, hat das neue Stempelsteuergesetz den Gesellschaften dadurch Schwierigkeiten bereitet, daß es über wichtige Fragen der Verstempelung keinen Aufschluß giebt. Eine dieser ungelösten Fragen bestand darin, welcher Berechnungsmodus für mehrjährige Versicherungen anzuwenden ist. Eine Anzahl von Feuerversicherungsgesellschaften hatte, gemäß der Entscheidung einer Provinzial-Steuer-Direktion, den Stempel von derjenigen Summe berechnet, welche sich durch Multiplikation der Versicherungssumme mit der Zahl der Jahre der Versicherungsdauer ergibt. Durch eine Verfügung des Finanzministers wurde diese Berechnungsart für unrichtig erklärt und bestimmt, daß der Stempel für jedes Jahr zu berechnen sei. Die betreffenden Versicherungsgesellschaften waren also genöthigt, die an ihre Organe erlassenen Instruktionen umzuändern und in den meisten Fällen die von ihren Versicherten zu wenig erhobenen Stempelbeträge aus der eigenen Tasche nachzuzahlen bezw. wegen Niederschlagung der defektirten Beträge bei den Steuerämtern vorstellig zu werden. Zu ähnlichen Zweifeln geben andere ohne Eingehen auf die praktischen Verhältnisse getroffene Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes Anlaß. Zum Theil sind dieselben inzwischen durch Reklamationen auch seitens des Verbandes sowie einzelner Verbands-

gesellschaften beim Finanzministerium bezw. bei den zuständigen Steuerbehörden aufgeklärt, zum Theil bestehen sie noch.


Nicht zum mindesten fühlten sich die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften des Ferneren dadurch in Nachtheil versetzt, daß die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten außer der ihnen gesetzlich gewährten Stempelbefreiung für ihre Immobilienversicherungen dieselbe Stempelfreiheit auch für ihre Mobiliarversicherungen beanspruchen und, so weit bekannt, bisher thatsächlich genießen.

Der Verband handelte auch hier nur in Wahrung seiner eigenen Interessen, wenn er bei dem Finanzminister bezw. bei dem Minister des Innern die Aufhebung der Bevorzugung beantragte, welche die Sozietäten hinsichtlich der Verstempelung von Mobiliarversicherungen, bezw. durch Abschluß stillschweigend fortlaufender Mobiliarversicherungen widerrechtlich für sich in Anspruch nehmen. In der ersteren der beiden vom 4. August 1896 datirten Eingaben, derjenigen an den Finanzminister, führte der Verband aus, daß die Bestimmung der Tariffstelle 70c des Stempelsteuer-Gesetzes vom 31. Juli 1895: „Die den öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten reglementsmäßig zustehenden Stempelsteuer-Privilegien finden Anwendung auf alle Schriftstücke, welche sich auf den Eintritt der Versicherungsnehmer in diese Anstalten oder spätere Abänderungen der Versicherungen beziehen“, ausschließlich die Gebäudeversicherung treffe. Könne der Verband schon die innere Berechtigung dieser Stempelbefreiung nicht anerkennen, so fehle jede Berechtigung dafür, daß die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten auch für ihre Mobiliarversicherungen Stempelfreiheit in Anspruch nehmen, indem sie auf sich die weitere Bestimmung der Tariffstelle 70c anwendeten: „Befreit sind: Versicherungen bei den auf Gegenseitigkeit gegründeten und nicht die Erzielung von Gewinn bezweckenden Versicherungsanstalten, deren Versicherungsbeträge durch Umlage erhoben werden und deren Geschäftsbetrieb über den Umfang einer Provinz nicht hinausgeht.“ In den Nachweis darüber, daß die Anwendung dieser Tariffstelle auf die Sozietäten durchaus unzutreffend sei, knüpfte die Verbandseingabe die Bitte an den Finanzminister, gegen das gedachte gesetzwidrige Verfahren der öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten alsbald die erforderlichen Maßregeln zu verfügen.

Stempel-
befreiung der
Sozietäten.

Vorstehende Eingabe wurde auch dem Minister des Innern zur Kenntniß gebracht und zwar gleichzeitig mit der an diesen beschlossenen Vorstellung betr. die stillschweigende Verlängerung der Versicherungsverträge bei den öffentlichen Anstalten. Letztere Vorstellung wies darauf hin, daß durch das zu dem Gesetze über das Mobiliar-Feuerversicherungswesen vom 8. Mai 1837 ergangene Ministerialreskript vom 8. Mai 1840 Einrückungen in die Police, daß bei nicht erfolgender Kündigung die Versicherung stillschweigend verlängert sei, verboten sind. Während die Allgemeinen Versicherungsbedingungen der Privatgesellschaften entsprechend dieser Bestimmung abgefaßt seien, enthielten diejenigen der öffentlichen Anstalten das Gegentheil, wie aus den beigelegten Bedingungen mehrerer Sozietäten hervorgehe. Diese Frage habe eine besondere Bedeutung für die Privatanstalten durch das Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895 erlangt. Es liege auf der Hand, daß die bisher so abgeschlossenen, demnächst stillschweigend verlängerten, bezw. verlängert werdenden Versicherungen der öffentlichen Anstalten sich jeder Stempelsteuer entziehen, während bei den Privatanstalten die nach der ministeriellen Vorschrift auszustellenden Prolongationscheine mit dem gesetzlichen Stempel zu versehen seien und versehen werden. Ebenso sei es wahrscheinlich, daß die seit dem 1. April d. J. neu abgeschlossenen Versicherungen der öffentlichen Anstalten nicht etwa mit einem nach § 6 des Gesetzes vom 31. Juli 1895 ermittelten Stempel, sondern mit dem einfachen Stempel versehen werden, sich also bei der stillschweigenden Verlängerung ebenfalls der Stempelsteuerpflicht entziehen. Gegenüber dieser von dem Gesetzgeber nicht gewollten Bevorzugung der öffentlichen Anstalten vor den privaten Gesellschaften handle der Verband nur in Nothwehr zur Wahrung berechtigter Interessen, wenn er den Minister bitte, entweder das Ministerialreskript vom 8. Mai 1840 aufzuheben oder aber Anordnung zu treffen, daß dasselbe für die Mobiliarversicherung auch von den öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten befolgt werde. — Abschrift dieser Eingabe wurde dem Finanzminister vorgelegt. Eine Entscheidung der Minister auf die beiden Eingaben des Verbandes ist bisher nicht erfolgt.





Rechnungslegung in Preußen.

Die vom Staate ausgeübte Ueberwachung wirthschaftlicher Unternehmungen kann leicht dazu führen, dem Staate eine gewisse Verantwortlichkeit für diese Unternehmungen, denen er selbst ganz fern steht, aufzubürden. Denn das Publikum ist geneigt, dort das Vorhandensein einer mehr oder minder weitgehenden Bürgschaft anzunehmen, wo zu seinem Schutze besondere staatliche Einrichtungen getroffen sind.

Andererseits besteht für den Staat die Verpflichtung, nach Möglichkeit und soweit der freie Verkehr dadurch nicht behindert wird im Interesse des Publikums die Unternehmungen zu einer ordnungsmäßigen und gewissenhaften Geschäftsgebarung anzuhalten. Die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches erfüllen im Allgemeinen diesen Zweck, insbesondere dienen die Vorschriften über Aufstellung der jährlichen Bilanz und ihrer Veröffentlichung dazu, dem Publikum ein Urtheil über den jeweiligen Stand des betreffenden Unternehmens zu ermöglichen, und das Publikum somit in den Stand zu setzen, Einsicht zu nehmen in die Verhältnisse derjenigen Unternehmungen, an denen es interessirt ist. Für die geschäftlichen Ausweise von Versicherungsgeellschaften erschienen jedoch der preussischen Regierung die Vorschriften des Handelsgesetzbuches nicht ausreichend; sie stellte deshalb den Versicherungsgeellschaften bei der Konzessionsertheilung die Bedingung, alljährlich eine ausführliche Uebersicht der im verflossenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen. Obwohl die Regierung für diese Uebersicht ein Formular festgesetzt hatte, erfolgten die Ausweise namentlich seitens der ausländischen Lebens-

versicherungs-Gesellschaften nur höchst mangelhaft, zum Theil auch gar nicht.

Dieser Umstand, in Verbindung mit anderen Ursachen, veranlaßte den preussischen Minister des Innern, Anordnungen zu treffen, welche vorläufig bis zum Erlass des Reichs-Versicherungsgesetzes die hervorgetretenen Uebelstände bei den Veröffentlichungen der Lebensversicherungs-Gesellschaften abstellten. Der vom 2. Februar 1891 datirte Erlass des Ministers des Innern zur Herbeiführung einer größeren Gleichmäßigkeit und Klarheit der Rechnungsvorlagen der Lebensversicherungs-Gesellschaften giebt genaue Vorschriften für die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung, für die in die Bilanz aufzunehmenden einzelnen Punkte, für die in die jährliche Uebersicht des Geschäftsbetriebes einzufügenden Angaben und schließlich für die Nachweisungen in dem Jahresbericht. Eine Ergänzung und theilweise Abänderung erfuhr der Erlass vom 2. Februar 1891 auf die Vorstellungen des Vereins der Lebensversicherungs-Gesellschaften hin. Der Erlass vom 2. Februar 1891 wurde danach durch den noch heute in Kraft befindlichen Erlass vom 8. März 1892, betr. die Veröffentlichungen der in Preußen konzessionirten Lebensversicherungs-Gesellschaften über ihre jährlichen Geschäftsergebnisse ersetzt.

Nach Normirung der Rechnungslegung für die Lebensversicherungs-Gesellschaften ging der Minister des Innern daran, gleichartige Vorschriften auch für die Feuerversicherungs-Gesellschaften aufzustellen und machte hiervon mehreren Direktoren von Verbandsgesellschaften Mittheilung. Vor weiteren Entschlüssen unterbreitete der Minister seine bezüglichen Entwürfe einer aus diesen Verbandsdirektoren und mehreren anderen Sachverständigen zusammengesetzten Kommission. Der aus der Kommissionsberathung hervorgegangene Entwurf, in dem die Abänderungsvorschläge der Verbandsdelegirten Aufnahme gefunden hatten, beruhte auf breiter Basis; seine Vorschriften sollten für alle Feuerversicherungs-Institute gelten. Hiergegen erhoben jedoch die Provinzialbehörden sofort nach Bekanntwerden des Entwurfes Einspruch, indem sie namentlich für die öffentlichen Sozietäten als Institute der kommunalen Selbstverwaltung eine Sonderstellung beanspruchten. Der Minister des Innern gab dem Verlangen der Sozietäten — denn von diesen war es ausgegangen — nach, und bestimmte, daß es hinsichtlich der von den öffentlichen Feuerversicherungs-

Gesellschaften aufzustellenden Nachweisungen über die Rechnungsergebnisse bei den Vorschriften des Erlasses vom 2. Juni 1872 verbleibe.

Der auf Grund der erwähnten Kommissionsberatungen ergangene Erlass des Ministers des Innern, betr. die Rechnungslegung der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften in Preußen, ist vom 22. Februar 1893 datirt und besagt in seinem Eingang:

„Um den Rechnungsvorlagen der in Preußen thätigen privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften im Interesse der Versicherten einen höheren Grad von Klarheit und Uebersichtlichkeit zu sichern, als bisher, bestimme ich für alle preussischen Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften, sowie für alle in Preußen durch Agenten thätigen außerpreussischen Feuerversicherungs-Gesellschaften, mögen sie auf Aktien oder auf Gegenseitigkeit gegründet sein, in Betreff der Rechnungslegung unter Aufhebung aller entgegenstehenden Vorschriften, Folgendes:“

Das Nachstehende bezieht sich sodann auf die Bekanntgabe von vier Formularen, nach denen 1. die Gewinn- und Verlustrechnung, 2. die Bilanz, 3. der Jahresbericht und 4. die Uebersicht von dem Geschäftsbetriebe zu erstatten sind. Ebenso enthält der Erlass Ausführungsbestimmungen bezüglich der einzelnen Aufstellungen.

Befreit von der Verpflichtung, diesen Bestimmungen über die jährlichen Ausweisungen nachzukommen, bleiben somit die Sozietäten und die privaten Gegenseitigkeits-Gesellschaften in Preußen.

Gerade für die letzteren, welche zum größten Theil aus kleinen, mit unzureichenden Mitteln arbeitenden Verbänden bestehen, wäre eine eingehende Kontrolle, wie solche durch obige Vorschriften ermöglicht wird, am nothwendigsten. In der Verwaltung derartiger Verbände herrschen oft die sonderbarsten Zustände, während die Geschäftsführung großer Gesellschaften schon von den Aktionären und Mitgliedern sorgfältig überwacht wird. Im Interesse der Gleichstellung mit den privaten Gesellschaften hätten auch die öffentlichen Anstalten in den Erlass mit einbezogen werden sollen.

Hier dürfte die eingangs aufgeworfene Frage in dem Sinne in Betracht zu ziehen sein, ob der Staat nicht dadurch, daß er die preussischen privaten Feuerversicherungs-Aktiengesellschaften sowie alle ausländischen in Preußen arbeitenden Gesellschaften

strengen Kontrollvorschriften unterwirft, den preußischen Gegenseitigkeits-Gesellschaften gegenüber aber von seinem Aufsichtsrecht in wesentlich milderer Form Gebrauch macht, eine gewisse Verantwortlichkeit für die letzteren übernimmt. Zum mindesten wird sich das Publikum die gelindere Behandlung der einen und die schärfere der anderen nicht anders auslegen. Wenn man hiergegen den Umstand beachtet, daß noch keine Feuerversicherungs-Aktiengesellschaft in Preußen zur Auflösung gekommen ist, ohne sich ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Versicherten voll entledigt zu haben, daß aber wohl eine ganze Reihe kleinerer Feuerversicherungs-Verbände in Preußen zur Liquidation schreiten mußte, nachdem sie ihren Mitgliedern durch Einziehung abnorm hoher Umlagen beträchtliche Verluste zugefügt hatten, so wird man jene einseitige Bevorzugung nicht als richtig anzuerkennen vermögen.

Im Uebrigen trifft der Erlaß vom 22. Februar 1893 noch einige weitere Bestimmungen, die in dem Kommissionsentwurfe nicht vorgesehen waren und die als nicht unbedingt erforderliche Beschränkung der Feuerversicherungs-Gesellschaften vielleicht besser bei Seite gelassen worden wären. Im Großen und Ganzen aber sind die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften mit dem Erlaß der Vorschriften über die Rechnungslegung in Preußen durchaus einverstanden; trotz der ihnen damit auferlegten Arbeitslast erkennen sie die Zweckmäßigkeit der Vorschriften gern an in der Ueberzeugung, daß die Darlegung ihrer Geschäftsführung vor der Oeffentlichkeit ihnen selbst zum Nutzen gereicht.





Verhältnisse in Bayern.

Im Königreich Bayern besteht für die Versicherung der Immobilien eine staatliche Institution, welche von einer besonderen Behörde unter dem Namen Königliche Brandversicherungs-Kammer verwaltet wird. Außerdem dürfen Zugehörungen, insbesondere Einrichtungen für den Gewerbs- und Fabrikbetrieb, mit den Gebäuden, jedoch nur bis zum Betrage von 90 Prozent ihres Schätzungswerthes, bei der Staatsanstalt versichert werden. Die Versicherung der Mobilien im Allgemeinen und des Theils der Immobilien, der wegen besonderer Feuergefährlichkeit von der Versicherung bei der Brandversicherungs-Kammer ausgeschlossen ist, bleibt den privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften freigegeben. Diese strenge Abgrenzung des Wirkungsbereiches der staatlichen Anstalt und der privaten Gesellschaften machen Rivalisierungsbestrebungen, wie sie in Preußen jahrzehntelang im Schwange waren, unmöglich. Auch hat die Brandversicherungs-Kammer in Bayern bisher nicht versucht, das private Versicherungswesen in irgend welcher Weise zu beeinflussen. Die Präventivkontrolle, welche in Preußen die privaten Gesellschaften bedrückt, besteht in Bayern seit dem Jahre 1875 nicht mehr. Durch Entschliebung vom 3. April 1875 ordnete das bayerische Ministerium an, daß die Kontrolle der Mobiliar-Feuerversicherungen, mit deren Ausübung die Brandversicherungs-Inspektoren betraut gewesen waren, zu unterbleiben habe. Das Ministerium wurde hierbei von der Erkenntniß geleitet, daß die Kontrolle den Abschluß der Versicherung nur verzögere, den Gesellschaften unnöthige Arbeit mache und einen praktischen Nutzen nicht besitze.

Verstaatlichung
der Mobiliar-
versicherung.

Im Allgemeinen konnten die Gesellschaften mit den Verhältnissen des Versicherungswesens in Bayern zufrieden sein, bis eine zu Anfang der achtziger Jahre in Fluß gerathene sehr energisch betriebene Agitation zu Gunsten der Verstaatlichung auch des Mobiliar-Versicherungswesens drohte, den Gesellschaften in Bayern den Boden für ihren Geschäftsbetrieb zu entziehen. Die heute noch mit unverminderter Kraft bestehende Bewegung ging namentlich von den Kreisen der kleinen und mittleren Landwirthe Bayerns aus, die, erfaßt von der neuen sozialpolitischen Strömung, in den Gewinnen der Versicherungsgesellschaften eine Schädigung ihrer Interessen, ja eine unstatthafte Uebervortheilung erblickten, gegen die nach ihrer Meinung nur eine unter staatlicher Leitung stehende Versicherungsanstalt Abhilfe zu schaffen im Stande sei.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde diese Bewegung auch in parteipolitischer Hinsicht ausgenützt. Das bayerische Centrum nahm die Forderung nach Verstaatlichung der Mobiliarversicherung in sein Programm auf, die Centrumspresse trat mit aller Entschiedenheit und bei jeder sich bietenden Gelegenheit dafür ein, sodaß die ursprünglich auf kleinere Kreise beschränkte Frage eine immer größere Bedeutung gewann.

Enquête der
Regierung.

In unmittelbarem Zusammenhang damit wurde im Jahre 1883/84 der Gegenstand im bayerischen Landtag erörtert und unter dem 11. Januar 1884 auf Antrag des Freiherrn von Soden mit 105 gegen 41 Stimmen der Beschluß gefaßt: „an Se. Majestät den König die allerunterthänigste Bitte zu richten, Allerhöchstdieselben wollen anzuordnen geruhen, daß die Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend die Errichtung einer Mobiliar-Brandversicherungs-Anstalt von der Königlichen Staatsregierung erwogen werde“. Diesem Beschlusse glaubte die Regierung insoweit Folge geben zu sollen, daß sie eine Zirkularverfügung an die sämtlichen Königlichen Regierungen, Kammern des Innern, Handels- und Gewerbekammern, Distriktpolizeibehörden etc. erließ, durch welche diese Stellen darüber befragt wurden, welche belangreicheren Beschwerden über das Geschäftsgefahren der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften beständen und nach welcher Richtung Aenderungen für nothwendig erachtet würden. Im Einzelnen forderte die Zirkularverfügung zu gutachtlichen Aeußerungen darüber auf:

1. ob die von den Privatgesellschaften erhobenen Prämienätze als zu hoch gegriffen erscheinen und bezw. theilweise als bedrückend empfunden werden?

2. ob durch die Aufnahmebedingungen die Versicherungsnahme in vielen Fällen unberechtigt erschwert oder ganz unmöglich gemacht wird?

3. ob bei den Schadenregulirungen durch rigoroses Vorgehen zc. Nebervortheilungen der Versicherten vorkommen und hierin begründete Unzufriedenheiten zu konstatiren sind?

4. ob hiernach ein Bedürfniß zur Errichtung einer staatlich geleiteten Mobiliar-Brandversicherungs-Anstalt sich geltend macht?

Auch ohne vorausgegangene Agitation gegen die Privatgesellschaften hätte die in dieser Weise vorgenommene Rundfrage der bayerischen Regierung zu einem dem privaten Versicherungsbetrieb ungünstigen Ergebnisse geführt. Schon die erste, vorläufig nur aus Zeitungsberichten bekannt gewordene Aeußerung einer Handelskammer — derjenigen für Oberfranken — zu der Zirkularverfügung, brachte in der That nicht nur die Bejahung sämtlicher vier Fragen, sondern erging sich auch bei Motivirung derselben in Ausfällen auf die Geschäftsführung der Privatgesellschaften, die in den Prädikaten „gewissenlos“, „unwissend“, „veratorische Hinterthüren“, „Nebervortheilungen“ gipfelten.

Ausgriffe auf die
Privat-
gesellschaften.

Der Verband legte hiergegen sofort in einer Eingabe vom 24. November 1884 Verwahrung beim bayerischen Ministerium ein und ersuchte es, die Handelskammer für Oberfranken zu einer genauen mit Beispielen einzelner Fälle begleiteten Motivirung ihres gutachtlichen Berichtes zu veranlassen, damit der Verband Gelegenheit habe, seine Gesellschaften gegen die in dem Berichte erhobenen Beschuldigungen zu vertheidigen.

In die Tonart des Berichtes dieser Handelskammer stimmte auch die Zentrumspreßse ein. Es war zu einer förmlichen Unsitte geworden, den Feuerversicherungs-Gesellschaften zum Vorwurf dienende Nachrichten aus der Luft zu greifen.

So schrieb die „Augsburger Abendzeitung“ aus Anlaß eines am 25. Dezember 1884 in dem Markt Regen stattgehabten großen Brandes: „Traurig für die Betroffenen ist der Umstand, daß selbe in keiner Mobiliarversicherung waren, resp. sein konnten, da bisher

keine Versicherungsgeellschaft wegen Feuergefährlichkeit die Gebäude in Versicherung nimmt. Da wäre staatliche Versicherung wieder angezeigt.“

Um dieser Anschuldigung auf den Grund zu gehen, ließ der Verband Ermittlungen anstellen, wie es sich mit den Mobiliarversicherungen im Markt Regens verhielt. Es ergab sich, daß in Regens den 16 Verbandsgesellschaften in den letzten fünf Jahren keine Versicherungen angetragen worden waren, die von ihnen abgelehnt wären — nicht als ob dies früher geschehen wäre, nur erstreckten sich die Ermittlungen nicht über jenen Zeitraum hinaus. Die Verbandsgesellschaften hatten in dem Ort 39 Versicherungen, konstatirten aber übereinstimmend, daß unter der Einwohnerschaft Regens eine große Gleichgiltigkeit gegen die Versicherung bestand. Nicht die Antragsteller waren von den Gesellschaften, sondern die Agenten von den nicht versicherten Einwohnern abgewiesen worden. Man hatte an keine Gefahr geglaubt, das Versichern für „lächerlich“ erklärt, weil eine ausgezeichnete Feuerwehr vorhanden sei und der Bach durch den Markt laufe, also nichts zu befürchten sei. Selbst der Bürgermeister war nicht versichert und hatte nicht versichern wollen, weil sein Anwesen etwas freier belegen und mit gepflastertem Estrich versehen sei. — Zur Charakterisirung der leichtfertig und grundlos in Umlauf gesetzten Anschuldigungen gegen die Privatgesellschaften ließ der Verband das vorstehende Resultat seiner Erhebungen dem Ministerium zur Kenntniß bringen.

Die bayerische Regierung erkannte in einem Reskript vom 21. April 1885 auf diese beiden Vorstellungen des Verbandes zwar gern die Aufgabe desselben als eine gemeinnützige und verdienstliche an, ging aber im Uebrigen auf die Sache selbst zunächst nicht weiter ein.

Ministerial-
Entschlie-
ßung
vom
26. Mai 1885
an die
Gesellschaften.

Das Schlusergebniß aus der Zirkularverfügung an die Handelskammern zc. wurde den Gesellschaften durch eine Ministerial-Entschlie-ßung vom 26. Mai 1885 mitgetheilt, in der es hieß, die angestellten Erhebungen ließen ersehen, daß trotz der nicht unerheblichen Zahl der im Königreich bestehenden, bezw. zum Betriebe zugelassenen Gesellschaften und Anstalten die Mobiliar-Feuerversicherung seither nicht die wünschenswerthe und nothwendige gleichmäßige Verbreitung über das ganze Land gefunden habe, und daß vielfach Uebelstände in dem Mobiliar-

Feuerversicherungswesen als gegeben erachtet würden, welche einerseits die Versicherungsnahme bedeutend erschwerten, ja sogar theilweise unmöglich machten, andererseits das Vertrauen der Bevölkerung zu den Gesellschaften und Anstalten abminderten und da und dort völlig beseitigten. Derartige Angaben lägen hauptsächlich aus ländlichen Bezirken vor; aber auch aus Städten seien Stimmen im ähnlichen Sinne laut geworden. Das königliche Staatsministerium des Innern sehe sich veranlaßt, von den wesentlichen Beschwerdepunkten und Wünschen, welche in den eingekommenen Berichten und gutachtlichen Äußerungen niedergelegt seien, den im Königreich Bayern zugelassenen Gesellschaften und Anstalten zu dem Ende Kenntniß zu geben, damit dieselben in die Lage versetzt seien, zu den Beschwerdepunkten und Wünschen Stellung zu nehmen und Maßnahmen zu treffen, um begründeten Klagen Abhilfe zu schaffen und die Versicherungsnahme im ganzen Lande nach Thunlichkeit zu erleichtern.

Die Entschließung führte sodann unter 6 Rubriken die Punkte an, auf welche sich die Beschwerden und Wünsche bezogen.

Es waren dies:

1. Mangel an Versicherungsgelegenheit bezw. Ablehnung von Versicherungsanträgen seitens der Gesellschaften, besonders auf dem Lande;
2. zu hohe Prämienätze, besonders auf dem Lande;
3. unklare, verlausulirte Versicherungsbedingungen, Forderung nach Aufstellung einer Normalpolice durch die Regierung;
4. unzulante Schadenregulirung, zu niedere Werthung der verbrannten Gegenstände; rigoroses Verfahren;
5. Klagen über Agenten;
6. zwölf weitere einzelne Wünsche und Beschwerden.

Zu bemerken ist, daß die Entschließung Spezialfälle, die zu Erwidern diesen Beschwerden Anlaß gegeben hatten, nicht bezeichnete. Der ^{des Verbandes} Verband, namens der ihm zugehörenden Gesellschaften, ^{vom} unternahm 31. Juli 1885. es dennoch, auf diese Klagen ganz allgemeiner Art zu erwidern, und zwar that er dies in einer sehr ausführlichen unter dem 31. Juli 1885 an das bayerische Ministerium des Innern abgefertigten Denkschrift. Im Auszug wiedergegeben, erklärte die Denkschrift Folgendes.

Ad I. (Mangel an Versicherungsgelegenheit bezw. Ablehnung von Versicherungsanträgen seitens der Gesellschaften, besonders auf dem Lande.) Wenn man diejenigen Versicherungen abrechne, welche von den Gesellschaften aus subjektiven Gründen oder aus Maximalrücksichten oder aus prinzipiellen Ausschlussgründen und sonstigen durch das Verhalten des Versicherten gerechtfertigten Umständen abgelehnt würden, dann schrumpfe die Zahl der nicht effektuirten, beziehentlich rückgängig gemachten Versicherungen zu einer recht geringfügigen zusammen.

Was der Königliche Staatsminister des Handels und der öffentlichen Arbeiten, Freiherr v. Schrenck, im Jahre 1853 im bayerischen Landtage geäußert habe, nämlich, „daß die Ursache der verhältnißmäßig geringen Verbreitung der Versicherung gegen Feuergefährdung weniger in der Unkenntniß und dem Mangel an Aufmunterung und Warnung, als in der schwer zu bekämpfenden Sorglosigkeit und, was insbesondere das platte Land betreffe, auch in dem Umstande zu suchen sei, daß in den schlecht gebauten, feuergefährlicheren und ärmeren Ortschaften der Natur der Sache gemäß auch höhere Versicherungsprämien zu entrichten seien“, treffe noch heute in jeder Beziehung zu.

Uebrigens seien die Verbandsgesellschaften bereit, nicht nur die Gelegenheit zur Erlangung von Versicherungen durch Ausbreitung ihres Agentennetzes zu erweitern, sondern auch, falls sich die Klagen, daß das vorhandene Versicherungsbedürfniß unter den bestehenden Verhältnissen nicht genügend gedeckt sei, als begründet erweisen sollten, auf anderem Wege für Abhilfe Sorge zu tragen und dem Königlichen Ministerium des Innern auf Verlangen Vorschläge darüber zu unterbreiten.

Ad II. (Zu hohe Prämienätze, besonders auf dem Lande.) An sich sei die Behauptung, die Prämien seien zu hoch, nicht zu begründen. Niemand vermöge mit mathematischer Genauigkeit anzugeben, welcher Prämienatz der angemessene sei; ob genügende oder zu niedrige Prämien erhoben worden seien, das ergebe bei einem Geschäfte, welches, wie die Feuerversicherung, mit unbekannten Gefahren reche, erst die Bilanz am Schlusse des Rechnungsjahres.

Nur gänzlicher Unkenntniß der Verhältnisse sei es zuzuschreiben, daß die erhobenen Klagen über ungerechtfertigte Höhe der Prämien

mit besonderer Wucht aus landwirthschaftlichen Kreisen vorgebracht würden.

Eine wohl durch die Erfahrungen aller Gesellschaften bestätigte Thatfache sei es, daß in langen Reihen von Jahren die auf landwirthschaftliche Risiken entfallenden Schäden und Verwaltungskosten durch die von diesen Risiken eingenommenen Prämien nicht gedeckt würden, daß vielmehr ein Manko entstehe, welches durch anderweite Ueberschüsse oder Reserven beglichen werden müsse. Uebrigens dürfte die Königliche Brandversicherungskammer auf Grund ihrer gleichen Erfahrungen die von dem Verbande behauptete Thatfache bestätigen können.

Auch eine auf Freiwilligkeit der Mitgliedschaft begründete Staats-Mobiliarversicherungsanstalt würde, sofern ihr nicht vom Staat aus die Mittel dazu gewährt würden, den Klagen über unerschwingliche Höhe der Prämien von ländlichen Risiken nicht abzu-
helfen vermögen.

Ad III. (Unklare, verlausulirte Versicherungsbedingungen, Aufstellung einer Normalpolice durch die Regierung.) Auch diese Klage sei ungerechtfertigt, denn jedes Präjudiz, welches ein Gesetz oder eine Verordnung aufstelle, sei in demselben Maße eine Falle zu nennen, wie ein solches Präjudiz, welches in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen enthalten sei, und doch seien diese Präjudize das einzige Mittel, die Rechte und Pflichten der Vertragsschließenden wirksam festzustellen. Aber keine Staatsanstalt und namentlich keine solche, welche auf Freiwilligkeit des Beitritts ihrer Mitglieder begründet sei, würde ähnliche Schutzmittel, wie sie der Privatbetrieb anzuwenden genöthigt sei, entbehren können.

Der Verband konstatiere, daß im Allgemeinen die Versicherungsbedingungen von den Privatgesellschaften loyal und mit großer Nachsicht gehandhabt würden und daß auch hierbei die Konkurrenz den wohlthätigen Einfluß übe, daß nicht einzelne Gesellschaften hinter anderen zurückbleiben könnten. Daß Ausnahmen vorkämen, wolle der Verband weder bestreiten noch rechtfertigen; sie an das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen und zur Untersuchung zu bringen, werde das beste Mittel zur Abhilfe sein.

Ad IV. (Unzulante Schadenregulirung, zu niedere Werthung der verbrannten Gegenstände, rigoroses Verfahren.) Die über ungerecht-

fertiges Verfahren der Gesellschaften bei den Schadenregulirungen erhobenen Beschwerden seien noch weniger zu begründen, als die übrigen, ja sie enthielten eine schmählige Verdächtigung des gesammten Beamtenstandes der Feuerversicherungs-Gesellschaften. Solchen geradezu unerhörten Anschuldigungen gegenüber könne nur eine gründliche Untersuchung Licht schaffen. Der Verband bitte dringend darum, daß das Königliche Ministerium des Innern diese Untersuchung einleiten lasse, aber auch, daß es diejenigen Stellen, welche solche unerhörte Anschuldigungen erhoben hätten, zur näheren Begründung veranlasse und, falls solche nicht erbracht werde, zur Rechenschaft ziehe.

Ad V. (Klagen über Agenten.) Klagen über die Zudringlichkeit und Geschwätzigkeit der Agenten reinton sich nicht damit zusammen, daß auf der anderen Seite darüber geklagt werde, daß die Versicherung zu wenig verbreitet sei, denn den Agenten liege eben die Verbreitung der Versicherung ob.

Ad VI. Die unter dieser Rubrik aufgezählten einzelnen Klagen wies der Verband ebenso als nicht stichhaltig und zum Theil als auf unglaublichem Mangel an Verständniß beruhend zurück.

Vorschläge
der Regierung
vom
11. Oktober
1885.

Das bayerische Ministerium ging in seiner Erwiderung vom 11. Oktober 1885 auf die Rechtfertigung des Verbandes nicht ein, wohl aber auf seine Zusage, Abhilfe gegen ein etwa bestehendes Versicherungsbedürfniß schaffen zu wollen. Mit Bezug hierauf erklärte das Ministerium, daß es nicht beabsichtigt habe, den freien Entschluß der Gesellschaften über das Maß des Entgegenkommens, welches sie gegenüber den im Lande hervorgetretenen Bedürfnissen und laut gewordenen Anregungen zu bethätigen geneigt seien, irgendwie zu beeinflussen. Dagegen erachte es das Ministerium für zweckmäßig, dem Verbande von einigen der anderweitig gemachten und gegenwärtig den Gegenstand ministerieller Würdigung bildenden Vorschläge Kenntniß zu geben. — Diese Vorschläge bezogen sich darauf, daß 1. durch die in Bayern konzessionirten Gesellschaften Versicherungsgelegenheit zu beschaffen sei für die Bewohner sogenannter gemiedener Orte, d. h. für solche Orte, die wegen ihrer schlechten Bauart, Mangel an Wasser, häufiger Brandstiftungen, unordentlicher Einwohner u. s. f., angeblich nur schwer oder gar nicht bei den Versicherungsgesellschaften Aufnahme fänden, 2. daß die Kündigungs-klausel einheitlich geregelt und der Versicherte nicht

länger als auf ein Jahr an die Versicherung gebunden werde, und
3. daß die Nebenkosten bei der Versicherungsnahme herabgesetzt
würden.

Der Verband erachtete es für nothwendig, eine besondere Generalversammlung zur Berathung über jene Vorschläge einzuberufen und forderte auch die übrigen in Bayern konzeffionirten aber nicht zum Verbande gehörigen Gesellschaften auf, an den Berathungen theilzunehmen.

Befriedigung
des
Versicherungs-
bedürfnisses
durch
die Privat-
gesellschaften.

Die Verhandlungen, an denen sich von den 23 in Bayern konzeffionirten Gesellschaften 22 theiligten, fanden am 19. November 1885 in Berlin statt und führten zu folgenden Beschlüssen:

1. Es wird eine gemeinsame Uebernahme von Versicherungen stattfinden für diejenigen Gemeinden, in welchen nach der im Einvernehmen mit den vereinigten Gesellschaften getroffenen Feststellung des Königlich bayerischen Staatsministeriums Uebelstände in Bezug auf die Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses bestehen;

2. die gemeinsame Betheiligung der einzelnen Gesellschaften, welche sich auf alle nicht schon versicherten und im Wege der freien Vereinbarung nicht Deckung findenden Risikos des Ortes erstreckt, bemißt sich nach Maßgabe der Versicherungssumme, welche sie überhaupt im Königreich Bayern gezeichnet haben;

3. die Verpflichtung zur Uebernahme der Versicherung soll sich nicht unbegrenzt auf alle Versicherungen ausdehnen. Ausgenommen sollen zunächst Mühlen mit über 10 000 Mark Versicherungssumme und industrielle Etablissements aller Art sein, und der freien Behandlung der Gesellschaften überlassen bleiben. Ferner ist für die Versicherungssumme des Ortes ein Maximum in der Weise festzustellen, daß für den einzelnen Kopf der Einwohner eine Summe von 1000 Mark gerechnet wird. Sollte, wie kaum anzunehmen, dieses Maximum erreicht und noch ein weiterer Versicherungsbedarf vorhanden sein, so würden die Gesellschaften zu einer weiteren Berathung über Deckung dieses Bedarfs sich bereit erklären;

4. die Verpflichtung zur Versicherungsnahme soll nicht bestehen für objektiv oder subjektiv unannehmbare Risikos;

5. bezüglich der Geschäftsbehandlung von Versicherungen in diesen Orten wurde beschloffen, daß zunächst eine besondere Annahmestelle für das Bezirksamt an dessen Sitz oder in einem anderen

geeignet scheinenden Orte mit fester Honorirung des Inhabers der Stelle geschaffen werde, daß die Anstellung dieses Inhabers, sowie die Instruktion desselben und die Organisation der Stellen durch eine Zentralstelle erfolge, und diese versehen werde durch die beiden in Bayern inländischen Anstalten, die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank und die Münchener und Aachener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft.

Die Ausstellung der Policen soll vierteljährlich zwischen den einzelnen Gesellschaften abwechseln und zwar in der Reihenfolge ihrer Konzessionirung in Bayern. Die Regulirung der Brandschäden hat durch die Gesellschaft, welche die Police des betroffenen Versicherten ausgestellt hat, zu erfolgen;

6. als Prämien für die gemiedenen Orte schlugen die Gesellschaften bestimmte Sätze vor, ebenso auch für die Policegebühren.

Hinsichtlich der Berechnung der Nebenkosten und des Wunsches, diese für kleine Versicherungen nicht in unverhältnißmäßiger Höhe gegenüber der Prämie zu halten, wurde vereinbart, die Nebenkosten bei kleinen Versicherungen bis zu 2000 Mark in ganz Bayern ebenso zu berechnen, wie in den gemiedenen Orten.

Die Mitversicherung des Viehes soll nicht Bedingung für die Annahme der Versicherung sein.

In Bezug auf die sogenannte Kündigungs-klausel wurde für richtig befunden, daß, im Falle dieselbe überhaupt Anwendung finde, die Versäumung der Kündigung beziehentlich der Kündigungsfrist, vorbehaltlich besonderer Vereinbarung nicht verpflichten solle, die Versicherung über ein Jahr hinaus fortzusetzen, und daß die Kündigungsfrist höchstens einen Monat betragen dürfe.

Betreffs der Freizügigkeit konnte, da sie durch die bereits früher dem Deutschen Landwirthschaftsrath ganz allgemein gemachten Konzessionen gewährt ist, lediglich auf diese hingewiesen werden.

Entsprechend den vorstehenden Beschlüssen erklärten die Gesellschaften dem bayerischen Staatsministerium ihre Bereitwilligkeit, hiernach die Einrichtungen ihres Geschäftsbetriebes zu regeln und sahen bezüglich ihrer Vorschläge wegen Versicherung der gemiedenen Orte den weiteren Mittheilungen des Ministeriums entgegen. Im Uebrigen betonten die Gesellschaften hierbei, daß, wenn in den von der Staatsregierung an die Privatgesellschaften gebrachten Ent-

schließungen sich unverkennbar die Absicht der Staatsregierung kundgegeben habe, die Interessen des öffentlichen Wohles mit denen der Privatindustrie in Einklang zu bringen, begleitet von dem Ausdrucke wohlwollender Gesinnung für diese, so könnten die Privatgesellschaften es nur als willkommene Gelegenheit begrüßen, mit Aufbietung besten Willens und Könnens sich der Prüfung der Frage zu unterziehen, inwieweit sie den Wünschen der Staatsregierung zu genügen im Stande wären. Es wäre durchaus unrichtig, wenn diesem Vorgehen der Gesellschaften andere Motive unterstellt würden, insbesondere etwa die Anerkennung einer unterlassenen oder ungenügenden Pflichterfüllung.

Die in vorstehender Kollektiv-Erklärung der 22 vereinigten Gesellschaften enthaltenen Propositionen wurden von der bayerischen Regierung durch Entschliebung vom 21. Dezember 1885 acceptirt und durch weitere Entschliebung vom 5. Februar 1886 veröffentlicht.

Entschliebungen
der Regierung
betr.
Annahme
der Verhandlungs-
vorschläge.

Bezüglich der fernerer bindenden Zusagen der Gesellschaften, wonach dieselben sich zu einer gemeinsamen Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses der sogenannten gemiedenen Orte nach bestimmt bezeichneten Modalitäten bereit erklärt hatten, fanden auf Veranlassung des Ministeriums in München Verhandlungen zwischen Delegirten der Gesellschaften und einem Vertreter des Ministeriums statt. Diese führten zu einer definitiven Vereinbarung bezw. zur Errichtung einer von den Gesellschaften gebildeten Versicherungsgemeinschaft für nothleidende Risiken in gemiedenen und zu deren Kategorie gehörenden Orten.

Die auf Grund dieser Verhandlungen vom Königl. Staatsministerium des Innern unter dem 10. Oktober 1886 erlassene Bekanntmachung, die Versicherung von Mobilien gegen Feuergefährdung betreffend, führt in ihrem ersten Theil die nach Hunderten zählenden, als gemieden zu erachtenden Orte bezw. Bezirke auf und giebt für die Behandlung der Versicherung selbst gemäß den von den Gesellschaften gemachten Vorschlägen folgende Erläuterung:

Versicherungsgemeinschaft
der Gesellschaften für die
gemiedenen Orte.
Bekanntmachung vom
10. Oktober
1886.

„Für die als gemieden erklärten Orte werden seitens der Gesellschaften Gemeinschaftsagenten aufgestellt. In denselben bleibt aber auch die freie Konkurrenz der Gesellschaften bestehen; jedoch dürfen die Agenten der Gemeinschaft nicht gleichzeitig Agenten einer einzelnen Gesellschaft sein.

Zur Durchführung aller einschlägiger Maßnahmen haben die Gesellschaften eine Zentralstelle gebildet, welche aus der Münchener und Achener Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaft, vertreten durch ihre Generalagentur in München, und aus der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank besteht.

Diese beiden Gesellschaften bethätigen die Anstellung der Gemeinschaftsagenten, die Ausfertigung der Policen, der Prolongationscheine und der Nachträge, sowie die Regulierung der Brandschäden für die Gemeinschaft; dieselben vertheilen die dadurch bedingten Geschäfte unter sich räumlich nach Bezirksämtern.

Der Versicherungsnehmer tritt nur zu der die Police ausstellenden Gesellschaft in ein Rechts- bezw. Vertragsverhältnis; jedoch erhalten sowohl die Antrags- als die Policenformulare für die Gemeinschafts-Versicherungen als äußeres Erkennungszeichen den Vermerk „Bayerische Versicherungsgemeinschaft“.

Die Prämienätze sind seitens der Gesellschaften für die Gemeinschaftsversicherungen in nachstehender Höhe zugestanden:

- a) bei Orten mit vorwiegend harter Dachung für harte Dachung $1\frac{1}{2}$ bis 3 pro Mille, für weiche Dachung 4 bis 5 pro Mille,
- b) bei Orten mit vorwiegend weicher Dachung für harte Dachung 2 bis 4 pro Mille, für weiche Dachung 5 bis 6 pro Mille.

Außerdem wird für Versicherungen bis zu 2000 Mark eine Prämienermäßigung von 20 Prozent gewährt. Die Minimalprämie ist auf 1 Mark gestellt.

Anlangend die Nebenkosten bei Versicherungen für die Gemeinschaft, so dürfen als Schreib-(Police-)Gebühren höchstens 1,50 Mark und bei Versicherungen bis zu 2000 Mark nur 1 Mark, sowie für Prolongationen lediglich 50 Pfennig erhoben, weiterhin aber nur baar gemachte Auslagen liquidirt werden; die Ertheilung von Veränderungsgenehmigungen erfolgt kostenfrei.

Ausgenommen von der Verpflichtung zur Uebernahme der Versicherung für die Gemeinschaft sind Mühlen mit über 10 000 Mark Versicherungssumme und industrielle Etablissements aller Art; diese Objekte bleiben den einzelnen Gesellschaften zur Behandlung überlassen.

Ferner ist für die Versicherungssumme des Ortes ein Maximum in der Weise festgestellt, daß für den einzelnen Kopf der Einwohner eine Summe von 1000 Mark gerechnet wird. Sollte an einem Orte dieses Maximum erreicht und noch ein weiterer Versicherungsbedarf vorhanden sein, so werden die Gesellschaften gemäß abgegebener Erklärung über die Deckung des Bedarfs in Berathung treten.

Hinsichtlich objektiv oder subjektiv unannehmbarer Risiken besteht eine Verpflichtung zur Entgegennahme der Versicherung für die Gemeinschaft nicht. Als objektiv unannehmbar stellen sich Versicherungen in Gebäuden dar, welche nach Art. 9 des Gesetzes vom 3. April 1875, die Brand-

versicherungsanstalt für Gebäude in den Landestheilen rechts des Rheins betreffend, von der Immobilienversicherung ausgeschlossen sind, jedoch mit der Maßgabe, daß Versicherungen in Gebäuden unter 100 Mark Versicherungssumme nicht ausgeschlossen werden. Ob subjektive Unannehmbarkeit vorliegt oder nicht, kann nur im einzelnen Falle beurtheilt werden; es ist selbstverständlich, daß sie nicht ohne vorhergehendes Benehmen mit der Orts- oder Distriktpolizeibehörde als gegeben erachtet werden kann.

Das Verzeichniß der sogenannten gemiedenen Orte ist auf die augenblicklichen Erfahrungen gegründet und mit Rücksicht auf das nachfolgende Zugeständniß der vereinigten Gesellschaften aufgestellt. Sollte sich trotz dieses Zugeständnisses, das den Charakter einer Generalklausel an sich trägt, in kürzerer oder späterer Zeit das Bedürfniß ergeben, das Verzeichniß zu erweitern, so wird diese Erweiterung in der erforderlichen Weise vollzogen werden."

Zu dem zweiten Theil seiner Bekanntmachung erklärt das Ministerium Folgendes:

"Die in Bayern thätigen Gesellschaften sind bei den am Eingange der Nummer I angeführten Verhandlungen und Beschlußfassungen zunächst darauf bedacht gewesen, dem Versicherungsbedürfnisse in den sogenannten gemiedenen Orten Rechnung zu tragen; dieselben haben sich aber zugleich, um auch dem Versicherungsbedürfnisse zu genügen, welches sich aus anderen, unter einschlägige Gesichtspunkte fallenden, aber zur Zeit nicht als gemieden angenommenen Orten, ergibt, des weiteren dahin geeinigt, daß, wenn eine Versicherung in Orten der fraglichen Art (d. h. in Orten, aus welchen dormalen schon Angaben über nicht allseitig zureichende Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses vorliegen oder künftig solche Erfahrungen einkommen) von zwei Gesellschaften abgelehnt ist, der Antragsteller — die objektive und subjektive Unannehmbarkeit der Versicherung vorausgesetzt — berechtigt sein soll, eine Versicherung durch die Gemeinschaft zu verlangen; zu dem Zwecke hat er sich an seine Ortsbehörde zu wenden, welche das Gesuch durch Vermittlung ihrer vorgesetzten Behörde an die Zentralstelle einbefördert.

Versicherungen, welche auf Grund vorstehenden Zugeständnisses für die Gemeinschaft übernommen werden, werden durchweg so behandelt, wie die Versicherungen in gemiedenen Orten.

Die Geschäftsführung für die Zentralstelle wechselt jährlich zwischen den beiden, die Zentralstelle bildenden Gesellschaften und zwar in der Weise, daß die Münchener und Nacher Mobiliar-Feuerversicherungsgesellschaft die Geschäftsführung für das gegenwärtige Jahr begonnen hat und bis zum Schlusse dieses Jahres fortsetzt, dann mit dem 1. Januar 1887 die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank auf die Dauer des Kalenderjahres in die Geschäftsführung eintritt. Die Münchener und Nacher Mobiliar-Feuerversicherungsgesellschaft besorgt die Geschäftsführung durch ihre Generalagentur in München."

Das weitgehende Entgegenkommen der Gesellschaften vermochte nicht die auf Verstaatlichung der Mobiliarversicherung abzielende Bewegung in Bayern zur Ruhe zu bringen. Ein wesentlicher Agitationspunkt, der angebliche Mangel an Versicherungsgelegenheit in den sogenannten gemiedenen Orten, war zwar durch die Errichtung der Versicherungsgemeinschaft aus der Welt geschafft, dafür wurden andere Gründe zur Anfeindung der Gesellschaften hervorgebracht und verbreitet. Zu diesen Gründen gehörte die Behauptung, daß es Versicherungssuchenden auch außerhalb der gemiedenen oder in diese Kategorie fallenden Orte vielfach nicht möglich sei, Deckung für ihre Mobiliarrisiken bei den privaten Gesellschaften zu finden.

Uebernahme
nothleidender
Risiken
außerhalb der
gemiedenen
Orte.

Der Verband schaffte auch hierfür Abhilfe und erklärte unter dem 7. Juni 1892 dem bayerischen Staatsministerium, entsprechend seiner Hauptaufgabe, für wirklich vorhandene und erkannte Mängel auf dem Gebiete des Feuerversicherungswesens nach Kräften und Möglichkeit, nöthigenfalls auch über die eigentlichen Pflichten seiner Mitglieder hinaus, Abhilfe zu schaffen, hätten die dem Verbands angehörenden Gesellschaften zum Zwecke der Beseitigung des erwähnten Versicherungsbedürfnisses seit einiger Zeit Berathungen unter einander gepflogen, welche nunmehr ihren Abschluß gefunden hätten.

Hiernach sei der Verband in der Lage, dem Ministerium zur Kenntniß zu bringen, daß die in Bayern arbeitenden Gesellschaften des Verbandes — jedoch ohne Verbindlichkeiten und Konsequenzen — bereit seien, solchen Versicherungsbedürftigen, welche ihre Anträge nicht aus gemiedenen oder in deren Kategorie einzureichenden Orten einbringen, die Versicherung ihrer Risiken zu ermöglichen, falls letztere bereits von zwei Gesellschaften abgelehnt sein sollten, die Versicherungssumme 30 000 Mark nicht übersteige und der Grund der Ablehnung nicht in subjektiven Verhältnissen, bezw. in absichtlicher oder nachlässiger Außerachtsetzung von Feuerversicherungs-Maßregeln, deren Anwendung in der Macht des Versicherungsbedürftigen liege, zu suchen sei.

Schließlich bemerkte der Verband noch, daß er diese Vereinbarung als eine mit der durch die Bekanntmachung des Ministeriums vom 10. Oktober 1886 stipulirten Versicherungsgemeinschaft nicht in

Verbindung stehende, also in allen Stücken von jener getrennt zu behandelnde betrachte.

Das Ministerium zeigte dem Verbande durch Reskript vom 13. Juni 1892 an, daß es von diesen Maßnahmen Kenntniß genommen habe.

Nichtsdestoweniger wurde schon im folgenden Jahre — 1893 — abermals der Antrag auf Errichtung einer staatlichen Mobiliarversicherungs-Anstalt in der Kammer der Abgeordneten eingebracht. Die Staatsregierung lehnte jedoch mittels einer Erklärung, die der Minister des Innern v. Feilitzsch im November 1893 vor dem Wirtschaftsausschuß der Kammer abgab, den Antrag rundweg ab, und der Wirtschaftsausschuß selbst gelangte zu dem gleichen Resultat.

Neue Ver-
staatlichungs-
anträge.

Das bayerische Zentrum, als Mitkämpferin für agrarische Forderungen, ließ sich hierdurch nicht abschrecken. Die Zentrumsabgeordneten Rakinger und Genossen nahmen in der nächsten Landtagsession die Angelegenheit wieder auf und beantragten die Ausdehnung der bereits bestehenden staatlichen Immobilienversicherung auf das bauerliche Mobiliar. Die Verschiedenheit dieses Antrages gegen die früheren lag lediglich in der Form; der Absicht und dem Inhalt nach deckte er sich mit seinen Vorgängern vollständig. Der mit der Berathung der Angelegenheit beauftragte Kammerausschuß lehnte diesmal mit 12 gegen die 11 Stimmen des Zentrums den Antrag ab. Ausschlaggebend war bezeichnender Weise das einzige im Ausschuß vertretene Mitglied des Bauernbundes, welches bei Abgabe seines ablehnenden Votums ausdrücklich hervorhob, daß es damit der Stimmung der sieben bauernbündlerischen Abgeordneten Ausdruck gebe.

Dagegen war im Ausschuß der Kammer ein anderer Antrag gestellt worden, wonach an die königliche Staatsregierung die Bitte gerichtet wurde, eine Revision der Statuten sämtlicher 26 zur Zeit in Bayern zum Geschäftsbetriebe zugelassenen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften in dem Sinne herbeizuführen, daß eine entsprechende Minderung der Prämiensätze eintrete, sowie daß Fälle von inkulanter Behandlung der Versicherungsnehmer bei der Schadenserhebung und Festsetzung der Entschädigung sowie bezüglich Auszahlung der Entschädigungssumme künftighin unmöglich gemacht würden. Dieser Antrag ging durch und wurde auch von der Kammer nach langer

Diskussion in den Sitzungen vom 14. und 15. März 1894 unverändert angenommen.

Entschlie-
ßung
des
Ministeriums
vom
22. Febr. 1895
an d. Verband.

In Folge dieses Beschlusses stellte die Regierung bei den ihr untergeordneten Behörden und sonstigen Stellen neuerliche Erhebungen im Sinne des von der Kammer gestellten Antrages an, faßte die eingegangenen Rückäußerungen in einer Entschlie-ßung vom 22. Februar 1895 zusammen und brachte sie zur Kenntniß des Verbandes mit der Aufforderung, über die zu ergreifenden Maßnahmen mit dem Ministerium in Verhandlungen zu treten.

Der Verband kam diesem Verlangen unter Hinzuziehung der übrigen in Bayern konzessionirten Gesellschaften nach. Es wurden zunächst vier Delegirte ernannt, die unter dem Voritze des Verbandsvorsitzenden in mehreren Konferenzen den Standpunkt feststellten, der von den Gesellschaften gegenüber den einzelnen in der Ministerialentschlie-ßung aufgestellten neuen Wünschen, Forderungen und Beschwerden einzunehmen sei. Die Delegirten legten eine eingehend motivirte Denkschrift hierüber einer von allen theilgenommenen Gesellschaften besuchten, im Juni 1895 in Salzburg abgehaltenen Versammlung vor und wurden von der Versammlung ermächtigt, auf Grund der in der Denkschrift gemachten bestimmten Vorschläge bezüglich Gewährung resp. Ablehnung der gestellten Forderungen, mit dem Ministerium in Unterhandlungen zu treten. Die Verhandlungen der Delegirten mit einem Vertreter des bayerischen Ministeriums fanden sodann am 20. und 21. Juni desselben Jahres in München statt. Die Forderungen, die dieses Mal in Folge der von der Regierung vorgenommenen Enquête zu Tage gefördert worden waren, und die nun als Grundlage der Verhandlungen dienen sollten, ließen zum Theil noch mehr als die früher gestellten die Wirkung einer maßlosen Agitation erkennen.

Denkschrift
des Verbandes
vom
9. Sept. 1895
auf die
Entschlie-ßung
vom
22. Febr. 1895.

In dieser Beziehung erklärte der Verband in seiner am 9. September 1895 an das Ministerium gerichteten Denkschrift über die in der Ministerialentschlie-ßung vom 22. Februar 1895 aufgeführten Forderungen (eine Darlegung der Stellungnahme der Gesellschaften zu der Entschlie-ßung war von dem Ministerium gewünscht worden):

„Das Wesen der vorgebrachten Beschwerden läßt deutlich erkennen, wie sehr nicht nur das Publikum an sich, sondern auch öffentliche Organe und Körperschaften geneigt sind, allgemeine, in

keiner Weise substantzierte und spezialisirte Klagen der Oeffentlichkeit zu übergeben, und aus ihnen ohne Weiteres Angriffsobjekte gegen die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu bilden. Die Publikationen in der Presse, die Vorlagen für die Königliche Staatsregierung, welche dem Verfahren derselben gegen die Gesellschaften zur Grundlage gedient haben, die häufig mit Ausdrücken höchster Entrüstung begleiteten weittragenden und schwerwiegenden Vorwürfe in Landtagsverhandlungen legen deutlich Zeugniß ab von der oberflächlichen Untersuchung des einzelnen Falles in seinem Thatbestande und der mangelhaften Kenntniß der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, der vorliegenden Judikatur und der Bestimmungen des Versicherungsvertrages. Dennoch werden die Gesellschaften, denen in den meisten Fällen eine Vertheidigung nicht möglich ist, auf der Grundlage derart erhobener Anklagen abgeurtheilt."

Mit Rücksicht hierauf bat der Verband aufs Neue, es möchten Beschwerden, welche gegen die Versicherungsgesellschaften erhoben werden, künftig die Behandlung erfahren, daß der einzelne Fall und die Gesellschaft, welche denselben veranlaßt habe, einer besonderen Untersuchung unterstellt und über das Resultat derselben den anderen Gesellschaften Kenntniß gegeben werde.

Und noch eine weitere Bitte hatte der Verband in dieser Denkschrift dem Ministerium vorzutragen. Das Ministerium hatte nämlich in der unten wiedergegebenen Entschließung vom 2. Juli 1895 über die Verhandlungen mit den Gesellschaftsdelegirten an die Versicherungsuchenden und an die Versicherten ganz allgemein und ohne Einschränkung die Aufforderung gerichtet:

"Fälle, in welchen sie einer unzulanten Behandlung seitens einer Gesellschaft bei der Versicherungsnahme oder bei der Schadenserhebung und Feststellung der Entschädigung, sowie hinsichtlich der Auszahlung der Entschädigungssumme zu begegnen glauben, sofort bei der Gemeinde- und bezw. Distriktpolizeibehörde zur Anzeige zu bringen . . ."

Hiergegen machte die Denkschrift des Verbandes geltend, daß eine in dieser Form gehaltene Aufforderung „geeignet ist, von vornherein den Anschein zu erwecken, daß Ungehörigkeiten seitens der Gesellschaften zu den alltäglichen Ereignissen gehören und daß die

bisher erhobenen Klagen auf wirklichem Verschulden der Gesellschaften beruht haben."

"Ganz besonders glauben wir", so fuhr die Verbandseingabe fort, „der wohlwollenden Erwägung des königlichen Staatsministeriums die Frage unterbreiten zu sollen, ob es angezeigt erscheint, die Versicherungsuchenden oder Versicherten darauf zu verweisen, die zu erhebende Klage von ihrem subjektiven Urtheil darüber abhängig zu machen, ob sie das Verhalten der betreffenden Gesellschaft als „kulant“ erachten wollen oder nicht.

„Die Bezeichnung „kulant“ ist dazu angethan, die sehr häufig unklaren Rechtsbegriffe des Versicherten über das Maß der Anforderungen, die er an die Gesellschaft zu stellen berechtigt ist, völlig zu verwirren. Zwischen zwei in festem Vertragsverhältniß stehenden Parteien kann nur die Rede sein von vollkommener und redlicher Erfüllung der Vertragsbedingungen. Es ist uns nicht bekannt, daß darüber hinausgehende Forderungen bei Erfüllung von Verträgen im sonstigen öffentlichen und geschäftlichen Leben gestellt werden. Im Versicherungswesen wird dagegen eine sogenannte „kulante“ Behandlung seitens der Gesellschaften erwartet und verlangt. Nach unseren Erfahrungen gehen wir in der Behauptung nicht zu weit, daß die Mehrzahl der Versicherten unter „kulanter Behandlung“ nichts anderes versteht, als daß der Versicherte seinen vertragsmäßig übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und redlich nachzukommen nicht nöthig hat, daß dagegen die Versicherungsgesellschaft gehalten ist, die Nichtbeachtung der Verpflichtungen seitens der Versicherten mit Stillschweigen zu übergehen, ihrerseits aber unter Umständen mehr zu leisten, als sie dem Vertrage nach zu leisten rechtlich verpflichtet ist.

„Wir glauben mit aller Ehrerbietung hervorheben zu sollen, daß dieser irrthümlichen, einer gedeihlichen Entwicklung des Versicherungswesens hindernd in den Weg tretenden Auffassung durch die in der mehrerwähnten hohen Ministerialentschließung (vom 2. Juli 1895) gewählten Form der an die Versicherungsuchenden und Versicherten gerichteten Aufforderung Vorschub geleistet wird. Daß hierdurch wie besonders auch durch ganz allgemeine unsubstanzierte und nicht spezialisirte Klagen der Betrieb des Versicherungswesens in den ver-

schiedensten Beziehungen beeinträchtigt werden muß, bedarf keiner weiteren Darlegung.

„Diesen Betrieb aber, zumal da ihm ein gemeinnütziger Charakter zugestanden werden muß, glauben wir der wohlwollenden Fürsorge und dem Schutze des Königl. Staatsministeriums wie jeden anderen, das wirthschaftliche Gedeihen fördernden Gewerbebetrieb nahe legen zu dürfen.

„Wir glauben daher, dem Königl. Staatsministerium die weitere Bitte gehorsamst unterbreiten zu sollen, daß seitens desselben hochgeneigtest Maßnahmen getroffen werden, welche in Zukunft verhindern, daß Beschwerden allgemeiner Natur irgend welche Folge gegeben werde, daß vielmehr nur solche Beschwerden über Versicherungsgesellschaften einem Verfahren unterworfen werden, die sofort nach Eintritt des betreffenden Falles und unter Beigabe ausreichenden Materials zur Begründung bei der zuständigen Stelle zur Anzeige gelangen, daß aber Beschwerdeführer, welche unrichtige Angaben machen, zur Rechenschaft gezogen werden.

„Wenn wir vorhin uns gestattet haben, die Bitte an das hohe Staatsministerium zu richten, von allen Fällen, in denen in der That Mißbräuche im Versicherungsbetriebe bei einer Gesellschaft konstatiert sind, den anderen Gesellschaften und besonders dem gehorsamst unterzeichneten Verbande Mittheilung zu machen, so ist dies geschehen, weil die Gesamtheit der Gesellschaften solche Mißbräuche, als dem Interesse des Versicherungswesens zuwiderlaufend, tief beklagt und nicht anstehen wird, deren Wiederkehr mit eigener Beihilfe zu verhindern und Korrektur zu üben. Die Gesamtheit der Gesellschaften und besonders der gehorsamst unterzeichnete Verband werden bei derartigen Gelegenheiten in unzweifelhafter Weise darthun, wie weit die deutsche Privataffekuranz von einem Unwesen entfernt ist, wie es nach den im Verlaufe dieser Schrift behandelten Anträgen vorausgesetzt werden könnte, und wie wenig sie einen Vorwurf, dasselbe zu billigen oder zu unterstützen, verdiene.“

Die gesammte Denkschrift des Verbandes an dieser Stelle wiederzugeben, verbietet ihr Umfang von 37 Druckseiten und eine auszugsweise Mittheilung würde kein hinreichend klares Bild ihres Inhalts liefern. Andeutungen über die gestellten Forderungen sowie über die Ablehnungsgründe der Gesellschaften und die Wiedergabe

der von den Gesellschaften gemachten Zugeständnisse enthält das „Registratur“ genannte Protokoll des Ministeriums über die Verhandlungen in München am 20. und 21. Juni 1895.

Ministerial-
Entschlieſung
vom
2. Juli 1895. Diese mit der mehrfach erwähnten Ministerial-Entschlieſung vom 2. Juli 1895 im Amtsblatt des Königl. Staatsministeriums des Innern Nr. 29 vom 12. Juli 1895 veröffentlichte „Registratur“ hat folgenden Wortlaut:

A. Zur Ministerial-Entschlieſung vom 22. Februar 1895 Nr. 3401.

I. Prämienſätze.

Die Gesellschaften erklären, die Prämien für landwirthschaftliche Versicherungen, insbesondere für weiche Dachungen und Fachwerk, durch Maximaltarife zu begrenzen, sei unmöglich, da einerseits die Gesellschaften auf eine entsprechende Individualisirung der landwirthschaftlichen Risiken nicht verzichten können und da andererseits gerade das landwirthschaftliche Versicherungsgeschäft von Jahr zu Jahr sich verschlechtert; es hätten in den letzten Jahren in der landwirthschaftlichen Versicherung zwischen 70 und 80 Prozent der Prämieeneinnahmen bei den Aktiengesellschaften auf Schadenszahlungen verwendet werden müssen; ein Prozentsatz, bei welchem von einem Gewinn der Versicherungs-Gesellschaften keine Rede mehr sein könnte, da die Verwaltungskosten der Gesellschaften in Bayern auf mindestens 50 Prozent angeschlagen werden müßten. Uebrigens sei der in der Ministerial-Entschlieſung vom 22. Februar 1895 angeführte Satz von 7 pro Mille nur ein ganz ausnahmsweiser, bei besonders schlechten Risiken oder Landwirthschaften mit gewerblichen Nebenbetrieben (Mühlen etc.) und der Durchschnittsatz auch für landwirthschaftliche Versicherungen unter weichen Dachungen in der Regel ein erheblich niedrigerer (höchstens 5 pro Mille, bei isolirter Lage nur etwa 3 pro Mille).

Dagegen erklären sich die Gesellschaften behufs weiterer Förderung der Einrichtung der bayerischen Versicherungsgemeinschaft und um dem hier bestehenden besonderen Bedürfnisse Rechnung zu tragen, bereit, eine Ermäßigung der in der Ministerial-Entschlieſung vom 10. Oktober 1886 festgesetzten Prämienſätze für gemiedene Orte in der Weise eintreten zu lassen, daß die Prämien:

- a) bei Orten mit vorwiegend harter Dachung:
für harte Dachung $1\frac{1}{2}$ — $2\frac{1}{2}$ pro Mille,
für weiche Dachung 4—5 pro Mille,
- b) bei Orten mit vorwiegend weicher Dachung:
für harte Dachung 2—3 pro Mille,
für weiche Dachung 5 pro Mille

betragen sollen. Die gleichen Grundsätze sollen auch maßgebend sein für landwirthschaftliche Risiken ohne Gewerbebetrieb und ohne besondere Gefahr-

erhöhende subjektive oder objektive Momente, welche aus nicht gemiedenen Orten von der Versicherungsgemeinschaft übernommen werden.

Es sei dies Zugeständniß um so erheblicher, als die allgemeinen Unkosten gerade bei der Versicherungsgemeinschaft besonders große seien und den durchschnittlichen Satz von 30 Prozent der Prämien weit übersteigen und als ferner die Verluste aus dieser Gemeinschaftsversicherung unter Berücksichtigung der in neuester Zeit eingetretenen erheblichen Brandschäden sich als sehr bedeutend herausgestellt haben.

II. Schadensfestsetzung.

Von einem inkulanten Verfahren der Gesellschaften bei der Schadensfestsetzung könne umfoweniger die Rede sein, als es nach § 9 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen jedem Versicherten freistehe, zu verlangen, daß der Betrag des Schadens durch ein Sachverständigenverfahren festgestellt werde und als überdies jedem Versicherten der Rechtsweg und die Beschwerde an das Königl. Staatsministerium des Innern offen stehe. Auch sei die außerordentlich geringe Zahl der Rechtsstreite ein schlagender Beweis für die kulannte Abwicklung des Entschädigungsverfahrens.

III. Versicherungsnahme.

Zu a. Wenn auch früher der Druck der Versicherungsformularen zu wünschen übrig gelassen habe, so werde doch in den neueren Formularen von den Gesellschaften auf einen entsprechend großen übersichtlichen Druck der Formularen durchweg bereits Rücksicht genommen.

Eine noch klarere gemeinverständlichere Fassung der Versicherungsbedingungen sei kaum zu erreichen, da in dieser Beziehung schon bei der Revision der Allgemeinen Versicherungsbedingungen im Jahre 1886 das möglichste geschehen sei.

Zu b. Auf thunlichste Gleichmäßigkeit der Versicherungsbedingungen bei allen Gesellschaften werden diese Bedacht nehmen, wie schon jetzt nahezu bei allen Gesellschaften die gleichen Versicherungsbedingungen bestehen.

Zu c. Die Gesellschaften erklären sich damit einverstanden, daß dem Versicherungsnehmer schon vor Abschluß der Versicherung ein Exemplar der Versicherungsbedingungen zu seiner Information ausgehändigt werde, wie dies in der Regel auch schon bisher geschehen sei.

Zu d. Das Verbot mündlicher Vereinbarungen neben den gedruckten Formularen sei bereits durch den § 4 Abs. I der Allgemeinen Versicherungsbedingungen getroffen, wonach die gegenseitigen Verpflichtungen sich lediglich nach dem Inhalte der Versicherungsurkunde bestimmen.

Zu e. Bezüglich der Nebenkosten gestehen die Gesellschaften in theilweiser Ermäßigung der in der Ministerial-Entschliessung vom 5. Februar 1886 Ia und vom 10. Oktober 1886 festgesetzten Sätze zu, daß bei Versicherungen bis zu 2000 Mark einschließlich an Policen- und Schreibgebühren für neue Versicherungen und Prolongationen nicht mehr als 50 Pfennig berechnet werden sollen, während die Veränderungs-

genehmigungen wie bisher gebührenfrei belassen werden. Was die Versicherungen über 2000 Mark anlangt, so erklären die Gesellschaften, daß sie an Policen- und Schreibgebühren regelmäßig nicht mehr als 1,50 Mark, sowie die Portoaussagen erheben und daß die Agenten nicht berechtigt seien, nebenbei noch eine besondere Provisionsabgabe zu fordern, da die Agenten für ihre Vermittlungsthätigkeit von den Gesellschaften entlohnt werden.

Die Gothaer Gesellschaft erklärt, daß sie Nebenkosten überhaupt nicht erhebt.

IV. Kündigung.

Die Gesellschaften sind damit einverstanden, daß die Kündigungs-klausel ganz in Wegfall komme, und erklären sich diesenfalls bereit, ohne jedoch eine rechtliche Verantwortung hiefür gegenüber den Versicherten zu übernehmen, den Versicherten mindestens einen Monat vor Ablauf der Versicherung hiervon durch ihre Organe schriftlich zu benachrichtigen.

Bezüglich jener Versicherungen, welche bereits mit der Kündigungs-klausel abgeschlossen sind, soll es bei der Bestimmung in Ziffer III der Ministerial-Entschließung vom 5. Februar 1886 mit der Maßgabe bewenden, daß bei Ablauf des Vertrages die Kündigungs-klausel nur noch für ein Jahr wirksam sein solle.

Was die sog. Vorversicherungsverträge anlangt, so machen sich die Gesellschaften verbindlich, in Zukunft Vorversicherungsverträge, und zwar sowohl solche, welche sich auf die Fortsetzung einer laufenden Versicherung als auch solche, welche die Uebernahme einer bei einer anderen Gesellschaft noch in Kraft befindlichen Versicherung bezwecken, nur innerhalb des letzten Jahres vor Ablauf der Versicherung abzuschließen und auf der Erfüllung bereits abgeschlossener Vorversicherungsverträge, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, ihrerseits nicht zu bestehen.

Zu a. Darauf, daß die Kündigung rechtswirksam auch an den Agenten solle erfolgen können, erklären die Gesellschaften aus allgemeinen geschäftlichen Rücksichten um so weniger eingehen zu können, als der Versicherte befugt ist, seine Kündigung an den in Bayern wohnhaften General-bevollmächtigten rechtswirksam zu richten.

Zu c. Die Gesellschaften erklären sich bereit, längere Versicherungen als auf die Dauer von höchstens 10 Jahren nicht mehr abzuschließen.

Zu d. Die Gesellschaften verpflichten sich, für Mobilien derselben Gattung eines bei einer anderen Gesellschaft bereits Versicherten Nachversicherungen unter 10 000 Mark nicht mehr abzuschließen.

V. Befriedigung des Versicherungsbedürfnisses.

Die Gesellschaften erklären zunächst im Allgemeinen, daß sie nur in seltensten Fällen Versicherungen überhaupt ablehnen, nämlich nur dann, wenn das betreffende Risiko objektiv oder subjektiv ganz unannehmbar sei oder wenn die Gesellschaft an dem betreffenden Orte bereits ein nicht mehr zu erhöhendes Versicherungsrisko übernommen habe. Im Uebrigen erklären sich die Gesellschaften damit einverstanden, daß die Bestimmungen in

Ziffer II der Ministerial-Entschließung vom 10. Oktober 1886 durch Aufnahme und Veröffentlichung der in der Erklärung des Verbandes Deutscher Privatfeuerversicherungs-Gesellschaften vom 7. Juni 1892 eingeräumten Begünstigungen erweitert werden, während sie dagegen zur Schaffung einer besonderen gemeinschaftlichen Versicherungseinrichtung für abgelehnte industrielle Risiken sich nicht herbeilassen; dieselben behalten sich jedoch vor, die einzelnen Fälle dieser Art einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen und, soweit möglich, für Abhilfe eines vorhandenen Bedürfnisses, wie auch bisher, nöthigen Falles gemeinschaftlich Sorge zu tragen.

VI. Heranziehung der Gesellschaften zu den Kosten des Feuerlöschwesens.

Die Gesellschaften verhalten sich in diesem Punkte unter Bezugnahme auf ihre gegenüber der einschlägigen Petition der unmittelbaren Städte abgegebene eingehende Erklärung vom 15. November 1894 durchaus ablehnend.

Fortgesetzt am 21. Juni 1895.

B. Zur Beilage der Ministerial-Entschließung vom 22. Februar 1895.

In dieser Beziehung geben die Gesellschaften zunächst die Erklärung ab, daß sie mit Rücksicht auf die allgemeinen Geschäftsverhältnisse und die Schwierigkeiten von Aenderungen der erst vor wenig Jahren vereinbarten allgemeinen und landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen, die die Genehmigung aller deutschen Staaten erhalten hätten und in den weitesten Kreisen besonders auch beim Deutschen Landwirthschaftsrath volle Anerkennung gefunden hätten, zur Zeit in eine Aenderung der Versicherungsbedingungen nicht eintreten könnten, daß sie daher bitten müßten, die nachstehenden, von den allgemeinen Versicherungsbedingungen abweichenden Erklärungen, ebenso wie dies bezüglich der Erklärungen im Jahre 1886 geschehen sei, als besondere Vereinbarungen zu behandeln und zu veröffentlichen.

Die Gesellschaften erklären hiebei, daß sie sich an diese Vereinbarungen ebenso gebunden erachten, als wenn sie im Texte der Policen stehen würden.

I. Allgemeine Versicherungsbedingungen.

Zu § 5.

Eine erschöpfende Aufzählung der Umstände, welche als die feuergefährlichkeit vermehrend zu erachten sind, für alle Versicherungen zu geben, halten die Gesellschaften für nicht möglich. Bei einfachen bürgerlichen und landwirthschaftlichen Risiken sollen jedoch als maßgebende Anleitung für die Frage bezüglich der Vermehrung der Feuergefährlichkeit die in den Versicherungsanträgen diesbezüglich gestellten Fragen gelten.

Zu § 6.

Die Frist zur Anzeige eines eingetretenen Brandschadens wird von 24 Stunden auf 48 Stunden verlängert.

§ 8.

Die Gesellschaften lehnen es ab, zu den Schadensverhandlungen Vertreter der Versicherten zuzulassen, werden dagegen gegen die Hinzuehung eines Vertrauensmannes keine Erinnerung erheben.

§ 10.

Die Gesellschaften erklären, daß sie zu einem Verzicht auf das Präjudiz, wonach derjenige Beschädigte, welcher die Beibringung der geforderten Belege, Beweise und Verzeichnisse böswillig unterläßt oder sich einer betrügerischen Angabe oder Verschweigung schuldig macht, jeden Anspruch auf Entschädigung für alle an dem betreffenden Brande betheiligten Versicherungen verliert, sich nicht herbeilassen können; die Gesellschaften werden jedoch nicht in rigoröser Weise vorgehen, namentlich nicht in den Fällen, wo es zweifelhaft ist, ob Betrug oder Irrthum vorliegt.

§ 11.

Auf Antrag des Versicherten soll der liquide Theilbetrag der Entschädigung an den Versicherten zur Ausbezahlung gelangen, wenn dies ohne Gefährdung der endgiltigen Feststellung des ganzen Schadens geschehen kann.

§ 15.

Die Gesellschaften erklären sich bereit, außer bei den in § 4 der Verordnung vom 11. September 1872, die Mobiliar feuerversicherungen betreffend, bezeichneten Gerichtsständen auch bei dem zuständigen Gerichte des Brandortes Recht zu nehmen.

II. Landwirthschaftliche Versicherungsbedingungen.

§ 3.

Auf eine allgemeine Erweiterung der Freizügigkeit im Sinne des Vorschlages zu § 3 könnten die Gesellschaften nicht eingehen. Uebrigens werden die Gesellschaften nach wie vor in dieser Beziehung billige Rücksicht walten lassen. Auch hätten sie durch Einrichtung der sog. Außenversicherung die Möglichkeit eröffnet, die Versicherung gegen Entrichtung einer geringen Zuschlagsprämie auch auf die Gefahr des Brandschadens, welchem die versicherten Gegenstände außerhalb des Versicherungsgrundstückes ausgesetzt sind, zu erstrecken.

§ 7.

Das Nichtvorhandensein eines Versicherungsschildes an dem Versicherungsobjekte berechtigt, und zwar auch bisher schon, nicht zur Ablehnung des Entschädigungsanspruches.

Alle übrigen in der Beilage zur Ministerial-Entschliessung vom 22. Februar 1895 enthaltenen Vorschläge erklären die Gesellschaften nicht berücksichtigen zu können und behalten sich vor, ihre ablehnende Stellung in einem binnen 14 Tagen einzureichenden Schriftsatz noch näher zu begründen.

Die anwesenden Vertreter der Gesellschaften bemerken, daß sie die obigen Erklärungen und Zugeständnisse im Namen der sämmtlichen in

Bayern zugelassenen Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaften abgeben und daß eine weitere Einvernahme der letzteren hierüber nicht nothwendig ist.

Der Vertreter der Feuerversicherungsbank für Deutschland in Gotha erklärt noch, daß die Versicherungsbedingungen seiner Gesellschaft in deren Verfassung enthalten seien, sowie daß dieselben im Wesentlichen mit den Allgemeinen Versicherungsbedingungen der Aktiengesellschaften übereinstimmen und nirgends ungünstiger sind, als letztere.

Mit den Zugeständnissen, die die Gesellschaften in den Unterhandlungen mit dem bayerischen Ministerium nach Ausweis vorstehender „Registratur“ gemacht haben, sind sie über dasjenige Maß von Leistungen hinausgegangen, das der privatwirthschaftliche Betrieb zu erfüllen im Stande ist. Auf die Dauer und im größeren Umfange kann kein Privatbetrieb — und ebenso wenig ein Staatsbetrieb, der sich durch sich selbst erhalten soll — seinen Abnehmern Bedingungen gewähren, die weder durch den vorhandenen Wettbewerb auf demselben Gebiete gezeitigt, noch durch die auf Erfahrung und Kalkulation beruhenden Geschäftsmaximen gerechtfertigt sind. Insbesondere haben auf dem Gebiete des privaten Feuerversicherungswesens durch die bestehende Konkurrenz die Bedingungen, unter denen Versicherung gegeben wird, vor allen die Prämienhöhe, ein solches Niveau erreicht, daß ein weiteres Herabgehen nicht ohne Gefahr sein kann. Die Gesellschaften haben trotz dieser Erwägungen den bayerischen Versicherten obige Zugeständnisse gemacht und damit das Aeußerste gethan, was sie zur Befriedigung der vorgebrachten Forderungen zu thun noch in der Lage waren. Sie rechneten dabei nicht auf eine Gegenleistung, wohl aber darauf, daß nunmehr in der Agitation für die Verstaatlichung des Mobiliarversicherungswesens ein Stillstand eintreten werde, der es ihnen ermöglichte, durch angespannte Thätigkeit die erlittenen Einbußen wieder einzubringen. Denn wenn auch jene Konzessionen an sich und im Einzelnen genommen nicht bedeutend erscheinen, so fallen sie doch, auf ein so weites Versicherungsgebiet wie das Königreich Bayern ausgedehnt, bei Ziehung der Bilanz ganz beträchtlich in die Waagschale. — Die Gesellschaften sahen auch hierin ihre gewiß bescheidenen Erwartungen nicht erfüllt. Die Quittung der ultramontanen Partei Bayerns auf die Zugeständnisse der Gesellschaften bestand darin, daß sie ihren Antrag auf Verstaatlichung der Mobiliarversicherung noch im Herbst desselben Jahres erneute und daß die Kammer der Abgeordneten mit Hülfe der ultramontanen

Die Zugeständnisse der Gesellschaften.

Erneuerung des Verstaatlichungsantrages.

Mehrheit in der Sitzung vom 8. November 1895 den Antrag annahm.

Dieses zähe Festhalten der Zentrumsparthei an der einmal gefaßten Absicht, die Mobiliarversicherungs-Gesellschaften aus Bayern zu verdrängen, scheint sich nur daraus erklären zu lassen, daß nicht wirthschaftliche und nicht soziale Gründe das treibende Agens bilden, sondern kirchliche, wie aus den in der Sitzung der bayerischen Kammer vom 14. März 1894 von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Rasinger geäußerten Worten unzweideutig hervorgeht: „Diese München-Machener Gesellschaft ist“ — erklärte Abgeordneter Dr. Rasinger im Laufe seiner Rede, „eine politisch und kirchlich uns sehr feindselige Gesellschaft. Diese Gesellschaft ist mitten in der katholischen Kaiserstadt Machen eine feste Burg des Lutherthums, und wer es nicht glaubt, der kann es dort erfahren. Ja, meine Herren, man muß die Thatfachen aussprechen, welche vorhanden sind. Ich bin deshalb in keiner Weise intolerant, aber diese Herren sind intolerant, indem sie ihre Macht und ihren Einfluß zu Gunsten von konfessionellen Bestrebungen benutzen zu Dingen, die ich bei dem Versicherungswesen absolut ausgeschlossen wissen will.“

Zur Beleuchtung dieses Ausfalls des Abgeordneten Rasinger gegen die Machen-Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft sei bemerkt, daß die Gesellschaft seit Jahrzehnten ein ausgedehntes Geschäft in Bayern betreibt und für dieses eine Verwaltungsstelle in München eingerichtet hat. Der Angriff von ultramontaner Seite gerade auf diese Gesellschaft ist um so charakteristischer, als dieselbe auch in Bayern die gemäß ihren Statuten zur Vertheilung kommende Hälfte ihres Reingewinnes im entsprechenden Verhältniß zu wohlthätigen Zwecken, wie Anschaffung von Löschgeräthschaften, Unterstützung von Feuerwehren zc., selbstverständlich ohne jede Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß, verwendet.

Eingabe
des Verbandes
an die
Reichsrathskammer.

Der Verband erachtete es für angezeigt, nachdem die Kammer der Abgeordneten jenen Antrag auf Errichtung einer staatlichen Mobiliarversicherungs-Anstalt angenommen hatte, der Kammer der Reichsräthe seine Gründe und berechtigten Bedenken gegen das Projekt in einer vom 25. November 1895 datirten Eingabe darzulegen. Der Verband verwies die Reichsrathskammer zunächst auf

die von ihm in Bayern getroffenen Einrichtungen zur Abhilfe von Versicherungsmängeln und zur Erleichterung der Versicherungsnahme. Er konnte dabei an den Erfahrungen der Versicherungsgemeinschaft zeigen, wie wenig berechtigt die früheren heftigen Klagen gewesen seien. Denn die im Jahre 1886 ins Leben gerufene Versicherungsgemeinschaft hatte bis 1894, also innerhalb 9 Jahren, nicht mehr als 21 000 Mark an Prämie vereinnahmt, ein Zeichen dafür, wie wenig Gebrauch von dieser Einrichtung gemacht wurde und ein wie geringes Bedürfnis für die Einrichtung vorhanden war. Den Gesellschaften hatte sie dagegen einen Verlust von ca. 11 500 Mark gebracht, da sich die Schäden der Gemeinschaft einschließlich Kosten in derselben Zeit auf ca. 32 500 Mark beliefen.

Resultate der
Versicherungsgemeinschaft.

Ferner widerlegte der Verband in seiner Eingabe an die Kammer der Reichsräthe die Behauptung, als ob die von den Privatgesellschaften erhobenen Prämien insbesondere für die ländliche Versicherung viel zu hoch seien und daß die Staatsanstalt, weil sie nicht auf Gewinn ausgehe, zu wesentlich billigeren Sätzen würde versichern können. Der Verband berief sich dabei unter Anderem auch darauf, daß der Staatsminister Freiherr von Feilich erklärt hatte, daß „billigere Prämien für landwirthschaftliche Versicherungen seitens der staatlichen Anstalt und eine größere Entschädigung seitens derselben als bei den privaten Gesellschaften nicht in Aussicht gestellt werden könne“. Dazu komme, bemerkte die Verbandseingabe, daß eine staatliche Anstalt als Konkurrenzunternehmen gegenüber den übrigen Gesellschaften viel ungünstiger als diese gestellt wäre, weil der Staatsanstalt die schlechteren Risiken zufallen würden. Wenn des Weiteren mit den übermäßig hohen Gewinnen, welche die Aktionäre der Gesellschaften aus dem Betriebe des Versicherungsgeschäftes in Bayern angeblich ziehen, die Rentabilität einer staatlichen Mobiliarversicherungs-Anstalt begründet werden solle, so sei diese Auffassung ebenfalls nicht zutreffend, da in den letzten 4 Jahren der Reingewinn aus der Netto-Prämieneinnahme von 29 direkt arbeitenden deutschen Aktien-Gesellschaften nur zwischen 5 bis 6 Prozent betragen habe. Außerdem erbot sich der Verband, Beweise vorzulegen, daß große, bestverwaltete Gesellschaften bei ihrem in Bayern sehr umfangreichen landwirthschaftlichen Geschäft nicht nur gar keinen Gewinn erzielt, sondern mit Verlust gearbeitet haben. Auch der Vergleich der Verwaltungskosten der Privatgesellschaften

mit denen der Immobilien-Brandversicherungs-Anstalt könne nicht zu Gunsten einer staatlichen Mobiliarversicherungs-Anstalt ins Feld geführt werden, da es eine bekannte Erfahrung sei, daß die Versicherung von Mobilien einen bedeutend größeren Aufwand von Zeit und Arbeit sowie ein größeres und vielseitiger geschultes Beamtenpersonal erfordere als die Immobilienversicherung. Endlich zeigte die Verbandseingabe, daß klarere und günstigere Versicherungsbedingungen als die Privatgesellschaften auch eine öffentliche Anstalt nicht haben könne.

Die vorstehenden Gesichtspunkte zusammenfassend, erklärte die Verbandseingabe:

„Daß die Errichtung einer staatlichen Anstalt nicht zur Besserung der Versicherungsverhältnisse beitragen wird, die von höchst maßgebender Seite ja als schon jetzt sehr befriedigend bezeichnet sind, glauben wir vollkommen erwiesen zu haben.

„Zum Schluß möchten wir uns noch gestatten, der Erwägung der hohen Kammer der Reichsräthe die Frage zu unterbreiten, ob die immer weitere Einschränkung der privatwirthschaftlichen Thätigkeit als im Interesse der wirthschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Staates liegend zu erachten ist. Wir glauben diese Frage verneinen zu sollen, da der Staat die Wurzeln seiner Kraft hauptsächlich in der, aus einer weitverzweigten gewerblichen und produktiven Thätigkeit hervorgehenden Prosperität seiner Angehörigen zu erblicken hat. Diesem Grundsatz freilich stellt sich der Staatssozialismus entgegen, wie die in seinem Gefolge immer stärker auftretende traurige Erscheinung, daß Mißgunst, Angriffe und Verhöhnung sich gegen alle Diejenigen, Personen oder Unternehmungen, richten, die, wenn auch in ernster redlicher Arbeit, ihre produktive Thätigkeit lohnend und gewinnbringend zu gestalten wissen. Daß damit aber nur den unveröhnlichen Feinden der bestehenden Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung die Wege geebnet werden, wird von den meisten nicht erkannt.

„Wohin schließlich die Bestrebungen auf Verstaatlichung des Versicherungswesens führen, sollten die Antragsteller doch wohl erkennen, wenn sie wahrnehmen, wie dieses Streben den vollen Beifall und die Unterstützung der Sozialdemokraten in der Kammer der Abgeordneten gefunden hat.

„Wir gestatten uns an die hohe Kammer der Reichsräthe die Bitte zu richten, diesem Streben auch im Interesse der privatwirthschaftlichen Thätigkeit im Versicherungswesen einen festen Damm entgegen zu setzen.“

Die Kammer der Reichsräthe ging in ihrer Sitzung vom 29. April 1896 über den Antrag auf Verstaatlichung der Mobiliarversicherung in der Erwägung zur Tagesordnung über, daß die Privatversicherungen genügen.

Ablehnung des Antrags auf Verstaatlichung der Mobiliarversicherung.

Daß mit diesem Beschluß der Reichsrathskammer die Frage der Verstaatlichung der Mobiliarversicherungen in Bayern abgeschlossen sein sollte, dürfte nach den bisher gemachten Erfahrungen zu verneinen sein.

Unter den in Bayern obwaltenden Verhältnissen auf dem Gebiete des Feuerversicherungswesens mußte der in anderen Bundesstaaten angeregte Gedanke, die privaten Gesellschaften zu den kommunalen Kosten des Feuerlöschwesens heranzuziehen, auf fruchtbaren Boden fallen. Er wurde denn auch im Jahre 1894 seitens einer Anzahl bayerischer Kommunen aufgegriffen und in die Praxis umzusetzen gesucht. Am 31. Juli 1894 eröffnete das Ministerium des Innern dem Verbande, daß sich die Magistrate von neun unmittelbaren bayerischen Städten mit der Bitte an das Ministerium gewendet hätten, durch Gesetz oder Verordnung die in Bayern zugelassenen Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu den Kosten des gemeindlichen Feuerlöschwesens heranzuziehen. Gleichzeitig übermittelte das Ministerium die betreffenden zum Theil ausführlich begründeten Eingaben der neun Magistrate dem Verbande mit der Aufforderung, eine Erklärung abzugeben, welche Stellung die Gesellschaften diesem Antrage gegenüber einnahmen.

Beiträge zu den Feuerlöschkosten.

Der Verband beschloß auf seiner 60. Generalversammlung (Oktober 1894), die Forderung der Magistrate in der gleichen Weise abzulehnen, wie er dies gegenüber derselben Forderung des Magistrats der Stadt Frankfurt a. M. in der unterm 28. Februar 1893 an das preußische Abgeordnetenhaus gerichteten Vorstellung gethan hatte.

Im Uebrigen verwies der Verband in seiner diesem Beschluß entsprechenden, vom 15. November 1894 datirten Erwiderung an das bayerische Ministerium auf Folgendes:

Seit dem Jahre 1863 wird auf Grund des damaligen Landtagsabschieds zur „Gewinnung der Mittel für Remunerirung der mit der Kontrolle der Privat-Versicherungs-Anstalten betrauten Brandversicherungs-Inspektoren“ ein jährlicher Beitrag von den privaten Gesellschaften in Höhe von 1 Prozent ihrer Prämieeneinnahme in Bayern erhoben. Dieser Beitrag wird auch heute noch, obgleich seit den 70er Jahren jene Nebenaufgabe der Brandversicherungs-Inspektoren gesehlich beseitigt ist, ohne eigentlichen Rechtsgrund weiter eingefordert und nach den Erklärungen der Regierung regelmäßig dem Fonds zur Unterstützung verunglückter Feuerwehrleute, sowie der Förderung des Feuerlöschwesens zugewendet. Zu dieser staatlichen Abgabe kommen noch — abgesehen von Gewerbe- und Einkommensteuer — in nicht unerheblichem Maße freiwillige Beiträge, welche die Gesellschaften sowohl im eigenen Geschäftsinteresse, als auch im Interesse der Versicherten aufwenden. Im Jahre 1891 beliefen sich diese freiwilligen Spenden von den 17 Gesellschaften des Verbandes in Bayern auf 129 250 Mark, im Jahre 1890 auf 134 380 Mark. Da nun insgesamt 26 private Feuerversicherungs-Gesellschaften im Königreiche thätig sind, so erhöhen sich obige Summen noch um ein Beträchtliches. Hierzu gesellt sich dann die einprozentige Abgabe, welche gegenwärtig jährlich ca. 65 000 Mark betragen wird, sodaß also im Ganzen die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften in Bayern mehr als 200 000 Mark zu den Kosten des Löschwesens beisteuern. Dahingegen wurden von der staatlichen Immobilienversicherungs-Anstalt für gemeinnützige Zwecke, in denen auch die Zuwendungen für Wasserversorgung und Aehnliches enthalten sind, im Jahre 1891 376 684 Mark und 1890 280 812 Mark aufgewendet, oder nach dem Durchschnitt mehrerer Jahre 313 000 Mark für jedes Jahr. Diese Summe wäre demnach zur Fürsorge für verunglückte Feuerwehrleute und deren Hinterbliebenen — die das in Frage kommende Gesetz an erster Stelle nennt — zur Förderung des Feuerlöschwesens und zu Zuschüssen für den Bau von Wasserleitungen und ähnlichen Anlagen disponibel. Wenn nun selbst die Staatsanstalt zwei Drittel dieser Summe, also ca. 200 000 Mark für das Löschwesen aufwendet, so würde dies erst annähernd den von den Privatanstalten zu demselben Zweck gemachten Aufwendungen gleichkommen, nämlich in der Annahme, daß den Privatanstalten nicht auch noch die Lasten für

die anderen gemeinnützigen Zwecke zugemuthet werden sollen. Dazu kommt, daß das Beitragsverhältniß der beiden Betriebsarten, relativ genommen, durchaus nicht gleich ist, sondern daß die Leistungen der Privatanstalten relativ höher sind, als die der Staatsanstalt, immer vorausgesetzt, daß letztere wirklich 200 000 Mark beisteuert. Das Geschäft der Mobiliarversicherung, dessen Feuerrisiko zu dem des Immobilien sich durchschnittlich wie 3:2 verhält, erfordert einen viel bedeutenderen Aufwand von Verwaltungs- und Betriebsunkosten als die Gebäudeversicherung. Nach der „Zeitschrift des Königl. Bayerischen Statistischen Bureaus“, XXV. Jahrg. Nr. 3, gestaltete sich jenes Verhältniß für Bayern noch ungünstiger. Es ergaben sich bei der staatlichen Gebäudeversicherung im Rechnungsjahre 1890/91 im Königreiche 1990 Brandschadenregulierungsfälle (im Vorjahre 1840), bei der privaten Mobiliarversicherung dagegen 3357 (im Vorjahre 3403). Allerdings kann dem entgegengehalten werden, daß sich die Entschädigungen der Gebäudeversicherung für Brandfälle im Jahre 1891 auf 3 893 502 Mark (Vorjahr 3 632 217 Mark), die der Mobiliarversicherung nur auf 2 590 742 Mark (Vorjahr 2 824 608 Mark) beliefen; diesem Mehrbetrag stehen aber gegenüber die durch die bedeutend größere Zahl der Brandfälle erhöhten Kosten der Regulierungsarbeit und die oft vergeblich gebrachten Opfer bei der Acquisition, die mit der Mobiliarversicherung verbunden sind, wie jeder mit den einschlägigen Verhältnissen Vertraute zugeben wird.

Mit dem Hinweis auf diese und eine Reihe anderer Gründe ersuchte der Verband das Ministerium, die Petitionen der neun Magistrate abschlägig zu bescheiden.

Das bayerische Ministerium scheint diesem Ersuchen zunächst keine Folge gegeben zu haben; es erklärte vielmehr dem Verbande, daß für Bayern die Frage der Berechtigung und Zweckmäßigkeit der Beiträge der Gesellschaften zu den gemeindlichen Löschkosten keine offene mehr, sondern dadurch bereits entschieden sei, daß gemäß Art. 89 des Brandversicherungsgesetzes vom 3. April 1875 in der Fassung des Gesetzes vom 5. Mai 1890 von der Gebäude-Brandversicherungs-Anstalt jährlich 5 Prozent des gesammten regelmäßigen Jahresbeitrages dem Königl. Staatsministerium des Innern zur Unterstützung verunglückter Feuerwehrmänner und deren Hinterbliebenen, sowie zur Förderung des Feuerlöschwesens (einschließlich der Wasserversorgung

der Gemeinden) zur Verfügung zu stellen seien. Ganz die gleichen Gründe sprächen aber der Natur der Sache nach dafür, daß auch die Mobiliar-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu dieser öffentlichen Last herangezogen würden, wie denn bereits im § 57 des Allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 29. April 1869 (Ges.-Bl. S. 837) ein dahin zielender Antrag von den beiden Kammern des Landtages gestellt und demselben, soweit thunlich, geeignete Berücksichtigung zugesichert worden sei. Auf Grund des § 41 Ziffer 2 des angeführten Landtagsabschiedes hätten jene Gesellschaften, welchen nicht bei ihrer Konzessionirung eine eventuelle Gewinnabgabe auferlegt sei, zur Be-
 streitung der Kosten der Kontrolle der Mobiliarversicherungen einen Beitrag von 1 Prozent ihrer jährlichen Brutto-Prämieeneinnahme in Bayern zu entrichten, dessen für den angegebenen Zweck nicht erforderliche Ueberschüsse schon bisher zur Förderung des Feuerlöschwesens verwendet worden wären. Die nähere Erörterung der Angelegenheit nahm das Ministerium für die auf den Juni 1895 festgesetzten Versammlungen mit den Delegirten der in Bayern zugelassenen Gesellschaften in Aussicht. Bei jenen Verhandlungen hat sich das Ministerium jedoch, wohl in Anbetracht der von den Gesellschaften ohnedies gemachten Zugeständnisse, damit begnügt, von den Ablehnungsgründen der Gesellschaften Kenntniß zu nehmen.

Private
 Unterstützungs-
 vereine für
 Brandfälle.

Schließlich ist an dieser Stelle noch eine besondere Eigenthümlichkeit des bayerischen Versicherungswesens zu erwähnen, mit welcher der Verband sich zu beschäftigen hatte. Es bestehen in einer Anzahl bayerischer Regierungsbezirke, wie übrigens auch in Thüringen, Privat-Unterstützungsvereine für Brandfälle. Derartigen Vereinen kann nur dann eine gemeinnützige Thätigkeit nicht abgesprochen werden, wenn sie genau an dem Zwecke festhalten, ihren Mitgliedern eine mäßige Beihilfe zur Ausgleichung jenes Theiles eines Brandschadens zu gewähren, welcher durch vorhandene Immobilien- oder Mobiliarversicherung keine Deckung findet. Die privaten Gesellschaften machten aber bei Brandschadenregulirungen die Beobachtung, daß Unterstützungsvereine ihren Mitgliedern eine willkürlich bemessene Brandentschädigung gewährten, die vielfach den wirklich erlittenen Schaden überstieg und somit zu einem Gewinn für den Versicherten führte. Daß hierdurch die bezeichneten Vereine, wenn auch unbeabsichtigt, der auf Erzielung eines pekuniären Vortheiles gerichteten

Brandstiftung Vorschub leisteten, ist augenfällig; außerdem unterstützte diese Meinung die Thatsache, daß in einigen Bezirken, deren Unterstützungsvereine als besonders freigebig in der Bewilligung von Beihilfen bekannt waren, auffallend häufig Brandschäden vorkamen. Im Uebrigen verstieß das bei den Unterstützungsvereinen übliche Verfahren gegen das im Art. 100 des Polizeistrafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871 ausgesprochene Verbot der Ueber- und Doppelversicherung.

Die den bayerischen Verhältnissen am nächsten stehende Verbands-gesellschaft, die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, hatte das Ministerium im Jahre 1894 auf diese Seite der Thätigkeit der Unterstützungsvereine aufmerksam gemacht und dadurch den Anstoß zu der Ministerial-Verfügung vom 6. November 1894 gegeben, durch welche die Distrikts-Polizeibehörden angewiesen wurden, die Verhandlungen der Unterstützungsvereine über die Schadenserhebungen und die Festsetzung der Beihilfen an brandbeschädigte Vereinsmitglieder einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen, damit die Leistung willkürlicher und übermäßiger Beiträge seitens der Vereine thunlichst hintangehalten und die Vereine auf ihre eigentliche Bestimmung als Unterstützungsvereine beschränkt werden.

Diese Verfügung war aber nach den Erfahrungen der Gesellschaften nicht in allen Fällen von dem gewünschten Erfolge begleitet gewesen. Namentlich leisteten Unterstützungsvereine an brandbeschädigte Mitglieder Beihilfen, ohne daß vorher besondere Verhandlungen über die Schadenserhebung stattgefunden hatten bezw. bevor bei versicherten Mitgliedern seitens der Versicherungsanstalten die Höhe des Schadens und der Entschädigung festgestellt worden war. In Folge dessen fehlte es nicht an Fällen, in denen Brandbeschädigten aus dem Brandereigniß ein unerlaubter Gewinn erwuchs. Aus diesem Grunde richtete der Verband unterm 4. August 1896 eine Vorstellung in der Angelegenheit an das bayerische Ministerium, in welcher er eine Anzahl ihm bekannt gewordener Fälle aufführte, in denen Unterstützungsvereine ohne Rücksicht auf die von der Königlichen Brandversicherungs-Anstalt bezw. einer Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaft ermittelten oder ausbezahlten Entschädigungen Beihilfe geleistet hatten.

Unter Bezugnahme hierauf beantragte der Verband beim Ministerium, die von ihm des Näheren dargelegten durch die Einrich-


tung der Unterstützungsvereine und die Handhabung der Satzungen derselben hervorgerufenen Mißstände dadurch abzustellen, daß seitens des Königlichen Staatsministeriums die Bestimmungen in den Satzungen der Unterstützungsvereine über die zu leistenden Unterstützungen einheitlich und von dem Gesichtspunkte aus normirt würden, daß der Brandbeschädigte, sofern er gegen Feuergefährdung versichert sei, durch die Leistung des Vereins und die Schadenszahlung der Versicherungsanstalt nicht über seinen effektiven Verlust entschädigt werde.

Damit aber eine trotzdem erfolgte Mehrleistung des Unterstützungsvereins nicht zu einer Bereicherung des Versicherten führe, beantragte der Verband des Weiteren, den Unterstützungsvereinen vorzuschreiben, den von ihnen bei einem Brandschadenfall zu leistenden Beitrag an den Beschädigten zunächst als ein diesem gewährtes Darlehen zu betrachten, bis die Regulirung des Brandschadens durch die Versicherungsgesellschaft beendet ist.

Ergebe sich dann, daß der Brandbeschädigte durch den Beitrag des Unterstützungsvereins zusammen mit der Entschädigung der Versicherungsgesellschaft mehr erhalten habe, als sein wirklicher Schaden betrage, so solle der Brandbeschädigte gehalten sein, das Plus an den Unterstützungsverein zurückzugewähren.

Bisher ist das bayerische Ministerium auf die Angelegenheit nicht zurückgekommen.





Verhältnisse in Sachsen.

In Sachsen besteht gleichwie in Bayern der Gebäudeversicherungs- und eine Landes-Brandversicherungs-Anstalt, welche die Versicherung der Immobilien bewirkt. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Versicherungsinstituten beider Staaten liegt darin, daß die sächsische Brandversicherungskammer die Aufsicht über das gesamte Versicherungswesen des Landes ausübt und nach dem Ministerium des Innern die höchste Instanz in Versicherungssachen bildet; alle bezüglichen Verfügungen des Ministeriums erfolgen durch die Kammer. Der bayerischen Staatsanstalt stehen diese Befugnisse nicht zu. Die Versicherung der Mobilien und der von der Versicherung bei der Landesanstalt ausgeschlossenen Immobilien ist auch in Sachsen den Privat-Versicherungsunternehmungen überlassen. Allerdings übernimmt, ähnlich wie in Bayern, die Landesanstalt die Versicherung von Maschinen und Geräthschaften, wofür eine eigene der Anstalt angegliederte Abtheilung besteht. Diese Abtheilung für Maschinen und Geräthschafts-Versicherung hat jedoch trotz des starken Rückhalts, den sie an der Immobilien-Anstalt findet, keine größere Bedeutung oder Ausdehnung zu erlangen vermocht. Die Ausübung des Mobiliar-Versicherungsgeschäftes wird den Privatgesellschaften in Sachsen nur dann gestattet, wenn die Regierung ihre Genehmigung hierzu erteilt hat. Daß die sächsische Regierung von ihrem mit der Konzessionirung der Privatversicherungs-Gesellschaften verbundenen Rechte nachhaltig Gebrauch macht, wird weiter unten wiederholt zu erwähnen sein.

Die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften liegen in Sachsen nur insofern etwas günstiger

als in Bayern, weil in Sachsen Versuche, die Mobiliarversicherung zu verstaatlichen, bei der Bevölkerung wenig Anklang fanden, auch fehlte es an einer einflussreichen politischen Partei, die geneigt gewesen wäre, diese Frage für ihre Zwecke auszunutzen. Die in Sachsen besonders ausgeprägte Neigung der Bevölkerung, auf allen möglichen Gebieten des Gesellschafts- und Verkehrslebens Vereine ins Leben zu rufen, hat sich auch auf dem Gebiete der Mobiliar-Feuerversicherung bemerkbar gemacht, nicht zum Schaden der Privatversicherungs-Gesellschaften, da hierdurch die Verbreitung der Versicherungsnahme eine wesentliche Förderung erfuhr. Auch heute noch scheint die Periode der Gründung von Feuerversicherungs-Verbänden in Sachsen, aber auch in anderen Bundesstaaten, nicht abgeschlossen, trotz der vielen trüben Erfahrungen, durch welche die Ausichtslosigkeit dieser gegen alle Versicherungsprinzipien verstoßenden kleinen Vereine in zahlreichen Fällen dargethan worden ist.

Löschkosten-Beiträge.

Der Verband als solcher hatte zum ersten Mal im Jahre 1885 für die Interessen seiner in Sachsen zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Mitglieder einzutreten, als die Regierung erwog, ob die von der Landesbrandanstalt und den Privatgesellschaften nach dem Gesetz vom 25. bezw. 28. August 1876 zu leistenden Beiträge an die Orts-Feuerlöschkassen zu erhöhen seien. Daß die Privatgesellschaften in Sachsen überhaupt zu derartigen Leistungen herangezogen wurden, fand seine allerdings recht lückenhafte Begründung in der Entwicklung des Feuerversicherungswesens in Sachsen. Die in ihren Anfängen weit in das vorige Jahrhundert zurückreichende staatliche Anstalt war zunächst lediglich eine Unterstützungsanstalt gewesen. Im Laufe der Jahre hatte sie mehr und mehr den Charakter einer Versicherungseinrichtung erhalten, aber erst durch das oben erwähnte Gesetz vom 25. August 1876, die Landes-Immobilien-Brandversicherungsanstalt betreffend, wurde das Unterstützungsprinzip endgültig beseitigt.

Dieses Unterstützungsprinzip einerseits und die Eigenschaft der Anstalt als einer staatlichen in Verbindung mit dem Versicherungszwang andererseits mochte es berechtigt erscheinen lassen, daß ein Theil der von sämtlichen Gebäudebesitzern zu leistenden Versicherungsgebühren für das Feuerlöschwesen Verwendung fand. Die für die Staatsanstalt vom wirtschaftlichen Standpunkt aus immerhin

noch zu begründende Abgabe legte die Regierung nun auch den Privatgesellschaften bei deren Konzessionirung auf, selbstverständlich ohne ihnen die Rechte der staatlichen Anstalt zu gewähren. Mit anderen Worten, sie belegte den Gewerbebetrieb der Mobiliar-Feuerversicherung in Sachsen mit einer Sondersteuer. Auch nach Aufhebung des Unterstützungsprinzips der öffentlichen Anstalt wurde sowohl hinsichtlich dieser als der privaten Gesellschaften an der Abgabe festgehalten, die in einem bestimmten Verhältniß den Orts-Feuerlöschkassen zufällt. Während aber die Beiträge der öffentlichen Anstalt naturgemäß aus der Gesamtsumme der von ihren Mitgliedern erhobenen Versicherungsbeiträgen entnommen werden, ordnet das Gesetz vom 28. August 1876 betreffend das Mobiliar- und Privat-Feuerversicherungswesen (§ 18) an, daß die Privatgesellschaften sich die Beiträge nicht von den einzelnen Versicherten erstatten lassen dürfen. Das Gesetz überläßt es somit den Gesellschaften, ob sie aus ihrer eigenen Tasche oder von den Versicherten anderer Bundesstaaten (bei Gegenseitigkeitsgesellschaften ist nur der letztere Fall möglich) die Mittel nehmen wollen, um die Feuerlöscheinrichtungen im Königreich Sachsen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen verbessern zu helfen.

Diese Beiträge, die von den Privatgesellschaften in demselben Verhältniß zu leisten sind, wie von der staatlichen Anstalt, beabsichtigte die sächsische Regierung, wie oben gesagt, zu erhöhen, und zwar folgte sie damit einer seitens der Stände gegebenen Anregung, die ihrerseits lediglich im Interesse der Kommunen handelten. Den Kommunen mußte es natürlicherweise höchst erwünscht sein, die Lasten für das Feuerlöschwesen möglichst ganz auf andere Schultern abzuwälzen und die Feuerversicherung die Kosten für Einrichtungen tragen zu lassen, die nicht den Feuerversicherungs-Unternehmungen zu Liebe, sondern zum Schutz von Eigenthum und Leben der versicherten wie nichtversicherten Gemeindeangehörigen getroffen werden müssen und deshalb als öffentliche Einrichtungen auch aus öffentlichen Mitteln zu unterhalten sind.

Der Verband machte mit einer Eingabe vom 4. Februar 1885 den Versuch, das sächsische Ministerium von seiner Absicht abzubringen, diese an sich nicht zu rechtfertigende Beitragslast der Privatgesellschaften noch weiter zu erhöhen, hatte jedoch keinen Erfolg damit.

Die Erhöhung der Beiträge wurde durch das Gesetz vom 18. Oktober 1886, betreffend eine Ergänzung und Abänderung der §§ 18 und 19 des Gesetzes über das Mobiliar-Feuerversicherungswesen vom 28. August 1876 eingeführt. Das Gesetz bedrückt aber die Privatgesellschaften nicht nur durch die Auferlegung der Beiträge an sich, sondern auch durch die mit der Abführung derselben verbundenen unverhältnismäßigen Kosten und Mühen. Es bestimmt nämlich, daß die Beiträge nach Prozenten der Prämieeneinnahmen aus jedem Ort zu berechnen und von den Gesellschaften an die betreffenden Gemeinden, bezw. an die selbstständigen Güter und Fabriketablissemments, die ebenfalls gesetzlichen Anspruch auf die Feuerlöschbeiträge haben, zu zahlen sind. Gesellschaften mit ausgedehntem Geschäftsbetrieb müssen also in Sachsen an Tausende verschiedener Stellen die Beiträge abführen, wobei ein beträchtlicher Aufwand an Porto entsteht. (10 Pfennig für Sendung des Versicherungsverzeichnisses für den betreffenden Ort, 20 Pfennig für Posteingahlung, 10 Pfennig für Quittung).

In hunderten von Ortschaften haben die Gesellschaften eine so unbedeutende Zahl von Versicherungen laufen, vielleicht eine einzige, daß dementsprechend die Löschkostenbeiträge nur wenige Pfennige ausmachen, und somit die Kosten für Abführung des Beitrags oft höher sind, als der Beitrag selbst.

Dieser auffallende Mißstand veranlaßte den Verband im Jahre 1888, das Ministerium durch die Brandversicherungskammer um Abhilfe zu ersuchen. Der Verband führte dabei in seiner Vorstellung an die Kammer als schlagendes Beispiel an, daß eine zu ihm gehörende Gesellschaft in dem abgelaufenen Jahr von Einzelbeträgen bis zu 50 Pfennig an 645 Ortschaften im Ganzen 160 Mark 76 Pfennig zu zahlen hatte, woraus ihr Gesamtkosten in Höhe von 258 Mark erwachsen waren; daß ferner dieselbe Gesellschaft an 337 Ortschaften Beiträge zwischen 50 Pfennig und 1 Mark, im Ganzen 265 Mark 15 Pfennig abzuführen hatte und hierfür 134 Mark 80 Pfennig an Porto zu zahlen waren, sodaß einer Beitragsleistung an 982 Ortschaften in Höhe von 425 Mark 91 Pfennig ein Kostenaufwand von 392 Mark 80 Pfennig oder 92 Prozent entgegenstand. Hierzu treten noch die den Vertretern der Gesellschaften erwachsende Arbeitslast und die hierfür zu zahlende Vergütung. Um einigermaßen

einen Ausgleich dieser Abnormität herbeizuführen, beantragte der Verband in seiner Eingabe, es möge den Gesellschaften gestattet werden, am Anfang eines jeden Jahres die Beiträge für die Landgemeinden in einer Summe an die betreffenden Amtshauptmannschaften zu zahlen.

Das sächsische Ministerium des Innern ging auf diesen Antrag nicht ein, wie die Brandversicherungskammer unter dem 22. Mai 1888 dem Verbande mittheilte. Das Ministerium erkannte wohl an, daß den Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften aus den in Rede stehenden Bestimmungen wegen Abführung der Beiträge zu den Ortsfeuerlöschkassen gewisse Unbequemlichkeiten und Unkosten erwachsen, erklärte aber, da bei Genehmigung des Gesuches die fraglichen zur Beschwerde gezogenen Arbeiten und Unkosten nicht sowohl in Wegfall kommen, sondern in der Hauptsache nur von den Schultern der Gesellschaften auf die der Kreishauptmannschaften abgewälzt werden würden, liege zu einer solchen Maßregel, die lediglich im Interesse der Gesellschaften und zu Ungunsten der staatlichen Behörden und der Staatskasse getroffen werden würde, keine genügende Veranlassung vor.

Bei diesem Standpunkt des Ministeriums mußte es aussichtslos erscheinen, wenn der Verband gegen eine abermalige, durch Gesetz vom 5. Mai 1892 erfolgte theilweise Erhöhung jener von den privaten Gesellschaften zu leistenden Beiträge Schritte gethan hätte. Er begnügte sich deshalb damit, im November des Jahres 1892 die Brandversicherungskammer bezw. das Ministerium zu ersuchen, die Frist für Abführung der Beiträge, die durch das Gesetz auf den Monat Januar beschränkt war, bis Ende des Monats Februar auszuweiten. Diesem Gesuch entsprach das Ministerium durch die Verordnung vom 8. Dezember 1892 (S. 535 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1892).

Von der in der Mitte der achtziger Jahre lebhaft auftretenden Bewegung zur Verstaatlichungsströmung, durch welche das Mobiliar-Feuerversicherungswesen in Bayern so nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen wurde, blieb auch das Königreich Sachsen nicht ganz verschont. Während in Bayern die Ultramontanen der Bewegung Vorschub leisteten,

Verstaatlichung
der Mobiliar-
versicherung.

waren es in Sachsen die Sozialdemokraten, die die Initiative ergriffen. Die Abgeordneten von Vollmar und Genossen stellten im Jahre 1885 in der zweiten sächsischen Kammer den Antrag auf Verstaatlichung des Mobiliar-Feuerversicherungswesens. Die Kammer lehnte in ihrer Sitzung vom 9. Dezember 1885 den Antrag zwar ab, die vorausgehenden Kammervershandlungen zeigten aber, wie sehr auch ein Theil der sächsischen Volksvertreter von dem gegen die privaten Versicherungsunternehmen gerichteten Zug der Zeit ergriffen worden waren.

Beschwerden
über die Privat-
Gesellschaften.

Ganz in demselben Stil, wie im bayerischen Landtage, wurden in der sächsischen Kammer Klagen und Anschuldigungen gegen die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften erhoben, dabei aber ebenso wenig wie dort thatsächliche Vorkommnisse angeführt, sodaß den Gesellschaften auch hier keine Handhabe zu thatsächlichen Berichtigungen geboten wurde. Die Klagen über Mangel an Versicherungsgelegenheit besonders für Risiken mit weicher Dachung führten die Kammer zu dem Beschluß, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Privatanstalten sich der Verpflichtung zur Annahme von Mobiliar unter weicher Dachung bis zur Höhe von mindestens 5 Prozent der bei der betreffenden Versicherungsanstalt im Lande laufenden Versicherungen gegen die geordnete Prämie nicht entziehen. (Diese Verpflichtung ist den in Sachsen konzessionirten Gesellschaften durch § 7 unter 9 der Ausführungsverordnung vom 30. November 1876 aufgelegt.)

Die sächsische Regierung sagte zu, auf thunlichste Abstellung der Klagen baldigst Bedacht nehmen zu wollen, trat der Ausführung dieser Absicht aber erst Anfangs 1887 näher, also kurz nachdem die Ende 1886 zu Stande gekommene Vereinbarung in Bayern zwischen der dortigen Regierung und den in Bayern arbeitenden Gesellschaften wegen der Zugeständnisse an die bayerischen Versicherten bekannt geworden war. Die Rückwirkung der bezüglichen Verhandlungen im bayerischen Landtag auf das Verhalten der sächsischen Kammer hatte ebenso wenig ausbleiben können, wie das Betreten desselben Weges, den die bayerische Regierung eingeschlagen hatte, seitens der sächsischen Regierung.

Das sächsische Ministerium bezog sich deshalb auch direkt auf die seitens der Gesellschaften in Bayern gemachten Zugeständnisse,

als es unter dem 12. Februar 1887 durch die Brandversicherungs-
kammer den Verband aufforderte, in Verhandlungen über analoge
Konzessionen für die sächsischen Versicherten mit ihm einzutreten.
Als Gegenstand der Verhandlungen legte das Ministerium seine
Wünsche dem Verbande mit folgenden Motivirungen vor:

Ministerial-
Rescript vom
12. Februar
1887 an den
Verband.

„1. Im Königreich Sachsen gebe es zwar keine sogenannten
gemiedenen Gegenden oder Ortschaften wie in Bayern, dafür aber
noch eine große Anzahl gemiedener Risikos, namentlich Versicherungen
unter weicher Dachung. Die in Sachsen konzessionirten Feuerver-
sicherungs-Anstalten suchten sich der bestehenden Vorschrift zu ent-
ziehen, nach welcher sie von solchen Versicherungen bis zur Höhe
von mindestens 5 Prozent des Betrags ihrer im Königreich Sachsen
laufenden Versicherungen zu übernehmen hätten, wie die Thatsache
beweise, daß von 28 meist schon seit vielen Jahren konzessionirten
Feuerversicherungs-Anstalten nur 8 die geforderten 5 Prozent Ver-
sicherungen unter weichem Dache erreicht, beziehentlich überschritten
hätten, die übrigen Anstalten aber mit Versicherungen unter weicher
Dachung in dem Werthe von zusammen 65 Millionen Mark sich
noch im Rückstande befänden. Selbst wenn jedoch der gedachten
Vorschrift allenthalben Rechnung getragen worden sein sollte, bliebe
an ungedeckten Risikos unter weichem Dache, namentlich solcher der
ärmeren Klassen, ein ansehnlicher Theil übrig.

Gerade diese Bevölkerungsklasse würde durch den Ausschluß
ihrer Versicherungen in Folge grundsätzlicher Ablehnung oder über-
mäßiger Prämienforderung schwer getroffen. Es sei deshalb das
hiermit vom Ministerium gestellte Verlangen, daß die Versicherungen
unter weichem Dache ohne Beschränkung auf einen gewissen Prozent-
satz, also im Allgemeinen sämmtlich, von den Privat-Feuerver-
sicherungs-Anstalten angenommen werden, als sehr wohl begründet
zu bezeichnen.

2. Selbstverständlich würde der Ausschließung gewisser, als
objektiv oder subjektiv unannehmbar anzuerkennender Versicherungen
ein allgemeines Bedenken nicht entgegengestellt werden, und demnach
es sich nur um Feststellung dieser unannehmbaren Versicherungen
handeln, in welcher Beziehung geeigneten Vorschlägen von Seiten
der Versicherungsgesellschaften, sowie zugleich

3. einer Erklärung darüber entgegengesehen werde, ob es nicht,

wie die Königliche Brandversicherungskammer anzunehmen geneigt sei, namentlich nach der ins Auge gefaßten Gestaltung der Sache sich empfehle, von dem Modus der sogenannten Selbstversicherung überhaupt künftighin gänzlich abzusehen.

4. Weiter dürften von den Gesellschaften ebenso wie in Bayern Zugeständnisse hinsichtlich der Prämiensätze, der Nebenkosten, sowie der landwirthschaftlichen Versicherungen zu bewilligen sein.

Rückäußerung
des Verbandes.

Ueber das Reskript der sächsischen Brandversicherungskammer berieth der Verband auf seiner außerordentlichen Generalversammlung vom 15. März 1887 und beschloß, eine eingehende Erörterung der fraglichen Angelegenheit der Brandversicherungskammer zu unterbreiten. In dieser unter dem 14. April 1887 abgefertigten Eingabe erklärte sich der Verband bereit, zum Zwecke der Auffuchung von Mitteln und Wegen, behufs Abstellung der im Königreich Sachsen über Mängel des Privat-Feuerversicherungswesens hervorgetretenen Klagen, in Verhandlungen mit der Brandversicherungskammer einzutreten, und auch die Heranziehung der außerhalb des Verbandes stehenden, zum Geschäftsbetriebe in Sachsen zugelassenen Gesellschaften zu denselben zu vermitteln. Die Gesellschaften seien willens, allen Anforderungen, die billiger Weise an sie gestellt werden könnten, zu genügen und scheuten vor Opfern, die gebracht werden müßten, um zu einem gedeihlichen Ziele zu gelangen, nicht zurück. Vor Eintritt in die Verhandlungen hielten sie es für angezeigt, ihren Standpunkt zu den in dem Reskript aufgeworfenen Fragen im Allgemeinen klarzulegen.

Zu diesem Behufe gab die Verbandseingabe zunächst einen Ueberblick über die Entstehungsweise und die Ursachen der Agitation gegen die Privatgesellschaften in Preußen, Bayern und Sachsen. Sodann erklärte die Eingabe hinsichtlich der in der sächsischen Kammer gegen die Gesellschaften vorgebrachten Anschuldigungen, daß, wenn diese begründet wären, man annehmen müßte, daß alle die für das Mobiliarfeuerversicherungswesen angeordneten Aufsichtsmaßregeln wirkungslos und unnütz seien. Denn nirgendwo bestche eine schärfere Gesetzgebung über den privaten Feuerversicherungsbetrieb als im Königreich Sachsen; nirgendwo finde eine strengere Beaufsichtigung der Versicherungsgesellschaften statt. Die Zulassung derselben zum Geschäftsbetriebe hänge von einer Konzession ab, welche nur auf Grund umfassender Nachweise

ertheilt werde. Die Versicherungsbedingungen unterlägen der Genehmigung der Königlichen Staatsregierung. Der Abschluß der Versicherungsverträge sei an strenge Vorschriften gebunden, jeder einzelne Abschluß werde ebenso wie jede Auszahlung einer Brandentschädigung behördlich kontrollirt. Es wäre doch wunderbar, wenn bei solchen Umständen unter den Augen der Behörden so krasse Mißstände im Privatversicherungsbetriebe sich geltend machen könnten, wie von einigen Rednern in der zweiten Kammer behauptet worden sei, und es wäre wunderbar, wenn über diese Mißstände nicht massenhafte Beschwerden an das Königliche Staatsministerium und die Königliche Brandversicherungskammer gelangt sein sollten. Im Uebrigen erscheine es überflüssig, auf solche von Uebelwillen, Unkenntniß und Urtheilslosigkeit eingegebene, beweislos hingestellte, die gesammten Vertreter der Privatgesellschaften als Betrüger brandmarkende Anschuldigungen näher einzugehen; es seien im Ganzen die nämlichen Anschuldigungen, welche seiner Zeit in Bayern vorgebracht worden sein. Der Verband habe letztere in seiner Eingabe an das Königlich bayerische Ministerium des Innern vom 31. Juli 1885 entkräftet und verweise auf diese Widerlegung.

Ein Vorwurf müsse jedoch noch zurückgewiesen werden, nämlich der, daß der Verband ein Ring sei, der eine gemeinsame Redaktion der Allgemeinen Versicherungsbedingungen und anscheinend auch bewirkt habe, daß über die Grundlagen der Prämienbemessung erhebliche Abweichungen nicht vorkämen. In diesem Vorwurf, wonach also die Verbandsgesellschaften eine festgeschlossene Macht seien, der gegenüber die versicherungnehmende Bevölkerung völlig machtlos erscheine, sei nur richtig, daß die am Verbande theilhabenden Aktiengesellschaften ihre Allgemeinen Versicherungsbedingungen gleichmäßig gestaltet haben. Wenn diese Maßregel als gegen das versichernde Publikum gerichtet hingestellt werde, so sei das grundfalsch und vielmehr das Gegentheil richtig. Sie habe den Zweck, die Verwirrung, welche für das Publikum aus der bunten Mannigfaltigkeit der Versicherungsbedingungen der einzelnen Gesellschaften entstehe, zu beseitigen, sowie den Mangel eines einheitlichen bürgerlichen Rechts für Deutschland durch die Verbindung einer größeren Anzahl von Privatgesellschaften zu gleichartigen Vertragsgrundätzen zu ersetzen und mit Hilfe der darauf sich beziehenden Rechtsprechung das Versicherungsvertragsrecht sachgemäß

auszubilden. Unwahr sei es, daß der Verband eine Koalition zu gemeinsamer Festsetzung der Prämien bilde; er habe damit nichts zu schaffen. Ueberhaupt bestehe er nur zu dem Zweck des Austausches gemachter Erfahrungen, der Förderung der Versicherungswissenschaft, der Wahrnehmung gemeinsamer Interessen und in der letzterer Beziehung nicht zum Wenigsten zum Zwecke fortwährender Wachhaltung der Kenntniß von den im Laufe der Zeit in der Bevölkerung sich kundgebenden Bedürfnissen in Betreff des Versicherungswesens und der zeitgemäßen Fortentwicklung desselben. Der Satz, daß die Versicherungsgesellschaften eine Macht bildeten, gegen welche der Versicherte schutzlos sei, wäre richtiger umzudrehen. Für den Schutz der Versicherten sorge, abgesehen von dem Interesse, welches die Gesellschaften selbst an der Zufriedenstellung ihrer Versicherten hätten, die öffentliche Stimme, die bei fast jedem Schadensfall, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, für den Versicherten Partei ergreife, und sorgten außerdem die Gerichte und die Aufsichtsbehörden.

Seider scheine die Brandversicherungskammer die erhobenen Beschwerden über die angeblich mangelnde Fürsorge der Privatgesellschaften für Deckung des Versicherungsbedürfnisses der ärmeren Bevölkerung und namentlich derjenigen, die in Gebäuden mit weicher Dachung wohnten, ohne Weiteres als begründet anzuerkennen. Insbesondere habe sie erklärt, der auffallenden Mißachtung der bestehenden Vorschrift durch geeignete Maßnahmen nachdrücklichst entgegenzutreten zu wollen.

Die Verbandsgesellschaften erachteten sich durch die Unterstellung absichtlicher Umgehung der in Frage stehenden Vorschriften und durch die Bedrohung mit scharfen Maßregeln wegen dieser, ihrer Ansicht nach zur Zeit noch unerwiesenen Umgehung für beschwert. Sie machten keinen Unterschied zwischen armen und reichen Versicherten, sie schlossen grundsätzlich, wenn sie es nur mit ordentlichen und rechtlichen Leuten zu thun hätten, weder die Versicherungen der Habe der ärmeren Klasse, noch diejenigen der Habe unter weicher Dachung aus. Letzteres dürfe schon allein daraus hervorgehen, daß nach einer im Jahre 1886 aufgenommenen statistischen Zusammenstellung 16 dem Verbands angehörende Gesellschaften im Königreich Preußen 221 074 Versicherungen mit einer Gesamtsumme von 1 589 971 308 Mark unter weicher Dachung gehabt hätten. Daß ein grundsätzlicher Aus-

schluß der fraglichen Versicherungen auch in Sachsen nicht Platz greife, ergebe der Umstand, daß alle Privatgesellschaften Versicherungen unter weicher Dachung besäßen, und daß im Ganzen diese Versicherungen eine recht beträchtliche Summe ausmachten. Wenn einige Gesellschaften den vorgeschriebenen Satz von 5 Prozent nicht erreicht hätten, und einzelne mit ihren Antheilen an Versicherungen unter weicher Dachung stark im Rückstande seien, so möge solches in besonderen Umständen, namentlich aber daran liegen, daß ausführbare Versicherungsanträge nicht an sie herangetreten seien.

Was es mit dem Verlangen nach Versicherung thatsächlich für eine Bewandniß habe, zeige das Ergebniß der Versicherungsgemeinschaft in Bayern. Während man hätte erwarten müssen, daß gerade in der ersten Zeit nach dem durch die Enquête der bayerischen Regierung und die Kammerverhandlungen entstandenen Alarm und nach Erlaß der Bekanntmachung des bayerischen Ministeriums vom 10. Oktober 1886 über das getroffene Uebereinkommen mit den Privatgesellschaften der Andrang von Versicherungsanträgen aus der bekanntlich sehr beträchtlichen Zahl der sogenannten gemiedenen Orte massenhaft sein würde, sei nach siebenmonatlichem Bestehen der Gemeinschaft erst ein Versicherungsantrag und dieser nicht aus einem gemiedenen Orte, sondern auf Grund der sogenannten Generalklausel (unter II der ministeriellen Bekanntmachung) zur Ausführung gekommen.

Der Verband halte eine Untersuchung der Frage über den Mangel an Gelegenheit zur Versicherung der beweglichen Habe unter weicher Dachung für unerläßlich nothwendig, um zu einem richtigen Urtheil über die Sachlage zu gelangen und die rechten Wege zur Abhilfe etwa bestehender Mißstände zu finden.

Was die Uebertragung der in Bayern gemachten Zugeständnisse auf die sächsischen Versicherten betreffe, so sei die Forderung in dieser Allgemeinheit wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse unausführbar, denn einmal beständen in Sachsen keine gemiedenen Orte, für welche allein in Bayern die Zugeständnisse Anwendung fänden, und zweitens müßten die Gesellschaften in Sachsen ganz allgemein bis zu einem bestimmten Prozentsatz ihrer Gesamtversicherungssumme Risiken unter weicher Dachung annehmen. Die für landwirthschaftliche Versicherungen begehrten Zugeständnisse seien von den Verbandsgesellschaften ganz allgemein dem Deutschen Landwirthschaftsrath

gegenüber gemacht und fänden demzufolge bereits Anwendung auf die sächsischen Versicherten, weshalb sich Weiteres in dieser Beziehung wohl erledige.

Als geeignetsten Weg zur Herbeiführung einer Lösung sämtlicher von der Brandversicherungskammer aufgeworfenen Fragen schlug der Verband vor, daß im Wege der Vereinbarung zwischen der Brandversicherungskammer und den Gesellschaften ein Verfahren festgesetzt werde zur Regelung der Verpflichtung der Gesellschaften, Versicherungen bis zu 5 Prozent ihrer Versicherungssumme anzunehmen, und daß eine Instanz bestimmt werde, welche über Ablehnungsfälle und über Zuweisung berechtigt abgelehnter Versicherungen an andere Gesellschaften, die ihre 5 Prozent noch nicht erfüllt hätten, zu entscheiden habe. Außer auf die Erledigung dieser Punkte würden sich die Verhandlungen auch noch zu erstrecken haben auf Feststellung derjenigen Kategorie von Versicherungen, welche dem Uebereinkommen unterfallen sollen und dabei besonders auf die Maximalhöhe der einzelnen Versicherungssummen, auf Feststellung der Maximalgrenzen, innerhalb deren die einzelne Gesellschaft in dem betreffenden Orte engagirt werden könne, endlich auf Feststellung der Prämienätze für die der Vereinbarung unterliegenden Versicherungen. Mit der Herbeiführung derartiger Bestimmungen würde allen künftigen Beschwerden sicher abgeholfen sein.

Von der obligatorischen Selbstversicherung machten die Privatgesellschaften keinen allgemeinen Gebrauch; sie wendeten sie an in Fällen, wo eine Schärfung der Vorsicht des Versicherten im Umgehen mit Feuer und Licht, eine Mahnung an denselben zur Aufsicht über die versicherten Gegenstände geboten erscheine. In diesen Fällen habe die Maßregel sicher nichts Verwerfliches; sie diene dann nicht bloß dem Interesse der Gesellschaften, sondern auch der gemeinen Wohlfahrt. Der Fall, in welchem sie angewendet werde, treffe in der Regel nur einzelne, einer besonderen Gefahr ausgesetzte Gegenstände, oder einzelne Besitzer und höchstens ausnahmsweise einmal eine kleine Ortschaft, in welcher sich stark gehäufte, verdächtige Brandercheinungen gezeigt hätten. Die Gewährung der vollen Versicherung in solchen Fällen würde nach der Ueberzeugung der Verbandsgesellschaften das öffentliche Interesse gefährden, deshalb sei es wichtig, diese Bestimmung beizubehalten.

In Erwiderung auf diese Eingabe des Verbandes legte die Brandversicherungskammer unter dem 3. August 1887 nochmals ihren von den Ansichten der Gesellschaften vielfach abweichenden Standpunkt in der Sache dar und gab am Schlusse ihres Schreibens folgende Aufstellung von Punkten, auf die sich die Verhandlungen hauptsächlich zu erstrecken haben würden:

Forderungen
des
Ministeriums
betr.
Versicherung
von Risiken
unter weicher
Dachung.

„1. Auch diejenigen Feuerversicherungs-Anstalten, welche in Sachsen bereits Versicherungen von Gegenständen unter Stroh- oder Schindeldach bis zur Höhe von 5 Prozent des Betrages ihrer hier laufenden Versicherungen haben, können die Uebernahme weiterer Versicherungen unter dergleichen Bedachung in dem Falle nicht ablehnen, wenn sie bereits in einem Versicherungsverhältnisse mit demselben Besitzer stehen; sind mehr als eine Feuerversicherungs-Anstalt theilhaftig, so haben dieselben die Versicherung im Verhältnisse der Summen der bei ihnen versicherten Gegenstände zu übernehmen.

„2. Die Verweigerung der Annahme von Versicherungen unter weicher Dachung um deswillen, weil an den betreffenden Orten und Gegenden bereits Versicherungen unter weicher Dachung für die betreffende Anstalt in größerer Anzahl bestehen, ist unbeachtlich und unstatthaft.

„3. Die Ablehnung einer Versicherung unter Stroh- oder Schindeldach darf, insoweit solche nicht schon durch Ueberschreitung des Verhältnisses von 5 Prozent der Gesamtversicherung gerechtfertigt ist, nur aus Gründen, welche in Rücksichten des öffentlichen Wohles beruhen, erfolgen. Die Entscheidung darüber kommt im einzelnen Falle der Brandversicherungskammer zu, und ist derselben nachzugehen.

„4. Insoweit Feuerversicherungs-Anstalten nach der Vorschrift des § 7 sub g der Ausführungsverordnung vom 20. November 1876, oder nach den vorstehenden Bestimmungen, nicht zur Ablehnung weiterer Versicherungen unter weicher Dachung berechtigt sind, können denselben solche Versicherungen von der Brandversicherungskammer zugewiesen werden. Bei diesen Zuweisungen werden diejenigen Versicherungsanstalten ins Auge gefaßt, welche den geringsten Prozentsatz von Versicherungen unter weicher Dachung, oder welche nach dem Tage ihrer Konzeptionierung als die ältesten zu gelten haben.

„5. Die Annahme einer Versicherung unter Stroh- oder Schindeldach hat, insoweit nicht von dem Versicherungsnehmer selbst ein geringerer Werth beantragt ist, nach dem vollen Werthe der zu versichernden Gegenstände zu erfolgen, und bleibt das Verlangen der Uebernahme eines Theiles derselben zur sogenannten Selbstversicherung ausgeschlossen.

„6. An Prämien für Versicherungen unter weicher Dachung darf je nach Lage und Beschaffenheit der Gebäude nur erhoben werden:

a) in Orten mit vorwiegend harter Dachung 4—5 ‰,

b) in Orten mit vorwiegend weicher Dachung 5—8 ‰.

„Außerdem ist für Versicherungen bis zu 2000 Mark unter Festhaltung eines Minimalprämienfußes von 1 Mark eine Prämienermäßigung von 20 Prozent zu gewähren.

„Als Schreibgebühr darf bei allen Versicherungen, also nicht bloß bei solchen unter weicher Dachung, höchstens 1 Mark 50 Pfennig und bei Versicherungen unter 2000 Mark nur 1 Mark, für Prolongation aber nur 50 Pfennig erhoben werden. Sonst ist nur noch die Berechnung baarer Auslagen gestattet. Die Ertheilung von Veränderungsgenehmigungen erfolgt kostenfrei.“

Erklärung und
Vorschläge des
Verbandes.

Auf Grund vorstehend aufgeführter Punkte in Verhandlungen mit der Brandversicherungskammer einzutreten, hielt der Verband für verfrüht, da bei den zum Theil über das Maß des Erfüllbaren hinausgehenden Anforderungen an die Gesellschaften von vornherein die Aussicht auf Verständigung verschlossen schien. Der Verband unternahm es deshalb nochmals, nachdem die Angelegenheit auf der Generalversammlung vom November 1887 berathen worden war, der Brandversicherungskammer in einer am 15. Dezember 1887 abgefertigten Gegenäußerung die Motive der Gesellschaften für ihre Haltung und die Unerfüllbarkeit einzelner ihnen angemessener Zugeständnisse darzulegen. Namentlich betonte der Verband wiederum das Unzutreffende des Verlangens, den sächsischen Versicherten dieselben Konzessionen einzuräumen, wie den bayerischen, da die Verhältnisse in Sachsen mit denen in Bayern oder gar in anderen Staaten nicht in Vergleich gestellt werden könnten. Den Gesellschaften würden durch die in Sachsen geltenden, gesetzlichen Bestimmungen erheblich umfangreichere Arbeiten im Interesse öffentlicher Zwecke aufgebürdet, als dies anderswo der Fall sei. Zahlreich und kompliziert

seien die Arbeiten, welche das Gesetz vom 28. August 1876, das Mobiliar- und Privat-Feuerversicherungswesen betreffend, und die dazu ergangene Ausführungsverordnung den Privatgesellschaften in der bezeichneten Richtung auferlegten. Von jeder Antragsdeklaration sei ein Duplikat für die aufsichtführende Behörde anzufertigen, die den Versicherungsvertrag betreffenden Vorgänge dürften sich immer nur mit Zustimmung dieser Behörde abwickeln, und ihr müsse von jeder Police, jedem Prolongationschein, jeder Veränderungsgenehmigung eine vollständige Kopie übergeben werden. Abgesehen von den Schreibereien, welche mit der Abfertigung dieser Arbeiten verbunden seien, bedinge die Herbeiführung der Abstempelung der Dokumente eine nicht unbedeutende Korrespondenz mit den in ihrer Zuständigkeit für die Sache nach Lage und Art eines Risikos wechselnden Behörden oder zahlreiche Gänge zu denselben. Der Verband verweise ferner darauf, daß die Gesellschaften verbunden seien, der Brandversicherungskammer alljährlich eine summarische Nachweisung ihrer in jedem Orte des Königreiches laufenden Versicherungen mit Angabe der auf harte und weiche Dachung entfallenden Summen und der Zahl der Katasternummern, in denen eine Versicherung bestanden habe, einzureichen, eine Arbeit, die die fortlaufende Führung einer entsprechenden Kontrolle bedinge, und ebenso darauf, daß der Brandversicherungskammer nach Jahreschluß ein Verzeichniß der von jeder Gesellschaft im abgelaufenen Jahre bezahlten Brand- und Räumungsschäden einzureichen sei. Von den Abänderungen der Instruktionen der Gesellschaftsvertreter, der Tarife zc. seien seitens der Gesellschaften Anzeigen zu machen, die alljährlichen Rechnungsabschlüsse einzureichen, und keine Aufhebung, Translokation, Herabsetzung oder sonstige Veränderung einer Versicherung dürfe sich ohne Zustimmung resp. Benachrichtigung der aufsichtführenden Behörde vollziehen. Außerst beschwerlich seien die Arbeiten, welche erledigt werden müßten, um der gesetzlichen Vorschrift wegen Abführung der Orts-Feuerlöschklassen-Beiträge zu genügen. Hierbei komme in Betracht, wie mühevoll die Anfertigung der jeder einzelnen Behörde einzureichenden Verzeichnisse der Individualbeiträge für ihren Ort sei, und welche Schwierigkeiten und Arbeit die Abführung der Beiträge an Tausende von Behörden, sowie die Beschaffung

der Quittungen der letzteren über diese, oft nur wenige Pfennige betragenden Beiträge verursachen, und welche zum Theil ganz unverhältnißmäßigen Portoaussgaben mit der Erfüllung dieser gesetzlichen Erfordernisse verbunden seien. Auch schreibe das Gesetz vor, daß die Bücher der Agenten über die, das Feuerversicherungswesen betreffenden Geschäfte nach einzelnen Ortschaften getrennt und unter Beachtung verschiedener spezieller Erfordernisse zu führen seien, so daß auch hier nicht die Rücksicht auf das thatsächliche Bedürfniß der Gesellschaften und ihrer Vertreter maßgebend sein dürfe. Vor Auszahlung jeder Brandentschädigung müsse ein sogenanntes Unbedenklichkeitsattest der aufsichtführenden Behörde eingeholt werden. In keinem anderen Theile Deutschlands greife die staatliche Aufsicht so tief in die Details des Geschäftsbetriebes der Gesellschaften ein, erheische die Erfüllung der gesetzlichen Erfordernisse nach dieser Richtung ein so großes Maß von Arbeit, Mühe, und demgemäß von Geldaufwendungen, wie im Königreiche Sachsen.

Nachdem der Verband im Einzelnen die Forderungen der Brandversicherungskammer beleuchtet hatte, gab er, unter vollster Wahrung des ihm von seinen Prinzipien, wie von den praktischen Erfahrungen angewiesenen Standpunktes nochmals die ausdrückliche Erklärung ab, daß die dem Verbande angehörenden Gesellschaften Willens seien, jeglichem wirklich vorhandenen Versicherungsbedürfniß Abhilfe zu schaffen. Die Gesellschaften hätten deshalb beschlossen, sich bereit zu erklären, die ihnen von der Königlichen Brandversicherungskammer überwiesenen Risiken unter weicher Dachung unter gewissen Bedingungen zu übernehmen.

Der Verband schlage demgemäß der Brandversicherungskammer vor, daß sie die einzelnen Versicherungen unter weicher Dachung, welche in gewöhnlicher Weise keine Deckung finden sollten, den sämtlichen im Königreich Sachsen konzessionirten Feuerversicherungs-Gesellschaften nach einem feststehenden Turnus überweise. Die Verpflichtung zur Annahme könne jedoch so wenig, wie es in Bayern geschehen sei, unbegrenzt für alle Versicherungen unter weicher Dachung übernommen werden. Ausgenommen sollten zunächst sein Mühlen mit über Mark 10 000 Versicherungssumme und industrielle Etablissements aller Art. Sollte

sich indessen ergeben, daß bei diesen Arten von Risiken ein vorhandenes Versicherungsbedürfniß nicht Befriedigung finde, so würden die Verbandsgesellschaften bereit sein, nach näherer Verständigung mit der Brandversicherungskammer, die Mittel zur Befriedigung auch dieses Bedürfnisses zu suchen. Die Verpflichtung zur Annahme der Versicherung solle erst eintreten, wenn das betreffende Risiko nachweislich von zwei, im einzelnen Fall zu bezeichnenden Gesellschaften abgelehnt sei, und wenn es sich in objektiver und subjektiver Beziehung als annehmbar erweise.

Nach weiteren Vorschlägen über die Prämiensätze und Policekosten erklärte der Verband bezüglich der Selbstversicherung noch, daß lediglich die Natur der zur Versicherung beantragten Objekte entscheidend sei für die Frage, ob eine Selbstversicherung zu bedingen sei oder nicht; deswegen könne unter keinen Umständen in diesem Versicherungsmodus eine Verdächtigung oder Ehrverletzung irgend welcher Art erblickt werden.

In ihrer Erwiderung vom 5. Juni 1888 modifizierte die Brandversicherungskammer einige ihrer Forderungen, namentlich concedirte sie, daß eine Gesellschaft Versicherungen unter weicher Dachung über die gesetzlichen 5 Prozent hinaus nur dann zu übernehmen habe, wenn dieselben zu einer bereits versicherten und von dem Besitzer persönlich geleiteten, im gleichen Orte belegenen Wirthschaft gehörten. Andere Forderungen hielt die Brandversicherungskammer dagegen aufrecht und drohte, daß das Ministerium, falls kein annehmbares Resultat der Verhandlungen zu Stande komme, die von ihm nothwendig erachteten Bestimmungen im Wege der Verordnung durchzuführen würde.

Der Verband ließ sich hierdurch von der Vertheidigung seines guten Rechtes nicht abhalten, glaubte aber doch, um die Angelegenheit endlich zu einem Abschlusse zu bringen, der Brandversicherungskammer noch um einen Schritt weiter entgegenkommen zu sollen, und legte ihr unter dem 5. Dezember 1888 Propositionen in einer Fassung vor, die nunmehr die Zustimmung der Brandversicherungskammer fanden, wie dieselbe dem Verbande am 20. Februar 1889 mittheilte. Nachdem sodann die in Sachsen konzessionirten nicht zum Verbande gehörigen Gesellschaften sich zu denselben Zugeständnissen bereit gefunden hatten, fertigte die Brandversicherungskammer

Versicherungs-
gemeinschaft
der Privat-
gesellschaften
für Risiken
unter weicher
Dachung.

Kammer den Gesellschaften die mit Zustimmung des Ministeriums des Innern für sämtliche im Königreich Sachsen zum Geschäftsbetriebe zugelassenen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften endgültig festgestellten Bestimmungen unterm 9. August 1889 in zwei Exemplaren zu, von denen das eine mit einer Verpflichtungserklärung versehen der Kammer wieder zurückzusenden war.

Diese am 1. Oktober 1889 in Kraft getretenen Bestimmungen lauten:

I. Allgemeine Bestimmungen.

1. Dem Versicherungsnehmer die Bedingung einer sogenannten Selbstversicherung zu stellen, ist den zugelassenen Privat-Feuerversicherungsanstalten nur gestattet, wenn eine außergewöhnliche Vorsicht des Versicherungsnehmers geboten ist und die nöthige Gewähr für die gehörige Handhabung dieser Vorsicht nicht vorliegt. Die in solchem Falle bedingene Selbstversicherung darf höchstens 20 Prozent betragen.

2. Die Nebenkosten an Schreibgebühren etc., mit Ausnahme der baaren Auslagen, werden von den Versicherungsanstalten in folgender Weise berechnet:

		für die Police	für den Pro- longations- schein	für Verände- rungsgeneh- migungen
Bei Versicherungen	a) bis 2 000 Mark	1,00 Mark	0,50 Mark	—
	b) „ 4 000 „	1,50 „	0,50 „	—
	c) „ 6 000 „	2,00 „	1,00 „	0,50 Mark
	d) „ 8 000 „	2,50 „	1,50 „	0,50 „
	e) „ 10 000 „	3,00 „	2,00 „	0,50 „
	f) „ 20 000 „	3,50 „	2,50 „	0,50 „
	g) „ 40 000 „	4,00 „	3,00 „	0,50 „
	von je 20 000 „ mehr	0,50 „	mehr 0,50 „	mehr.

Auf die landwirthschaftliche Feuerversicherungs-Genossenschaft im Königreiche Sachsen leidet die vorgedachte Berechnung nur für die Prolongations-scheine und Veränderungsgenehmigungen Anwendung.

II. Versicherungen unter weicher Dachung betreffend.

1. Auf gestellte Anfrage oder erhobene Beschwerde werden denjenigen, welche für ihr unter weicher Dachung befindliches Mobiliar Versicherung suchen, von der Königlichen Brandversicherungs-Kammer einige Feuerversicherungs-Anstalten, deren Versicherungen unter weicher Dachung noch nicht die Höhe von 5 Prozent ihrer im Königreiche Sachsen laufenden Gesamtvversicherung erreicht haben, zunächst aber diejenigen Anstalten, welche von diesem Prozentsatze nach dem Ergebnisse der zuletzt vorschriftsmäßig eingereichten summarischen Zusammenstellung ihrer im Königreiche Sachsen bestehenden Versicherungen noch am weitesten entfernt sind, zur Auswahl bezeichnet.

Die also bezeichneten Anstalten sind zur Uebernahme der betreffenden Versicherungen verpflichtet, insoweit nicht entweder

- a) die letzteren auf Gebäude sich beziehen, die nach § 8 des Gesetzes vom 23. August 1876 von der Versicherung bei der Landes-Versicherungsanstalt ausgeschlossen sind, oder
- b) persönliche Gründe die Ablehnung rechtfertigen, worüber auf erhobene Beschwerde die Königliche Brandversicherungs-Kammer zu entscheiden hat, oder
- c) soviel die landwirthschaftliche Feuerversicherungs-Genossenschaft im Königreiche Sachsen anlangt, die genehmigten Satzungen dieser Genossenschaft eine Ablehnung zulassen.

2. Für die nach Vorstehendem zugewiesenen und nicht ablehnbaren Versicherungen unter weicher Dachung sind folgende Prämien zulässig:

a) in Orten mit vorwiegend harter Dachung bis höchstens	5 ‰	} der Versicherungssumme
b) in Orten mit vorwiegend weicher Dachung bis höchstens	7½ ‰	
c) für Reihenscheunen bis höchstens	15 ‰	
d) für Mühlen bis 10 000 Mark Versicherungssumme bis höchstens	10 ‰	
e) für Mühlen über 10 000 Mark Versicherungssumme bis höchstens	15 ‰	
f) für industrielle Etablissements bis höchstens	15 ‰	

Bei Versicherungen bis 2000 Mark haben die vorstehenden Prämien-sätze eine Ermäßigung von 20 Prozent zu erfahren.

Auf die Feuerversicherungs-Bank für Deutschland in Gotha leiden die vorstehend unter a bis f angegebenen Bestimmungen über die Prämien-sätze keine Anwendung.

3. Auch solche Feuerversicherungs-Anstalten, welche an Versicherungen unter weicher Dachung den in § 7 unter g der Ausführungs-Verordnung vom 20. November 1876 bestimmten Betrag von 5 Prozent ihrer im Königreiche Sachsen laufenden Versicherungen bereits erreicht haben, sind verpflichtet, noch weitere derartige Versicherungen zu übernehmen, wenn es sich um Nachversicherungen zu bereits bestehenden Versicherungen und um Gegenstände handelt, welche mit den Gegenständen der bereits bestehenden Versicherung nicht nur der Besitzer, sondern auch die Zugehörigkeit zu der von diesem in derselben Ortschaft und persönlich geleiteten Wirthschaft gemeinsam ist.

III. Bestimmungen, die landwirthschaftlichen Versicherungen betreffend.

1. Es steht jedem Landwirth frei, das gesammte lebende und todte Inventar innerhalb jeder Gattung summarisch zu versichern.

2. Für die versicherte Ernte, sowie für das lebende und todte Inventar findet innerhalb der in der Police aufgeführten Gebäude eines und desselben Gehöftes und auf Verlangen in den von dem Versicherten benutzten, wirthschaftlich mit einander verbundenen und in der Police aufgeführten Gebäuden Freizügigkeit statt. Es ist jedoch für solche Gehöfte die Festsetzung eines Maximums der Versicherungssumme gestattet.

3. Das lebende und todte Inventar, sowie die auf eigenes Geschirr (Gefährte) geladenen Erntefrüchte und sonstigen landwirthschaftlichen Vorräthe gelten auch im Freien innerhalb des Gehöftes, auf den Ländereien und Weiden der Wirthschaft und auf den Wegen dahin, sowie auf dem Transport nach und von deutschen Märkten und Ablieferungsorten, also mit Anschluß der Märkte und Ablieferungsorte selbst, als versichert.

Ueber die praktische Ausführung der mit der Brandversicherungskammer bezw. dem Ministerium eingegangenen Abmachungen hatten sich die Verbandsgesellschaften bereits auf der Generalversammlung vom November 1887 unter einander verständigt, und ihren Beschlüssen waren später die in Sachsen konzessionirten Nicht-Verbandsgesellschaften beigetreten. Nach diesen noch heute gültigen Beschlüssen überweist die Brandversicherungskammer die näher bezeichneten nothleidenden Risiken unter weicher Dachung an die Leipziger Feuerversicherungs-Anstalt als Zentralstelle für sämtliche in Sachsen arbeitende Gesellschaften, die eine sächsische Versicherungsgemeinschaft bilden. Die Vertheilung der Risiken durch die Leipziger Anstalt geschieht nach Maßgabe der Gesamt-Versicherungssumme, die jede Gesellschaft im Königreich Sachsen laufen hat, und zwar nach vollen Prozenten der Gesamtzeichnung auf die gemeinschaftlichen Risiken. Dabei soll es jeder Gesellschaft überlassen bleiben, zu kontrolliren, daß sie durch ihre Betheiligung an Gemeinschaftsversicherungen örtlich nicht zu sehr belastet wird. Die Modalitäten über Ausfertigung der Policen, Brandschadenregulirung, Tragung der Unkosten, Prämienvertheilung und Aehnliches wurden in der gleichen Weise festgestellt, sodaß am 1. Oktober 1889 die Versicherungsgemeinschaft in Sachsen in Kraft treten konnte.

Resultate der
Versicherungsgemeinschaft.

Was ihren Nutzen und ihren Erfolg anbelangt, so läßt sich hierüber nur das wiederholen, was bereits hinsichtlich der bayerischen Versicherungsgemeinschaft konstatirt worden ist. Wie die Gesellschaften dem sächsischen Ministerium immer wieder vorgestellt hatten, war in Sachsen das Bedürfniß nach Deckung sogenannter nothleidender

Risiken unter weicher Dachung noch geringer, als in Bayern. Die sächsische Versicherungsgemeinschaft wurde bis heute nur in ganz geringem Maße in Anspruch genommen und ihre Wirksamkeit steht in keinem Verhältniß zu der groß angelegten Aktion.

In den ersten 3 Jahren ihres Bestehens sind ihr von der Brandversicherungs-Kammer überhaupt keine und in den Jahren 1892 bis 1896 im Ganzen 20 Versicherungen zugewiesen worden. Die Prämien aus diesen von der Gemeinschaft übernommenen Versicherungen betrugen 2064 Mark 40 Pfennig, und die darauf entfallenen Schadenszahlungen 8672 Mark 70 Pfennig.

Anläßlich der von den Verbandsgesellschaften bei der Brandversicherungs-Kammer im Jahre 1887 nachgesuchten Genehmigung der neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen (siehe Seite 218) hatte die Kammer Ausstellungen namentlich in Bezug auf § 10 der Bedingungen gemacht, der von denjenigen Fällen handelt, in denen der Versicherungsnehmer seinen Anspruch auf Schadenersatz verwirkt. Wie bei dem Abschnitt: Versicherungsbedingungen gezeigt wird, war dieser § 10 der neuen Bedingungen gegenüber denselben Bestimmungen der alten Bedingungen wesentlich abgeschwächt worden. Die Kammer hatte damals auch von ihrer Forderung, den § 10 noch milder zu fassen, Abstand genommen; völlig aufgegeben hatte sie aber den Wunsch auf theilweise oder gänzliche Aufhebung der fraglichen Bestimmungen keineswegs. Die Wiederbelebung des Gedankens ging zwar nicht von der Brandversicherungs-Kammer als solcher, wohl aber von einem ihrer Mitglieder aus, dem Landtagsabgeordneten Opitz, der im Jahre 1894 in der Rechenschaftsdeputation der Brandversicherungs-Kammer den Antrag stellte:

Verwirkungs-
klausel.

„Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Policen der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften diejenigen Strafbestimmungen beseitigt oder doch gemildert werden, auf Grund deren, ohne daß hierzu hinreichender Grund in der Sache selbst oder dem Wesen des Versicherungsverhältnisses liegt, der Versicherte oder der Dritte, zu dessen Gunsten versichert wird, seiner Entschädigungsansprüche für verlustig erklärt werden kann.“

Dieser Antrag wurde von der Rechenschaftsdeputation zum Beschluß erhoben und gelangte mit dem Bericht über die Verwaltung

der Landes-Brandversicherungs-Anstalt 1891/92 vor die Kammer, von welcher er in der Sitzung vom 13. März 1894 angenommen wurde. Bei der Berathung des Antrags war insbesondere der Abgeordnete Opitz lebhaft für Abschaffung dieser sogenannten Verwirkungsklauseln eingetreten, während der Minister v. Mehlich erklärt hatte, daß in dieser Hinsicht auf Seiten der Versicherten im Allgemeinen ein Grund zu wirklichen Klagen nur selten vorhanden sein dürfe, daß aber die Regierung den Antrag in wohlwollende Erwägung ziehen werde.

Demzufolge setzte die sächsische Brandversicherungs-Kammer unter dem 24. April 1894 den Verband von dem Beschlusse und den diesem zu Grunde liegenden Forderungen der Abgeordneten-Kammer in Kenntniß und ersuchte um Abgabe einer Erklärung darüber, ob und in wie weit der Verband zu einem Entgegenkommen bereit sei.

Als harte der Abschwächung bedürftige Bestimmungen, die in der Abgeordneten-Kammer gerügt worden seien, führte die Brandversicherungs-Kammer an, daß die Versicherungsgesellschaft berechtigt sein solle, den Versicherten, wenn er sich bei Ermittlung des Brandschadens einer betrügerischen Angabe oder Verschweigung schuldig mache, jedes Anspruchs auf Entschädigung, und zwar für alle an dem betreffenden Brande theiligten Versicherungen, verlustig zu erklären; ferner daß der Versicherte des Entschädigungsanspruchs verlustig gehe, wenn er im Versicherungsantrage nicht gewissenhaft die zu versichernden Gegenstände, deren Eigenthumsverhältniß, die Versicherungslokalitäten und die auf die Feuergefährlichkeit einwirkenden Umstände angezeigt habe, sowie wenn er im Falle des Brandes es unterlasse, versicherte Gegenstände zu retten und für deren Sicherung und Erhaltung Sorge zu tragen, wobei noch in Betracht komme, daß diese „Strafbestimmung“ sich nicht auf den Verlust des Schadensanspruchs für den nicht geretteten oder gesicherten Gegenstand beschränke, sondern auch hier der Verlust des gesammten Schadensanspruchs eintrete. Ebenso gehe es zu weit, wenn dieselbe Folge auch für den Fall ausgesprochen werde, daß Jemand sich bei der Schadenermittlung weigere, von ihm geforderte Belege oder Verzeichnisse beizubringen. Auch bedürfe die Bestimmung, daß die Versicherung erlösche, wenn der Versicherte mit Zahlung des Versicherungsbeitrages im Rückstande bleibe, wenn sie nicht zu Härten

führen solle, einer Milde rung insofern, als der Vorbehalt des Erlöschens des Versicherungsvertrages nur dann gerechtfertigt erscheine, wenn eine unter Friststellung bewirkte Mahnung auf Abführung des Versicherungsbeitrages erfolglos geblieben sei.

Der Verband, der sich auf seiner 59. Generalversammlung über die Stellung zu dem Reskript der Brandversicherungs-Kammer schlüssig machte, mußte in seiner Erwiderung vom 27. Juni 1894 erklären, daß die vom Landtage den Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften zugeschriebenen Verwirkungsklauseln in dem behaupteten Umfange, wenigstens bei den Verbandsgesellschaften, gar nicht existirten/ wie sich aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen ergebe. Damit erledige sich ein Theil der Wünsche von selbst. Die thatsächlich in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen enthaltenen Strafbestimmungen beizubehalten, sei nicht nur im Interesse der Gesellschaften, sondern in dem der öffentlichen Wohlfahrt geboten. Nach amtlicher Feststellung entfalle im Königreich Sachsen für das Jahr 1892 ein volles Drittel der Brandschäden auf erwiesene oder muthmaßliche Brandstiftung. Gegen die Zunahme dieser Brände, die zumeist aus Gewinnsucht veranlaßt seien, bildeten jene Strafbestimmungen das einzige Schutzmittel.

Das sächsische Ministerium ließ sich nur zum Theil von der Richtigkeit dieser Ausführungen überzeugen. Jedenfalls hielt es an der Auffassung fest, daß die Bestimmung, wonach der Versicherte, wenn er sich bei Ermittlung des Brandschadens einer betrügerischen Angabe oder Verschweigung schuldig mache, jedes Anspruchs auf Entschädigung und zwar für alle an dem betreffenden Brande theiligten Versicherungen für verlustig zu erachten sei, insbesondere bei rigoröser Anwendung und Ausföhrung dieser Bestimmung, geeignet erscheine, zu erheblichen und ungerechtfertigten Härten zu führen. Durch Verordnung vom 18./29. Oktober 1894 verlangte deshalb das Ministerium von den Gesellschaften eine Abschwächung dieser Bedingung dahin, daß der Anspruch lediglich, oder doch zunächst nur in Bezug auf denjenigen Theil der Versicherung und dasjenige Versicherungsobjekt verwirkt werde, hinsichtlich dessen eine betrügerische Angabe oder Verschweigung einer Thatfache stattgefunden habe.

Die in Sachsen konfessionirten Gesellschaften erwiderten dem Ministerium durch die Brandversicherungs-Kammer, nach gemein-

jamer Berathung der Sache, daß sie nicht in der Lage seien, diesem Verlangen nachzukommen.

Wohl aber gaben sie die strikte Erklärung ab, daß sie jedes rigorose Vorgehen, jede Härte vermeiden und die in Rede stehende Bestimmung des § 10 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen nur zur Anwendung bringen würden, wo sie, dem bösen Willen gegenüber, zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen dies zu thun gezwungen seien.

Durch Reskript vom 18. September 1895 übermittelte sodann die Brandversicherungskammer den Gesellschaften eine neuerliche Verordnung des Ministeriums vom 6./12. September 1895, in welcher dasselbe erklärte, von der Zusage der Gesellschaften Kenntniß genommen zu haben. Es könne zwar von seiner Auffassung nicht abgehen, wolle jedoch bis auf Weiteres von dem Verlangen nach ausdrücklicher Abschwächung dieser Versicherungsbestimmung absehen. Das Ministerium behalte sich aber nach wie vor in den zu seiner Kenntniß gelangenden Fällen, in denen trotz der erteilten Zusicherung von dieser Bestimmung eine zu übermäßigen Härten führende Anwendung gemacht werden sollte, vor, der betreffenden Privat-Feuerversicherungs-Anstalt gegenüber von dem Rechte des Widerrufs der erteilten Konzession Gebrauch zu machen.

Seither ist das Ministerium auf die Angelegenheit nicht zurückgekommen.

Staatliche und
private
Versicherung.

Wenn der vorstehende Abschnitt die hohen Anforderungen schildert, die in Sachsen an die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften gestellt werden, so ist es von besonderem Interesse zu sehen, auf welche Weise die staatliche Anstalt ihre Aufgabe zu erfüllen im Stande ist. In dieser Hinsicht bietet ein lehrreiches Beispiel die Erklärung, welche das sächsische Ministerium der Rechenschaftskommission der Brandversicherungskammer auf deren Anfrage im Jahre 1894 zugehen ließ. In dieser Erklärung heißt es:


„Sie (die Brandversicherungskammer) hat nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 5. Mai 1892 und bis zum Schlusse des Jahres 1892 bei 14 Versicherungen eine Herabsetzung der Versicherungssumme um über 2 Millionen Mark bewirkt und außerdem 5 Versicherungen mit über 3 Millionen Versicherungswerth ganz

auscheiden lassen. Auch haben im abgelaufenen Jahre 1893 Ablehnungen von Versicherungsanträgen in gegen früher wesentlich vermehrtem Maße stattgefunden.“

Es handelt sich in dieser Erklärung um Versicherungen bei der freiwilligen Abtheilung der Brandversicherungskammer, für welche eine Annahmepflicht nicht besteht. Vom Versicherungsstandpunkte aus verfährt die Kammer nach durchaus richtigen Prinzipien, wenn sie sucht, das von ihr übernommene, aber als zu hoch erkannte Risiko zu verringern, deshalb Versicherungssummen, allerdings in auffallendem Maße, herabsetzt und neue nicht erwünschte Versicherungen ablehnt. Findet aber die Befolgung dieser Grundsätze durch die Brandversicherungskammer die Billigung der Staatsregierung, so ergibt sich die Frage von selbst, weshalb dies nicht auch hinsichtlich der Privatgesellschaften der Fall ist, und weshalb diese in ihrer Gesamtheit die nothleidenden, also auch die von der staatlichen Anstalt nicht angenommenen Risiken in Deckung zu nehmen gehalten werden. Muß man anerkennen, daß der Staat die Aufgabe hat, für ausreichende Versicherungsgelegenheit zu sorgen, so dürfte ein gerechter Ausweg der sein, daß die freiwillige Abtheilung der Staatsanstalt an der Versicherungsgemeinschaft der Privatanstalten, soweit es sich um Mobilien handelt, die auch von der Staatsanstalt angenommen werden, theilhaftig wird; wogegen der von der Regierung eingeschlagene Weg, der Staatsanstalt die Befugniß zu ertheilen, Risiken nach ihrem Ermessen der Gemeinschaft der privaten Gesellschaften zur Versicherung zu überweisen, unter diesen Umständen nicht ohne Bedenken ist.

Im Uebrigen erbringt die obige Erklärung den deutlichsten Beweis für die Richtigkeit der von den Privatgesellschaften dem bayerischen Ministerium gegenüber behaupteten Thatsache, daß eine staatliche Mobiliarversicherungsanstalt keinesfalls in der Lage ist, das vorhandene Versicherungsbedürfniß besser zu befriedigen, als die Privatversicherungsanstalten.





Verhältnisse in den übrigen deutschen Bundesstaaten.

Wie in Preußen, Bayern und Sachsen, so ist der Verband auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten bestrebt gewesen, soviel in seiner Macht lag, fördernd auf die Entwicklung des privaten Feuer-
versicherungswesens einzuwirken, indem er auf der einen Seite berechnete Wünsche erfüllte, und auf der anderen Seite Maßnahmen abzuwehren suchte, die seiner Ansicht und Erfahrung nach gleicher-
weise die Gesellschaft wie ihre Versicherten beeinträchtigen mußten.

Besteuerung zu
Gunsten
des Feuerlösch-
wesens.

In letzterer Hinsicht tritt aus den Verhandlungen des Verbandes über die Versicherungsangelegenheiten in den übrigen Bundesstaaten vor Allem das schon bei Preußen, Bayern und Sachsen behandelte Thema in den Vordergrund, nämlich die Besteuerung der Versicherungs-
gesellschaften zu Gunsten des Feuerlöschwesens. Die hierauf abzielenden Bestrebungen in vielen Bundesstaaten stehen unverkennbar im engen Zusammenhang mit der Ausbreitung der modernen sozial-
politischen Theorien. Mehr oder weniger künstlich konstruirte Argumente sollen die Berechtigung dieser Besteuerungsart der Gesell-
schaften darthun, verhüllen aber nur mangelhaft die Tendenz, Leistungen von privatwirthschaftlichen Unternehmungen aus dem
Grunde zu beanspruchen, weil die Unternehmungen Gewinne erzielen. Der Gedanke, daß durch die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften das Versicherungs-
wesen in Deutschland zu einer Stufe der Entwicklung gelangt ist, die von den meisten anderen Ländern bislang nicht erreicht wurde, daß das private Versicherungs-
wesen zur Erfüllung seiner Aufgaben jede mögliche Förderung verdient, daß ihm

insbesondere durch Erleichterung der Lasten die Wege zu ebnen sind, und daß die unbedingt erforderliche Solvenz der Gesellschaften nicht durch Auferlegung hoher außerordentlicher Abgaben in Frage gestellt werde, findet keinen Eingang bei denen, die in Verkennung der Zwecke des Staates und der Privatwirthschaft glauben, die Freiheit der letzteren wenn nicht überhaupt aufheben, so doch auf das äußerste Maß beschränken zu müssen. Gegen diese Theorie anzukämpfen und ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen, hat sich der Verband redlich bemüht. Er ist hierbei durchaus loyal vorgegangen; er hat nicht die Forderung erhoben, daß in früheren Zeiten eingeführte Steuern zu Gunsten der gemeindlichen Feuerlöschklassen und ähnlicher Einrichtungen abgeschafft würden, denn wohl ausnahmslos hatten diese Auflagen ihren Ursprung in den damaligen wenig entwickelten Verhältnissen im Versicherungswesen, wie z. B. in Sachsen, wo das Prinzip der Unterstützung von dem der staatlichen Versicherung erst vor zwei Dezennien geschieden wurde. Wenn daher der Verband davon absah, auf die Beseitigung der zwar wirthschaftlich nicht zu begründenden, aber einmal eingebürgerten Abgaben hinzuwirken, mit deren Eingang die Gemeinden zc. zu rechnen gewohnt waren, so mußte er andererseits die privaten Gesellschaften und ihre Versicherten dagegen zu schützen suchen, daß ihnen dort die Tragung der Kosten für das Feuerlöschwesen zugemuthet wurde, wo bisher eine solche Steuer nicht bestanden hatte. Die wirthschaftliche Aufgabe des modernen Feuerversicherungswesens liegt in dem Ersatz der durch Feuer zerstörten Versicherungsobjekte; die Meidung und Unterdrückung des Brandes dagegen ist Sache des Einzelnen, gleichviel ob er versichert ist oder nicht, und Sache des Gemeinwesens, das ebenfalls zum Nutzen sowohl der Versicherten als der Unversicherten entsprechende Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten hat. Daß die Feuerversicherungs-Gesellschaften ein Interesse an dem Vorhandensein guter Löschvorrichtungen haben, ebenso wie die Lebensversicherungs-Gesellschaften an guten sanitären Einrichtungen, die Fuhrleute an gut gehaltenen Landstraßen u. s. f., das rechtfertigt die Auferlegung einer besonderen Steuer sicherlich nicht.

Im Uebrigen tragen die Privat=Feuerversicherungs=Gesellschaften zur Meidung der Brände das Ihrige durch entsprechend gefasste Versicherungsbedingungen und zur Unterdrückung der

Brände durch freiwillige Spenden für Unterhaltung des Löschwesens bei.

Es erübrigt sich, die Schritte aufzuzählen, die der Verband in Württemberg, Mecklenburg, Hessen, Oldenburg, den Thüringischen und anderen Staaten von seiner Errichtung an bis heute gethan hat, um den in Landtagen und Gemeinden gestellten Anträgen wegen Heranziehung der Gesellschaften zu den Kosten des Löschwesens entgegenzutreten. Mit geringen Variationen waren es immer wieder dieselben Scheingründe, durch welche die Berechtigung zu dieser Aufgabe nachgewiesen werden sollte, und immer wieder mußte der Verband mit denselben Argumenten die Verfehrtheit solcher Ansichten in wirthschaftlicher Hinsicht widerlegen. Von Interesse ist, daß in Württemberg, gelegentlich der Verathung eines derartigen im Landtage eingebrachten Antrages, der Minister des Innern sich in einer sehr sachgemäßen Rede gegen diesen Antrag erklärte, dessen Ablehnung sodann mit 69 gegen 4 Stimmen erfolgte. (Sitzung des Landtages vom 4. Juli 1895).

Wenn in dem eingangs Gesagten stillschweigend vorausgesetzt ist, daß die von den Feuerversicherungs-Gesellschaften erhobenen Beiträge für die Feuerlöschkosten auch thatsächlich zu diesem Zwecke verwendet werden, so ist nicht einmal dieses unter allen Umständen zutreffend. Ist schon die in manchen Staaten gesetzlich vorgesehene Unterstützung verunglückter Feuerwehrleute und deren Hinterbliebenen aus jenen Beiträgen schwer zu vereinbaren mit der Absicht, in welcher die Beiträge auferlegt wurden, so dürfte ihre Verwendung zu Kirchen- und Eisenbahnbauten wohl jedenfalls als ganz unzulässig zu erachten sein. Trotzdem haben die Beiträge auch zu diesen Zwecken dienen müssen, und zwar im Fürstenthum Neuß ä. L., wo in den Jahren 1891, 1892 und 1893 an zwei Gemeinden zusammen 15 000 Mark für Kirchenbauten und an eine Gemeinde 2200 Mark für Bahnzwecke aus dem naturgemäß nicht sehr bedeutenden Fonds jener Beiträge der Privatgesellschaften in Neuß ä. L. bewilligt worden sind. Der Verband legte hiergegen beim Landtage des Fürstenthums Verwahrung ein.

Berücksichtigt man noch, daß die Gemeinden und Feuerwehren bei Organisation der Wehren, Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen und Spritzen, nach Bränden, bei denen sich eine Wehr

hervorgethan hat, und bei vielen ähnlichen Anlässen an die Gesellschaften mit dem Wunsche um Zuwendung von Zuschüssen, Prämien und Unterstützungen herantreten, und daß die Gesellschaften zum mindesten einen Theil dieser bei großen Gesellschaften nach Hunderten zählenden Ansuchen je nach Lage des Falles Folge geben, so wird man ihr ablehnendes Verhalten gegen die zwangsweise Heranziehung zu den Kosten des Feuerlöschwesens auch von diesem Standpunkte aus als vollberechtigt anerkennen müssen.

Neben der Löschsteuer sind es die Einkommen- und Gewerbe-
steuer, welche die Versicherungsgesellschaften die auch auf diesem
Gebiete in Deutschland herrschende Regellofigkeit schwer empfinden
lassen. Einkommen-
und
Gewerbesteuer.

In dem vorausgegangenen Abschnitt „Besteuerung in Preußen“ ist bereits einer Zusammenstellung Erwähnung gethan, die ein Bild giebt von den anormalen Besteuerungsverhältnissen, die auf dem privaten Versicherungsweisen in Deutschland lasten. Die Feuerversicherungs-Gesellschaften leiden deshalb besonders schwer unter der Vielgestaltigkeit der Steuersysteme, weil es die Natur ihres Geschäftes mit sich bringt, daß sie über ganz Deutschland verstreut Vertretungen unterhalten müssen. Während alle anderen Privatunternehmungen bis auf die relativ geringe Zahl derer, die Zweigniederlassungen unterhalten, lediglich an dem Orte zur Steuer herangezogen werden, an welchem sie ihren Sitz haben und von dem aus sie ihre Geschäfte vielleicht über die ganze Welt betreiben, sind die Feuerversicherungs-Gesellschaften sowohl an ihrem Domizil für ihr Gesamtgeschäft als auch an dem Domizil ihrer Vertretungen für deren Geschäftsbetrieb steuerpflichtig. Da eine Feuerversicherungs-Gesellschaft je nach ihrer Größe und Ausdehnung zwanzig bis dreißig derartiger selbstständiger Vertretungen unter der Bezeichnung General- oder Hauptagentur zu ihrem Betriebe benöthigt und deren Niederlassungsorte nicht nach den politischen Grenzen auswählen kann, sondern nach Lage ihres Geschäftes in den einzelnen Theilen des Deutschen Reiches bestimmen muß, so hat sie mit einer Unzahl fiskalischer Bestimmungen zu rechnen, die ihren Geschäftsbetrieb ganz unverhältnißmäßig erschweren. Denn jeder Einzelstaat behandelt die in seinem Gebiete belegene Generalagentur als ein Steuersubjekt, das sich seinen Gesetzen über Einkommen- und Gewerbesteuer zu

fügen hat, gleichviel, ob dasselbe Einkommen in anderen Staaten bereits ein oder gar mehrere Male getroffen worden ist. Die Doppelbesteuerung hat zwar das Gesetz vom 13. Mai 1870 zu beseitigen versucht, die Versicherungsgesellschaften aber haben keinerlei Vortheil davon gehabt.

Daß der Verband Abhilfe gegen diese Mißstände im Besteuerungs-
wesen zu schaffen suchte, liegt in seiner Aufgabe. In der Mehrzahl der Fälle war aber bei der Auflage neuer Steuern oder bei Steuererhöhungen in den Einzelstaaten von vornherein zu erkennen, daß Remonstrationen dagegen seitens der Versicherungsgesellschaften fruchtlos ausfallen würden, weshalb der Verband oft das Unvermeidliche geschehen lassen mußte, so schwer auch die Gesellschaften und mit ihnen das gesammte Privatversicherungswesen davon betroffen wurden.

Einrichtung be-
sonderer Ver-
tretungen in
einzelnen
Bundesstaaten.

Das Recht jedes Einzelstaates, in Versicherungs- und Besteuerungsangelegenheiten nach eigenem Ermessen selbstständig und ohne Rücksicht auf die Versicherungs- und Steuergesetzgebung anderer Bundesstaaten Gesetze und Verordnungen zu erlassen, hat für die Gesellschaften noch eine weitere, den Geschäftsbetrieb beschwerende Folge gehabt. Von einigen allerdings wenigen Bundesstaaten ist das Verlangen an sie gestellt worden, eigene Vertretungen in diesen Bundesstaaten zu unterhalten. In den großen Bundesstaaten erübrigte sich eine derartige Forderung, da die Ausdehnung ihres Gebietes es erheischt, daß die Feuerversicherungs-Gesellschaften eine, vielleicht auch mehrere Generalagenturen zur Vermittelung der Geschäfte in diesen Staaten einsetzen. Bei kleineren Staaten bedingt es die Natur des Versicherungsbetriebes, daß eine Gesellschaft, je nach Lage ihres Geschäftes, an bestimmten, möglichst zentral gelegenen Orten Generalagenturen errichtet, deren Geschäftskreis sich nicht nur auf den Staat erstreckt, in welchem die Generalagentur ihren Sitz hat, sondern einen oder mehrere Nachbarstaaten ganz oder zum Theil umfaßt. Die eigenthümlichen Zustände im deutschen Versicherungswesen brachten es nun mit sich, daß einzelne Bundesstaaten in diese Verwaltungseinrichtungen der Feuerversicherungs-Gesellschaften eingreifen und bestimmen konnten, daß für ihr Gebiet eigene Vertreter bezw. selbstständige Generalagenturen eingesetzt würden. Nach Lage der heutigen Gesetzgebung würde auch dem nichts entgegenstehen, daß sämmtliche Einzelstaaten die gleiche Bestimmung trafen.

Der Verband trat mehrmals für die Interessen der Gesellschaften gegenüber derartigen einzelstaatlichen Maßnahmen ein, zuletzt der großherzoglich-hessischen Regierung gegenüber. Diese hatte im Jahre 1894 die im Großherzogthum arbeitenden Feuerversicherungs-Gesellschaften mit Hinweis auf den § 3 der Verordnung vom 11. Dezember 1871 aufgefordert, einen Generalagenten mit dem Sitz in Hessen zu bestellen, dem nicht nur die nominelle Vertretung der Gesellschaft gegenüber den Behörden, sondern alle Geschäfte eines Generalagenten, insbesondere hinsichtlich des Inkassos der Versicherungsprämien aus den in Hessen laufenden Versicherungen, übertragen werden sollten.

Nach den Bestimmungen jener hessischen Verordnung vom 11. Dezember 1871 war der Begriff einer Generalagentur jedoch nicht näher gegeben und eine solche überhaupt nicht vorgesehen; es war vielmehr die Rede nur von einem Generalagenten. Die Gesellschaften hatten daher geglaubt, der Verordnung vollkommen zu entsprechen, indem sie eine im Großherzogthum domicilirende oder ein festes Geschäft daselbst betreibende Person oder Firma als Generalagenten bestellten, diese Person unter verantwortlicher Zeichnung aller Versicherungsdokumente zur selbstständigen Vertretung der Gesellschaften bevollmächtigten und damit auch den Gerichtsstand schufen, bei dem die Angehörigen des großherzoglichen Staatsverbandes Recht gegen die betreffende Gesellschaft zu nehmen im Stande waren.

Diese mehr als zwanzig Jahre bestandene Einrichtung genügte augenscheinlich der großherzoglichen Regierung nicht mehr, weshalb sie durch Verfügung vom 6. September bzw. 15. Oktober 1894 die erwähnte Forderung an die Gesellschaften stellte.

Der Verband legte in einer Eingabe vom 3. November 1894 dem hessischen Ministerium dar, daß die verlangte Umgestaltung der Generalagenturen im Großherzogthum für die Gesellschaften mit Schwierigkeiten und Nachtheilen verbunden sei, was namentlich mit Rücksicht auf den Umstand, daß sich der Geschäftsbetrieb nur auf die Versicherung von Mobilien erstrecken dürfe, zu berücksichtigen wäre. Für die Versicherten habe die gewünschte Aenderung gar kein Interesse, im Gegentheil würden sie die Kosten zu tragen haben, die dauernd mit der Umgestaltung der Generalagenturen in ganz selbstständige Vertretungen verknüpft seien. Im Uebrigen erklärte der Verband, daß die Gesellschaften bereit sein würden, für die Folge

Sorge zu tragen, daß die von ihnen für das Großherzogthum bestellten Generalagenten nicht nur die ihnen nach den hessischen Prämieeneinnahmen ihrer Gesellschaften zur Last fallenden Gewerbesteuern, sondern auch diejenigen Einkommensteuern pünktlich entrichteten, welche aus geschäftlichen Handlungen entfielen, die den dortigen Generalagenten von ihrer Versicherungsgesellschaft nicht übertragen seien.

Weder diese Erklärung, noch weitere, die Willfährigkeit der Gesellschaften zeigende Vorschläge befriedigten die hessische Regierung. In einem Reskript vom 26. Juni 1895 beharrte das Ministerium darauf, daß gemäß § 3 der Verordnung vom 11. Dezember 1871 die Gesellschaften einen mit Vollmacht zur selbstständigen Vertretung der Gesellschaft versehenen Generalagenten im Großherzogthum bestellten, der daselbst wohnen müsse; es genüge nicht, daß er bloß sein Domizil im Großherzogthum habe. Ebenso genüge es nach den Intentionen der erwähnten Verordnung nicht, wenn der Generalagent lediglich seine Unterschrift auf die von einer auswärtigen Geschäftsstelle ausgefertigten Policen setze. Vielmehr könne eine selbstständige Vertretung der Gesellschaft nach der gedachten Richtung nur in einer selbstständig von dem Generalagenten vorgenommenen Prüfung der Unterlagen des abzuschließenden Geschäftes und in der von ihm ausgehenden Ausfertigung (einschließlich der Konzipirung) der Policen gefunden werden. Auch ergebe sich aus dem Begriff eines Generalagenten, daß die Spezial- oder Unteragenten ihm unterstellt und hinsichtlich ihrer Beziehungen zur Direktion (abgesehen etwa von besonderen Ausnahmefällen in Ansehung einzelner Geschäfte) auf seine Vermittlung angewiesen seien, hiernach insbesondere auch die Einziehung der Prämien aus sämtlichen in seinem Bezirk laufenden Versicherungen durch seine Hand zu gehen habe. Das Ministerium sei daher nicht in der Lage, den vom Verbands gemachten Vorschlägen, insofern sie mit den Intentionen der Verordnung vom 11. Dezember 1871 nicht im Einklang ständen, zu entsprechen, müsse vielmehr — ohne den Gesellschaften im Einzelnen bindende Vorschriften hinsichtlich der Organisation ihrer Generalagenturen geben zu wollen — auf der Durchführung seiner Verfügung vom 6. September v. J. bestehen. Es finde hierzu noch einen besonderen Grund in dem Umstand, daß thatsächlich eine An-

zahl von Gesellschaften, darunter auch solche von geringerem Geschäftsumfang, wirkliche Generalagenturen im Großherzogthum bereits seit Jahren besaßen, andere sich vorbehaltlos zur Errichtung solcher bereit erklärt hätten, und hiermit der thatsächliche Gegenbeweis gegen die hinsichtlich der wirthschaftlichen Möglichkeit oder Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung erhobenen Bedenken erbracht sei.

Hinsichtlich der in dem Schluppassus aufgestellten Behauptung ist zu bemerken, daß eine kleinere Gesellschaft gerade in Hessen ein sehr ausgedehntes Geschäft besitzen kann, das eine Generalagentur dort nothwendig macht, während eine große Gesellschaft in Hessen nur einen geringen Versicherungsbestand haben kann, der die Kosten für eine selbstständige Generalagentur nicht deckt.

Die in Rede stehende Verordnung ist im Großherzogthum Hessen am 1. Oktober 1895 in Kraft getreten.

Die von der bayerischen Regierung mehrfach, zuletzt im Jahre 1894, vorgenommenen Erhebungen über die Verhältnisse im Mobiliar-Feuerversicherungswesen veranlaßten auch die Regierung des benachbarten Württemberg, im Jahre 1894 gleiche Erhebungen anzustellen. Ein wesentlicher Unterschied in dem Vorgehen der beiden Regierungen lag jedoch von Anfang an darin, daß die württembergische Regierung nicht Behörden, sondern allein die für Beurtheilung wirthschaftlicher Verhältnisse kompetenten Handelskammern zur Berichterstattung über die Versicherungsverhältnisse aufforderte. Eine dieser Handelskammern legte das von ihr gesammelte Material vor der Abfertigung an die Regierung dem Verbande zur Rückäußerung vor, der in einem ausführlichen Schriftsatz die betreffende Handelskammer unter dem 24. Januar 1895 von seiner Stellung zur Sache unterrichtete.

Enquête in
Württemberg.

Der Bericht der bedeutendsten württembergischen Handelskammer an das Ministerium zeigte gegenüber den in Bayern zu Tage getretenen Erscheinungen eine wohlthuende Objektivität in der Behandlung der einschlägigen Fragen. Unter Anderem hob der Bericht die Nothwendigkeit eines Reichsversicherungsgesetzes hervor, regte an, daß die Regierung die Gründung einer gemeinwirthschaftlichen Vermittlungsanstalt zur Entgegennahme der Anträge sogenannter Abgelehnter in Erwägung ziehe, beschäftigte sich mit den Nachtheilen und Vortheilen der Kündigungsclausel und äußerte sich schließlich in Bezug auf die Forderung, den Gesellschaften höhere Beiträge zu den Kosten für das

Feuerlöschwesen aufzuerlegen, daß dies wohl nur für solche großstädtischen Gemeinden billig und durchführbar wäre, die, wie Stuttgart, besonders hohe Aufwendung für eine Berufsfeuerwehr machten.

Soweit dem Verband bekannt geworden, hatten sich auch die meisten anderen württembergischen Handelskammern im Allgemeinen günstig über die Verhältnisse im Privat-Feuerversicherungswesen Württembergs ausgesprochen. Nur zwei Kammern hatten in ihren Berichten Klagen über angeblich zu hohe Prämienätze bzw. über das ablehnende Verhalten vieler Gesellschaften gegenüber den besonders feuergefährlichen Risiken Ausdruck gegeben.

In Verfolg der Erhebungen und der Handelskammerberichte eröffnete das Württembergische Ministerium unter dem 16. September 1895 den in Württemberg arbeitenden Gesellschaften, daß es im Anschluß an das Vorgehen der bayerischen Regierung und auf der Grundlage der Zulassungsbedingungen für die einzelnen Gesellschaften bzw. des Art. 10 des Gesetzes vom 19. Mai 1852 bei den in Württemberg zugelassenen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften darauf dringe, daß die von den Gesellschaften in Bayern gemachten Vergünstigungen, soweit sie ihrer Natur nach auf die Verhältnisse der württembergischen Versicherten Anwendung finden könnten und nicht schon jetzt gewährt würden, auch den württembergischen Versicherten zu Gute kämen. Die Regierungskommissäre seien beauftragt, alsbald in diesbezügliche Verhandlungen mit den in Württemberg zugelassenen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften einzutreten und über das Ergebnis derselben zu weiterer Entschließung des Ministeriums Bericht zu erstatten.

Mit Rücksicht darauf, daß die in Bayern gemachten Zugeständnisse zu keinerlei Besserung bezüglich der Lage der Gesellschaften in Bayern geführt hatten, daß dort die Versicherten vielfach durch die Agitation und durch den auf die Versicherungsgesellschaften ausgeübten Druck zu immer größeren Forderungen angestachelt worden waren, sowie daß aus denselben Gründen das Einvernehmen zwischen Versicherten und Versicherungsgesellschaften häufig ins Gegenteil verkehrt worden war, kam der Verband, der die Gelegenheit auf seiner Generalversammlung vom Oktober 1895 bzw. Juni 1896 berieth, zu der Ansicht, daß das württembergische Ministerium zu bitten sei, von seinem Verlangen Abstand zu nehmen.

Eine dementsprechende Erklärung richtete der Verband an das Ministerium unter dem 6. Juli 1896 mit dem Hinzufügen, daß die Ausdehnung der in Bayern gemachten Zugeständnisse auf die württembergischen Versicherten auch um deswillen nicht angezeigt sei, weil die Verhältnisse in Württemberg durchaus verschieden von denjenigen in Bayern lägen, was schon daraus hervorgehe, daß in Württemberg Beschwerden von Belang nicht erhoben worden seien. Im Uebrigen betonte der Verband in seiner Eingabe, daß die Verbandsgesellschaften eine rigorose Behandlung der Versicherten, welche möglicherweise auf Grund einzelner nothwendiger Bestimmungen der Versicherungsbedingungen erfolgen könnte, nicht eintreten lassen würden.

Eine Erwiderung hierauf ist bisher seitens der württembergischen Regierung nicht erfolgt.

Klagen über angeblichen Versicherungsmangel führten auch im Großherzogthum Baden dazu, daß die Gesellschaften sich in ähnlicher Weise zur gemeinschaftlichen Uebernahme nothleidender Risiken bereit erklärten, wie sie dies in Preußen, Bayern und Sachsen gethan hatten. In Baden war es namentlich der Schwarzwaldkreis, aus dem derartige Beschwerden laut geworden waren. Das badische Ministerium nahm sich der Sache an und forderte die in Baden arbeitenden Gesellschaften auf, für Abhilfe zu sorgen.

Unterbringung
nothleidender
Risiken
in Baden.

Da in Baden $\frac{4}{5}$ des Werthes jedes Gebäudes bei der badischen Landes-Feuerversicherungs-Anstalt zu versichern sind, handelte es sich für die Privatgesellschaften also darum, für das letzte Gebäudesünstel und für die Mobilien, namentlich unter Strohdachung, Deckung zu beschaffen, soweit dies erforderlich war. Der Verband zeigte dem badischen Ministerium im November 1891 seine Bereitwilligkeit an, mit dem Ministerium das Nähere zu vereinbaren. Im Laufe des folgenden Jahres fanden dann Verhandlungen mit dem Ministerium statt, welche von dem Deutschen Phönix, als einer der an dem badischen Versicherungsgeschäft meist theilhaftigen Verbandsgesellschaft, geführt wurden.


Sie vollzogen sich durchaus glatt und zur beiderseitigen Zufriedenheit. Die Vereinbarung, zu der es hierbei kam, ging dahin, daß der Deutsche Phönix solche Risiken in Baden, die von zwei Versicherungsgesellschaften abgewiesen worden sind, entweder auf eigene Rechnung oder zur Weitergabe an andere Gesellschaften über-

nimmt. Diese Vereinbarung wurde unterm 4. April 1894 vom badischen Ministerium öffentlich bekannt gegeben.

Rechnungs-
legung.

Zum Schluß dieses Abschnittes sei die möglicherweise einen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft verheißende Thatfache erwähnt, daß wenigstens hinsichtlich einer Bestimmung über das Feuer- versicherungs- wesen mehrere Bundesstaaten sich zu übereinstimmenden Maßnahmen entschlossen haben, es ist dies die Bestimmung bezüglich der Rechnungslegung. In Preußen waren die Vorschriften über die Rechnungslegung der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften geregelt worden durch Erlass vom 22. Februar 1893. Dieselben Vorschriften führten dann auch einige thüringische Staaten, Baden und Württemberg ein, sodaß die Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften in diesen Staaten nach einheitlichem Muster ihre jährlichen Vorlagen zu machen haben, was für sie eine immerhin nicht unwesentliche Erleichterung bedeutet. Vielleicht ist diese einheitliche Maßnahme der genannten Regierungen ein Zeichen dafür, daß in absehbarer Zeit ein Reichs- Versicherungsgesetz der Buntstreckigkeit der einzelstaatlichen Anordnungen auf dem Gebiet des Versicherungs- wesens ein Ende bereitet.





Versicherungsbedingungen.

Der Abschluß einer Versicherung gegen Feuergefährdung vollzieht sich in der Praxis in der Weise, daß der Versicherungsnehmer auf Grund der ihm bereits bekannten oder noch bekannt zu gebenden Bedingungen eines Versicherungsgebers an diesen den Antrag stellt, die von ihm, dem Versicherungsnehmer nach Werth, Anzahl, Lage bezw. Aufbewahrungsort, Feuergefährdung zc. näher bezeichneten Objekte für eine bestimmte Zeit in Versicherung zu nehmen. Ist der Versicherungsgeber bereit, auf die ihm gemachte Offerte einzugehen, so proponirt er, nachdem er die Beschaffenheit des Risikos nach Möglichkeit geprüft hat, dem Versicherungsnehmer den Versicherungspreis — die Prämie — und stellt, sobald das gegenseitige Einverständniß über die Höhe der Prämie sowie über die Versicherungsbedingungen herbeigeführt ist, eine Urkunde — die Police — über den nunmehr zu Stande gekommenen Versicherungsvertrag aus.

Nächst der Prämie bilden somit die Versicherungsbedingungen das Essentielle des Versicherungsvertrags, da sie das rechtliche Verhältniß, in das die beiden Parteien zu einander getreten sind, für die ganze Vertragsdauer regeln. Sie haben deshalb die Rechte und Pflichten beider Theile zum Gegenstand und erstrecken sich demgemäß auf die Umgrenzung der Gefahr, für welche Versicherung genommen und gegeben wird, auf die Art der Schadensermittelung und die Höhe des Entschädigungsbetrags, auf die Umstände, durch welche der Entschädigungsanspruch herbeigeführt wird oder verloren geht, auf die Angabe über die Feuergefährdung, welcher die Versicherungsobjekte

zur Zeit des Vertragsabschlusses ausgesetzt sind, bezw. auf die Anzeige von der Vermehrung derselben im Laufe der Versicherung, auf das Rücktrittsrecht vom Vertrage, auf die Anzeige des Schadensfalles, sowie auf alle sonstigen in den Rahmen des Vertragsverhältnisses fallenden Punkte.

Die
Versicherungs-
bedingungen
der
öffentlichen und
der privaten
Anstalten.

Ein großer Theil dieser Bestimmungen, welche jetzt als besondere Vereinbarungen zwischen Versicherungsnehmer und Versicherungsgeber notwendig sind, würde aus den Versicherungsbedingungen herausgenommen werden können, wenn in Deutschland die privatrechtliche Seite des Versicherungswesens durch Gesetz geregelt und jener Theil der Bestimmungen Gesetz geworden wäre. Bis zu dem Zeitpunkte, an welchem dieser seit mehr denn einem Vierteljahrhundert in Aussicht genommene gesetzgeberische Akt zur Wirklichkeit werden wird, sind die privaten Versicherungsunternehmen in der wenig beneidenswerthen Lage, selbst den Gesetzgeber spielen zu müssen. Ihre Lage ist in doppelter Hinsicht eine ungünstige. Einmal weil die staatlichen und die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten den Vorzug genießen, daß ihren Versicherungsbedingungen Gesetzeskraft beizwohnt, und zweitens, weil den privaten Versicherungsunternehmen immer wieder der, wenn auch ganz unbegründete, Vorwurf gemacht wird, daß sie ihre Versicherungsbedingungen ohne Mitwirkung der Versicherungsnehmer aufstellten, sie verlausulirten und sie mehr oder minder zum Nachtheil der Versicherten gestalteten. In denjenigen deutschen Bundesstaaten, in denen der Immobilien-Versicherungsbetrieb eine staatliche Einrichtung ist, ergab sich bei Einführung der staatlichen Versicherung von selbst die Nothwendigkeit, für die betreffenden Staatsinstitute gesetzliche Vorschriften zu erlassen, welche die Rechte und Pflichten des bei dem Staatsinstitut Versicherten normirten. In gleicher Weise besitzen in Preußen die öffentlichen Anstalten, die Sozietäten, in ihren „Reglements“ genannten Statuten Versicherungsbedingungen, denen zwar nicht Gesetzeskraft, wohl aber durch die Art ihrer Publikation als Verordnungen bezw. Erlasse ein gewisses Maß staatlicher Autorität innewohnt. Der Vortheil, der hieraus von vornherein den staatlichen Anstalten erwächst, ist der, daß die Versicherten die festgesetzten Bedingungen als Vorschriften anerkennen, denen sie sich ohne Weiteres zu unterwerfen haben, und ferner, daß die öffentlichen Anstalten auf die unbedingte Erfüllung ihrer Bedingungen rechnen

können, da sie im Falle des Zuwiderhandelns den Versicherten durch Strafen zur Erfüllung anzuhalten in der Lage sind. Beides ist bei den privaten Gesellschaften nicht, oder doch nicht im gleichen Maße der Fall.

Der Unterschied zwischen den Versicherungsbedingungen der einen und der anderen Versicherungsinstitute ist am erkennbarsten zu messen an den Ausstellungen, die an denjenigen der Privatgesellschaften seitens ihrer Gegner gemacht werden. Der besonders häufig gehörte Einwand, daß die privaten Gesellschaften Versicherungsbedingungen ohne Mitwirkung der Versicherungsnehmer aufstellten, würde thatsächlich in erster Linie gegen diejenigen der Staatsanstalten und Sozietäten zu erheben sein, da bei deren Zustandekommen der einzelne Versicherungsnehmer überhaupt keinen und die Gesamtheit derselben einen sehr geringen Antheil hat. Sie sind starre Regeln, denen jeder Versicherungsfall, so gut oder so schlecht es geht, angepaßt werden muß; ein Abweichen oder Nachgeben findet nicht statt. Durch ihre Unpassungsfähigkeit an den einzelnen Fall zeichnen sich gerade die Versicherungsbedingungen der Privatgesellschaften aus. Ihre Form wird von den Versicherungsnehmern, in bedingter Weise auch von dem einzelnen, auf das Nachhaltigste beeinflusst. Bei den privaten Gegenseitigkeitsanstalten sind es die Versicherungsnehmer sogar allein, die sich ihre Versicherungsbedingungen geben. Die Aktien-Versicherungsgesellschaften würden schon, um gegen erstere nicht zurückzutreten, zu analogen Bestimmungen genöthigt sein, selbst wenn sie, entgegen ihrem eigensten Interesse, die Versicherungsnehmer bei Abfassung ihrer Bedingungen nicht hören wollten. Letzteres ist aber überhaupt ausgeschlossen, da jede einzelne Feuerversicherungs-Aktien-gesellschaft nur durch Eingehen auf die Wünsche der Versicherungsnehmer im Konkurrenzkampf bestehen kann, und diese Wünsche beziehen sich naturgemäß außer auf die Prämiensätze auf die Versicherungsbedingungen.

Es findet also eine fortgesetzte sehr nachhaltige Einwirkung der Versicherungsnehmer auf die Bedingungen statt, der jede Gesellschaft für sich bis zu einer gewissen Grenze nachgeben muß. Im Uebrigen weiß der objektive und sachverständige Beurtheiler, daß es das unausgesetzte Bemühen der Versicherungsgesellschaften gewesen ist, an der Verbesserung der Versicherungsbedingungen zu arbeiten,

Ausstellungen
an den
Versicherungs-
bedingungen
der Privat-
gesellschaften.

und sie mit den Bedürfnissen und Anforderungen des Verkehrs — also der Versicherungsnehmer — in Einklang zu bringen.

Hiermit wird gleichzeitig die weitere Ausstellung an den Versicherungsbedingungen der privaten Unternehmungen widerlegt, daß sie nämlich oft zu Ungunsten des Versicherungsnehmers formuliert seien. Jedes derartige Unternehmen, das nicht lediglich auf den augenblicklichen Erfolg berechnet ist, muß die Interessen seiner Abnehmer in erster Linie berücksichtigen. Ohne solide Geschäftsgebarung kann sich kein Privatbetrieb, der gegen zahlreiche Konkurrenzbetriebe zu kämpfen hat, auf die Dauer erhalten. Versicherungsgesellschaften, deren Bestreben auf Schädigung des Versicherungsnehmers hinausläuft, sind ephemere Erscheinungen, sie bereiten sich selbst ein frühes Grab. Ein großer Theil der deutschen Privat-Feuerversicherungsgesellschaften besteht aber seit vielen Jahrzehnten und zählt zu den verbreitetsten und hervorragendsten Privatunternehmungen. Nur die Einhaltung des Prinzips strengster Rechtflichkeit und Gewissenhaftigkeit konnte ihnen zu diesem Erfolge verhelfen.

Was endlich die Beschwerde betrifft, daß die Versicherungsbedingungen verlausuliert und schwer verständlich seien, so erledigt sich dieselbe einmal durch den Hinweis auf die Bedingungen der staatlichen und öffentlichen Anstalten, die bei Weitem umfangreicher, weniger klar und weniger übersichtlich, zum Theil sogar dem Versicherungsnehmer schwer zugänglich sind, und zweitens durch den Hinweis darauf, daß die Bedingungen der privaten Versicherungsgesellschaften die Stelle des in manchen Staaten gänzlich mangelnden Privatversicherungsrechtes zu vertreten haben.

Vorstehende und eine Reihe weiterer Einwände gegen die Versicherungsbedingungen der Privatgesellschaften sind zwar schon unzählige Male widerlegt worden, werden aber von gegnerischer Seite immer wieder ins Treffen geführt. Aus diesen Gründen und um in allen Beziehungen den gesammten Betrieb des Feuerversicherungswesens in Deutschland nach einheitlichen Grundzügen zu regeln, so daß staatliche, öffentliche und private Anstalten den gleichen gesetzlichen Vorschriften unterliegen, verlangen die privaten Anstalten nach einem Reichs-Versicherungsgesetz. Inzwischen aber hat es sich der Verband der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften angelegen sein lassen, die bestehende Lücke nach Kräften auszufüllen. Welch großen

Aufwand von Arbeit, Zeit und Kosten es dem Verbande verursacht hat, Versicherungsbedingungen zu schaffen, die möglichst allen berechtigten Anforderungen Genüge thun, davon kann der nachstehende Bericht nur ein oberflächliches Bild geben, da er in die Einzelheiten der Entwürfe, Ausarbeitungen und Berathungen nicht einzugehen vermag. Daß die Bestrebungen des Verbandes nicht vergeblich waren, beweist die Thatsache, daß die von ihm aufgestellten Bedingungen in Deutschland und über Deutschlands Grenzen hinaus im Versicherungsweisen anerkannt worden sind.

a) Allgemeine Versicherungsbedingungen.

Schon auf der dritten Generalversammlung des Verbandes, die am 4. und 5. November 1872 in Hamburg abgehalten wurde, machte sich das Bedürfniß geltend, übereinstimmende Versicherungsbedingungen für alle dem Verbande beigetretenen Gesellschaften zu schaffen; allgemeine Bedingungen im Gegensatz zu speziellen, wie landwirthschaftlichen, Fabrik- und ähnlichen Versicherungsbedingungen für besondere Klassen von Risiken. Daß dies eine der ersten Arbeiten des Verbandes sein, daß er hierin seine vornehmste Aufgabe erblicken mußte, davon war jedes seiner Mitglieder durchdrungen. In vielen prinzipiellen Punkten herrschte zwar bereits Uebereinstimmung und Gleichmäßigkeit in den Versicherungsbedingungen der meisten deutschen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften. Der Verkehr zwischen Versicherer und Versichertem hatte eine Reihe derartiger Normen ausgestaltet, die sich als Grundlage für alle Versicherungsverträge eingebürgert hatten. Daneben hatte aber jede Gesellschaft ihre besonderen je nach ihren Einrichtungen und Erfahrungen bedingten Einzelbestimmungen, die mehr oder minder von denen der anderen abwichen. Dieser Uebelstand und der Mangel wörtlicher Uebereinstimmung auch der dem Sinne nach annähernd gleichartigen Bestimmungen machte sich in der Praxis zunächst fühlbar bei Versicherungen, an denen zwei oder mehrere Gesellschaften theilhaft waren, insbesondere bei der Schadenregulirung. Anstatt daß eine Gesellschaft im Namen und Auftrag der übrigen mit dem Brandbeschädigten hätte verhandeln können, mußte jede theilhaftige Gesellschaft besondere Ver-

Vorarbeiten
des Verbandes
zu den Allgem.
Versicherungs-
bedingungen.

handlungen mit dem Brandbeschädigten führen, woraus sich für diesen wie für die Gesellschaften häufig unerquickliche Weiterungen ergaben.

In zweiter Linie hatte der Verband ein natürliches großes Interesse daran, mitzuwirken an dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Reichs-Versicherungsgesetz. Das konnte nicht geeigneter eingeleitet werden als dadurch, daß sich Männer der Praxis über alle Einzelheiten der Vertragsbedingungen zwischen Versicherer und Versichertem verständigten, die gegenseitigen Rechte und Pflichten beider Parteien an der Hand ihrer Erfahrung in präziser Form festsetzten und dann diese so gewonnenen einheitlichen Satzungen im Verkehr mit den Versicherten auf ihre Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit prüften. Bewährten sich die Satzungen, entsprachen sie gleichermaßen den Interessen des Versicherten wie des Versicherers und bürgerten sie sich im Versicherungswesen ein, so durfte der Verband erwarten, daß seine theoretisch und praktisch für richtig befundenen Satzungen der künftigen Gesetzgebung als Richtschnur dienen würden. Bis zum Zustandekommen des Reichs-Versicherungsgesetzes aber war dann für die Rechtsprechung eine einheitliche Basis und gleichzeitig eine wesentliche Wahrung der Autorität der Versicherungsbedingungen erreicht; Vortheile, die gegenüber der oftmals einseitig zu Gunsten der Versicherten als des scheinbar schwächeren und deshalb zu schützenden Theils interpretirten Vertragsbestimmungen seitens des Richters hoch zu veranschlagen waren.

Die dritte Generalversammlung des Verbandes beauftragte, nachdem einmal die Anregung zur Einführung gemeinsamer Versicherungsbedingungen gegeben war, sofort den Ausschuß, einen Entwurf auszuarbeiten und den einzelnen Gesellschaften zuzustellen, damit in der nächsten Versammlung ein Austausch der Meinungen auf Grund dieses Entwurfes stattfinden könnte. Der Ausschuß entledigte sich der ihm gestellten Aufgabe dadurch, daß er zunächst die wichtigsten materiellen Unterschiede zwischen den Allgemeinen Versicherungsbedingungen der dem Verbande zugehörigen Gesellschaften zusammenstellte, die Zusammenstellung den Verbandsgesellschaften behufs Abgabe von Erklärungen über ihre Stellung zu den einzelnen Punkten überwies und das hieraus gewonnene Ergebnis in einem Referat der nächsten Generalversammlung bekannt gab.

Demnach gewährten — um die Hauptmomente des Referates anzuführen — einzelne Gesellschaften für die Prämienzahlung bei mehrjährigen Versicherungen eine Frist von 14 Tagen über den Fälligkeitstermin, die nur eine Vertagung des Zahlungstermines bedeute, deshalb keinen Zweck habe, dagegen das Inkassogeschäft erschwere.

Unterschiede
zwischen den
Bedingungen
der
Gesellschaften.

Das Recht zur Aufhebung des Vertrages, wenn sich während der Versicherungsdauer der versicherte Werth wesentlich vermindert hat, schien einer Gesellschaft namentlich in solchen Fällen unentbehrlich, in denen bei dem Versicherten durch eigenes Verschulden ein Rückgang in den Vermögens- bzw. Geschäftsverhältnissen eingetreten war. Die meisten Gesellschaften glaubten jedoch, an diesem Recht nicht festhalten zu sollen.

Die Pflicht der Anzeige im Falle des versicherten Besitzthums durch Erbschaft oder durch Kauf in andere Hände übergeht, bei Aenderung in der Verwaltung und Anzuehung, sowie bei Ausbruch des Konkurses, schrieben einige Gesellschaften vor, weil bei diesen Veränderungen an Stelle der bisherigen als zuverlässig bekannten Versicherten unzuverlässige Personen treten könnten, worüber die Gesellschaft unterrichtet werden müßte. Andere Gesellschaften nahmen Erbschaftsfälle aus, die übrigen wünschten keine Anzeigepflicht des Versicherten in diesen Fällen. Ebenso verschieden waren die Meinungen über die Anzeigepflicht eines Brandes, hinsichtlich dessen der Versicherte keinen Entschädigungsanspruch erhob.

Die Pflicht zur Anzeige im Falle vermehrter Feuergefährlichkeit an den versicherten Objekten oder in deren Nachbarschaft wurde von allen Gesellschaften den Versicherten auferlegt, weil durch die Vermehrung der Feuergefährlichkeit das Risiko wesentlich geändert werde. Eine Definition des Begriffes Feuergefährlichkeit selbst aber hatten einige Gesellschaften durch entsprechende Bestimmungen über Anmeldung von Aenderungen im Allgemeinen von sich fern gehalten, andere wünschten eine Definition zu geben, erklärten sich jedoch zunächst außer Stande dazu, die meisten sahen keine weitere Möglichkeit, als den Ausdruck Vermehrung der Feuergefährlichkeit beizubehalten, und dem Versicherten die Einsicht zuzutrauen, zu entscheiden, welche Aenderungen als Vermehrung der Feuergefährlichkeit anzusehen seien resp. den Versicherten durch die Anleitung im Versicherungsantrag darauf hinzuweisen.

An den Eintritt der Erhöhung der Feuergefährlichkeit das sofortige Erlöschen der Versicherung zu knüpfen, schien den meisten Gesellschaften eine Härte für den Versicherten. Als Ausweg wurde vorgeschlagen, zwischen Veränderungen zu unterscheiden, die vom Versicherten selbst herbeigeführt und solchen, die ohne sein Zutun eingetreten sind.

Die Verpflichtung des Versicherten, sich nach erlittenem Brandschaden von der Ortspolizeibehörde vernehmen zu lassen bzw. seine Vernehmung zu beantragen, wünschten die meisten Gesellschaften in der letzteren Form beizubehalten, ohne jedoch ein Präjudiz an die Nichterhaltung der Verpflichtung zu knüpfen; die Vernehmung sei erforderlich zur Feststellung der

näheren Umstände des Brandereignisses. Das Recht, die Entschädigungen der Versicherten in natura zu leisten, hatten sich einige Gesellschaften vorbehalten, andere erklärten das Recht für nutzlos.

Die Abschätzung des Schadens durch Sachverständige zu fordern, betrachtete die Mehrzahl der Gesellschaften als ihr ausschließliches Recht; der Versicherte, der bedingungsgemäß bei allen Mobiliarschäden selbst die Schadenrechnung aufstelle, könne dies Recht nicht haben, weil er sich nicht auf den Standpunkt stellen könne, daß der Inhalt seiner eigenen Aufstellung falsch sei.

Die Vorschrift, daß in den Fällen, in denen die Landesgesetze eine Buchführung anordnen, der erforderliche Beweis (hinsichtlich des Brandschadens) aus den Geschäftsbüchern zu führen ist, kannten nur einige Gesellschaften, die aber auf Beibehaltung der Vorschrift beharrten, da sie den Versicherten zwingen, ordnungsmäßige Bücher zu führen. Das von einigen Gesellschaften eingeführte Präjudiz des Entschädigungsverlustes, wenn der Versicherte den Werth eines verbrannten, beschädigten oder verlorenen Gegenstandes zu hoch angiebt, hielt die Mehrzahl der Gesellschaften, selbst bei vorliegendem Betrugsversuch, für unbillig.

Die Gewährung von Verzugszinsen lehnten die Gesellschaften mit dem Begründen ab, daß die Neigung des Versicherten zu prozessiren dadurch nur gesteigert und die so vermehrte Zahl der Prozesse zu Ungunsten der Geschäftsführung der Gesellschaften ausgelegt würde. Bezüglich des Gerichtsstandes stimmten fast alle Gesellschaften darin überein, daß das Forum durch das *jus publicum* bestimmt werde und die Handelsgerichte im Wege des Kompromisses nicht ausgeschlossen werden könnten.

Die Versicherung der Ernte auf dem Halm erkannten die einen Gesellschaften für nothwendig an, die anderen verneinten das Bedürfnis dazu. Der Begriff der von der Versicherung ausgeschlossenen Kriegsschäden wurde bei verschiedenen Gesellschaften verschieden, bei einigen gar nicht definiert. —

Im Ganzen wies also die Zusammenstellung der Bedingungen, unter denen bisher von den einzelnen Gesellschaften Versicherung gegeben worden war, eine recht große Zahl von Abweichungen auf. Ein Ausgleich der widerstrebenden Auffassungen über den Inhalt des Versicherungsvertrages schien anfänglich auf beträchtliche Schwierigkeiten zu stoßen. Handelte es sich doch hierbei um Grundsätze und Bestimmungen, die vielleicht schon Jahrzehnte lang als Basis für die gesammte Geschäftsgebarung gedient hatten, mit denen die einzelnen Gesellschaften groß geworden waren, an deren Einhaltung sich nicht nur die Organe, sondern auch die Versicherten der Gesellschaften gewöhnt hatten, und die außerdem vielfach einen integrierenden Bestandtheil der Gesellschaftsstatuten bildeten. Sie ganz oder theilweis auf-

zugeben, hieß aus einem bekannten sicheren Fahrwasser in ein unbekanntes einlenken.

Nach einer vorläufigen Besprechung der Zusammenstellung überwies deshalb die fünfte Generalversammlung (München, Juni 1873) das vorliegende Material an eine viergliedrige Kommission mit dem Auftrage, es unter einheitliche Gesichtspunkte zu bringen. Die Kommission unterbreitete ihre Arbeit, in der sich immer noch eine Anzahl Punkte fand, über welche eine Einigung nicht zu erzielen gewesen war, der siebenten Generalversammlung (Zürich, 11. Juni 1874).

Hier fanden erneute Berathungen statt, deren Ergebnis der Oberinspektor, nachmalige Direktor der Nachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft, Adolf Brüggemann, im Auftrage der Versammlung zu einem neuen Entwurfe der Allgemeinen Versicherungsbedingungen zusammenfaßte. Nachdem dieser ausführlich motivirte Entwurf den Verbandsgesellschaften nochmals zur Begutachtung vorgelegt worden war, wurde derselbe nach sorgfamer Erwägung aller einzelnen Fragen von der achten Generalversammlung (Berlin, November 1874) in nachstehender Form angenommen:

Grundlagen der Versicherung.

§ 1.

Die Gesellschaft versichert gegen den Schaden, welcher den versicherten Gegenständen durch Brand oder jede Art von Blitzschlag, sowie das dadurch verursachte Löschen, Niederreißen, oder erwiesenen nothwendigen Ausräumen zugefügt wird, und in der Beschädigung, Vernichtung oder dem Abhandenkommen versicherter Gegenstände besteht.

Allgemeine
Versicherungs-
bedingungen,
beschlossen
1874.

Ausgenommen von der Versicherung sind Kriegsschäden und solche Schäden, welche die Folge eines Ueberfalls durch bewaffnete Macht oder unrechtmäßige Gewalt, bürgerlicher Unruhen, eines Aufstandes, Erdbebens oder einer groben Verschuldung des Versicherten sind. Kriegsschäden sind diejenigen, welche während eines Krieges durch militärische Maßregeln auf Anordnung eines Befehlshabers entstehen. Bei Explosionen gehört nur ein daraus entstandener Feuerschaden zur Versicherung. Schäden durch Explosion des in den Versicherungsgebäuden angewandten Leuchtgases werden jedoch wie Brandschäden behandelt. — Wenn ein zu irgend einem Zwecke des Haushaltes oder Gewerbebetriebes der Einwirkung der Wärme oder des Feuers ausgesetzter Gegenstand dadurch in Brand gerathen oder beschädigt ist, so wird nur der an den übrigen versicherten Gegenständen hierbei entstandene Schaden ersetzt.

§ 2.

Schießpulver und Dynamit, deren Fabriken und Fabrikate, Schießbannwolle und deren Fabriken, Theerkocheeien, Dokumente, Gold- und Silberbarren, Edelsteine, echte Perlen, Geld, Staatspapiere, Aktien und sonstige geldwerthe Papiere können nie Gegenstände der Versicherung sein. Goldene und silberne Sachen, Uhren, Spitzen, Kaschemirs, Gemälde, Skulpturen und sonstige Kunstsachen, sowie alle Gegenstände, die einen Liebhabereinerwerth haben, sind nur dann versichert, wenn sie in der Police besonders benannt sind. — Bei der Versicherung eines Gebäudes sind alle in der Police nicht ausdrücklich ausgeschlossenen Theile desselben mitversichert.

§ 3.

Die Verpflichtung der Gesellschaft gegen den Versicherten bestimmt sich lediglich nach dem Inhalte der Police resp. des Prolongationscheins und der etwa dazu gehörigen Veränderungs-Genehmigungen und Nachträge. Durch die von Seiten des Versicherten erfolgte Annahme der Police resp. Prolongationscheins, sowie der etwa dazu erteilten Veränderungs-Genehmigungen und Nachträge wird sein Einverständnis mit den darin enthaltenen Bestimmungen, insbesondere mit der darin bestimmten Prämie und Dauer der Versicherung konstatiert.

Die Versicherung wird nur durch die gehörig geleistete Prämienzahlung gültig. Der Versicherte ist verpflichtet, die Prämie ohne Aufforderung an den betreffenden Agenten in dessen Domizil zu bezahlen. Die Gesellschaft ist nicht gehalten, dieselbe einzufordern. Wenn die jährlich zahlbare Prämie einer laufenden mehrjährigen Versicherung nicht spätestens vierzehn Tage nach dem Beginn jedes Versicherungsjahres bezahlt ist, tritt die Verpflichtung der Gesellschaft aus der Versicherung außer Kraft. Die Gesellschaft ist aber befugt, die Prämie gerichtlich beizutreiben oder durch Verweigerung ihrer Annahme den Versicherungs-Vertrag aufzuheben. Geschieht Letzteres nicht, so tritt mit der Empfangnahme der Prämie die Verpflichtung der Gesellschaft aus der Versicherung wieder in Kraft.

Antrag.

§ 4.

Wer versichern läßt, ist verpflichtet, im Versicherungsantrage, nach Anleitung seines eingedruckten Inhalts, und in den sonstigen, neben dem Antrage etwa der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken sowohl die zu versichernden Gegenstände und deren Eigenthumsverhältniß, als auch die Lokalitäten und jede anderweit schon auf den Versicherungsgegenstand geschlossene Versicherung richtig anzugeben, ferner jeden auf die Feuergefährlichkeit einwirkenden Umstand gewissenhaft anzuzeigen. — Ist diese Verpflichtung nicht erfüllt, so hat die Gesellschaft keine Entschädigungsverpflichtung.

Veränderung.

§ 5.

Wenn im Laufe der Versicherung die Feuergefährlichkeit sich vermehrt, oder versicherte Gegenstände noch anderswo versichert werden, so erlischt die Entschädigungsverpflichtung bezüglich aller versicherten Gegenstände. Wenn versicherte Gegenstände translozirt werden, oder, außer Erbschaftsfällen, den Eigenthümer wechseln, so erlischt die Entschädigungsverpflichtung bezüglich der betroffenen Gegenstände. Die Entschädigungsverpflichtung tritt jedoch in den obigen Fällen wieder in Kraft, wenn die Gesellschaft nach Kenntnissnahme des betreffenden Umstandes sich zur Fortsetzung der Versicherung schriftlich bereit erklärt hat. Zur Rückerstattung der für das laufende Jahr gezahlten Prämie ist die Gesellschaft in keinem Falle verbunden.

Brandfall.

§ 6.

Im Falle eines Brandes ist der Versicherte verpflichtet:

- a) die versicherten Gegenstände möglichst zu retten, und während des Rettens, sowie nach demselben, nach Kräften für ihre Sicherung und Erhaltung zu sorgen. Jedoch darf das Ausräumen beweglicher Gegenstände weder gegen das etwaige Geheiß des Agenten oder eines Beamten der Gesellschaft, noch gegen eine etwaige besondere Versicherungs-Bedingung stattfinden. Auch darf das Retten, mit Ausnahme des Viehes, nicht früher geschehen, als bis das, die versicherten Gegenstände enthaltende oder das unmittelbar anstoßende Gebäude in Brand gerathen ist;
- b) dem Agenten binnen 24 Stunden nach jedem Brande, denselben anzuzeigen;
- c) binnen drei Tagen nach dem Brande bei seiner Ortspolizeibehörde seine Vernehmung über alle denselben betreffenden Umstände, bei beweglichen Gegenständen auch über die Art und ungefähre Höhe des Schadens zu beantragen, eine beglaubigte Abschrift des darüber aufgenommenen Protokolles nachzusuchen, und dieselbe nach Empfang unverzüglich dem Agenten einzusenden.
- d) falls er Ersatz für Gegenstände, die durch Entwendung verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen sein sollen, in Anspruch nehmen will, bei Verlust dieses Anspruches binnen drei Tagen nach dem Brande der Ortspolizeibehörde ein Verzeichniß dieser Gegenstände einzureichen und auf Verfolgung des Diebstahls anzutragen.

Die genannten Fristen beginnen im Falle erwiesener physischer Unmöglichkeit, sie inne zu halten, da, wo letztere aufhört.

Brandschaden.

Im Allgemeinen.

§ 7.

Die Versicherung soll nicht zu einem Gewinne führen; ihr alleiniger Zweck ist der Ersatz des nach §. 1 zu vergütenden Schadens, welcher nach dem wahren Werthe der versicherten Gegenstände zur Zeit des Brandes, ohne Hinzurechnung des etwa entgangenen Gewinnes, festzustellen ist. Uebersteigt der Werth der versicherten Gegenstände die darauf versicherte Summe, oder sind sie, sei es im Einzelnen oder Ganzen, noch anderswo versichert, so wird der Schaden pro rata vergütet. Haben sie einen geringeren Werth, als die darauf versicherte Summe, letztere möge auf Taxation beruhen oder nicht, so wird der Schaden nur nach Verhältniß jenes geringeren Werthes vergütet.

§ 8.

Die Gesellschaft ist berechtigt, eine jede auf den Werth, sowie auf den Schaden und dessen Ursachen bezügliche Untersuchung, Vernehmung oder Abschätzung eintreten zu lassen und über die Angaben des Versicherten nicht nur von ihm Beläge und sonstige Beweise aller Art, die er liefern kann, sondern auch seine eidliche oder eidesstattliche Erhärtung jener Angaben zu fordern. Die Versicherung selbst begründet weder einen Beweis, noch eine Vermuthung für das Vorhandensein und den Werth der versicherten Gegenstände zur Zeit des Brandes.

Bei Gebäuden.

§ 9.

Der nach den Grundsätzen des § 7 zu ermittelnde Betrag des Schadens an Gebäuden wird durch spezielle Abschätzung von zwei Sachverständigen und event. eines Obmanns mit verbindlicher Kraft für beide Parteien unter Ausschließung des Rechtsweges auf gemeinschaftliche Kosten festgestellt.

Jede Partei ernennt zu diesem Behuf einen Sachverständigen.

Ist die Ernennung nicht von beiden Parteien zu Protokoll oder sonst schriftlich erklärt, so hat eine jede von ihnen das Recht, eine schriftliche Anzeige von der ihrerseits getroffenen Wahl eines Sachverständigen mit der Aufforderung zur Wahl des zweiten Sachverständigen an die andere Partei zu erlassen. Zeigt letztere nicht binnen acht Tagen nach Empfang dieser Aufforderung die von ihr getroffene Wahl schriftlich an, so geht das Recht, den zweiten Sachverständigen zu wählen, auf die auffordernde Partei über und kann von dem säumigen Theile nicht mehr ausgeübt werden.

Die Abschätzung muß sowohl das Verhältniß des Schadens zum baulichen Werthe, den das Gebäude zur Zeit des Brandes hatte, als auch den Werth der übrig gebliebenen Gebäudetheile und Materialien angeben.

Für den Fall, daß die Sachverständigen sich nicht einigen, entscheidet innerhalb der Grenzen ihrer Abschätzungen über die freitig gebliebenen

Punkte ein von ihnen erwählter Obmann. Können sie sich auch über dessen Wahl nicht einigen, so wird er auf Antrag der Parteien oder einer von ihnen von dem Vorsitzenden des ordentlichen Gerichts des Versicherten ernannt. Jede der Parteien kann jedoch verlangen, daß der Obmann nicht aus dem Wohnorte des Versicherten genommen werde. Der Versicherte ist bei Verlust seines Entschädigungsanspruchs verpflichtet, die Gebäude bis zur beendigten Abschätzung in ihrem Zustande zu lassen.

Bei Gebäuden mit Realverpflichtungen.

§ 10.

Wenn auf versicherte Gebäude Hypothekenschulden oder andere Realverpflichtungen vor dem Brandfalle eingetragen sind, so wird die Entschädigung nur behufs der Wiederherstellung und nachdem letztere gesichert worden, bezahlt, die sämtlichen Hypothek resp. Realgläubiger müßten denn in die unbedingte Auszahlung willigen, oder selbst zur Empfangnahme berechtigt sein. Geht aber der Entschädigungsanspruch des Versicherten durch seine Schuld verloren, so verwendet die Gesellschaft die Entschädigung, soweit nöthig, zur Befriedigung der erwähnten Gläubiger gegen Session ihrer Rechte.

Bei beweglichen Gegenständen.

§ 11.

Der Versicherte ist verpflichtet, eine spezielle Nachweisung der zur Zeit des Brandes vorhanden gewesenen, der verbrannten oder verlorenen und der beschädigt, sowie unbeschädigt geretteten beweglichen Gegenstände gewissenhaft anzufertigen und innerhalb vierzehn Tagen dem Agenten einzureichen. Später erhobene Ansprüche werden nicht mehr berücksichtigt. Die Nachweisung muß mit speziellen Werthangaben nach dem Grundsatz des § 7 versehen und von dem Versicherten unterzeichnet sein, und es darf darin weder ein nicht vorhanden gewesener Gegenstand als verbrannt oder verloren angegeben, noch das Vorhandensein eines geretteten Gegenstandes verschwiegen sein. Falls die Gesellschaft auf Grund des § 8 eine gemeinschaftliche Abschätzung eintreten läßt, gelten über die Wahl der Sachverständigen und des Obmanns, sowie über die rechtlichen Folgen der Abschätzungen die Bestimmungen des § 9.

Schadenersatz.

§ 12.

Es steht der Gesellschaft frei, dem Versicherten die ihm zu gewährende Entschädigungssumme gemäß § 15 baar zu zahlen, oder die Versicherungsgegenstände wieder herzustellen. Auch steht es ihr frei, beschädigte bewegliche Gegenstände ganz oder theilweise zu den von dem Versicherten angegebenen, oder von den Sachverständigen festgestellten Preisen zu übernehmen, oder nur den Schaden daran zu vergüten.

Präjudizfälle.

§ 13.

Alle nicht innerhalb 6 Monaten nach dem Brande entweder rechtsgültig von der Gesellschaft anerkannten oder vermitteltst vollständiger Klage vor den zuständigen Richter (§ 14) gebrachten Ansprüche auf Entschädigung sind durch den bloßen Ablauf jener Frist erloschen.

Wenn der Versicherte eine der ihm nach § 6a und b obliegenden Pflichten nicht vollständig erfüllt, oder die Beibringung der Beläge und sonstigen Beweise, welche die Gesellschaft nach § 8 gefordert hat, verweigert, oder endlich sich einer nach § 11 unerlaubten Angabe oder Verschweigung schuldig macht; so verliert er jeden Anspruch auf Entschädigung, und zwar für alle an dem betreffenden Brande theilhaftigen Versicherungen.

Streitigkeiten.

§ 14.

Die Gesellschaft nimmt Recht vor dem ordentlichen Gericht des Ortes, wo die Police resp. der Prolongationschein oder die etwa dazu gehörigen Veränderungs-Genehmigungen und Nachträge ausgestellt worden sind. Wenn jedoch der Risiko, den die Streitigkeit betrifft, in einem anderen Lande liegt, als der Ausstellungsort der Urkunden, so ist das ordentliche Gericht der Hauptstadt jenes Landes kompetent.

Zahlung.

§ 15.

Am dem Orte, wo die Versicherungs-Urkunde ausgestellt ist, wird die dem Versicherten zu gewährende Entschädigungssumme binnen Monatsfrist, nachdem ihr gesammter Betrag und die Verbindlichkeit der Gesellschaft zur Zahlung derselben durch Auerkenntniß beider Theile, Vergleich oder rechtskräftiges Urtheil festgestellt ist, baar gezahlt. Zur Vergütung von Zinsen auf die Entschädigungssumme ist die Gesellschaft erst von dem Tage an verbunden, an welchem sie sich nach Ablauf jenes Monats im Verzuge der Zahlung befinden würde.

Vor Feststellung der Existenz und des Betrages einer Schadenforderung ist eine Session der Entschädigungs-Ansprüche der Gesellschaft gegenüber wirkungslos. Letztere ist nicht verbunden, sich auf Verhandlungen über den Schaden und dessen Betrag mit anderen Personen als dem Versicherten oder beziehentlich dessen Erben einzulassen.

Wenn durch Arrestanlagen, Interventionen, Oppositionen oder Legitimationsmängel auf Seiten des Versicherten oder seiner Erben und Rechtsnachfolger die Auszahlung der Entschädigung verhindert wird, so ist die Gesellschaft vor Aufhebung des Hindernisses weder zur Deposition, noch zur Zahlung verpflichtet, auch nicht zur Vertretung der Folgen des Zahlungsaufschlusses, oder zu irgend einer Zinsvergütung verbunden.

Fortdauer der Versicherung nach dem Brande.

§ 16.

Nach einem Brande vermindert sich die Versicherungssumme um den festgestellten Entschädigungsbetrag. Uebersteigt dieser die Hälfte derselben, so ist die Versicherung ganz erloschen. Nach einem jeden Brande im Versicherungsgebäude oder Raume, einem Schaden, Schadenanpruch oder Schadenersatz steht es sowohl dem Versicherten, als auch der Gesellschaft frei, mittelst einer einfachen schriftlichen Anzeige, welche seitens der Gesellschaft durch ihre Agenten oder Vertreter erfolgen kann, jede zwischen ihnen geschlossene Versicherung aufzuheben. Diese Befugniß erlischt jedoch, wenn sie nicht spätestens bei der Auszahlung der Entschädigung, oder, wenn der Unfall keine Entschädigung zur Folge hat, nicht binnen Monatsfrist, nachdem die Gesellschaft Kenntniß davon erhalten hat, ausgeübt wird. Erfolgt die Aufhebung von seiten der Gesellschaft, so wird, wenn die Prämie über das laufende Versicherungsjahr hinaus vorausbezahlt ist, der vorausbezahlte Betrag mit Wegfall etwaiger Freijahre und des Diskontos zurückgezahlt.

Regreß.

§ 17.

Alle Rechte und Ansprüche des Versicherten an dritte Personen auf Schadenersatz für die versicherten Gegenstände gehen kraft des Versicherungsvertrages und der geleisteten Entschädigungen von Rechts wegen, ohne daß es einer weiteren Subrogation oder Session bedarf, auf die Gesellschaft über.

Nur hinsichtlich § 1 Abs. 2 (Kriegsschäden und Explosionschäden) sowie § 6 Abs. 6 der vorstehenden Fassung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen hatten sich zwei Gesellschaften Aenderungen vorbehalten und bezüglich des ersten Satzes in § 2 war den Gesellschaften freigestellt worden, die Aufzählung der von der Versicherung ausgeschlossenen Objekte wegzulassen oder zu modifizieren.

Im Allgemeinen war aber der erste Wurf geglückt. Der Verband hatte seine Feuerprobe bestanden. Zu Gunsten der gemeinschaftlichen Sache hatte jede einzelne Verbandsgesellschaft Konzessionen machen müssen, und sie waren gemacht worden, so schwer es auch der einen oder anderen Gesellschaft angekommen sein mochte, von gewissen ihr eigenthümlichen Bedingungen abzugehen, die sich nach ihrer Erfahrung bewährt hatten und dagegen die Bedingungen der Majorität einzutauschen, die sie vielleicht nicht als ihren Interessen gleich dienlich erachtete. Für die Versicherungsnehmer aber brachten die mit so vielen Mühen zu Stande gekommenen neuen Versicherungsbedingungen ganz wesentliche Vortheile, die vor Allem darin be-

standen, daß viele veraltete und zum Theil mit gewissen Härten verbundene Bestimmungen der seitherigen Bedingungen der einzelnen Gesellschaften für immer verschwanden. Dieser Fortschritt kam im gleichen Maße, wenn auch erst allmählich, den bei sämtlichen Privatgesellschaften Versicherten zu Gute, denn dem Vorgehen der Verbandsgesellschaften mußten die übrigen Gesellschaften schon aus Konkurrenzrücksichten folgen. Es ist unmöglich, den hervorragenden Dienst zu verkennen, den der Verband hiermit dem gesammten Versicherungsweisen geleistet hat.

Einführung der
Allgemeinen
Versicherungs-
bedingungen
in den
Bundesstaaten.

Der Einführungstermin für die Allgemeinen nunmehr übereinstimmenden Versicherungsbedingungen wurde auf den 1. Juli 1875 festgesetzt. Dieser Termin ist nicht von allen Gesellschaften eingehalten worden. Ein Theil derselben führte die neuen Versicherungsbedingungen schon am 1. Januar 1875 ein, ein Theil am 1. Juli und noch andere Gesellschaften erst am 1. Januar bzw. 1. Februar 1876.

Der Grund hierfür lag weniger in geschäftlichen Hindernissen, als in dem Umstand, daß eine Anzahl bundesstaatlicher Regierungen, in welchen die Zulassung von Versicherungsgesellschaften an die Ertheilung einer besonderen Konzession geknüpft ist, den gegen die früheren abgeänderten Allgemeinen Versicherungsbedingungen ihre Genehmigung versagten.

Vor Allem war dies seitens der Königlich bayerischen Regierung geschehen, welche die Genehmigung wegen des § 6c verweigerte, der vorschreibt, daß der Versicherte im Brandschadenfalle seine Vernehmung über die näheren Umstände des Brandes binnen drei Tagen bei der Ortsbehörde beantragen soll. Die Beanstandung dieser Vorschrift, die lediglich ein Mittel zur thatsächlichen Feststellung des Brandes ist, war um so weniger verständlich, als an die Nichterfüllung derselben keinerlei Präjudiz geknüpft ist. Der Verband wandte sich deshalb mit der Bitte um Vermittelung an den Königlich preussischen Staatsminister des Innern, indem er noch besonders darauf hinwies, daß die entsprechende Vorschrift der in Preußen zugelassenen bayerischen Hypotheken- und Wechselbank in München, also einer bayerischen Gesellschaft, viel schärfer gefaßt sei, da sie bei Nichterfüllung die Versicherten mit dem Verlust jeden Entschädigungsanspruches bedrohe. — Ebenso stieß die Einführung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen im Königreich Sachsen auf Schwierigkeiten,

da seitens der sächsischen Brandversicherungskommission den Gesellschaften eröffnet wurde: „daß das Königliche Ministerium des Innern die Annahme jener Allgemeinen Versicherungsbedingungen für das sächsische Versicherungsgeschäft den in Sachsen konzessionirten Feuerversicherungs-Gesellschaften bis auf Weiteres nachzulassen sich bewogen gefunden hat, dafern in Bezug auf Sachsen durch einen besonderen Zusatz den vereinbarten Allgemeinen Versicherungsbedingungen ausdrückliche Erklärung beigelegt wird, zufolge welcher diese Bedingungen daselbst nur insoweit zur Anwendung kommen dürfen, als nach Gesetz oder allgemeinen Verordnungen im Königreich Sachsen nicht andere Bestimmungen in Gültigkeit bestehen.“ — Die großherzoglich badische Regierung genehmigte die Versicherungsbedingungen nur für die Fahrnißversicherungen, dagegen nicht für die Versicherung der Gebäudefünstel, für welche nach wie vor die für die Gebäudeversicherung in Baden bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung zu kommen hätten. (In Baden sind, wie bereits bemerkt, vier Fünstel des Werthes eines Gebäudes bei der staatlichen Anstalt zu versichern, bloß ein Fünstel kann Privatgesellschaften in Deckung gegeben werden.)

Demonstrationen der Gesellschaften ebenso wie das oben erwähnte Gesuch des Verbandes an den preussischen Minister des Innern hatten keinen Erfolg. Damit das Einigungswerk nicht an den partikularen Sonderwünschen gänzlich scheiterte, blieb den Gesellschaften nichts weiter übrig, als zu beschließen (10. Generalversammlung vom November 1875):

für Bayern, daß es denjenigen Gesellschaften, welche bis dahin die neuen Bedingungen noch nicht dem bayerischen Ministerium zur Genehmigung eingereicht hatten, freigestellt sein solle, die alten Bedingungen beizubehalten, und daß es den anderen Gesellschaften gestattet sei, entweder durch einen Vermerk in der Police die Bestimmung sub. 6c außer Kraft zu setzen, oder dieselbe ganz aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen wegzulassen;

für Sachsen, daß jeder Gesellschaft zu überlassen sei, die alten Versicherungsbedingungen für Sachsen beizubehalten, wenn sie sich nicht der von dem sächsischen Ministerium gestellten Bedingung fügen wolle,

und für Baden, daß den Anordnungen der badischen Regierung

hinsichtlich der Beibehaltung der alten Versicherungsbedingungen für die Gebäudefünftel Folge zu leisten sei.

Revision der
Allgemeinen
Versicherungs-
bedingungen
von 1874.

In dieser Gestalt blieben die Allgemeinen Versicherungsbedingungen bis zum Jahre 1886 bei den Verbandsgesellschaften in Geltung, obschon sich bereits viel früher die eine und die andere ihrer Bestimmungen als reformbedürftig erwiesen hatte. Letzteres konnte, da man es mit einem ersten Versuch zu thun hatte, nicht überraschen. Ganz abgesehen von den immer neuen Anforderungen des sich entwickelnden Verkehrs mußten die Praxis und die Rechtsprechung im Laufe der Zeit diejenigen Fragen aufdecken, deren Normirung in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen zu wünschen übrig ließ. In Anbetracht der großen Schwierigkeit, die jede Neugestaltung der eingeführten und eingebürgerten Bedingungen mit sich brachte, war es aber dem Verbands nicht möglich gewesen, auf Grund jeder einzelnen von seinen Mitgliedern oder aus den Kreisen der Versicherten gestellten Forderung eine Neuredaction der fraglichen Bestimmung sogleich vorzunehmen. Dies konnte erst geschehen, nachdem sich genügendes Material angesammelt hatte, um eine Umarbeitung der Versicherungsbedingungen von Grund aus zu rechtfertigen. Der geeignete Zeitpunkt hierfür schien dem Verbands gekommen zu sein, als sich Ende des Jahres 1883 die Handelskammer zu Osnabrück an die sämmtlichen Mitglieder des Verbandes mit einer Zuschrift wandte, in der sie eine vollständige Ueänderung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen nach bestimmten, von ihr gemachten Propositionen verlangte. Der Verband setzte auf seiner Generalversammlung vom 27. Januar 1884, abgehalten zu Hannover, eine Kommission, bestehend aus den General-Direktoren Ewald als Vorsitzendem, Eschmarke und Ribbeck, den Direktoren Springorum und Brüggemann, sowie dem Ausschußvorsitzenden Justizrath Lefse und dem Syndikus der Racherer und Münchener Gesellschaft Dr. Ludewig, behufs Revision der Allgemeinen Versicherungsbedingungen ein. Diesmal beschränkte sich der Verband nicht darauf, wie bei der ersten Feststellung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, nur Rechtskundige zur Mitarbeit heranzuziehen, sondern forderte auch die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft, den Deutschen Landwirthschaftsrath und verschiedene Handelskammern auf, Delegirte zu gemeinsamen Berathungen zu entsenden. Dieser Einladung leisteten die aufgeförderten Stellen bereitwilligst Folge, so

daß an den am 24. und 25. Oktober 1884 abgehaltenen gemeinschaftlichen Konferenzen außer den Mitgliedern der Revisionskommission des Verbandes theilnahmen:

Kommerzienrath Frenzel und Syndikus, Kreisgerichts-Direktor a. D.

Beisert, als Delegirte der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin,

Mitterschaftsdirektor von Wedell-Malchow aus Berlin, Oekonomie-rath Dr. Weidenhammer aus Darmstadt und Generalsekretär Müller aus Berlin, als Delegirte für den Deutschen Landwirthschaftsrath, sowie

Jakob Ahlers, Mitglied der Handelskammer aus Hamburg,

Carl Maijor, Mitglied der Handelskammer aus München,

Generalsekretär H. A. Bueck aus Düsseldorf.

Der Konferenz lag ein von der Revisionskommission aufgestellter und von der 36. Generalversammlung des Verbandes (Oktober 1884) genehmigter Entwurf als Grundlage für die Verhandlungen vor. Bei Eintritt in die Berathung wurde seitens des Verbandes erklärt, man sei nicht in der Lage, mit festformulirten Beschlüssen an die Konferenz heranzutreten, sondern mit einer Vorlage, über welche die Konferenz berathen möge, damit dann auf Grund der hierbei zu Tage getretenen Meinungen und Wünsche der Verband sich definitiv schlüssig machen könne. Dementsprechend kam die Konferenz überein, Abstimmungen über Anträge bezüglich der Fassung der einzelnen Paragraphen der Versicherungsbedingungen überhaupt nicht vorzunehmen.

Die Konferenz, welche zwei Tage dauerte, nahm einen durchaus befriedigenden Verlauf, und trug wesentlich zur Klärung der Ansichten sowie zur Präzisierung der Materie bei. Die in der Konferenz geltend gemachten und in einem ausführlichen Protokoll niedergelegten Ansichten der Konferenztheilnehmer wurden im Auftrage des Verbandes von Dr. Ludwig zu einem neuen Entwurf der Allgemeinen Versicherungsbedingungen verarbeitet und bildeten gleicherweise die Basis für die Entwürfe, die ausgearbeitet wurden von den General-Direktoren Tschmarke (Magdeburger Gesellschaft) und Ewald (Gothaer Bank), für die Vorschläge und Anträge verschiedener Gesellschaften und für die Arbeiten der Revisionskommission für die Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

Ueber zwei Jahre erstreckten sich die Berathungen in der Kommission und in den Generalversammlungen über die sehr gründlichen und umfassenden Entwürfe, wobei wiederholt ausführliche Rechtsgutachten eingeholt wurden, bis endlich die Arbeit der Kommission so weit gediehen war, daß dieselbe der 41. Generalversammlung (Eisenach, September 1886) einen sorgsam ausgearbeiteten Entwurf vorlegen konnte, der alle in den vorausgegangenen Stadien neu hervorgetretenen Bedürfnisse und Wünsche in sich vereinte.

Volle 11 Tage, vom 20. bis 30. September, nahmen die Verhandlungen der Generalversammlung über die einzelnen Paragraphen des Entwurfes in Anspruch; dann aber sahen sich die Mitglieder des Verbandes auch für die aufgewendete große Mühe und Arbeit glänzend belohnt: Mit Einstimmigkeit wurden die endgültig und einheitlich festgestellten Allgemeinen Versicherungsbedingungen angenommen, die in 15 knapp und präzis gefaßten Paragraphen das Vertragsverhältniß zwischen Versicherer und Versichertem unter Wahrung der beiderseitigen Interessen regeln. Ein gemeinsamer Boden war geschaffen, auf dem sich Versicherer und Versicherter gleichberechtigt gegenüberstehen, von dem jede Willkür ausgeschlossen ist, und in dem die Rechtssprechung in Versicherungssachen einen festen Halt findet.

Die neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen lauten:

Allgemeine
Versicherungs-
bedingungen,
beschlossen
1886.

§ 1.

Die Gesellschaft versichert gegen den Schaden, welcher an den versicherten Gegenständen durch Brand oder Blitzschlag oder durch Explosion von Leuchtgas, sowie das durch solche Ereignisse veranlaßte Löschen, Niederreißen oder nothwendige Ausräumen (§ 6) verursacht ist, soweit derselbe in der Beschädigung, Vernichtung oder dem Abhandenkommen versicherter Gegenstände besteht.

Falls die Gesellschaft durch besondere Uebereinkunft die Versicherung gegen andere, als durch Leuchtgas hervorgerufene Explosionschäden übernommen hat, so finden die Versicherungsbedingungen auch auf eine solche Versicherung Anwendung.

Ausgenommen von der Versicherung sind solche Schäden, welche während eines Krieges durch militärische, auf Anordnung eines Befehlshabers getroffene Maßregeln entstehen oder die Folge eines Aufstandes, eines Landfriedensbruches oder eines Erdbebens sind.

§ 2.

Geld und Werthpapiere werden nicht versichert. Dokumente, Gold- und Silberbarren, Edelsteine, echte Perlen, goldene und silberne Sachen, Uhren, Spitzen, Gemälde und sonstige Gegenstände, welche einen Kunstwerth haben, sind nur dann versichert, wenn sie in der Versicherungsurkunde besonders benannt sind. Gegenstände, welche einen Liebhabereiwertth haben, sind zu diesem Werth nur dann versichert, wenn derselbe als solcher beantragt und in der Versicherungsurkunde gekennzeichnet ist.

Alle zur Zeit der Versicherungsnahme vorhandenen sowie nachträglich hinzugekommenen beweglichen Gegenstände derselben Gattung fallen unter die für diese Gattung genommene Versicherung, insoweit sie nicht ausdrücklich von der Versicherung ausgeschlossen sind oder die letztere sich nicht ausdrücklich auf individuell bestimmte Gegenstände bezieht.

Bei der Versicherung eines Gebäudes sind alle in der Versicherungsurkunde nicht ausdrücklich ausgeschlossenen Theile desselben in der Versicherung einbegriffen.

§ 3.

Wer eine Versicherung beantragt, ist verpflichtet, im Versicherungs-Antrage nach Anleitung seines eingedruckten Inhaltes und in den sonstigen neben dem Antrage etwa der Gesellschaft eingereichten Schriftstücken nicht nur die zu versichernden Gegenstände, deren Eigenthumsverhältniß, die Versicherungs-Localitäten und jede anderweit schon auf den Versicherungs-Gegenstand geschlossene Versicherung richtig anzugeben, sondern nach jener Anleitung auch die auf die Feuergefährlichkeit einwirkenden Umstände gewissenhaft anzuzeigen. Ist diese Verpflichtung nicht erfüllt, so hat die Gesellschaft keine Entschädigungs-Verpflichtung.

§ 4.

Die Versicherungsurkunde (Police, Prolongations-Schein, Nachtrag, Veränderungsgenehmigung) wird dem Antragsteller bei dem Agenten zur Verfügung gestellt. Die Verpflichtung der Gesellschaft beginnt mit der Einlösung der Versicherungsurkunde, wenn nicht entweder ein späterer Zeitpunkt in der Urkunde selbst bestimmt oder ein früherer Zeitpunkt vor Aushändigung derselben durch das zu ihrer Ausstellung berechnigte Gesellschaftsorgan schriftlich zugesagt ist. Die Einlösung der Urkunde wird durch Zahlung der Prämie und Nebenkosten bewirkt. Durch Annahme der Versicherungsurkunde wird das Einverständniß des Versicherten mit dem gesamten Inhalte derselben, insbesondere mit der darin bestimmten Prämie und Dauer der Versicherung constatirt. Die Verpflichtung der Gesellschaft gegen den Versicherten bestimmt sich lediglich nach dem Inhalte der Versicherungsurkunde.

Die jährlich zahlbare Prämie einer mehrjährigen Versicherung ist mit Beginn jedes Versicherungsjahres an den Agenten zu entrichten. Unterbleibt die Zahlung, so ist der Versicherte auf seine Kosten zur Ein-

lösung der Prämien-Quittung schriftlich aufzufordern. Erfolgt alsdann die Zahlung nicht innerhalb zweier Wochen nach Empfang der Aufforderung, so ruht von da ab auf die Dauer des Verzuges die Entschädigungs-Verpflichtung der Gesellschaft.

In allen Fällen des Verzuges der Prämienzahlung ist die Gesellschaft berechtigt, entweder den Versicherungs-Vertrag durch schriftliche Mittheilung an den Versicherten aufzuheben oder die Einlösung der Versicherungs-urkunde beziehungsweise der Prämien-Quittung klagend zu erwirken.

§ 5.

Wenn der Versicherte im Laufe der Versicherung

1. eine Vermehrung der Feuergefährlichkeit herbeiführt oder zuläßt,
2. versicherte Gegenstände noch anderweit versichert,
3. sie in eine andere Lokalität als diejenige, wo sie versichert sind, verbringt oder verbringen läßt,

oder wenn

4. versicherte Gegenstände, abgesehen von Erbschaftsfällen, den Eigenthümer wechseln,

so ruht bis zur schriftlichen Genehmigung dieser Veränderungen Seitens der Gesellschaft oder bis zur Wiederherstellung des früheren Zustandes die Entschädigungs-Verpflichtung der Gesellschaft, und zwar in den Fällen unter 1 und 2 bezüglich aller, in den Fällen unter 3 und 4 bezüglich der davon betroffenen versicherten Gegenstände.

Umstände, welche, unabhängig von dem Willen des Versicherten eintretend, die Feuergefährlichkeit vermehren, werden nur dann den unter 1 aufgeführten Umständen gleich geachtet, wenn der Versicherte unterläßt, der Gesellschaft nach erlangter Kenntniß davon ohne Verzug schriftlich Anzeige zu machen. Erstattet aber der Versicherte diese Anzeige ohne Verzug, so ist die Gesellschaft, falls sie die Versicherung nicht fortsetzen will, berechtigt, die letztere durch schriftliche Anzeige mit Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung jener Anzeige aufzuheben.

§ 6.

Der Versicherte hat dem Agenten binnen 24 Stunden, der Orts-polizeibehörde binnen drei Tagen nach einem Brande Anzeige von demselben zu machen.

Im Falle eines Brandes ist der Versicherte ferner verpflichtet, die versicherten Gegenstände, soweit es in seiner Macht steht, zu retten und während des Rettens sowie nach demselben für ihre Sicherung und Erhaltung zu sorgen. Jedoch dürfen bewegliche Gegenstände, mit Ausnahme des Viehes, dessen frühzeitigere Rettung freisteht, erst bei unmittelbarer Gefahr und nicht gegen das etwaige Verbot des Agenten oder eines Beauftragten der Gesellschaft ausgeräumt werden. Handelt der Versicherte diesen Vorschriften zuwider, so hat die Gesellschaft für den daraus ent-

standenen Schaden, falls die Ersatzansprüche des Versicherten nach § 10 nicht überhaupt verwirkt sind, nicht aufzukommen.

Ersatz für abhanden gekommene Gegenstände wird nur dann geleistet, wenn der Versicherte der Ortspolizeibehörde unter Bezeichnung jener Gegenstände binnen drei Tagen nach dem Brande Anzeige von dem Abhandenkommen gemacht hat.

Die genannten Fristen beginnen im Falle erwiesener Unmöglichkeit, sie inne zu halten, sobald letztere aufhört.

§ 7.

Die Versicherung soll nicht zu einem Gewinne führen; ihr alleiniger Zweck ist der Ersatz des nach dem wahren Werthe der versicherten Gegenstände zur Zeit des Brandes unter Ausschluß des entgangenen Gewinnes festzustellenden Schadens, gegen welchen nach § 1 Versicherung gewährt ist.

Die Versicherung selbst begründet keinen Beweis für das Vorhandensein und den Werth der versicherten Gegenstände zur Zeit des Brandes. Die Versicherungssumme, dieselbe möge auf Taxation beruhen oder nicht, bildet lediglich die Grenze für die Ersatzpflicht der Gesellschaft und zwar für jede einzelne Position der Versicherungsurkunde.

Übersteigt der Werth der versicherten Gegenstände zur Zeit des Brandes die darauf versicherte Summe oder sind sie noch anderswo versichert, so wird der Schaden pro rata vergütet. Haben sie einen geringeren Werth, als die darauf versicherte Summe, so wird der Schaden nur nach dem geringeren Werthe vergütet.

§ 8.

Die Gesellschaft ist berechtigt, jede auf den Werth sowie auf den Schaden, dessen Ursache und Höhe bezügliche Untersuchung anzustellen und von dem Versicherten über seine Angaben Beläge und sonstige Beweise, die er liefern kann, zu fordern.

Bei Schäden an beweglichen Gegenständen ist der Versicherte verpflichtet, auf Verlangen der Gesellschaft spezielle Verzeichnisse der zur Zeit des Brandes vorhanden gewesen, der verbrannten oder abhanden gekommenen und der beschädigt sowie unbeschädigt geretteten Gegenstände anzufertigen und innerhalb einer ihm zu stellenden Frist von mindestens zwei Wochen dem Agenten einzureichen. Diese Frist beginnt im Falle erwiesener Unmöglichkeit, sie inne zu halten, sobald letztere aufhört. Die Verzeichnisse müssen auf Verlangen der Gesellschaft mit speziellen Werthangaben nach dem Grundsatz des §. 7 versehen und von dem Versicherten unterzeichnet sein, und es darf darin weder ein nicht vorhanden gewesener Gegenstand als vernichtet oder abhanden gekommen angegeben, noch das Vorhandensein eines geretteten Gegenstandes verschwiegen sein.

Die Gesellschaft ist nicht verbunden, sich auf Verhandlungen über den Schaden und die Entschädigung mit anderen Personen als dem Versicherten einzulassen.

§ 9.

Sowohl die Gesellschaft wie der Versicherte haben, unbeschadet der Bestimmungen in § 8, das Recht, zu verlangen, daß der Betrag des Schadens an den versicherten Gegenständen durch ein Abschätzungsverfahren festgestellt werde, welches mit verbindlicher Kraft für beide Parteien auf gemeinschaftliche Kosten nach folgenden Grundsätzen zu erfolgen hat:

Jede Partei ernimmt zu Protokoll oder sonst schriftlich einen Sachverständigen. Zeigt eine Partei, nachdem sie dazu von der anderen unter Benennung des ihrerseits gewählten Sachverständigen schriftlich aufgefordert ist, nicht binnen einer Woche nach Empfang der Aufforderung die Ernennung des zweiten Sachverständigen schriftlich an, so geht das Recht, diesen zu wählen, auf die auffordernde Partei über. Beide Sachverständige ernennen vor Beginn des Abschätzungsverfahrens einen dritten Sachverständigen als Obmann, welcher für den Fall, daß jene sich nicht einigen, nach beendigter Abschätzung in Thätigkeit tritt und alsdann nur über die freitig gebliebenen Punkte innerhalb der Grenzen der Abschätzungen der Sachverständigen entscheidet. Können sich die letzteren über die Wahl des Obmannes nicht einigen, so wird derselbe auf Antrag der Parteien oder einer von ihnen durch das für den Brandort zuständige Amtsgericht ernannt.

Die von den Sachverständigen schriftlich zu beurkundenden Abschätzungen müssen jedenfalls enthalten:

1. den Werth des Gegenstandes unmittelbar vor dem Brande — bei Gebäuden und Maschinen außerdem auch den Neuanbauwerth beziehentlich Neuanaffungswerth —,
2. den Werth des Gegenstandes nach dem Brande, beziehentlich der übrig gebliebenen Theile und Materialien unter Berücksichtigung der Verwendbarkeit derselben für die Wiederherstellung.

Auf Grund der Abschätzung erfolgt die Feststellung der Entschädigung nach den Grundsätzen des § 7.

Die Abschätzungsverhandlungen sind dem Versicherten auf Verlangen abschriftlich mitzutheilen.

§ 10.

Wenn der Versicherte den Brand vorsätzlich oder durch grobes Verschulden verursacht, wenn er rechtzeitig dem Agenten von dem Brande Anzeige zu machen unterlassen hat (§ 6 Abs. 1), wenn er böswillig den Vorschriften des § 6 Abs. 2 zuwiderhandelt oder die Beibringung der Beläge, Beweise und Verzeichnisse, welche die Gesellschaft nach § 8 zu fordern berechtigt ist, verweigert oder wiederholter Aufforderung ungeachtet nicht liefert, oder endlich, wenn er sich bei Ermittlung des Schadens einer betrügerischen Angabe oder Verschweigung schuldig macht, so verliert er jeden Anspruch auf Entschädigung, und zwar für alle an dem betreffenden Brande beteiligten Versicherungen.

§ 11.

Die Entschädigung ist dem Versicherten binnen Monatsfrist, nachdem ihr gesammter Betrag und die Verpflichtung der Gesellschaft zur Zahlung durch Auerkenntniß beider Theile, Vergleich oder rechtskräftiges Urtheil festgestellt ist, an dem Orte der Ausstellung der Versicherungsurkunde — unbeschadet der Bestimmung des § 12 — baar zu zahlen. Zur Vergütung von Zinsen ist die Gesellschaft erst von dem Tage an verbunden, mit welchem sie sich im Verzuge der Zahlung befindet, also erst nach Ablauf der vorbezeichneten Monatsfrist.

Wenn durch Legitimationsmängel oder durch gesetzliche Gründe die Auszahlung der Entschädigung gehindert wird, so ist die Gesellschaft vor Aufhebung des Hindernisses weder zur Hinterlegung noch zur Zahlung, auch nicht zur Vertretung der Folgen des Zahlungsausschubes oder zu irgend einer Zinsvergütung verbunden.

Durch Zahlung der Entschädigung gehen in Höhe derselben alle dem Versicherten gegen Dritte zustehenden Rechte auf Schadenersatz für die versicherten Gegenstände von selbst auf die Gesellschaft über und sind ihr auf Verlangen schriftlich abzutreten.

Alle nicht innerhalb sechs Monaten nach dem Brande entweder ihrem Betrage nach von der Gesellschaft schriftlich und vorbehaltlos anerkannten oder durch Klage bei dem zuständigen Gerichte und deren Zustellung geltend gemachten Ansprüche auf Entschädigung sind durch den bloßen Ablauf jener Frist erloschen.

§ 12.

Wenn auf versicherte Gebäude Hypotheken, Grundschulden oder andere Realverpflichtungen vor dem Brande eingetragen sind, so wird die Entschädigung nur behufs der Wiederherstellung und nachdem letztere gesichert worden, bezahlt, die sämmtlichen vor dem Brande eingetragenen Gläubiger müßten denn in die unbedingte Zahlung willigen oder selbst zur Empfangnahme berechtigt sein. Geht aber der Entschädigungsanspruch des Versicherten durch seine Schuld verloren, so verwendet die Gesellschaft die Entschädigung, soweit nöthig, zur Befriedigung der erwähnten Gläubiger nach Maßgabe ihrer Rangordnung gegen entsprechende Session ihrer Rechte. Sind im Falle solcher Session noch ungetilgte, vor dem Brande eingetragene Ansprüche vorhanden, so ist die Gesellschaft auf Verlangen verpflichtet, denselben vor der ihr zedirten Forderung den Vorrang einzuräumen.

§ 13.

Durch einen Brand vermindert sich die Versicherungssumme um den Betrag der zu leistenden Entschädigung.

Nach einem jeden Schaden, gegen welchen nach § 1 Versicherung gewährt ist, hat sowohl der Versicherte wie die Gesellschaft, letztere auch nach einem ohne Schaden an den versicherten Gegenständen verlaufenen Brande in den Versicherungslokalitäten, das Recht, mittels schriftlicher

Anzeige jede zwischen den Parteien bestehende Versicherung mit Ablauf von zwei Wochen nach Zustellung jener Anzeige aufzuheben. Dieses Recht erlischt jedoch, wenn es nicht spätestens bei Auszahlung der Entschädigung oder, wenn der Brand keine Entschädigung zur Folge hatte, von dem Versicherten nicht binnen Monatsfrist, nachdem dies festgestellt ist, und von der Gesellschaft nicht binnen Monatsfrist, nachdem sie Kenntniß von dem Brande erhalten hat, ausgeübt wird.

§ 14.

In allen Fällen der Aufhebung der Versicherung ist die über das laufende Versicherungsjahr vorausbezahlte Prämie unter Wegfall etwaiger Freijahre und des Discounts zurückzuzahlen. Die Prämie des laufenden Versicherungsjahres ist ebenso wie die Prämie für eine auf kürzere als Jahresdauer geschlossene Versicherung verfallen, wenn der Versicherte von dem Rechte der Aufhebung Gebrauch macht, während sie im Falle der Aufhebung von Seiten der Gesellschaft nach Verhältniß der Zeit, und zwar bei Aufhebung nach einem Schaden nur für den nach Abzug der Entschädigung verbleibenden Theil der Versicherungssumme, zurückzugewähren ist.

§ 15.

Für alle Streitigkeiten aus dem Versicherungsvertrage unterwirft sich die Gesellschaft, sofern nicht gesetzliche oder Konzeptionsbestimmungen entgegenstehen, dem Gerichte desjenigen Ortes, an welchem die Versicherungs-Urkunde ausgestellt ist.

Der Fortschritt, den die neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen gegenüber den früheren aufweisen, ist ein so wesentlicher, daß es angebracht erscheint, die Unterschiede zwischen der früheren und der jetzigen Fassung im Einzelnen durch folgende Vergleichung vor Augen zu führen:

§ 1.

Vergleichung
der neuen All-
gemeinen
Versicherungs-
bedingungen
mit
den früheren.

(Entspricht dem § 1 der seitherigen Bedingungen.)

a) Nach den bisherigen Versicherungs-Bedingungen waren Leuchtgas-Explosionsschäden (sofern gegen dieselben nicht eine besondere Versicherung genommen war) nur insoweit ersatzfähig, als sie auf Explosion des in den Versicherungsgebäuden angewandten Leuchtgases zurückzuführen waren. Diese Beschränkung ist beseitigt, indem fortan alle Schäden, welche die Folge von Leuchtgas-Explosionen sind, unter die Versicherung fallen.

b) Ausgenommen von der Versicherung waren bisher

„solche Schäden, welche sich als Folge eines Ueberfalls durch bewaffnete Macht oder unrechtmäßige Gewalt, bürgerlicher Unruhen oder eines Aufruhrs darstellten.“

In Zukunft sollen von Schäden der in Rede stehenden Art nur solche ausgeschlossen sein,

welche die Folge eines Aufruhrs oder eines Landfriedensbruchs sind,

woraus folgt, daß Schäden, welche in Folge von Ueberfällen durch bewaffnete Macht oder unrechtmäßige Gewalt oder durch bürgerliche Unruhen entstehen, nur insoweit von der Versicherung ausgeschlossen sind, als die- jenigen Ereignisse, welche jene Schäden herbeigeführt haben, sich als „Auf- ruhr“ oder „Landfriedensbruch“ im Sinne des Reichsstrafgesetzbuchs §§ 115, 126 kennzeichnen.

- c) Die bisherige Einschränkung des Umfanges der Versicherung, daß, wenn ein zu irgend einem Zwecke des Haushalts oder Gewerbebetriebes der Einwirkung der Wärme oder des Feuers ausgesetzter Gegenstand dadurch in Brand gerathen oder be- schädigt war, nur der an den übrigen versicherten Gegen- ständen entstandene Schaden ersetzt wurde,

ist beseitigt.

§ 2.

(Entspricht dem § 2 der seitherigen Bedingungen.)

- a) Der grundsätzliche Ausschluß gewisser besonders feuer- gefährlicher Gegenstände (als Schießpulver und Dynamit, deren Fabriken und Fabrikate, Schießbaumwolle und deren Fabriken, Theer- kochereien) sowie besonders kostbarer Objekte (als Dokumente, Gold- und Silberbarren, Edelsteine, echte Perlen) ist weggefallen. Prinzipiell sind nur noch ausgeschlossen:

„Geld und Werthpapiere.“

- b) Zur Beseitigung des vielfach verbreiteten Mißverständnisses, die Versicherung umfasse nur die zur Zeit des Versicherungs-Abschlusses vor- handen gewesenen beweglichen Gegenstände, nicht aber auch die nach dem Versicherungsabschluß nachträglich hinzugekommenen derselben Gattung, ist die Bestimmung in Absatz 2 des § 2 neu in die Versicherungs-Bedingungen aufgenommen, welche also lautend:

„Alle zur Zeit der Versicherungsannahme vorhandenen sowie nachträglich hinzugekommenen beweglichen Gegenstände der- selben Gattung fallen unter die für diese Gattung genommene Versicherung, insoweit sie nicht ausdrücklich von der Ver- sicherung ausgeschlossen sind oder die Letztere sich nicht aus- drücklich auf individuell bestimmte Gegenstände bezieht“

diesen Punkt in Uebereinstimmung mit der seitherigen Praxis vollständig klarstellt.

§ 3.

(Entspricht dem seitherigen § 4.)

Nach den bisherigen Bedingungen war der Antragende verpflichtet, jeden auf die Feuergefährlichkeit einwirkenden Umstand ge-

wissenschaft anzuzeigen, in den neuen Bedingungen ist dies dahin begrenzt, daß diese Anzeige nach „jener Anleitung“, d. h. nach Anleitung des im Versicherungs-Antrage eingedruckten Inhalts zu erfolgen habe.

§ 4.

(Entspricht dem seitherigen § 3.)

a) Wenn auch im Allgemeinen an dem Prinzip festgehalten ist, daß die Verpflichtung der Gesellschaft erst mit der Einlösung der Police beginnt, so gewährt doch die jetzige Fassung die Möglichkeit, daß der Beginn des Versicherungsschutzes vor Einlösung der Police unter der Voraussetzung eintreten kann, daß das zur Ausstellung der Police berechnete Gesellschaftsorgan einen früheren Zeitpunkt des Beginns der Versicherung schriftlich zugesagt hat.

b) Nach den seitherigen Bedingungen war der Versicherte verpflichtet, die Prämie ohne Aufforderung an den betreffenden Agenten in dessen Domizil zu bezahlen, und die Gesellschaft war nicht gehalten, dieselbe einzufordern; nach den neuen Bedingungen muß

1. was die erste Prämie anlangt, die Versicherungsurkunde dem Antragsteller bei dem Agenten zur Verfügung gestellt werden,
2. was die jährlich zahlbare Prämie mehrjähriger Versicherungen anlangt, so ist zugestanden, daß die Versicherten, wenn sie die Prämie bei Beginn des neuen Versicherungsjahres nicht rechtzeitig zahlen, zur Einlösung der Prämien-Quittung schriftlich aufzufordern, also zu mahnen sind.

c) Nach den seitherigen Versicherungs-Bedingungen trat die Verpflichtung der Gesellschaft aus der Versicherung außer Kraft, wenn die jährlich zahlbare Prämie einer mehrjährigen Versicherung nicht spätestens vierzehn Tage nach dem Beginne jedes Versicherungsjahres bezahlt war, nach den neuen Bedingungen beginnt die Entschädigungs-Verpflichtung der Gesellschaft erst mit Ablauf zweier Wochen nach Empfang der Mahnung zu ruhen.

d) Nach den seitherigen Bedingungen hatte die Gesellschaft das Recht, im Falle nicht rechtzeitiger Prämienzahlung den Versicherungsvertrag „durch Verweigerung ihrer (der nachträglich angebotenen Prämie) Annahme aufzuheben“. Nach den neuen Bedingungen ist zu dieser Aufhebung eine ausdrückliche schriftliche Mittheilung an den Versicherten erforderlich.

§ 5.

(Entspricht dem seitherigen § 5.)

a) Während nach dem seitherigen § 5 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen schon die Thatfache einer der daselbst bezeichneten Aenderungen

in den Versicherungsverhältnissen, einerlei, ob dieselbe mit oder ohne Zuthun und Wissen des Versicherten erfolgte, das Erlöschen der Entschädigungsverpflichtung der Gesellschaft zur Folge hatte, soll nach den neuen Versicherungs-Bedingungen das Ruhen der Entschädigungs-Verpflichtung der Gesellschaft nur dann eintreten, wenn diese Aenderungen vom Versicherten herbeigeführt oder zugelassen sind. Insbesondere gilt dies auch von der Vermehrung der Feuergefährlichkeit. Hat sich jedoch die Feuergefährlichkeit unabhängig vom Willen des Versicherten erhöht, so soll die Entschädigungs-Verpflichtung der Gesellschaft nur dann ruhen, wenn der Versicherte unterläßt, der Gesellschaft nach erlangter Kenntniß davon ohne Verzug schriftlich Anzeige zu machen. Erstattet jedoch der Versicherte diese Anzeige ohne Verzug, so soll die Gesellschaft zwar berechtigt sein, die Versicherung aufzuheben, allein nur durch schriftliche Anzeige und unter Einhaltung einer zweiwöchentlichen Kündigungsfrist.

b) Die in Folge

1. einer Vermehrung der Feuergefährlichkeit,
2. anderweiter Versicherung

bezüglich aller versicherten Gegenstände,

3. in Folge von Translokation,
4. sowie in Folge von Eigenthumswechsel

bezüglich der davon betroffenen Gegenstände ruhende Entschädigungs-Verpflichtung der Gesellschaft tritt nicht nur dann wieder in Kraft, wenn die Gesellschaft die eingetretenen Veränderungen schriftlich genehmigt hat, sondern ohne Weiteres auch mit der Wiederherstellung des früheren Zustandes.

c) Die Schlußbestimmung des seitherigen § 5, wonach in den dort bezeichneten Fällen die Gesellschaft zur Rückerstattung der für das laufende Jahr gezahlten Prämie niemals verbunden sein soll, ist weggefallen. Statt dessen ist eine allgemeine Bestimmung über die Fälle von Prämienrückgewährungen in einem neuen Paragraphen (§ 14) aufgestellt, wodurch die frühere Schlußbestimmung des seitherigen § 5 auch materiell dahin abgeändert worden ist, daß im Falle die Gesellschaft von dem ihr zustehenden Aufhebungsrechte Gebrauch macht, sie die Prämie nach Verhältniß der Zeit zurückzugewähren hat.

§ 6.

(Entspricht dem seitherigen § 6.)

a) An Stelle der bisher in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen enthaltenen Verpflichtung des Versicherten:

binnen drei Tagen nach dem Brande bei seiner Ortspolizeibehörde seine Vernehmung über alle denselben betreffenden

Umstände, bei beweglichen Gegenständen auch über die Art und ungefähre Höhe des Schadens zu beantragen, eine beglaubigte Abschrift des darüber aufgenommenen Protokolles nachzusuchen und dieselbe nach Empfang unverzüglich dem Agenten einzusenden,

tritt lediglich die Verpflichtung des Versicherten:

binnen drei Tagen nach einem Brande der Ortspolizeibehörde von demselben Anzeige zu machen.

b) Voraussetzung für die Geltendmachung von Ersatzansprüchen für abhanden gekommene Gegenstände ist nicht mehr,

daß der Versicherte binnen drei Tagen nach dem Brande der Ortspolizeibehörde ein Verzeichniß dieser Gegenstände einreicht und auf Verfolgung des Diebstahls anträgt,

sondern nur noch,

daß der Versicherte der Ortspolizeibehörde innerhalb der bezeichneten Frist unter Bezeichnung jener Gegenstände Anzeige von dem Abhandenkommen macht.

c) Der Lauf der in § 6 bezeichneten Fristen (für die Anzeige an den Agenten und an die Polizeibehörde) wird schlechthin durch die von dem Versicherten nachgewiesene Unmöglichkeit, sie inne zu halten, gehemmt.

Des Nachweises, daß diese Unmöglichkeit eine physische gewesen sei, bedarf es nicht mehr.

d) Während nach der bisherigen Fassung das Retten (mit Ausnahme des Viehes) nicht früher geschehen durfte,

als bis das die versicherten Gegenstände enthaltende oder das unmittelbar anstoßende Gebäude in Brand gerathen war,

soll nach der jetzigen Fassung lediglich entscheidend sein, ob den versicherten Gegenständen unmittelbar Gefahr droht. Bezüglich des Viehes steht die frühzeitigere Rettung nach wie vor frei.

e) Hinsichtlich des Schlusssatzes des zweiten Absatzes sind die Ausführungen zu § 10 zu vergleichen.

§ 7.

(Entspricht dem seitherigen § 7 und dem seitherigen Absatz 2 des § 8.)

Um die Bedeutung der Versicherungssumme den seither schon geltenden Grundsätzen gemäß klar zu stellen, hat der aus dem seitherigen § 8 an diese Stelle verpflanzte zweite Absatz des § 7 folgenden neuen Zusatz erhalten:

„Die Versicherungssumme, dieselbe möge auf Taxation beruhen oder nicht, bildet lediglich die Grenze für die Ersatzpflicht der Gesellschaft und zwar für jede einzelne Position der Versicherungsurkunde.“

§ 8.

(Entspricht dem seitherigen § 8 und hat zugleich den Inhalt des in den neuen Bedingungen in Wegfall gekommenen seitherigen § 11 theilweise und in veränderter Fassung in sich aufgenommen.)

a) Der in den bisherigen Versicherungsbedingungen ausgesprochene Vorbehalt der Gesellschaft,

von dem Versicherten eine eidliche oder eidesstattliche Erklärung seiner Ausgaben zu fordern, ist fallen gelassen.

b) Die Aufstellung und Einreichung von Verzeichnissen der zur Zeit des Brandes vorhanden gewesen, der verbrannten oder abhanden gekommenen und der beschädigt und unbeschädigt geretteten Gegenstände ist nicht mehr, wie in den bisherigen Versicherungsbedingungen allgemein gefordert, sondern von dem besonderen Verlangen der Gesellschaft abhängig gemacht. Dasselbe gilt auch in Beziehung auf die Einfügung von Werthangaben in die Verzeichnisse.

c) Die Einreichung dieser Verzeichnisse hat, wenn sie überhaupt gefordert wird, nicht, wie in den bisherigen Versicherungsbedingungen, binnen einer festen, vom Tage des Brandes laufenden Frist, sondern innerhalb einer von der Gesellschaft zu bestimmenden Frist von mindestens zwei Wochen zu erfolgen.

d) Die Bestimmung der seitherigen Bedingungen, daß später (das heißt nach Ablauf der Liquidationsfrist) erhobene Ansprüche nicht mehr berücksichtigt werden, ist fallen gelassen.

e) Ueber den Schlusssatz des § 8 ist die Bemerkung zu § 11 unter a zu vergleichen.

§ 9.

(Entspricht dem seitherigen § 9.)

a) Bei Gebäudeschäden ist die Abschätzung durch beiderseits erwählte Experten resp. den durch Letztere ernannten Obmann nicht mehr obligatorisch, sondern von dem Verlangen der einen oder der anderen Partei abhängig gemacht.

b) Das Recht, ein kontradiktorisches Abschätzungsverfahren zu verlangen, soll in Bezug auf bewegliche Gegenstände nicht mehr der Gesellschaft allein, sondern auch dem Versicherten zustehen.

c) Die Bestimmung, daß das Abschätzungsverfahren mit verbindlicher Kraft für beide Parteien erfolge, ist aufrecht erhalten.

Der bisherige Zusatz, daß gegen das Ergebnis der Abschätzung der Rechtsweg ausgeschlossen sei, ist im Hinblick darauf, daß der Rechtsweg nicht für alle Fälle ausgeschlossen werden kann, gestrichen.

d) Der bisher für beide Theile in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen ausgesprochene Vorbehalt, daß der von den beiderseitigen Sachverständigen (übrigens fortan stets vor Beginn des Abschätzungsverfahrens)

zu erwähnende Obmann nicht aus dem Wohnorte des Versicherten genommen werden darf, ist beseitigt.

e) Nach den bisherigen Bedingungen war der Versicherte bei Verlust seines Entschädigungsanspruchs verpflichtet, die Gebäude bis zur beendigten Abschätzung in ihrem Zustande zu belassen. Diese Bestimmung ist beseitigt. Es kommen vielmehr in dieser Beziehung nur diejenigen Bestimmungen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Anwendung, welche sich auf die Verpflichtung des Versicherten zur Rettung, Erhaltung und wahrheitsgemäßen Liquidation der versicherten Gegenstände beziehen (§§ 6, 7, 8, 10).

f) Neu aufgenommen ist die Bestimmung, daß die Abschätzungsverhandlungen schriftlich zu beurkunden und dieselben dem Versicherten auf Verlangen abschriftlich mitzutheilen sind.

§ 10.

(Entspricht dem seitherigen § 13. Der seitherige § 10 erscheint jetzt als § 12. Der seitherige § 11 ist als solcher weggefallen und sein Inhalt theils nach § 8, theils nach § 9 verpflanzt. Der seitherige § 12 ist ganz gestrichen.

Vergl. § 11 b.)

a) Der erste Absatz des seitherigen § 13 hat eine passendere Stelle am Ende des jetzigen § 11 gefunden, da es sich darin nicht sowohl um einen Rechtsnachtheil für vertragswidrige Handlungen des Versicherten handelt, als um eine Befristung des Entschädigungsanspruchs.

Im Uebrigen werden in dem jetzigen § 10 alle diejenigen Rechtsnachtheile zusammengefaßt, welche in Folge einer pflichtwidrigen Handlung oder Unterlassung des Versicherten bei und nach dem Schaden eintreten und welche den Verlust des gesammten Entschädigungsanspruchs für alle an dem betreffenden Brande beteiligten Versicherungen nach sich ziehen.

Dementsprechend sind in Abänderung der seitherigen Versicherungsbedingungen aus dem seitherigen § 1 diejenigen Fälle hierher genommen, in welchen der Brand von dem Versicherten vorsätzlich oder durch grobes Verschulden verursacht ist.

b) Dem Falle der Verweigerung von Belägen, Beweisen und Verzeichnissen seitens des Versicherten ist es gleichgestellt, wenn der Versicherte jene Beläge u. wiederholter Aufforderung ungeachtet nicht liefert.

c) Nach der bisherigen Fassung ging der Versicherte seines Entschädigungsanspruches verlustig, „wenn er sich einer nach § 11 (jetzt § 8) unerlaubten Angabe oder Verschweigung schuldig machte“. Dies ist dahin präzisirt, daß die Verlustigung nur in Folge einer betrügerischen Angabe oder Verschweigung bei der Schadenermittlung eintritt.

d) Während nach den seitherigen Bedingungen der Rechtsnachtheil des Verlustes der gesammten Entschädigung schlechthin daran geknüpft war, daß der Versicherte eine ihm nach § 6 b obliegende Verpflichtung nicht vollständig erfüllte, ist diese Folge nunmehr auf diejenigen Fälle beschränkt, in

welchen er diesen Vorschriften böswillig zuwiderhandelt, während andere Zuwiderhandlungen gegen jene Bestimmung, wie das im § 6, Absatz 2 selbst festgesetzt ist, nur den geringeren Rechtsnachtheil haben, daß der Versicherte für den aus den Zuwiderhandlungen entstehenden Schaden haftet.

§ 11.

(Entspricht dem seitherigen § 15 und 17.)

a) Die bisherige Bestimmung, wonach vor Feststellung der Existenz und des Betrages einer Schadenforderung eine Session der Entschädigungsansprüche der Gesellschaft gegenüber wirkungslos war, ist beseitigt, jedoch bewendet es im Uebrigen dabei, daß die Gesellschaft nicht verbunden ist, sich auf Verhandlungen über den Schaden und die Entschädigung mit anderen Personen als dem Versicherten einzulassen. (§ 8, Absatz 3.)

b) Das der Gesellschaft in dem gestrichenen § 12 der seitherigen Versicherungsbedingungen zustehende Recht, an Stelle der Baarzahlung der Entschädigung die Versicherungsgegenstände wieder herzustellen, ist in den neuen Bedingungen ebenso beseitigt, wie das Recht der Gesellschaft, beschädigte bewegliche Gegenstände zu den von dem Versicherten angegebenen oder von den Sachverständigen festgestellten Preisen ganz oder theilweise zu übernehmen.

§ 12.

(Entspricht dem seitherigen § 10.)

a) Den Hypotheken-Gläubigern sind mit Rücksicht auf neuere Grundbuchgesetze die Grundschuldgläubiger ausdrücklich gleichgestellt.

b) Es ist ausgesprochen, daß, wenn der Entschädigungsanspruch des Versicherten durch seine Schuld verloren geht, die Entschädigung, soweit nöthig, zur Befriedigung der im ersten Satze des § 12 bezeichneten Gläubiger nach Maßgabe ihrer Rangordnung gegen entsprechende Session ihrer Rechte zu verwenden sei. Der Hinweis auf die Rangordnung war in den bisherigen Versicherungsbedingungen nicht enthalten.

c) Neu hinzugefügt ist die Bestimmung, daß, wenn im Falle der vorstehend erwähnten Session noch ungetilgte, vor dem Brande eingetragene Ansprüche vorhanden sind, die Gesellschaft auf Verlangen verpflichtet ist, denselben vor der ihr zedirten Forderung den Vorrang einzuräumen.

§ 13.

(Entspricht dem seitherigen § 16.)

a) Der im Eingange des bisherigen § 16 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen enthaltene Grundsatz:

„daß nach einem Brande die Versicherungssumme sich um den festgestellten Entschädigungsbetrag vermindere“,

ist mit Rücksicht darauf, daß diese Minderung sofort mit dem Brande und nicht erst nachträglich nach Feststellung der Entschädigung eintritt, dahin ausgedrückt:

„daß durch einen Brand die Versicherungssumme sich um den Betrag der zu leistenden Entschädigung vermindert“.

b) Die Bestimmung im bisherigen § 16 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, wonach die Versicherung ganz erlosch, wenn der festgestellte Entschädigungsbetrag die Hälfte der Versicherung überstieg, ist beseitigt. Vielmehr sollen auch für diesen Fall lediglich die Bestimmungen über die Befugniß zur Aufhebung der Versicherung Anwendung finden.

c) Die Befugniß zur Aufhebung der Versicherung nach einem Brande, welche seither mit sofortiger Wirkung ausgeübt werden konnte, ist fortan an eine zweiwöchige Kündigungsfrist, die von der Zustellung der Aufhebungsanzeige an läuft, geknüpft.

d) Die Befugniß zur Aufhebung der Versicherung nach einem Brande steht fernerhin nicht mehr, wie nach den seitherigen Bedingungen, auch dem Agenten der Gesellschaft zu.

e) Hinsichtlich der Beseitigung des Schlusssatzes in dem seitherigen § 16 ist die Ausführung zu § 14 zu vergleichen.

§ 14.

Die Prämienrückgewähr ist für alle Fälle der Aufhebung der Versicherung in bestimmte Regeln gebracht, welche bisher, abgesehen von den in den Schlusssätzen der bisherigen §§ 5 und 16 behandelten Fällen, fehlten. Als Grundsatz gilt dabei,

„daß in allen Fällen der Aufhebung der Versicherung (also auch dann, wenn die Aufhebung seitens des Versicherten zulässiger Weise erfolgt) die über das laufende Versicherungsjahr voransbezahlte Prämie unter Wegfall etwaiger Freijahre und des Diskonts zurückzuzahlen ist“.

Die Prämie des laufenden Versicherungsjahres anlangend, so ist dieselbe ebenso wie die Prämie für eine auf kürzere als Jahresdauer geschlossene Versicherung verfallen,

„wenn der Versicherte von dem Rechte der Aufhebung Gebrauch macht“,

während sie, was nach den seitherigen Bedingungen nicht der Fall war, nach Verhältniß der Zeit zurückzugewähren ist,

„wenn die Gesellschaft von der Aufhebungsbefugniß Gebrauch macht“,

§ 15.

(Entspricht dem seitherigen § 14.)

Der Gerichtsstand des Ausstellungsortes der Versicherungsurkunde, welchem sich die Gesellschaft schon bisher unterworfen hatte, ist beibehalten.

Die Spezialbestimmung des Schlusssatzes des bisherigen § 14 ist ersetzt durch die allgemeine Bezugnahme auf gesetzliche oder Konzessionsbestimmungen, vermöge deren die Gesellschaft etwa einem anderen als dem in § 15 bestimmten Gerichtsstande unterworfen sein könnte.

Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen bestehen in der, in ^{Einführung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen von 1886.} Eisenach 1886 festgesetzten Fassung noch heute in Kraft. Vom Jahre 1887, bezw. 1. Januar 1888 ab gelangten sie zur Anwendung. Die dem Verbande angehörende auf Gegenseitigkeit beruhende Feuer-
 versicherungsbank für Deutschland zu Gotha konnte die neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen deshalb nicht sofort einführen, weil die Versicherungsbedingungen einen Theil ihrer Verfassung bilden. In die neue Verfassung dieser Anstalt vom 16. August 1888 sind dann die Allgemeinen Versicherungsbedingungen des Verbandes im Wesentlichen unverändert aufgenommen worden.

Die früheren, gelegentlich der Einführung der Bedingungen in den einzelnen Bundesstaaten gemachten Erfahrungen veranlaßten die Verbandsgesellschaften, die Genehmigung der neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen in denjenigen Staaten, in denen diesbezügliche Vorschriften bestehen, durch eine gleichlautende Eingabe an die betreffenden bundesstaatlichen Regierungen einzuholen. Es sind dies die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Meiningen und Braunschweig. In den übrigen Bundesstaaten bedarf es, soweit nicht etwa spezielle Konzessionsbestimmungen für einzelne Gesellschaften in Frage kommen, der Einholung der staatlichen Genehmigung nicht.

In der gemeinsam beschlossenen Eingabe, durch welche jede Gesellschaft für sich die Genehmigung der genannten Regierungen für die neuen Bedingungen nachsuchte, hieß es:

„Einem pp. beehren wir uns ehrerbietigst anzuzeigen, daß der Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften, dem wir angehören, beschlossen hat, die bisher bei den Mitgliedern des Verbandes üblich gewesenen Allgemeinen Versicherungsbedingungen durch neue Bedingungen zu ersetzen. Die Neuerung bezweckt neben einer korrekteren Fassung eine bessere Einfügung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen in das rechtliche System des Versicherungsvertrages, eine Erweiterung des Umfanges der Haftpflicht der Gesellschaften und eine Erleichterung der Verpflichtungen, welche den Versicherten im Verhältniß zu den Gesellschaften obliegen. Die Neuredaktion trägt dem Bedürfnisse des Versicherungspublikums in weitestem Maße Rechnung und der Verband der Deutschen Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften glaubt die Hoffnung hegen zu dürfen,

daß das deutsche Privat-Feuerversicherungswesen durch diese auf sorgfältigen Vorarbeiten beruhende und nach Anhörung von Interessenten aus dem Kreise der Versicherten zu Stande gekommene Reform wesentlich gefördert werden werde.“

Bis auf Sachsen und Baden, welche an den bezüglich der alten Bedingungen gemachten Vorbehalten festhielten, ertheilten sämtliche Regierungen ihre Genehmigung zur Anwendung der neuen Allgemeinen Versicherungsbedingungen in ihren Gebieten. Die sächsische Regierung ging sogar noch weiter als früher, indem sie unter dem 23. Februar 1887 durch die Brandversicherungskammer dem Verbands eine ganze Reihe von Wünschen und Ausstellungen mit der Maßgabe zur Kenntniß bringen ließ, danach die Allgemeinen Versicherungsbedingungen abzuändern. Im Uebrigen verordnete die Regierung, daß es bei der in § 27 der Ausführungsverordnung vom 20. November 1876 am Schlusse ersichtlichen Vorschrift der ausdrücklichen Bezugnahme auf die §§ 22, 27, 31, 34 bis 37 und 43 dieser Verordnung, insoweit diese Bestimmungen nicht schon in den Allgemeinen Versicherungsbedingungen mitaufgenommen seien, auch ferner zu bewenden habe.

Der Verband erledigte dieses Reskript dadurch, daß er in seiner Erwidernng vom 20. April 1887 die Brandversicherungskammer auf die Bedeutung der Thatsache hinwies, daß durch die Allgemeinen Versicherungsbedingungen einheitliche Versicherungsgrundsätze für ganz Deutschland geschaffen seien, ein Fortschritt gegenüber dem früheren Zustand, der für die Versicherten wie für die Gesellschaften, für den Ausbau des Versicherungsvertragsrechts durch die Rechtssprechung wie für die zukünftige gesetzliche Regelung des Versicherungsvertragsrechts von großer Wichtigkeit und großem Nutzen sei.

In Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen-Meiningen und Braunschweig seien die von den Regierungen einzuholenden Genehmigungen für die Allgemeinen Versicherungsbedingungen bereits ertheilt worden. In den übrigen Staaten sei eine Genehmigung nicht erforderlich, wohl aber habe das preußische Ministerium des Innern gelegentlich durch einen Regierungskommissar seiner Anerkennung über die Bedingungen Ausdruck geben lassen. Der Zweck der Bedingungen würde also zum wesentlichen Theil vereitelt werden, wenn sie in Sachsen nicht in der gleichen Form wie im übrigen Deutsch-

land zur Anwendung kommen könnten, weshalb der Verband die Regierung bitte, von ihren Abänderungsforderungen Abstand zu nehmen.

Das Ministerium willfahrte dem Gesuch des Verbandes bezüglich des Wortlauts der vorgelegten Allgemeinen Versicherungsbedingungen, von dessen Modifizierung es, wie die Brandversicherungskammer den Gesellschaften unter dem 5. August 1887 mittheilte, absehen wolle. Dagegen beharrte es auf seinem Standpunkt, die Genehmigung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen von der Beifügung des verlangten besonderen Zusages abhängig zu machen, d. h. der ausdrücklichen Erklärung, daß die Versicherungsbedingungen im Königreich Sachsen nur insoweit zur Anwendung kommen dürfen, als daselbst nicht nach Gesetz oder allgemeinen Verordnungen andere Bestimmungen in Giltigkeit bestehen.

Nach dieser Verfügung des Ministeriums erneute der Verband auf seiner Generalversammlung vom November 1887 den früheren Beschluß, daß es den Verbandsgesellschaften freistehen solle, die Allgemeinen Versicherungsbedingungen mit jenem Zusatz in Sachsen einzuführen, oder es bei den alten Bedingungen zu belassen.

b) Landwirthschaftliche Versicherungsbedingungen.

Nachdem die Allgemeinen Versicherungsbedingungen in ihrer ersten Fassung vom Jahre 1874 kaum der Oeffentlichkeit übergeben und erst in einem Theil der deutschen Bundesstaaten eingeführt waren, traten aus den Kreisen der Landwirthe Wünsche nach Abänderung einzelner Bestimmungen bezw. Ergänzung derselben für die Bedürfnisse der Landwirthschaft hervor. Derartige Wünsche hatten die Zentralstelle für die Landwirthschaft und die landwirthschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen an mehrere Verbandsgesellschaften gerichtet. Der Verband hielt diese Bewegung unter den hessischen Landwirthen für wichtig genug, um eine außerordentliche Generalversammlung anzuberaumen (25. Februar 1876), auf welcher man sich schlüssig machte über den Standpunkt, der im Prinzip gegenüber den Wünschen der Landwirthe einzunehmen sei. Gleichzeitig wählte die Versammlung aus ihrer Mitte eine Kommission

Verhandlungen mit der hessischen Zentralstelle im Jahre 1876. für die Leitung der in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der hessischen Zentralstelle.

Die Forderungen der Landwirthe waren darauf gerichtet:

1. daß, wenn binnen vier Wochen nach einem stattgehabten Brande eine Einigung über die Entschädigung nicht stattgefunden hat, die Höhe der Entschädigungssumme durch ein Schiedsgericht festgestellt wird,

2. daß je ein Mitglied des aus drei Personen bestehenden Schiedsgerichts von der zuständigen Verwaltungsbehörde und den beiden Parteien ernannt werden soll,

3. daß das Schiedsgericht auch darüber entscheidet, ob bezw. inwieweit event. der Entschädigungsanspruch des Versicherten wegen Nichtbefolgung der Policebedingungen verwirkt ist,

4. daß der Versicherungsvertrag keine Bedingung enthalten darf, der nicht auch in dem Versicherungsantrag enthalten ist,

5. daß dem Versicherten das Recht des freien Umzugs mit den versicherten Erntefrüchten innerhalb ein und desselben Gehöftes gewährt wird,

6. daß die Regulirung eines Brandschadens innerhalb der Hauptsumme jeder Abtheilung der Police stattfindet, als häusliches Mobiliar, Vieh, todtes Inventar, laufende Ernte und Futter und Kraftfuttermittel-Vorräthe.

Bei der Konferenz, die zwischen den Delegirten des Verbandes und denen der hessischen landwirthschaftlichen Zentralstelle am 8. Juni 1876 in Darmstadt abgehalten wurde, machten die Landwirthe noch einige weitere Forderungen geltend. Bis auf das Verlangen nach Einsetzung eines Schiedsgerichtes in der gewünschten Form nahmen die Verbandsdelegirten sämmtliche an sie gerichteten Anträge an. Hierüber wurde in der „Zeitschrift für die landwirthschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen“ vom 1. Juli 1876 eine Bekanntmachung veröffentlicht, wonach die dreizehn Verbandsgesellschaften erklärten, daß sie:

Erklärung des Verbandes.

1. Zur Zeit daran festhalten, daß die Entscheidung über Affekuranz-Streitigkeiten durch die zuständigen Gerichte das Zweckmäßigere ist und beiden Theilen zu Gute kommt, — daß dies Verfahren auch durch Allerhöchste Verordnung vom 10. Dezember 1850 (Regierungsblatt Nr. 58) ausdrücklich genehmigt worden ist, — wie denn in der That an einer wirklichen

Rechtsprechung von Seiten der Gerichtshöfe des Landes wohl kein Zweifel erhoben wird.

Uebrigens ist das schiedsrichterliche Verfahren allen älteren Gesellschaften von Hause aus eigen gewesen, hat sich aber nach ihren langjährigen Erfahrungen im Durchschnitt beiden Theilen nachtheilig bewiesen; es hat namentlich den Versicherten keinen Vortheil vor dem Rechtswege dargeboten, vielmehr nicht die Beschleunigung, sondern die Verschleppung der Entscheidung befördert. Ferner ist bei der oben erwähnten Allerhöchsten Verordnung vom 10. Dezember 1850 unbezweifelt das Wohl der Staatsangehörigen in erster Linie in Betracht gezogen worden, und es ergiebt sich daraus von selbst die staatliche Anerkennung, daß die Aufhebung der Schiedsgerichte und die Rückkehr zum Rechtswege nicht im abgesonderten Interesse der Gesellschaften, sondern zum Besten des Landes im Allgemeinen erfolgt ist.

Dagegen haben sich die Gesellschaften damit einverstanden erklärt, daß bei Streitigkeiten über Größe und Werth künftig auch dem Versicherten das Recht zusteht, endgiltige Abschätzung durch Sachverständige mit schiedsrichterlicher Wirkung zu beantragen.

Ferner erklärten die Gesellschaften:

2. Daß sie zwar die Zuziehung eines Vertrauensmannes von Seiten des Versicherten bei der Schadenregulirung nicht als der Sache förderlich, sondern als entbehrlich ansehen, sie aber unbedingt gestatten.

3. Daß sie den übrigen kundgegebenen Anforderungen der hessischen Landwirthse bereitwilligst entgegenkommen.

Demzufolge werden für landwirthschaftliche Versicherungen bei den oben genannten Gesellschaften nachbezeichnete besondere Bestimmungen — insofern sie nicht bereits bestanden — künftig in Kraft treten:

a) Summarische Versicherung.

Die zu versichernden Gegenstände bedürfen keiner Spezifikation; dieselben können, soweit es gesetzlich gestattet ist, nach Gattungen deklariert werden.

b) Freizügigkeit.

Innerhalb der angegebenen Gebäude eines und desselben Gehöfts findet vollständige Freizügigkeit statt.

c) Versicherung im freien.

Vieh, Geschirr und Ladung sind auch außerhalb des Gehöftes, überhaupt im freien, sowohl gegen Feuer als Blitzschaden versichert.

d) Dampfmaschinen.

Die Anwendung von Dampf-Dreschmaschinen ist unter den in der Police bedingenen Sicherheitsmaßregeln ohne Prämienerrhöhung gestattet.

Ohne Prämienerrhöhung sind auch die Schäden in die landwirthschaftliche Versicherung begriffen, welche durch die Explosion versicherter Dampfkessel an den Versicherungsgegenständen entstehen.

e) Brandschäden.

Der Versicherte ist auch seinerseits berechtigt, anzutragen auf Abschätzung des durch einen Brand entstandenen Schadens, und zwar mit schiedsrichterlicher Wirkung unter den Modalitäten des § 9 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen der Verbandsgesellschaften.

Die obigen Bestimmungen sollen auch auf bereits bestehende Versicherungen Anwendung finden.

Außerdem haben sich die Verbandsgesellschaften damit einverstanden erklärt, daß in die Police für landwirthschaftliche Versicherungen ohne technische Gewerbe keine anderen besonderen Bedingungen aufgenommen werden sollen, als solche, welche bereits im Versicherungsantrage enthalten sind.

Diese zunächst nur den hessischen Versicherten bewilligten Vergünstigungen beschloß der Verband, auf alle landwirthschaftlichen Versicherungen auszudehnen und gab ihnen durch Publikation in einer Reihe geeigneter Tagesblätter die weiteste Verbreitung.

Abmachungen
des Verbandes
mit
dem Deutschen
Landwirth-
schaftsrath.

Unterdessen hatte sich auch der Deutsche Landwirthschafts-rath, ebenfalls auf Anregung des hessischen Zentralvereins, mit den landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen beschäftigt und war, nach vorausgegangener Verständigung mit dem Verbands bezw. mit dessen für die landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen erwählten Kommission in Verhandlungen eingetreten. Als Resultat der Verhandlungen kam eine Vereinbarung zu Stande, über die nachstehende, von der 13. Generalversammlung des Verbandes (Berlin, 7. November 1876) beschlossene Erklärung veröffentlicht wurde:

Erklärung

über die Verbindlichkeiten, welche die Mitglieder des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften bei landwirthschaftlichen Versicherungen übernehmen.

1. Es steht jedem Landwirthe frei, das gesammte lebende und todte Inventar innerhalb jeder Gattung summarisch zu versichern.

2. Das Geschirr und die darauf geladenen landwirthschaftlichen Produkte, sowie das Vieh, ist, sofern dieses alles in Gebäuden versichert ist, auch außerhalb dieser Gebäude im freien versichert.

3. Für die versicherte Ernte, das todte Inventar und das Vieh findet innerhalb der Versicherungsgebäude eines und desselben Gehöftes vollständige Freizügigkeit statt.

4. Der Gebrauch der Dampfdreschmaschinen ist unter den in der Police bedungenen Sicherheitsmaßregeln ohne Prämien-Erhöhung gestattet.

5. Ohne Prämien-Erhöhung sind auch die Schäden in die landwirthschaftliche Versicherung begriffen, welche durch die Explosion versicherter Dampfkessel an den Versicherungsgegenständen entstehen.

6. Die Versicherungsdauer bestimmt jeder Versichernde in seinem Antrage selbst; er ist also an eine Kündigungsfrist nicht gebunden.

7. Es steht jedem versicherten Landwirth frei, bei der Regulirung eines Schadens einen Dritten als Vertrauensmann hinzuziehen, auch bei Differenzen über Quantum und Werth eine Abschätzung des Schadens durch beiderseits erwählte Sachverständige und event. eines Obmanns, deren Ausspruch endgiltig ist, eintreten zu lassen.

8. Ohne Einverständnis des Versicherten auf dem Antrage ist jede besondere Klausel in einer Police über eine landwirthschaftliche Versicherung ohne technische Gewerbe ungiltig.

9. Die Versicherung von ungedroschenen Feldfrüchten und Stroh kann, auf Grund besonderer Vereinbarung und gegen eine Zuschlagsprämie, für eine bestimmte Summe auf Schober übergehen, deren Versicherung, vorbehaltlich einer binnen acht Tagen zu machenden Anzeige, in Kraft tritt, sobald die Aufstellung der Schober ihren Anfang nimmt.

10. Die in Gebäuden versicherten Ernte-Erzeugnisse können, während sie noch auf dem Halme stehen, oder geschnitten auf dem Acker liegen, ohne Prämien-Erhöhung versichert werden, wenn dieses besonders beantragt wird.

Dieselbe Generalversammlung des Verbandes vom 7. November 1876 beschloß in Verfolg dieser Erklärung für alle landwirthschaftlichen Versicherungen ohne technisches Gewerbe die Allgemeinen Versicherungsbedingungen wie folgt zu erläutern:

I. Für Versicherungen auf landwirthschaftliche Gegenstände:

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>a) (Zu § 3) Wenn im Laufe einer mehrjährigen Versicherung die Prämie nicht binnen 14 Tagen nach Verfall entrichtet ist, so tritt die Verpflichtung der Gesellschaft aus der Versicherung erst nach anderweiten 14 Tagen, von einer schriftlichen Erinnerung an gerechnet, außer Kraft.</p> <p>b) (Zu § 5) Wenn der Versicherte eine eingetretene Vermehrung der Feuergefährlichkeit binnen 14 Tagen, nachdem er davon Kenntniß erhalten, der Gesellschaft schriftlich anzeigt, und die letztere die Versicherung dann nicht beibehalten will, so soll die Entschädigungsverpflichtung erst nach anderweiten 14 Tagen, nachdem sie ihn schriftlich davon benachrichtigt hat, erlöschen.</p> <p>c) (Ferner zu § 5) Ein Wechsel in dem Besitzstand des versicherten Eigenthums, Erbschaftsfälle ausgenommen, ist der Gesellschaft binnen 14 Tagen, nachdem derselbe eingetreten, schriftlich anzuzeigen. Wenn die Gesellschaft die Versicherung dann nicht beibehalten will, so erlischt dieselbe nach anderweiten 14 Tagen, nachdem davon schriftlich Nachricht gegeben worden.</p> | <p>d. Allgemeinen Versicherungsbedingungen für landwirthschaftliche Versicherungen.</p> |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|

d) (In § 16) Wenn die Gesellschaft in Folge des § 16 die Versicherung aufhebt, so zeigt sie dies dem Versicherten schriftlich an. Die Versicherung erlischt dann erst nach 14 Tagen von dieser Anzeige an gerechnet.

II. Der Verband beschloß, an der der landwirthschaftlichen Centralstelle zu Darmstadt am 8. Juni 1876 abgegebenen Erklärung, deren einzelne Punkte vorstehend unter Nr. 1 bis 10 näher angegeben sind, bei der Versicherung aller Landwirthschaften ohne technische Gewerbe festzuhalten.

III. Ferner beschloß der Verband, diesen Punkten noch die folgenden für dieselben Versicherungen beizufügen:

11. Bei der Ermittlung einer Brandentschädigung für ungedroschenes Getreide soll von dem Marktpreise der Körner das Drescherlohn in dem Falle nicht in Abzug gebracht werden, wo es nachweislich nicht erspart wird, entweder, indem es bei den in festen Lohn stehenden Arbeitern einen Theil dieses Lohnes bildet, selbst wenn das Dreschen unterbleibt, oder indem das Getreide nach Landesfittung ungedroschen verfüttert wird. Zur Anwendung dieses Grundsatzes bleibt die Zustimmung der kompetenten Behörde vorbehalten. Für Marktfuhren findet überhaupt kein Abzug statt.

12. Ein Wechsel zwischen den verschiedenen Gattungen der Feldfrüchte und Handelsgewächse, sowie zwischen ihnen und dem Viehfutter, ist gestattet.

13. Ein Wechsel in den verschiedenen Gattungen des Viehes und ihrer Stückzahl, sowie unter den Acker- und Wirthschaftsgeräthen ist ebenfalls gestattet.

14. In Hinsicht der auf die Versicherung der Feldfrüchte und des Strohes in Schobern (Heimen, Miehnen, Diemen) angewandten Selbstversicherung respektive den Wegfall derselben werden die Gesellschaften auf die Bedürfnisse des Landwirthes nach Möglichkeit Rücksicht nehmen.

15. Die Selbstversicherung und in Folge derselben die rathliche Entschädigung bei Partialschäden tritt nach dem § 7 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen ohne besondere Bestimmung für die Landwirthe, also für Feldfrüchte und Futter in allen den Fällen ein, wo deren Werth zur Zeit des Brandes den darauf versicherten Betrag übersteigt.

Selbstverständlich blieben die früheren mit den Landwirthen getroffenen Vereinbarungen bestehen, nämlich in Beziehung auf: summarische Versicherung, Versicherung im Freien, Freizügigkeit, Gebrauch der Dampfdreschmaschine, Explosionschäden, Vertrauensmänner, endgiltige Abschätzung, Ungiltigkeit der nicht im Antrage vorgesehenen Klauseln, Uebergang auf Schober, beantragte Versicherung auf dem Halm.

In Gemäßheit dieser Zugeständnisse formulirte nunmehr jede einzelne Verbands-gesellschaft den Wortlaut für ihre landwirthschaftlichen

Bedingungen selbst. Zwar berieth die 14. Generalversammlung vom 8. Februar 1877 über die verschiedenen Fassungen der Bedingungen bei den einzelnen Gesellschaften, begnügte sich jedoch damit, die Abweichungen in der Formulirung festzustellen.

Museinandergehende Ansichten herrschten unter den Verbandsgesellschaften über folgende, im großen Ganzen nebensächliche Punkte:

Die im Laufe einer Versicherung eintretende Verminderung der Vorräthe durch Verbrauch oder Verkauf, nach der sich die Entschädigungssumme im Brandschadenfalle bemißt, wollte ein Theil der Gesellschaften ziffermäßig festgesetzt wissen, ein Theil war entschieden dagegen. Ueber die Frage, ob für die Höhe des Bestandes zur Zeit des Brandes die geführten Wirthschaftsregister maßgebend sein sollten, theilten sich die Stimmen ebenso. Für den Fall, daß eine bestimmte Verminderung nicht stipulirt würde, war die Majorität dafür, daß auch das Prinzip der Verminderung überhaupt keinen Ausdruck findet.

Gegen die Bedingung, daß die Versicherung der Erntefrüchte nach dem Ausdruck auf das Stroh übergeht, erklärte sich nur eine Gesellschaft.

Hinsichtlich des Ueberganges der Ernte aus den Gebäuden auf Schober gingen die Ansichten sehr auseinander, ebenso bezüglich der Schoberbedingungen.

Bei den Bedingungen über die Verwendung von Lokomobilen im landwirthschaftlichen Betrieb entschied sich die Majorität für eine Entfernung von 20 Fuß von Gebäuden zc.

Bezüglich der Bedingung über die Berechnung des Drescherlohnes war die Majorität für die wortgetreue Wiedergabe der dem Deutschen Landwirthschaftsrath abgegebenen Erklärung; eine Gesellschaft behielt sich aber ihre Entschließung vor.

Bei Verwendung Bekold'scher Funkenlöschapparate sprach sich die Majorität dafür aus, daß auf die Bedingung der Steinkohlenheizung und der Entfernung zu verzichten ist.

Der Zusatz bezüglich der Einzelversicherung werthvoller Thiere wurde für empfehlenswerth befunden; ebenso, daß ein Wechsel mit anderen Thieren und eine Aenderung des Standortes nicht zugelassen werde.

Eine Erklärung wegen des Ausschlusses der mit technischen Gewerben verbundenen landwirthschaftlichen Betrieben nahmen einige Gesellschaften gar nicht auf.

Die Feststellung des Schadens nach dem mittleren Marktpreise wurde für nützlich gehalten, die Majorität war aber der Meinung, sie nicht überall durchführen zu können.

Ein vollständiges Einvernehmen unter den Verbandsgesellschaften über vorstehende Punkte war, wie bemerkt, noch nicht zu erzielen gewesen. Aber einmal waren die Abweichungen von keiner prinzipiellen Bedeutung, und zweitens hielt nur eine geringe Minderheit der Gesellschaften an ihrem Standpunkt fest. Die Mehrzahl der Verbandsgesellschaften einigte sich daher auf einen übereinstimmenden Wortlaut für die landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen, während die Minderheit diejenigen Bestimmungen allgemein bekannt gab, hinsichtlich deren sie an ihrer eigenen Fassung festhielt.

Die von der Majorität angenommenen und alsbald eingeführten Bedingungen für landwirthschaftliche Versicherungen lauteten:

Landwirth-
schaftliche
Versicherungs-
bedingungen,
beschlossen
1877.

1. Die Ernte kann, sowie das lebende und todtte Inventar innerhalb jeder Gattung summarisch versichert werden. Inwiefern es geschieht, er giebt die Polizei. Die Gattungen der Ernte sind A. Getreide und Hülsenfrüchte, B. Oelfrüchte und Handelsgewächse, C. Futterkräuter. Thiere von außerordentlichem Werthe, als Kuruspferde, Stähre etc. gelten jedoch nur mit einzelner Werthangabe als versichert.

2. Das Geschirr, die darauf geladenen landwirthschaftlichen Produkte und das Vieh sind auch im freien außerhalb der angegebenen Gebäude versichert.

3. Für die Ernte, das todtte Inventar und das Vieh findet innerhalb der angegebenen Versicherungs-Gebäude eines und desselben Gehöfts Freizügigkeit statt.

4. Die Versicherung der Felderzeugnisse in Gebäuden umfaßt die ganze, darin eingebrachte Ernte, mit dem etwaigen vorherigen Bestande und dem Zukaufe.

Wenn die Felderzeugnisse in Gebäuden untereinander wechseln, so bleiben sie bis zum versicherten Gesamtbetrage unter denselben Bedingungen versichert.

Auch ein Wechsel unter den verschiedenen Gattungen des Viehes und dessen Stückzahl, sowie unter den Acker- und Wirthschaftsgeräthen ist gestattet. Thiere von außerordentlichem Werthe (1) wechseln jedoch mit anderen nicht.

Die Versicherung der in Gebäuden enthaltenen ungedroschenen Feldfrüchte geht nach dem Ausdreschen auf ihre Körner und, wenn sie incl. Stroh versichert sind, auch auf das letztere, beides in den angegebenen Versicherungs-Gebäuden desselben Gehöfts, über.

5. Von der in Gebäuden bestehenden Versicherung der ganzen Ernte an ungedroschenen Feldfrüchten und Futterfräutern kann, auf Grund besonderer Genehmigung der Gesellschaft, ein zu bestimmender Theil gegen eine Zuschlagsprämie auf Schober übergehen, deren Versicherung, vorbehaltlich einer binnen 8 Tagen zu machenden Anzeige, in Kraft tritt, sobald die Aufstellung der Schober ihren Anfang nimmt.

6. Die in den Gebäuden versicherten Felderzeugnisse sind, wenn es besonders beantragt und in der Polize angegeben ist, auch während sie noch auf dem Halm stehen oder geschnitten auf dem Acker liegen, ohne Prämien-erhöhung versichert.

7. (Zu § 1 der allgemeinen Bedingungen.) Die Versicherung erstreckt sich ohne Prämien-erhöhung auch auf die Schäden, welche ohne Brand durch die Explosion versicherter Dampfkessel an den versicherten Gegenständen entstehen.

8. (Zu § 3 daselbst.) Wenn im Laufe einer mehrjährigen Versicherung die Prämie nicht binnen 14 Tagen nach Verfall entrichtet ist, so tritt die Verpflichtung der Gesellschaft aus der Versicherung erst nach anderweiten 14 Tagen, von einer schriftlichen Erinnerung an gerechnet, außer Kraft.

9. (Zu § 5 daselbst.) Wenn der Versicherte eine eingetretene Vermehrung der Feuergefährlichkeit binnen 14 Tagen, nachdem er davon Kenntniß erhalten, der Gesellschaft schriftlich anzeigt und die letztere die Versicherung dann nicht beibehalten will, so soll die Entschädigungs-Verpflichtung erst nach anderweiten 14 Tagen, nachdem sie ihn schriftlich davon benachrichtigt hat, erlöschen.

Ein Wechsel in dem Besitz des versicherten Eigenthums, Erbschaftsfälle ausgenommen, ist der Gesellschaft binnen 14 Tagen, nachdem derselbe eingetreten, schriftlich anzuzeigen. Wenn die Gesellschaft die Versicherung dann nicht beibehalten will, so erlischt dieselbe nach anderweiten 14 Tagen, nachdem davon schriftlich Nachricht gegeben worden.

10. (Zu § 7 daselbst.) Bei der Ermittlung einer Brandentschädigung für ungedroschenes Getreide soll von dem Marktpreise der Körner das Drescherlohn in dem Falle nicht in Abzug gebracht werden, wo es nachweislich nicht erspart wird, entweder indem es bei den in festem Lohn stehenden Arbeitern einen Theil dieses Lohnes bildet, selbst wenn das Dreschen unterbleibt, oder indem das Getreide nach Landesitte ungedroschen verfüttert wird. Für Marktfuhren findet überhaupt kein Abzug statt.

11. (Zu § 8 daselbst.) Bei der Regulirung eines Schadens kann der Versicherte einen Dritten als Vertrauensmann zuziehen, auch bei Differenzen über Quantum und Werth eine Abschätzung durch beiderseits

nach den Bestimmungen des § 9 (daselbst) erwählte Sachverständige und eventuell einen Obmann eintreten lassen, deren Ausspruch endgiltig ist.

12. (Zu § 16 daselbst.) Wenn die Gesellschaft in Folge des § 16 die Versicherung aufhebt, so zeigt sie dies dem Versicherten schriftlich an. Die Versicherung erlischt dann erst nach 14 Tagen von dieser Anzeige an gerechnet.

13. Ohne Einverständnis des Versicherten auf dem Antrage würde jede besondere Klausel in einer Police über eine landwirthschaftliche Versicherung ohne technische Gewerbe ungültig sein.

14. Der Gebrauch einer Lokomobile ist unter folgenden Bedingungen gestattet. Sie muß mit einem Funkenfänger versehen sein — ausschließlich mit Steinkohlen geheizt —, mindestens 15 Fuß von Gebäuden und Schobern (Diemen) aufgestellt und auf die gleiche Entfernung im Umkreise von Stroh, Dünger und sonstigen feuerfangenden Gegenständen frei gehalten werden. — Der Aschenkasten der Lokomobile muß mit Wasser gefüllt erhalten werden und neben derselben ein mit Wasser gefülltes Gefäß, in welches die Schlacken zu werfen sind, stehen. — Die Lokomobile ist, sobald ihr Gebrauch aufhört oder unterbrochen wird, abzufahren oder zu bewachen, oder das Feuer darin zu löschen. Das Feuer herauszuziehen ist untersagt. — Wenn eine der obigen Bedingungen nicht erfüllt wird, so tritt die Versicherung vom Aufahren der Lokomobile an bis 24 Stunden nach deren Abfahren außer Kraft. — Wenn die Lokomobile mit dem Pechold'schen Funken-Löschapparat versehen ist, so fällt die Bedingung der Steinkohlenheizung, des Funkenfängers und der Entfernung von 15 Fuß weg.

Es konnte nicht ausbleiben, daß auch hinsichtlich der landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen sich die Herstellung eines einheitlichen Wortlautes nothwendig machte. Den Wünschen der Landwirthe war durch das bisherige Entgegenkommen der Gesellschaften noch lange nicht genug gethan. Daher begannen im Jahre 1883 abermalige Verhandlungen mit dem Deutschen Landwirthschaftsrath und bei dieser Gelegenheit wurde eine einheitliche Fassung der Bedingungen unter den Verbandsgesellschaften vereinbart. Die seitens des Verbandes durch die Kommission für die landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen gepflogenen Verhandlungen mit dem Landwirthschaftsrath führten zu einer Verständigung zunächst über die Fragen der Kündigung bei mehrjährigen Versicherungen, der Freizügigkeit, der Versicherung des Inventars im Freien, der Versicherung der Ernte in Schobern und der Rückvergütung der vorausbezahlten Prämien bei Kündigung mehrjähriger Versicherungen. Diese Zugeständnisse wurden von der 33. Generalversammlung des Verbandes (Oktober 1883) in folgende Form gekleidet:

Neue Verhandlungen mit dem Deutschen Landwirthschaftsrath.

Zusagen für den Deutschen Landwirthschaftsrath.

1. Wenn bei Ablauf eines mehrjährigen Versicherungs-Abschlusses die etwa bedungene Kündigung nicht rechtzeitig erfolgte, kann eine Verlängerung der Versicherung seitens der Versicherungs-Gesellschaft zunächst immer nur auf ein Jahr verlangt werden, sofern nicht entweder eine neue besondere Vereinbarung mit dem Versicherten stattfindet, oder der Versicherte einem besonderen Versicherungs-Verbande angehört, dessen Institutionen mehrjährige Versicherung voraussetzen.

Die etwaige Kündigungsfrist soll 4 Wochen betragen.

2. Für die versicherte Ernte, sowie für das lebende und todte Inventar findet innerhalb der in der Police aufgeführten Gebäude eines und desselben Gehöfts und auf Verlangen auch in allen von dem Versicherten benutzten, wirthschaftlich mit einander verbundenen und in der Police aufgeführten Gebäuden Freizügigkeit statt. Es ist jedoch für jedes Gehöft ein Maximum der Versicherungs-Summe vorzusehen.

Das lebende und todte Inventar, sowie die auf eigenes Geschirr (Gefährt) geladenen Erntefrüchte und sonstigen landwirthschaftlichen Vorräthe gelten auch im freien innerhalb des Gehöfts, auf den Ländereien und Weiden der Wirthschaft und den Wegen dahin, sowie auf dem Transport nach und von inländischen Märkten und Ablieferungs-Orten als versichert.

3. Die Versicherung von ungedroschenen Feldfrüchten und Stroh in Schobern muß von der, die Gutsversicherung des Landwirths deckenden Gesellschaft nach den in ihrer Hauptpolice über Größe und Aufstellung angegebenen Bedingungen angenommen werden.

4. Im Falle der Auflösung eines mehrjährigen Versicherungs-Vertrages vor seinem Ablauf soll eine Rückvergütung der über das laufende Versicherungsjahr voransbezahlten Prämie stattfinden.

Die Kommission für die landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen stellte unterdessen den Wortlaut für eine einheitliche Fassung der Bedingungen fest und konnte der 36. Generalversammlung (Oktober 1884) einen vollständig ausgearbeiteten Entwurf vorlegen, welcher von der Versammlung angenommen wurde.

Einheitliche
landwirth-
schaftliche
Versicherungs-
bedingungen.

Lange Geltungsdauer war jedoch auch dieser neuen Fassung nicht beschieden; die im Jahre 1886 beendete Revision der Allgemeinen Versicherungsbedingungen bedingte eine entsprechende Umgestaltung auch der Bedingungen für die Landwirthschaft, und so wurde auf der Eisenacher Generalversammlung vom September 1886 der Wortlaut der landwirthschaftlichen Ver-

sicherungsbedingungen nochmals abgeändert und in folgender noch heute in Kraft befindlichen Gestalt vereinbart:

Landwirth-
schaftliche
Versicherungs-
bedingungen,
beschlossen
1886.

§ 1. Die Versicherung erstreckt sich unter der Bedingung, daß die in Betreff der Dampfkessel bestehenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften beobachtet werden, auch auf die Schäden, welche durch die Explosion versicherter, lediglich zu landwirthschaftlichen Zwecken — nicht zu technischen Gewerben — dienender Dampfkessel an den versicherten Gegenständen entstehen.

§ 2. Für das todte und das lebende landwirthschaftliche Inventar und die Ernte-Erzeugnisse findet innerhalb der in der Police genannten, nicht zur Ausübung technischer Gewerbe dienenden Gebäude eines und desselben Gehöfts und auf schriftlichen Antrag auch zwischen diesen letzteren und allen anderen, wirthschaftlich damit verbundenen, von dem Versicherten nur zu landwirthschaftlichen Zwecken benutzten und in der Police genannten Gebäuden Freizügigkeit statt. Zwischen verschiedenen Gehöften ist jedoch die Freizügigkeit durch Angabe einer Maximalsumme für jedes Gehöft zu begrenzen.

§ 3. Das todte und lebende Inventar, sowie die auf eigenem Geschirr befindlichen Ernte-Erzeugnisse und sonstigen zur Versicherung deklairten landwirthschaftlichen Vorräthe sind auch versichert: im Freien auf dem Gehöft, den Ländereien und Weiden der Wirthschaft und den Wegen dahin, sowie auf dem Transport nach und von deutschen Märkten und Ablieferungsorten, mit Ausschluß jedoch der Märkte und Ablieferungsorte selbst und des Transportes auf Eisenbahnen.

§ 4. a) Die auf Erzeugnisse der laufenden Ernte abgeschlossene Versicherung hat auch Giltigkeit für die Zeit, wo dieselben noch auf dem Halme stehen, während der Erntearbeiten, sowie unter den Bedingungen des § 10 beim Aufstellen vom Acker in Schober noch acht Tage vom Beginn des Aufstellens ab gerechnet; die Entschädigungsverpflichtung der Gesellschaft für jeden einzelnen Brandschadenfall dieser Art ist aber auf 18 000 Mark beschränkt, sofern dieserhalb eine andere Vereinbarung nicht getroffen ist. Demgegenüber hat der Versicherte die Verpflichtung, mit Ausnahme der Hackfrüchte, Welfrüchte, des Samenklees und der Handelsgewächse, die gesammten zur Ernte gehörigen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zukaufs, ihrem wahren Werthe entsprechend in den Gebäuden zur Versicherung zu deklariren, gleichviel ob diese Erzeugnisse schon in die Gebäude eingebracht sind oder noch auf dem Halme stehen oder gemäht auf dem Felde liegen oder in Schober gesetzt sind.

Wird diese Verpflichtung nicht erfüllt, sondern nur ein geringerer Werth versichert, so wird im Brandfalle der Schaden nach den Bestimmungen des § 7 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen nur pro rata vergütet.

b) Die Versicherung umfaßt also die ganze Ernte an Halm- und Hülsenfrüchten, Heu und Futterkräutern, einschließlich der älteren Bestände und des Verkaufs. Hackfrüchte, Gelfrüchte, Samenklec und Handelsgewächse sind nur einbegriffen, wenn sie besonders deklarirt find. Die verschiedenen Gattungen der Ernte-Erzeugnisse können wechfeln; für die Versicherung von Schobern gelten dagegen die Bestimmungen des § 10.

c) Die Versicherung auf ungedroschene Feldfrüchte geht nach dem Ausdreschen auf ihre Körner und, wenn das Stroh nicht ausdrücklich von der Versicherung ausgeschlossen ist, auch auf das letztere über.

d) Wenn die durch Verkauf und Naturalverwendung stattfindende Verminderung der Feld- und Wiesen-Erzeugnisse nicht durch ordnungsmäßig geführte Wirthschaftsregister oder auf sonst unzweifelhaft glaubwürdige Weise nachgewiesen wird, so wird angenommen, daß sie für Getreide und Stroh täglich mindestens $\frac{1}{300}$, am 1. September beginnend, für Futterkräuter mindestens $\frac{1}{240}$, am 1. November beginnend, beträgt.

Bei Ermittlung einer Brandentschädigung für ungedroschenes Getreide soll von dem Marktpreise der Körner der Drescherlohn in dem Falle nicht in Abzug gebracht werden, wo er nachweislich nicht erspart wird. Für Marktführen findet überhaupt kein Abzug statt.

§ 5. Die Versicherung des Viehes umfaßt den ganzen Bestand desselben. Jedervieh jedoch und Thiere von außergewöhnlichem Werthe, z. B. Enguspferde, Engsthiere anderer Art, hochfeines Schafvieh, sind nur in dem Falle in die Versicherung einbegriffen, daß sie besonders deklarirt sind, und zwar die Thiere von außergewöhnlichem Werthe unter einzelner Werthangabe. Mit Ausnahme der besonders zu deklarirenden Thiere können die verschiedenen Gattungen des Viehes und die Stückzahl desselben wechfeln. Bei Schafen gilt die Versicherung mit Ausschluß der Wolle, welche besonders zur Versicherung deklarirt werden muß.

§ 6. Der Gebrauch einer Lokomobile ist unter folgenden Bedingungen gestattet. Die Lokomobile muß mit einem wirkfamen Funkenfänger versehen sein, ausschließlich mit Steinkohlen oder Coaks geheizt, mindestens 5 Meter von Gebäuden, Schobern und der Dreschmaschine aufgestellt und auf die gleiche Entfernung im Umkreise von Stroh, Dünger und sonstigen feuerfangenden Gegenständen frei gehalten werden. — Der Aschenkasten der Lokomobile muß mit Wasser gefüllt erhalten werden und neben derselben ein mit Wasser gefülltes Gefäß, in welches die Schlacken zu werfen sind, stehen. — Die Lokomobile ist, sobald ihr Gebrauch aufhört oder unterbrochen wird, abzufahren oder zu bewachen, oder es ist das Feuer darin zu löschen. Das Feuer herauszuziehen, ist untersagt. — Wenn eine der obigen Bedingungen nicht erfüllt wird, so tritt die Entschädigungsverpflichtung der Gesellschaft vom Aufahren der Lokomobile an bis 24 Stunden nach dem Abfahren außer Kraft, sofern nicht der Versicherte den Beweis erbringt, daß die Entstehungsursache eines während dieser Zeit

etwa entstandenen Brandes mit dem Lokomobilenbetrieb in keinem Zusammenhang gestanden hat.

§ 7. An dem Haupteingange jedes versicherten landwirthschaftlichen Gehöfts muß ein Schild der Gesellschaft sichtbar befestigt erhalten werden.

§ 8. Ohne Einverständnis des Versicherten auf dem Antrage ist jede besondere Klausel in einer Police über eine landwirthschaftliche Versicherung ohne technische Gewerbe ungiltig.

§ 9. Der Versicherte hat das Recht, bei der Regulirung eines Schadens einen Vertrauensmann zuzuziehen.

Schober-Versicherungen.

§ 10. a) Wenn die Feld- oder Wiesen-Erzeugnisse länger als acht Tage in Schobern verbleiben sollen — § 4a —, so müssen die letzteren besonders versichert und es muß dafür die Schoberprämie entrichtet werden.

b) Jeder Schober muß wenigstens 30 Meter von Gebäuden, öffentlichen Wegen und Eisenbahnen entfernt stehen.

c) Jeder Schober bis zu 9 000 Mark Versicherungssumme muß wenigstens 30 Meter, über 9 000 Mark bis 18 000 Mark Versicherungssumme wenigstens 60 Meter, über 18 000 Mark Versicherungssumme wenigstens 120 Meter von jedem anderen Schober entfernt stehen.

Die Aufstellung von Schobern in geringeren Entfernungen von einander bedarf der besonderen schriftlichen Genehmigung der General-Agentur. Derartig in einem Komplex gestellte Schober werden in jeder Beziehung wie ein Schober behandelt.

Die Versicherung von Schobern und Schoberkomplexen im Betrage von mehr als 18 000 Mark erfolgt nur gegen einen Zuschlag zur einfachen Schoberprämie.

d) In jedem Schober muß dauernd ein Schild der Gesellschaft befestigt sein.

e) Für versichertes Deckstroh wird höchstens der halbe Marktwert vergütet. Braunheu ist von der Versicherung ausgeschlossen.

f) Wenn ein versicherter Fruchtshober ausgedroschen und das daraus gewonnene Stroh an derselben Stelle oder dicht daneben wieder in einen Schober gesetzt wird, so geht die Versicherung auf diesen bis zum Ablauf der Versicherung des Fruchtshobers über, und zwar zu dem ursprünglich für Stroh deklarirten Werthe, beziehentlich wenn ein solcher nicht deklarirt ist, höchstens zu einem Drittel der auf den Fruchtshober versicherten Summe. Die etwa für den Fruchtshober bedungene Selbstversicherung findet verhältnißmäßig auch auf den Strohschober Anwendung.

g) Erntefrüchte in Schoberschuppen sind ebenfalls besonders zu versichern.

h) Wegen des Gebrauchs einer Lokomobile siehe oben § 6.

Nur in einem Punkte machte sich bis heute eine Ergänzung der vorstehenden landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen nothwendig, und zwar in Betreff der vollen Werthversicherung der Ernte.

Voll-
versicherung
der Ernte.

Vielfach hatten die Landwirthe die in den Versicherungsbedingungen enthaltene Bestimmung, die gesammten aus der letzten Ernte gewonnenen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zukaufs, ihrem wahren Werth entsprechend zu versichern, nicht eingehalten. In Folge dessen mußten sie bei einem Brandschaden für den nicht versicherten Theil des vorhandenen Erntebestandes als Selbstversicherer angesehen werden und erhielten dementsprechend auch nur den verhältnißmäßigen Theil der Entschädigung.

Veranlaßt durch einen Spezialfall, wandte sich der Deutsche Landwirthschaftsrath im Jahre 1892 wegen dieser Frage an den Verband und fand denselben bereit, sofort in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten. Die zum Theil schriftlich zum Theil persönlich geführten Verhandlungen fanden erst im Jahre 1894 ihren Abschluß mit folgender, gemeinsam vom Deutschen Landwirthschaftsrath und dem Verbande erlassenen Erklärung:

Die gegenwärtig bei den dem mitunterzeichneten Verbande angehörenden deutschen Privat-Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaften in Kraft befindlichen Bedingungen für landwirthschaftliche Versicherungen enthalten die Bestimmung, daß der Versicherte die Verpflichtung hat, mit Ausnahme der Hackfrüchte, der Oelfrüchte, des Samenklees und der Handelsgewächse die gesammten aus der letzten Ernte gewonnenen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zukaufs, ihrem wahren Werthe entsprechend zur Versicherung zu deklariren.

Die landwirthschaftlichen Versicherungsbedingungen der bezeichneten Versicherungsgesellschaften beruhen auf den zwischen ihnen und dem Deutschen Landwirthschaftsrath getroffenen Vereinbarungen. Die in diesen Vereinbarungen seitens der Gesellschaften gemachten Zugeständnisse in Bezug auf volle Freizügigkeit, Erstreckung der Versicherung auf das auf dem Halm befindliche Getreide, sowie auf die Zeit während der Erntearbeiten, während der ersten acht Tage nach Aufstellung der Schober und während des Transportes von und zu Markttorten, ohne Erhöhung der Prämienätze, konnte der Deutsche Landwirthschaftsrath seiner Zeit nur verlangen und erhalten unter der Voransetzung, daß seitens der Landwirthe die Verpflichtung, die ganze Ernte ihrem Werthe entsprechend zu versichern, übernommen und erfüllt werde.

Die Erfahrung hat inzwischen gelehrt, daß diese Verpflichtung thatsächlich nicht immer erfüllt wird, daß vielmehr die Landwirthe in nicht

seltenen Fällen nur einen Theil der Ernte zur Versicherung anmelden, was dann im Brandschadenfalle zu Differenzen und für den Versicherten zu Enttäuschungen führen muß. Die Ursache dieser auffallenden Erscheinung erblicken wir darin, daß die Fassung der eingangs erwähnten Bedingungen in manchen Fällen mißverstanden worden ist.

Um für die Folge den versichernden Landwirth vor mißverständlicher Auffassung und daraus sich ergebenden Differenzen und Schwierigkeiten im Brandschadenfalle zu schützen, um andererseits den Feuerversicherungs-Gesellschaften zu ihrem unverkürzten Rechte auf Empfang der Prämie für die gesammte Ernte, für welche sie thatsächlich die Gefahr tragen, zu verhelfen, haben die Unterzeichneten eine Aenderung der landwirthschaftlichen Bedingungen vereinbart, nach welcher diejenige Bedingung, durch welche die vorerwähnte Verpflichtung auferlegt wird, künftig lauten soll:

a) Die auf Erzeugnisse der laufenden Ernte abgeschlossene Versicherung hat auch Gültigkeit für die Zeit, wo dieselben noch auf dem Halme stehen, während der Erntearbeiten, sowie unter den Bedingungen des §. 10 beim Aufstellen vom Acker in Schober, noch acht Tage vom Beginn des Aufstellens ab gerechnet; die Entschädigungsverpflichtung der Versicherungsgesellschaft für jeden einzelnen Brandschadenfall dieser Art ist aber auf 18 000 Mark beschränkt, sofern dieserhalb eine andere Vereinbarung nicht getroffen ist. Demgegenüber hat der Versicherte die Verpflichtung, mit Ausnahme der Hackfrüchte, Oelfrüchte, des Samenklees und der Handelsgewächse, die gesammten zur letzten Ernte gehörigen Erzeugnisse, einschließlich der älteren Bestände und des Zukaufs, ihrem wahren Werthe entsprechend in den Gebäuden zur Versicherung zu deklariren, gleichviel ob diese Erzeugnisse schon in die Gebäude eingebracht sind oder noch auf dem Halme stehen oder gemäht auf dem Felde liegen oder in Schober gesetzt sind.

Wird diese Verpflichtung nicht erfüllt, sondern nur ein geringerer Werth versichert, so wird im Brandfalle der Schaden nach den Bestimmungen des § 7 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen nur pro rata vergütet.

b) Die Versicherung umfaßt also die ganze Ernte an Halm- und Hülsenfrüchten, Heu und Futterkräutern, einschließlich der älteren Bestände und des Zukaufs. Hackfrüchte, Oelfrüchte, Samenklee und Handelsgewächse sind nur einbegriffen, wenn sie besonders deklarirt sind. Die verschiedenen Gattungen der Ernte-Erzeugnisse können wechseln; für die Versicherung von Schobern gelten dagegen die Bestimmungen des § 10.

c) Die Versicherung auf ungedroschene Feldfrüchte geht nach dem Ausdreschen auf ihre Körner und, wenn das Stroh nicht ausdrücklich von der Versicherung ausgeschlossen ist, auch auf das letztere über.

d) Wenn die durch Verkauf und Naturalverwendung stattfindende Verminderung der Feld- und Wiesen-Erzeugnisse nicht durch ordnungsmäßig geführte Wirthschaftsregister oder auf sonst unzweifelhaft glaubwürdige

Weise nachgewiesen wird, so wird angenommen, daß sie für Getreide und Stroh täglich mindestens $\frac{1}{300}$, am 1. September beginnend, für Futterfräuter mindestens $\frac{1}{240}$, am 1. November beginnend, beträgt.

Bei Ermittlung einer Brandentschädigung für ungedroschenes Getreide soll von dem Marktpreise der Körner der Drescherlohn in dem Falle nicht in Abzug gebracht werden, wo er nachweislich nicht erspart wird. Für Marktfuhren findet überhaupt kein Abzug statt.

Nach der vorstehenden Fassung sind mißverständliche Auffassungen über die Tragweite der in diesen Bedingungen für die Landwirthe enthaltenen Verpflichtung zur Vollversicherung der Ernte ausgeschlossen und werden die bei den Gesellschaften des Verbandes Versicherung nehmenden Landwirthe sich bewußt sein müssen, daß bei etwa entstehenden Differenzen Unklarheiten des Wortlauts zu Gunsten des Versicherten nicht geltend gemacht werden können. Die Unterzeichneten empfehlen daher den Landwirthen in ihrem eigenen Interesse, entsprechend den zwischen dem Verbande Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften und dem Deutschen Landwirthschaftsrath getroffenen Vereinbarungen von vornherein den vollen Werth der Ernte zu deklariren; sie unterlassen nicht, dabei hervorzuheben, daß dies im Interesse der Landwirthe um so mehr geboten ist, als andernfalls die Versicherungs-Gesellschaften zu dem alten Modus der Ernteverversicherung zurückkehren müßten, nach welchem das sich nach Schluß der Ernte etwa ergebende Selbstversicherungsverhältniß bis zur nächsten Ernte in Kraft bleiben würde.

Berlin, den 1. Juni 1894.

Der Deutsche Landwirthschafts-
Rath.

(gez.) Frhr. v. Hammerstein
Vorsitzender.

Der Verband Deutscher Privat-
Feuerversicherungs-Gesellschaften.

(gez.) H. A. Bueck
Vorsitzender des Ausschusses.

Eine in neuester Zeit von dem Deutschen Landwirthschaftsrath bezüglich der Ausdehnung der Freizügigkeit gestellte Forderung glaubte der Verband in der gewünschten Form nicht zugestehen zu können. Das Verlangen ging dahin, daß die Gesellschaften Getreide, welches zur Vermahlung gegen Mahllohn mit der Bestimmung der Zurücknahme auf das Gehöft nach erfolgter Vermahlung in fremde Mühlen verbracht wird, als unter die Freizügigkeitsbestimmung fallend ohne Weiteres als versichert gelten lassen sollen. Die Gesellschaften konnten das Zugeständniß in dieser Form nicht machen, dagegen verpflichteten sie sich dem Deutschen Landwirthschaftsrath gegenüber, bei landwirthschaftlichen Versicherungen folgende Bedingung einzugehen:

Ausdehnung
der
Freizügigkeit.

Zum eigenen wirthschaftlichen Bedarf bestimmtes Getreide, welches zur Vermahlung gegen Mahllohn mit der Bestimmung der Zurücknahme auf das Gehöft nach erfolgter Vermahlung in fremde Mühlen verbracht wird, soll, falls dies seitens des betreffenden Landwirths beantragt wird, gegen entsprechende Zuschlagsprämie versichert gelten.

Aus dem Vergleich der früheren landwirthschaftlichen Bedingungen mit den gegenwärtig bestehenden und unter Berücksichtigung der von den Gesellschaften abgegebenen Erklärungen erhellt eine fortlaufende Reihe von Zugeständnissen an die Landwirthe.

Im umgekehrten Verhältniß hierzu stehen die Ergebnisse des landwirthschaftlichen Versicherungsgeschäfts aller Gesellschaften in dem letzten Dezennium, denn die Gesellschaften haben zum Theil sehr bedeutende Verluste aus diesem Geschäftszweig zu erleiden gehabt. Wenn die Landwirthe trotz dieser ihnen bekannten Thatsache weitere Begünstigungen beanspruchen, so wird es sie nicht befremden dürfen, bei den Gesellschaften vorläufig keine Neigung zu fernerer Zugeständnissen anzutreffen.

c) Versicherungsbedingungen für Fabriken etc.

Fabrik-
Versicherungs-
bedingungen.

Nachdem für die Landwirthschaft neben den Allgemeinen Versicherungsbedingungen speziell den Bedürfnissen dieses Wirtschaftszweiges angepasste Versicherungsbedingungen in gleichlautender Fassung bei den Verbandsgesellschaften eingeführt waren, konnte es nur eine Frage der Zeit sein, wann auch für andere Wirtschaftszweige mit ausgeprägter Eigenart ihrer Risiken bezüglich deren Versicherung gegen Feuergefahr dieselbe Vereinfachung und Erleichterung geschaffen werden würde. Bisher mußten die besonderen Bedingungen, je nach den Erfordernissen der einzelnen Risiken, in die Police aufgenommen werden. Dies brachte — abgesehen von dem überflüssigen Schreibwerk — wegen der Abweichungen zwischen den Abmachungen der einzelnen Gesellschaften mit den Versicherten Unzuträglichkeiten für beide Theile mit sich, insbesondere bei gemeinschaftlichen Versicherungen. Außerdem konnten die von jeder Gesellschaft nach eigenem Ermessen aufgestellten Bedingungen ihren

Zweck, den Versicherten zur Vermehrung der Feuerficherheit seiner Risiken anzuhalten, nicht in dem Maße erfüllen, wie eine allgemeine vertragsmäßige Zusammenordnung solcher Vorschriften. Ferner kamen derartige Maßregeln, die in erster Linie zur Verhütung von Schadenfeuern getroffen wurden, in zweiter Linie auch dem Schutze der in den betreffenden Betrieben beschäftigten Personen zu Gute, zumal in Betrieben mit zahlreicher Arbeiterschaft. Die Mannigfaltigkeit der Betriebe und ihrer Einrichtungen schloß es zwar von vornherein aus, daß die zu vereinbarenden besonderen Bedingungen alle Einzelheiten berücksichtigten und handschriftliche Zusätze bezw. Streichungen in der Police überhaupt unnöthig machten, aber sie ließen sich doch in eine solche Form bringen, daß ihre Anwendung auf die überwiegende Mehrzahl aller Betriebe ohne Weiteres erfolgen konnte.

Die Erwägung dieser Gründe führte dazu, daß die 48. Generalversammlung des Verbandes eine aus ihrer Mitte gewählte Kommission mit der Zusammenstellung der bei den einzelnen Verbandsgesellschaften gebräuchlichen besonderen Versicherungsbedingungen betraute, und zwar sollte sich diese Kommission zunächst nur mit der Aufstellung von Fabrikversicherungs-Bedingungen befassen.

Hierbei mußte es sich vor allen Dingen darum handeln, die den Fabrikanlagen in Folge der Beleuchtungs- und Heizungseinrichtungen drohende Feuergefahr durch entsprechende Vorschriften bezw. Verbote möglichst abzuschwächen. Ebenso galt es, Bestimmungen über die Ueberwachung der Dampfkessel, die Feuerficherheit der Räume, in denen dieselben aufgestellt sind, über das Verhalten der mit ihrer Bedienung beauftragten Personen, über die Aufbewahrung der Heiz- und Brennmaterialien, der leicht feuerfangenden Abfallstoffe und über alle sonstigen, dem Fabrikbetrieb eigenthümlichen gefahrerhöhenden Momente zu treffen.

In Ausführung des ihr erteilten Auftrages legte die Kommission der nächsten und der darauf folgenden Generalversammlung verschiedene Entwürfe vor, für welche die von der Magdeburger Gesellschaft und der Leipziger Anstalt ausgearbeiteten Bedingungen als Grundlage gedient hatten. Eine ad hoc einberufene außerordentliche Generalversammlung, abgehalten in Berlin am 20. Januar 1891, machte sich sodann definitiv über die gemeinschaftlichen besonderen

Versicherungsbedingungen für Fabriken und gewerbliche Anlagen schlüssig. Wie schon bemerkt, lag es weder in der Sache selbst, noch im Interesse der Gesellschaften, den Bedingungen eine ein für allemal feststehende Form zu geben, welche die Aufnahme von etwa nothwendig werdenden Zusätzen in besonderen Fällen ausgeschlossen hätte. Das Wesentliche aber, die Feststellung einheitlicher Grundzüge und Gesichtspunkte, kam in den vereinbarten Bedingungen voll zum Ausdruck.

Die besonderen Versicherungsbedingungen für Fabriken und gewerbliche Anlagen, deren Paragraphirung sie als Fortsetzung der aus 15 Paragraphen bestehenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen erkennen läßt, erhielten folgenden Wortlaut:

§ 16.

Nr. 1. Die Beleuchtungsflammen müssen mindestens 1 Meter unterhalb und 30 Zentimeter seitlich von ungeschütztem Holzwerk und anderen entzündlichen Gegenständen entfernt gehalten sein. Wo das Holzwerk durch Eisenblechbeschlag, durch freihängenden Metallschirm oder Laternendach geschützt ist, genügt die Hälfte dieser Entfernungen; Eisenblechbeschläge müssen mindestens 1 Zentimeter von den zu schützenden Gegenständen abstehen.

Bewegliche Flammen müssen mit Hemmungsvorrichtungen versehen sein, welche die Unterschreitung der oben vorgeschriebenen Entfernungen verhindern.

Für elektrisches Licht wird eine Entfernung nicht vorgeschrieben.

Hängelampen und Laternen dürfen nur an genügend starken Drähten oder Ketten, nicht an Schnüren, hängen.

Elektrische Bogenlichtlampen müssen nach unten vollkommen geschlossen sein. Regulirungen an solchen Lampen in Räumen, in denen entzündliche Gegenstände verarbeitet oder gelagert werden, dürfen nur nach dem Ausschalten und vollständigen Erkalten der Lampen vorgenommen werden.

In Räumen, in welchen brennbare Gase (Dämpfe) entstehen oder Körper in staubähnlichem oder faserigem Zustande in dichten Mengen der Luft sich beimischen können, müssen die Flammen so angebracht sein, daß sie nur von außen anzuzünden und nach innen durch dicht schließende Glasscheiben vollkommen abgeschlossen sind. Glühlichtbirnen müssen in solchen Räumen mit starker Glasglocke umgeben sein, welche auch die Kontakte zwischen Leitung und Glühlichtfuß einschließt. Elektrisches Bogenlicht ist in diesen Räumen verboten, auch dürfen darin weder Lichtmaschinen noch Auschalter sich befinden.

Nr. 2. Zum Umherleuchten in den Fabrik-, Pack- und Lagerräumen dürfen nur gut verschlossene und vergiftete Laternen verwendet werden.

Nr. 3. Die Benützung von Beleuchtungs- oder Kochapparaten, welche mit Benzin, Sigroin, Gasstoff oder anderen leichten Mineralölen gespeist werden, ist für alle Fabrik-, Pack- und Lagerräume untersagt.

In Trockenräumen, welche auf mehr als 20° Réaumur erheizt werden, darf auch Petroleum oder anderes schweres Mineralöl zur Beleuchtung nicht verwendet werden.

Nr. 4. Das Putzen und Füllen der Petroleum- und anderen Mineralöllampen darf nur in einem besonders dazu bestimmten, die Fabrik- und Lagerräume nicht gefährdenden Raume und nur bei Tageslicht geschehen. Im brennenden Zustande müssen die Lampen festhängen und dürfen weder von ihrer Stelle genommen noch nachgefüllt werden.

Nr. 5. Das Anzünden und Auslöschen der Flammen ist bestimmten zuverlässigen Personen anzuvertrauen. In den Speicher- und Packräumen, sowie in allen Fabrikräumen, in welchen sich entzündliche Gegenstände befinden, dürfen zum Anzünden der Gasflammen nur elektrische Zünder oder solche Zündapparate, in welchen innerhalb einer durchlöchernten Hülse ein Flämmchen brennt, zum Anzünden der Dochtflammen nur Rüböllampen verwendet werden, welche während des Umhertragens in Laternen zu verwahren sind.

Späne, Werg, Watte und dergleichen dürfen zum Anzünden überhaupt nicht benutzt werden.

Nr. 6. Elektrische Lichtmaschinen müssen auf feuersicherer Unterlage derart aufgestellt sein, daß durch letztere die Bodenfläche unterhalb des Kommutators noch auf eine Entfernung von 30 Zentimeter gegen abspringende glühende Bürsten- oder Schleifblechtheilchen gesichert wird; jedoch ist eine isolirende Holzlage zwischen der Lichtmaschine und der feuersicheren Unterlage gestattet.

Für Noth- und Reservebeleuchtungen sind die Vorschriften der Art. 1—5 ebenfalls maßgebend und ist außerdem im Voraus anzuordnen, wie bei Benützung derselben im Falle des Versagens der elektrischen Beleuchtung zu verfahren ist.

Nr. 7. Der Vorrath an Petroleum und anderen Mineralölen darf, sofern er 250 Kilogramm nicht übersteigt, in den Versicherungsgebäuden selbst nur in gewölbten Kellern und außerhalb der Versicherungsgebäude nur an einer dieselben nicht gefährdenden Stelle aufbewahrt werden. Für die Lagerung größerer Vorräthe von Petroleum und anderen Mineralölen sind besondere Vereinbarungen erforderlich. Räume, in denen solche Vorräthe lagern, dürfen nur mit elektrischem Glühlicht beleuchtet und sonst nicht mit Licht betreten werden.

Nr. 8. Alle in Bezug auf Feuerungs- und Dampfkessel-Anlagen gegebenen bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften müssen streng beobachtet werden.

Nr. 9. In Räumen mit Holzfußboden müssen die Heizöfen und Herde feuersicher auf Unterlagen von Stein oder Metall, welche an der Seite

der Heizöffnung mindestens 60 Zentimeter, an den anderen Seiten 15 Zentimeter vorstehen und einen 5 Zentimeter hohen Rand haben, aufgestellt sein.

Die Herde, Heizöfen und deren Rohrleitungen, sowie die Leitungen der Kanal- und Luftheizung müssen überall, auch beim Durchgange durch Wände und Decken, mindestens 30 Zentimeter von allem Holzwerk entfernt bleiben.

Die Öfen für Luftheizung müssen in einem ganz massiven Raume auf gemauerten Fundamenten stehen.

Sammelkammern für heiße Luft, sowie Leitungen der Kanal- und Luftheizung dürfen nur aus feuerfestem Material bestehen.

Die Ausströmungsöffnungen für warme Luft müssen mit feinmaschigen Drahtnetzen geschlossen sein.

Leicht entzündliche Materialien, Fabrikate und Abfälle müssen von den Herden, Heizöfen, deren Rohrleitungen und den Ausströmungsöffnungen für warme Luft sicher entfernt gehalten werden.

Nr. 10. Die Umhüllung der Dampfrohrleitungen darf nicht aus entzündlichem Material bestehen. Nicht umhüllte Rohrleitungen dieser Art müssen ringsum mindestens 5 Zentimeter von Holzwerk und anderen entzündlichen Gegenständen entfernt bleiben.

Nr. 11. Der Feuerungs- und Heizungsdienst darf nur bestimmten zuverlässigen Personen auf Grund bestimmter schriftlicher Instruktion übertragen werden. Diese Instruktion muß folgende Vorschriften enthalten:

- a) Auf, über oder neben den Dampfkesseln dürfen brennbare Gegenstände weder getrocknet noch gelagert werden.
- b) Die Schieber der Dampfkesselfeuerungen dürfen vor dem gänzlichen Erlöschen des Feuers nicht vollständig geschlossen werden, es sei denn, daß sie mit Löchern versehen sind, durch welche nach Schließung der Schieber entstehende Gase entweichen können.
- c) Bei den Feuerungen darf sich leichtes Brennmaterial nur in den zum unmittelbaren, höchstens täglichen Bedarf bestimmten Quantitäten befinden.
- d) Das Brennmaterial bei den Heizöfen darf nur in eisernen Behältnissen verwahrt werden.
- e) Während der letzten Stunde vor Schluß der Arbeit ist die Speisung der Heizöfen nicht mehr gestattet.
- f) Die Schlacken und die Asche aus den Feuerungen müssen mindestens 10 Meter von den Gebäuden entfernt im freien oder in ausgemauerten, mit eisernen Deckplatten versehenen Gruben oder sonstigen feuersicher abgeschlossenen Räumen gelagert werden.
- g) Es ist dauernd auf die ordnungsmäßige Beschaffenheit der Feuerungs- und Heizungsanlagen, der Rauchrohre sowie der Leitungen für Kanal- und Luftheizung zu achten.

Nr. 12. Brennbar Gegenstände, welche zum Zwecke der Trocknung der Einwirkung der Ofen-, Kanal- oder Luftheizung ausgesetzt werden, müssen von den Heizapparaten, deren Rohrleitungen und Kanälen oberhalb mindestens 1 Meter, seitlich mindestens 60 Centimeter entfernt gehalten werden. Außerdem müssen in einer Höhe von mindestens 60 Centimeter über den Heizapparaten, Rohrleitungen und Kanälen Vorrichtungen angebracht werden, welche das Herabfallen der zu trocknenden Gegenstände auf erstere sicher verhindern.

Nr. 13. Die Böden der Fabrikgebäude dürfen weder zur Tischlerei, Böttcherei oder zu sonstiger Holzbearbeitung, noch zur Lagerung leicht brennbarer Gegenstände benutzt werden.

Nr. 14. Die zum Reinigen und Putzen der Maschinen und Geräthe dienenden Materialien (Lappen, Watte, Heede etc.) müssen in verdeckten, feuersicheren Behältnissen verwahrt und nach Abnutzung sofort verbrannt oder auf sonstige gefahrlose Weise beseitigt werden.

Nr. 15. Entzündliche Abfälle, wie Hobel- und Sägespäne, Sägemehl, Papierspäne, Faserstoffe u. dgl. sind täglich mindestens einmal, jedenfalls aber bei Schluß der Arbeit oder bei Schichtwechsel, aus den Arbeitsräumen zu entfernen und an ungefährlichen Orten unterzubringen.

Nr. 16. Leicht brennbares Packmaterial — Stroh, Heu, Heede, Holz- wolle, Papierspäne u. dgl. — darf höchstens für den Bedarf eines Tages in die Packräume gebracht werden; die Vorräthe von solchem Material sind in besonderen Räumen zu lagern.

Nr. 17. Das Rauchen in Räumen, wo sich entzündliche Materialien befinden, ist den Arbeitern zu untersagen.

Nr. 18. Sofort nach Schluß der Arbeit sind die von den Arbeitern verlassenen Fabrikräume durch eine zuverlässige Person zu revidiren. Der Revisor hat sich davon zu überzeugen, daß sämtliche eisernen Thüren und Läden ordnungsmäßig geschlossen, sämtliche Beleuchtungsflammen gelöscht und die Ofenfeuer erloschen oder doch sicher verwahrt sind.

§ 17.

Der Inhalt der Trockenräume, Darren, Trockenöfen, Trockenschränke und anderer Trockenapparate ist von der Versicherung ausgeschlossen, sofern durch die Police dessen Versicherung nicht ausdrücklich übernommen ist.

Die gleichen Gesichtspunkte, von denen geleitet der Verband ge- Bedingungen
meinsame Fabrik-Versicherungsbedingungen aufgestellt hatte, führten für Petroleum-
ihn dazu, für die namentlich in kleinen Betrieben gebräuchlichen und Benzin-
Motoren einheitliche Bedingungen zu stipuliren. Hier sind be- Motoren.
stimmte Vorschriften deshalb am Platze, weil häufig Motor-
anlagen in Betrieben installiert werden, in denen es an den noth-
wendigen feuersicheren Einrichtungen, an geschultem Personal und an

sonstigen Maßnahmen zur Abwendung der durch die Motoranlage erhöhten Feuergefährdung fehlt. Bedingungen für Petroleum- und Benzinmotoren sind auf der 56. Generalversammlung des Verbandes festgesetzt worden.

Bei landwirthschaftlichen Betrieben treten noch einige weitere Gesichtspunkte hinzu, da hier die in unmittelbarer Nachbarschaft von Getreide- und Futtervorräthen aufgestellten Motore naturgemäß eine besondere Erhöhung der Feuergefährdung bilden. Dies gilt weniger für die Petroleummotore, als für die Benzinmotore, deren Konstruktion namentlich in der ersten Zeit ihrer Einführung mit Rücksicht auf das leicht entzündliche Betriebsmittel, das Benzin, keine hinreichende Gewähr für möglichste Feuerficherheit bot. Die Gesellschaften verhielten sich deshalb anfangs ablehnend gegen die Versicherung landwirthschaftlicher Betriebe, in denen Benzinmotore verwendet wurden. Seitdem jedoch in neuester Zeit wesentlich verbesserte Benzinmotore in den Handel kommen, haben die Verbandsgesellschaften, nach Vor- nahme von Besichtigungen und Prüfungen gewisser Motoren-Konstruktionen, auf der Generalversammlung vom November 1896 beschlossen, landwirthschaftliche Versicherungen nicht wegen vorhandener Benzinmotoren-Anlagen abzulehnen, sofern die von ihnen zur Abwendung der Feuergefährdung vorgeschriebenen Bedingungen für die Aufstellung und Verwendung von Benzinmotoren in landwirthschaftlichen Betrieben erfüllt werden.

d) Vorichts-Bedingungen für elektrische Licht- und Kraftanlagen.

Die Elektrizität als Beleuchtungs- und Kraftmittel ist auch vom Standpunkt der Feuerficherheit aus als eine der bedeutsamsten Erfindungen der Neuzeit zu betrachten. Immerhin bringt diese Erfindung eine Reihe von Gefahrmomenten mit sich, die zu ergründen und thunlichst einzuschränken Aufgabe der Technik und der Feuerversicherung ist.

Der Verband war, nachdem er schon im Jahre 1883 Vorichtsbedingungen für die elektrische Beleuchtung aufgestellt und dieselben in den folgenden Jahren ergänzt hatte, im Jahre 1889 dazu über-

gegangen, eine besondere jeden Einzelfall genau beschreibende Statistik zu führen über die bei den Verbandsgesellschaften vorgekommenen Brände in Folge der elektrischen Einrichtung, sei es durch mangelhafte Installation derselben, sei es durch Schadhastwerden der Anlagen oder sonstige Störungen des regelmäßigen Betriebes.

Die aus den ersten beiden Jahresresultaten dieser Statistik gewonnenen Erfahrungen benutzte der Verband bereits bei Feststellung der auf die elektrische Beleuchtung bezüglichen Vorschriften in den Fabrik-Versicherungsbedingungen. Die fortgesetzten Hinweise der elektrotechnischen Wissenschaft auf die Feuergefährlichkeit elektrotechnischer Anlagen bei Unterlassung dauernder Sicherheitseinrichtungen und die ständige Zunahme der Brände durch elektrische Anlagen zeigten aber, daß Schutzvorrichtungen genereller Art getroffen werden mußten, um einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen. Der Verband nahm deshalb in Aussicht, die sämtlichen bis dahin im Versicherungsbetriebe üblichen, theilweise nur von Fall zu Fall angewandten Vorkehrungsvorschriften im Verein mit anerkannten Sachverständigen einer durchgreifenden Revision zu unterziehen. Gleichzeitig machte sich die Ueberzeugung geltend, daß es nicht genüge, die betreffenden Versicherten bloß zur Befolgung der für die Neueinrichtung elektrischer Anlagen getroffenen Bestimmungen anzuhalten, sondern daß es mindestens ebenso nöthig sei, auch auf einen fortgesetzt guten Zustand der Beleuchtungsanlagen hinzuwirken, und daß sowohl zur Einrichtung elektrischer Anlagen als zur Vornahme von Revisionen und Reparaturen an denselben nur technisch bewährte Kräfte herangezogen werden.

Die in Vorbereitung befindlichen Arbeiten des Verbandes in dieser Richtung wurden wesentlich gefördert durch die Erfahrungen gelegentlich der internationalen elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. im Jahre 1891. Die Ergebnisse dieser Ausstellung in Bezug auf die Feuergefährlichkeit elektrischer Anlagen waren überaus ungünstig und führten dazu, daß aus dem Kreise der Elektrotechniker selbst Vorschläge für Aufstellung und Abfassung von Vorschriften bezüglich der Feuericherheit elektrischer Licht- und Kraftanlagen gemacht wurden. Angesichts dieser Vorschläge, die zum Theil weit über die von den Gesellschaften bisher geübten Rauteln hinausgingen, hielt es der Verband für nothwendig, einen

Entwurf für Bedingungen dieser Art zunächst durch eine Kommission von Fachelektrotechnikern ausarbeiten zu lassen. Der aus drei wissenschaftlich gebildeten Elektrotechnikern zusammengesetzten Kommission gab der Verband als leitenden Gesichtspunkt auf, bei Abfassung der einzelnen Abschnitte stets im Auge zu behalten, daß die betreffenden Bestimmungen auch mit den unbedingten praktischen Bedürfnissen der in Betracht kommenden industriellen wie sonstigen Betriebe der Versicherten vereinbar seien.

Den von dieser Kommission fertiggestellten Entwurf der unbedingt erforderlichen Vorichtsbedingungen legte der Verband den vier größten deutschen Installationsfirmen zur Begutachtung vor, und stellte auf Grund ihrer Äußerungen sowie nach nochmaligen mehrfachen Berathungen, auf seiner Generalversammlung vom Februar 1893 Vorichtsbedingungen für elektrische Licht- und Kraftanlagen fest.

In der hier beschlossenen Form sind die Bedingungen bis zum Jahre 1896 in Anwendung gewesen. Durch die rasche Entwicklung der Elektrotechnik und besonders des Installationswesens erwies sich eine Revision derselben nothwendig, die um so sachgemäßer vorgenommen werden konnte, als sich im Jahre 1895 der Verband Deutscher Elektrotechniker mit der Aufstellung von Sicherheitsvorschriften für elektrische Anlagen beschäftigte. Der Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ließ sich durch seinen elektrotechnischen Sachverständigen an diesen Arbeiten theiligen, namentlich auch in der Absicht, um eine Uebereinstimmung zwischen den vom Verbande Deutscher Elektrotechniker aufzustellenden allgemeinen Sicherheitsvorschriften und seinen eigenen Vorichtsbedingungen zu ermöglichen. Die Bedingungen beider Verbände etwa vollkommen gleichlautend zu gestalten, war um deswillen ausgeschlossen, weil jeder Verband mit seinen Bedingungen einen besonderen Zweck verbindet.

Die Vorichtsbedingungen der Feuerversicherungs-Gesellschaften haben naturgemäß die Erhöhung der Feuericherheit zur Aufgabe, beziehen sich also hauptsächlich auf die an bestehende elektrische Anlagen zu stellenden Anforderungen und sollen als Anweisung für die Prüfung derselben dienen, während die Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker in erster Linie

bestimmt sind, die bei der Einrichtung von Neuanlagen gültigen Regeln in einheitlicher Weise zum Ausdruck zu bringen; letztere müssen demnach in technischer Hinsicht viel eingehender gehalten sein. Der Verband Deutscher Elektrotechniker legte nach umfassenden Vorarbeiten und Berathungen, bei denen zahlreiche Sachverständige mitgewirkt hatten, dem Verbande Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften bestimmte Vorschläge vor, um dessen Vorsichtsbedingungen mit den Sicherheitsvorschriften gleichsinnig abzufassen. Diese Abänderungsvorschläge, die im Wesentlichen von dem Sachverständigen des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften ausgegangen waren, nahm der Verband auf seiner Generalversammlung vom Juni 1896 an und führte an Stelle der 1893 beschlossenen die hiernach ergänzten Vorsichtsbedingungen für elektrische Licht- und Kraftanlagen am 1. Oktober 1896 ein. Der große praktische Nutzen, der aus einheitlichen für das ganze Reich geltenden, die neuesten Erfahrungen berücksichtigenden Sicherheitsvorschriften und Vorsichtsbedingungen sowohl für die Versicherten als auch für die Gesellschaften und die Installationsfirmen erwächst, leuchtet ohne Weiteres ein. Ebenso selbstverständlich ist es, daß angesichts der rasch sich folgenden Verbesserungen und Neuerungen auf dem Gebiete der Elektrotechnik voraussichtlich auch diese Bedingungen nur verhältnißmäßig kurze Zeit in Kraft bleiben können.

Die im Jahre 1896 vom Verbande angenommenen Vorsichtsbedingungen für elektrische Licht- und Kraftanlagen lauten:

Betriebs-Anlagen.

1. Dynamomaschinen, Elektromotoren, Transformatoren und Stromwender, welche nicht in luft- und staubdichten Schutzkästen stehen, dürfen nur in Räumen aufgestellt werden, in denen eine Explosion durch Entzündung von Gasen, Staub oder Fasern normaler Weise ausgeschlossen ist.
2. Dynamomaschinen und Elektromotoren sind derart aufzustellen, daß etwaige Feuererscheinungen im Anker oder am Kollektor keine Entzündung hervorrufen können.
3. Stromführende Apparate sind von entzündlichen Gegenständen durch feuersichere Zwischenlagen zu trennen.

4. In Akkumulatorenräumen darf keine andere als elektrische Glühlichtbeleuchtung stattfinden, und während der Ladung dürfen darin brennende oder glühende Gegenstände nicht geduldet werden.

Leitungen.

5 a. Leitungen müssen an gefährdeten Stellen vor Verletzung geschützt sein.

5 b. Die Verwendung von Krampen zum Befestigen von Leitungen und das Verlegen von Leitungen in Holzleisten ist nicht statthaft.

6. Blanke Leitungen sind nur außerhalb von Gebäuden und in feuersicheren Räumen ohne brennbaren Inhalt, soweit sie vor Beschädigungen oder zufälliger Berührung gesichert sind, ferner in Maschinen- und Akkumulatorenräumen, welche nur dem Bedienungspersonal zugänglich sind, gestattet. Ausnahmsweise sind auch in nicht feuersicheren Räumen, in welchen ätzende Dünste auftreten, blanke Leitungen zulässig, wenn dieselben durch einen geeigneten Ueberzug gegen Oxydation geschützt sind.

7 a. Die Entfernung zwischen blanken Leitungen, welche verschiedene Spannung haben, soll bei Spannweiten über 6 Meter mindestens 30 Zentimeter, bei Spannweiten von 4 bis 6 Meter mindestens 20 Zentimeter und bei kleineren Spannweiten mindestens 15 Zentimeter, deren Entfernung von der Wand in allen Fällen mindestens 10 Zentimeter betragen.

7 b. Die Entfernung zwischen isolirten Einzelleitungen, welche auf Isolirrollen, -Ringen oder -Klammern verlegt sind und welche verschiedene Spannung haben, soll mindestens 2 1/2 Zentimeter, deren Entfernung von der Wand in trockenen Räumen mindestens 1 1/2 Zentimeter, in feuchten Räumen mindestens 1 Zentimeter betragen.

7 c. Die Anwendung von Mehrfachleitern, welche mit kräftigen Umhüllungen versehen sind, ist zulässig.

8 a. Verbindungen zwischen zwei Leitungen dürfen nur durch Verlöthen oder eine dem Verlöthen gleichwerthige Verbindungsart hergestellt werden und sind bei isolirten Leitungen mindestens ebenso gut zu isoliren, wie die Leitungen selbst.

8 b. Verbindungen zwischen Leitungen und Apparaten dürfen nur durch Verschraubung oder Verlöthen hergestellt sein.

8 c. Abzweigstellen müssen durch feste Unterstützungen von Zug entlastet sein.

9. Leitungen dürfen nicht zur Aufhängung benützt werden, sondern müssen durch besondere Aufhängevorrichtungen, welche jederzeit kontrollirbar sind, entlastet sein. Für Bogenlampen sind Ausnahmen gestattet.

10 a. Die höchste zulässige Stromstärke für Drähte und Kabel aus Leitungskupfer ist

für Querschnitte			für Querschnitte		
von 0,75 qmm	3 Ampère		von 35 qmm	80 Ampère	
" 1,00	" 4	"	" 50	" 100	"
" 1,5	" 6	"	" 70	" 150	"
" 2,5	" 10	"	" 95	" 160	"
" 4	" 15	"	" 120	" 200	"
" 6	" 20	"	" 150	" 230	"
" 10	" 30	"	" 210	" 300	"
" 16	" 40	"	" 300	" 400	"
" 25	" 60	"	" 500	" 600	"

10 b. Der geringstzulässige Querschnitt für Einzelleitungen an und in Lampenträgern ist $\frac{3}{4}$ Quadratmillimeter, für andere Einzelleitungen und für alle Mehrfachleitungen 1 Quadratmillimeter.

Sicherungen.

11. Sämmtliche Leitungen müssen zweipolig gesichert sein.

12. Sicherungen müssen den Strom unterbrechen, sobald die Stromstärke das Doppelte des Normalen überschritten hat.

13 a. Auf den Sicherungen und den Sockeln derselben muß die normale Stromstärke, welche dieselben durchfließen soll, angegeben sein.

13 b. Sicherungen sollen thunlichst derart konstruirt sein, daß das Einsetzen falscher Sicherungen verhindert wird.

14 a. An jeder Stelle, an welcher sich der Querschnitt der Leitungen verringert, muß in einer Entfernung von höchstens 25 Zentimetern eine Sicherung eingeschaltet sein. Das Leitungsstück von der Abzweigstelle nach der Sicherung kann von geringerem Querschnitte sein, als die Leitung, mit welcher es diese Sicherung verbindet, muß aber dann von feuer sichereren Hüllen derart umgeben sein, daß es von brennbaren Gegenständen feuer sicher getrennt ist.

Ist die Anbringung der Sicherung innerhalb 25 Zentimeter von der Abzweigstelle nicht angängig, dann muß das von der Abzweigstelle nach der Sicherung führende Leitungsstück von dem gleichen Querschnitte sein, wie die Leitung, von welcher es abzweigt.

14 b. Einzelne Lampenleitungen dürfen mit einer gemeinsamen Sicherung versehen sein, falls die gesammte Stromstärke dieser Leitungen 8 Ampère nicht überschreitet.

14 c. Bewegliche Leitungen müssen jedoch jede einzelne gesichert sein.

Apparate.

15. Die stromführenden Theile sämmtlicher in einer Leitung eingeschalteten Apparate müssen von feuer sichereren Hüllen so weit umgeben sein, daß sie sowohl vor Berührung durch Unbefugte geschützt, als auch von brennbaren Gegenständen feuer sicher getrennt sind.

16. In Räumen, in denen eine Explosion durch Entzündung von Gasen, Staub oder Fasern stattfinden kann, dürfen Apparate, in welchen

eine Erhitzung oder eine Stromunterbrechung möglich ist, nicht angebracht werden.

17a. Sämmtliche Apparate müssen mindestens ebenso sorgfältig von der Erde isolirt sein, wie die in den betreffenden Räumen verlegten Leitungen.

17b. Lampenträger müssen von Erde isolirt sein. Ausnahmen sind nur für besonders schwere Kronleuchter, sofern sie an trockenem Mauerwerke befestigt sind, zulässig.

18. Apparate, welche zur Stromunterbrechung dienen, müssen derartig eingerichtet sein, daß die Stromunterbrechung selbstthätig rasch erfolgt und daß dabei ein Stehenbleiben der Ausschaltkontakte in einer anderen als in der Ausschaltelage ausgeschlossen ist.

Glühlampen.

19. Glühlampen dürfen in Räumen, in denen eine Explosion durch Entzündung von Gasen, Staub oder Fasern stattfinden kann, nur mit dichtschließenden Ueberglocken, welche auch die Fassungen einschließen, verwendet werden.

20. Glühlampen, welche mit entzündlichen Stoffen in Berührung kommen können, müssen mit Schalen, Glocken oder Drahtgittern versehen sein, durch welche die unmittelbare Berührung der Lampen mit entzündlichen Stoffen verhindert wird.

Bogenlampen.

21. Bogenlampen dürfen in Räumen, in denen eine Explosion durch Entzündung von Gasen, Staub oder Fasern stattfinden kann, nicht verwendet werden.

22. Bogenlampen müssen mit Glocken und mit dichtschließenden U schentellern versehen sein.

Prüfung und Revision.

23. Anlagen sind bei Inbetriebsetzung durch Sachverständige zu prüfen. Alle Anlagen sind in der Regel jährlich mindestens Einmal zu revidiren. Diese Prüfung bzw. Revision hat sich insbesondere dahin zu richten, ob die betreffende elektrische Anlage obigen Bedingungen entspricht.

e) Ausstellungs-Versicherungsbedingungen.

Die Versicherung von Ausstellungen, bei denen es sich um Werthe im Betrag von vielen Millionen und gleichzeitig — wegen der provisorischen Bauart der Ausstellungsgebäude, sowie ihrer Einrichtungen — um besonders feuergefährliche Risiken zu handeln pflegt,

bildet für die Feuerversicherungsgesellschaften eine schwierige und wenig dankbare Aufgabe. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Aussteller in Hinblick auf ihre meist beträchtlichen mit der Ausstellung verknüpften Unkosten im Allgemeinen wenig Neigung zeigen, für die kurze Ausstellungszeit alle sonst üblichen Feuerversicherungsmaßregeln zu treffen, andererseits sind sie ebensowenig geneigt, die mangels genügenden Feuerschutzes von den Versicherungsgesellschaften geforderten wesentlich höheren Prämien zu zahlen. Einen möglichst beide Theile zufriedenstellenden Ausgleich dieser widerstreitenden Interessen herbeizuführen, fällt den Versicherungsgesellschaften zu, die es in allen derartigen Fällen, gleichviel ob inländische oder ausländische von Deutschen besuchte Ausstellungen in Frage kommen, für eine Ehrenpflicht erachtet haben, auch ihrerseits durch Gewährung von Versicherungsgelegenheit zu günstigen Bedingungen zu dem Gelingen der Ausstellungen beizutragen.

Der Rathschluß, den der Verband als solcher hieran nahm, konnte sich nur auf eine Verständigung über die jeweils erforderlichen Versicherungsbedingungen und eventuell auf die Beschaffung von Versicherungsgelegenheit erstrecken, da er statutengemäß das direkte Versicherungsgeschäft von seinen Aufgaben ausschließt. Die Wiener Ausstellung von 1873, noch mehr aber die Hygiene-Ausstellung in Berlin 1882, hatten den Gesellschaften sehr bedeutende Verluste gebracht, die wesentlich darauf zurückzuführen waren, daß auf den Ausstellungen nicht für hinreichenden Feuerschutz gesorgt worden war. Die während der Hygiene-Ausstellung von den Gesellschaften gemachten Erfahrungen waren auf der nach Schluß der Ausstellung abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes, Dezember 1882, Gegenstand der Erörterung und führten zu der Aufstellung bestimmter Grundsätze für die Versicherung der vorübergehenden Gewerbe-, Industrie- und Kunstausstellungen. Derartige Grundsätze können selbstverständlich nur eine zeitweilige Bedeutung haben, da sie nicht nur je nach Gegenstand, Zweck und Beschaffenheit jeder einzelnen Ausstellung, sondern auch je nach den Fortschritten der Technik Änderungen unterworfen sind.

Gelegentlich der Chicagoer Ausstellung von 1893, an welcher sich die Verbandsgesellschaften nach Verständigung mit dem Reichskommissar für die Deckung deutscher Ausstellungsobjekte mit mehr

als $4\frac{1}{2}$ Millionen Mark beteiligten, kamen innerhalb des Verbandes die der Eigenart dieser Ausstellung anzupassenden Bedingungen gleichfalls zur Sprache. Für die Berliner Gewerbe-Ausstellung von 1896 war ein besonderer Feuerversicherungsausschuß seitens sämtlicher an der Versicherung der Ausstellung beteiligten Gesellschaften eingesetzt worden, so daß der Verband sich hierbei nicht mit der Frage der Bedingungen zu beschäftigen hatte.





Dampfkessel-Explosionsschäden.

Nach § 1 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen haben es sich die Gesellschaften offen gelassen, auch die Versicherung anderer als durch Leuchtgas hervorgerufenen Explosionsschäden nach besonderer Uebereinkunft mit dem Versicherten zu übernehmen. Hierunter rechnen in erster Linie die in Folge der Explosion von Dampfkesseln eintretenden Beschädigungen und Zerstörungen an Gegenständen innerhalb des Explosionsbereichs, weshalb häufig Versicherungen gegen Schäden dieser Art an den versicherten Objekten auf Antrag der Versicherungsnehmer in die Versicherung gegen Feuergefahr einbezogen wurden. Vorgekommene Schäden und geltend gemachte Ersatzansprüche ergaben jedoch die Nothwendigkeit, den Begriff „Dampfkessel-Explosion“ genau zu umschreiben, da in verschiedenen Fällen, namentlich bei schweren, leicht an Explosion streifenden Kesselbeschädigungen, bei Beschädigungen von Wasserröhrenkesseln zc. eine Verständigung zwischen Versicherungsnehmer und Versicherungsgesellschaft nicht ohne Weiteres hatte erreicht werden können, sondern erst durch die Hinzuziehung von Sachverständigen, und, bei deren widersprechenden Gutachten, von Obmännern die Schlichtung der streitigen Frage möglich gewesen war.

Dem Verbande, den die Frage bereits beschäftigt hatte, bot sich dadurch eine Gelegenheit, an der Aufstellung einer fachmännischen Definition des Begriffes Dampfkessel-Explosion mitzuwirken, daß im Jahre 1887 der Verein Deutscher Ingenieure es unternommen hatte, im Verein mit anderen an der Sache interessirten Verbänden Bestimmungen über die Versicherung von Dampfkesseln aufzustellen.

Infolge dieser Anregung traten im April 1888 Abgeordnete des Verbandes, des Vereins Deutscher Ingenieure, des Verbandes der Dampfkessel-Überwachungsvereine und des Centralverbandes Preussischer Dampfkessel-Überwachungsvereine zu einer Konferenz zusammen, die auf Grund des vom Verbands Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften beigebrachten Materials sich dahin schlüssig machte, daß für die Versicherung von Dampfkessel-Explosions-schäden folgende Klausel in die Policen aufzunehmen ist:

„Die pp. Objekte gelten auch gegen die Gefahr der Beschädigung oder Vernichtung durch Explosionen und überhaupt gegen solche Unfälle von Dampfkesseln (Dampfzeugern) als versichert, durch welche in Folge einer plötzlichen, gewaltsamen, durch den Dampfkesselbetrieb verursachten Zerstörung der Wandung des betreffenden Kessels, dessen Weiterbetrieb unmöglich gemacht ist. Die Gültigkeit dieser Explosionsversicherung ist jedoch dadurch bedingt, daß der Versicherte in Betreff von ihm selbst benutzter Kessel allen ihm durch gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften auferlegten bezüglichenden Verpflichtungen nachkommt.“

Für den Begriff Dampfkessel-Explosion stellte die Konferenz folgende Definition auf:

„Erleidet die Wandung eines Dampfkessels eine Trennung in solchem Umfang, daß durch Ausströmen von Wasser und Dampf ein plötzlicher Ausgleich der Spannungen innerhalb und außerhalb des Kessels stattfindet, so ist dieser Unfall als Explosion zu bezeichnen.“

Der Verband acceptirte diese Beschlüsse der Konferenz und erklärte auf seiner Generalversammlung vom Juni 1888, daß die Deklaration der Verpflichtungen, welche die Gesellschaften bei Dampfkessel-Explosionsversicherungen übernehmen, nach dem vorstehenden, von der Konferenz beschlossenen Wortlaute in den Policen zum Ausdruck gebracht werden solle. Dieser Wortlaut hat bis heute nur insofern eine Ergänzung erfahren, als im Jahre 1889 in die Klausel zwischen die Worte: „durch Explosionen“ das Wort „Dampfkessel“ eingeschoben worden ist, und zwar geschah dies deshalb, damit dem laut gewordenen Zweifel vorgebeugt werde, als ob sich die Klausel nach dem seitherigen Wortlaut nicht ausschließlich auf Dampfkessel-Explosionen beziehe, sondern auch angenommen werden könne, daß sie alle Explosionen umfassen könne.

Im Uebrigen besteht gegenwärtig eine amtliche, von der obigen etwas abweichende Definition des Begriffes Dampfkessel-Explosion.

Diese ist auf Veranlassung des Königlich Preussischen Statistischen Büreaus aufgestellt worden, da für die statistischen Zwecke des Büreaus die Fassung jener Klausel nicht weit genug erschien. Auf die beim Ministerium erhobene Vorstellung des Statistischen Büreaus hin traten die Vertreter der obengenannten Verbände und Vereine, auch die des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften, im Jahre 1894 abermals zu einer Konferenz zusammen, ohne daß es jedoch hierbei zur Feststellung einer neuen wissenschaftlichen Definition des Begriffes Dampfkessel-Explosion gekommen wäre. Schließlich stellte das Reichsamt des Innern, das sich von vornherein mit dem Ansuchen des statistischen Büreaus beschäftigt hatte, im Jahre 1896 unter Mitwirkung von Fachleuten und unter Benutzung der vorstehenden Definition eine Erklärung des Begriffes Dampfkessel-Explosion fest in der Erwägung, daß für die Anwendung auf die amtliche Ueberwachung des Dampfkesselbetriebes und auf die Statistik nur solche Fälle zu berücksichtigen seien, bei denen das Ereigniß auf den Dampfkesselbetrieb zurückzuführen sei, die Explosion also nicht durch äußere Ereignisse (Blitzschlag, Einsturz von Gebäuden u. s. w.) herbeigeführt worden sei. Die von diesen Gesichtspunkten aus vom Reichsamt des Innern für die Zwecke der Berichte der Aufsichtsbehörden und die statistischen Aufzeichnungen vorgeschriebene Erklärung des Begriffes Dampfkessel-Explosion lautet:

„Eine Dampfkessel-Explosion liegt vor, wenn die Wandung eines Kessels durch den Dampfkesselbetrieb eine Trennung in solchem Umfange erleidet, daß durch Ausströmen von Wasser und Dampf ein plötzlicher Ausgleich der Spannungen innerhalb und außerhalb des Kessels stattfindet.“





Versicherung indirekter Schäden.

Laut § 1 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen umfaßt die vertragsmäßige Entschädigungsverpflichtung der Feuer-Versicherungs-gesellschaften „den Schaden, welcher an den versicherten Gegenständen durch Brand 2c. verursacht ist“ und laut § 7 den „Ersatz des nach dem wahren Werthe der versicherten Gegenstände 2c. festzustellenden Schadens, gegen welchen nach § 1 Versicherung gewährt ist“. Somit erstreckt sich also die Versicherung nur auf den direkten, die versicherten Objekte selbst befallenden Brand- 2c. Schaden, nicht aber auf die weiteren Verluste, welche der Brand im Gefolge haben kann. Nun stehen aber die Verluste durch das Löschen, Niederreißen, Ausräumen und das Abhandenkommen versicherter Gegenstände in einem so unmittelbaren ursächlichen Zusammenhange mit dem Brandereignisse selbst, daß sie, obwohl indirekte Schäden, doch, wie in § 1 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen ausdrücklich bemerkt, in die Entschädigungsverpflichtung der Gesellschaften einbezogen werden. Die Versicherungs-gesellschaften haben auch nicht umhin gekonnt, zur Befriedigung des vorhandenen Bedürfnisses auf Seiten der Versicherungsnehmer noch einen Schritt weiter zu gehen und diejenigen Kosten — zu einer bestimmten Summe und gegen entsprechende Prämie — mitzuversichern, welche durch das Retten und Bergen bei einem Brande, durch das Ausräumen der Brandstätte und die Abfuhr des Brandschuttes entstehen können.

Ausgeschlossen von der Versicherung sind dagegen die Verluste, die möglicher Weise in zweiter Linie, nämlich erst in Folge der Beschädigung, Zerstörung 2c. der versicherten Gegenstände eintreten, wie

3. B. beim Niederbrennen eines Wohngebäudes die Verluste an Miethsrenten, bei der Zerstörung von Fabrikanlagen durch Feuer die Verluste an Betriebsgewinn und alle ähnlichen indirekten Schäden.

Dieser Auffassung über die Grenzen der Versicherung sind die Regierungen der Deutschen Staaten wiederholt beigetreten. Die Feuerversicherungs-Gesellschaften, insbesondere die zum Verbande gehörigen, verhielten sich im Allgemeinen ablehnend gegen die Versicherung solcher indirekten Schäden.

Ein Spezialfall, nämlich die von einer Gesellschaft offerirte Versicherung

1. gegen denjenigen Schaden, welcher an den Biervorräthen in den Lagerkellern daraus entsteht, daß durch einen Brand die Kühlanlagen außer Betrieb gesetzt sind und
2. gegen die Entwerthung des auf den Tennen und in den Weichen befindlichen Malzes bezw. Gerstforns in Folge Außerbetriebsetzung der Darre durch den Brand

gab dem Verbande Anlaß, dem preussischen Ministerium des Innern unter dem 14. Juni 1892 die Frage zur endgültigen Entscheidung vorzulegen, ob diese Versicherungsarten gestattet seien oder nicht.

Das Ministerium verneinte die Frage und wies durch Verfügung vom 23. Juni 1892 sämtliche Regierungspräsidenten der Monarchie auf die Unzulässigkeit jedweder sogenannten indirekten Feuerversicherung hin. Aber noch im selben Jahre änderte das Ministerium des Innern, nach Verhandlungen mit dem Ministerium für Handel und Gewerbe, durch Verfügung vom 29. Oktober 1892 dieses Verbot zu Gunsten der Brauereien durch Genehmigung der Bier- und Gerste-Entwerthungs-Versicherung unter gewissen Beschränkungen. Das Verbot der Versicherung anderer indirekter Schäden, insbesondere der chömage-Versicherung, d. h. der Versicherung von Verlusten an Geschäftsgewinnen, Miethsverlusten u. s. w. hielt die neue Ministerial-Verfügung dagegen ausdrücklich aufrecht.

Nach Erlass der Verfügung vom 29. Oktober 1892 nahmen daher die Feuerversicherungs-Gesellschaften in Preußen Versicherungsanträge gegen Bier- und Gerste-Entwerthung an, was sofort zur Folge hatte, daß auch die Brauereien Bayerns dieselben Anforderungen stellten.

Das bayerische Ministerium erkannte das vorhandene Bedürfnis zu diesen Versicherungsarten an, schob aber die Entscheidung über die Feststellung der näheren Modalitäten hinaus, bis der Verband Stellung zu der Sache genommen haben würde. Das Gleiche geschah seitens des badischen Ministeriums. Auf seiner General-Versammlung vom Mai 1893 beschloß der Verband, dem bayerischen und dem badischen Ministerium zu erklären, die Gesellschaften seien bereit, solchen Brauereibesitzern, die ihr Feuerisiko bei ihnen versichert haben und Versicherung gegen denjenigen Schaden verlangen, welcher in Folge Brandes, Blitzschlages oder einer Explosion (insoweit gegen letztere besondere Versicherung gewährt ist) durch Zerstörung der Darre bezw. der Röhlanlage an den versicherten Gerste- bezw. Bier-Vorräthen entstehen kann, diese Versicherung im Verhältniß der Theiligung am Hauptrisiko und unter den vom Königl. preussischen Ministerium des Innern durch Verordnung vom 29. Oktober 1892 aufgestellten Modalitäten zu gewähren, jedoch mit der Einschränkung, daß der von dem preussischen Ministerium über den Werth des Bieres gebrauchte Ausdruck, die betreffende Brauerei müsse $\frac{1}{4}$ des Engros-Verkaufspreises in Selbstversicherung nehmen, nicht acceptirt werden könne; denn dieser Ausdruck könne leicht zu dem Mißverständniß Veranlassung geben, als sei unter dem wahren Werthe des Bieres zur Zeit des Brandes der Engros-Verkaufspreis zu verstehen, während die Gesellschaften sich lediglich auf den Standpunkt des § 9 der Allerhöchsten Verordnung vom 11. September 1872 und des § 7 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen stellen müßten, wonach der Versicherungswerth der Biervorräthe in den Kellereien nicht höher als zu den Selbstkosten angesetzt werden dürfe.

Hiernach empfehle der Verband den Ministerien, in einer etwaigen Verordnung über Versicherungen der gedachten Art sich erstens bei den Biervorräthen des Ausdrucks „Engros-Verkaufspreis“ zu enthalten, ganz besonders aber zweitens die Erlaubniß beider Versicherungsarten an die Bedingung zu knüpfen, daß sie keine selbstständigen seien, sondern nur von den am Hauptrisiko theilhaftigen Gesellschaften abgeschlossen werden dürften, weil andernfalls zu befürchten wäre, daß in Folge der fraglichen Versicherungen bei Schadenregulirungsfällen Differenzen kaum zu umgehen sein würden.

Entsprechend den vom Verbande gemachten Vorschlägen erklärte das bayerische Ministerium durch Verfügung vom 18. Juli und das badische Ministerium durch Verfügung vom 24. Juni bezw. 7. November 1893 die Versicherung der Bier- und Gerste-Entwerthung für zulässig. Auch in Württemberg wurde die Bier- und Gerste-Entwerthungs-Versicherung gestattet. Die in obiger Erklärung an die Ministerien niedergelegten Gesichtspunkte beschloß der Verband bei allen Versicherungsabschlüssen dieser Art zur Anwendung zu bringen. Gleichzeitig vereinbarte er, daß diese Versicherungen unter folgender Deklaration und Bedingung abgeschlossen werden:

A. Deklaration.

1. Pos. auf Gerste, eingeweicht und im Wachsthum befindlich in (Angabe der Lokalität), und zwar ausschließlich gegen den Schaden, welchen diese Gerste durch Verderben in unabwendbarer Folge einer innerhalb der oben angegebenen Versicherungszeit durch Brand, Blitzschlag oder Explosion (soweit letztere versichert ist) verursachten Betriebsunfähigkeit der Darranlagen des versicherten Etablissements erlitten hat,

Mark

ab $\frac{1}{4}$ Selbstversicherung Mark

Mark

2. Pos. auf Bier in den Gähr- und Lagerkellern des Brauereigrundstücks, und zwar ausschließlich gegen den Schaden, welchen dieses Bier durch unzureichende Kellerventilation in unabwendbarer Folge einer innerhalb der oben angegebenen Versicherungszeit durch Brand, Blitzschlag oder Explosion (soweit letztere versichert ist) verursachten Betriebsunfähigkeit der Kühlanlagen des versicherten Etablissements erlitten hat,

Mark

ab $\frac{1}{4}$ Selbstversicherung Mark

Mark

B. Bedingung.

Der Versicherte ist verpflichtet, im Falle eines Schadens alle Maßregeln zu treffen, welche die Vergrößerung des Schadens verhüten; vergl. § 6 Absatz 2 der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen.

Die Versicherung gegen Miethsausfälle in Folge Vernichtung oder Beschädigung der vermieteten Räume sowie alle sonstigen Arten von chômage-Versicherung blieben in Preußen und in den meisten übrigen Bundesstaaten nach wie vor verboten. Der Verband hat auch nicht konstatiren können, daß in Deutschland bisher ein nennenswerthes Bedürfnis nach diesen Versicherungsarten

hervorgetreten wäre; so hat die Versicherung gegen Miethsausfälle in Hamburg, wo sie nicht verboten ist, nur sehr wenig Verbreitung gefunden. Der Verband beschäftigte sich auf seiner letzten General-Versammlung nochmals mit der Frage, nachdem seitens eines Grundbesitzervereins an das Reichsamt des Innern der Antrag gestellt worden war, bei der Codification des öffentlichen Rechtes über das Versicherungswesen die Versicherung gegen Miethsausfälle nicht auszuschließen. Ohne Stellung zu diesem Antrag zu nehmen, erörterte der Verband bei dieser Gelegenheit die einschlägigen Verhältnisse in denjenigen Staaten (Schweiz, Dänemark, Norwegen, Finland etc.), in denen die Versicherung gegen Miethsausfälle gestattet ist, wobei sich ergab, daß auch hier nur ein sehr geringer Gebrauch von dieser Versicherungsart gemacht wird. Ob die Versicherung gegen Miethsausfälle gestattet wird, hängt von der Stellungnahme der Regierung sowie des Versicherungsbeirathes ab; auf jeden Fall werden die Feuerversicherungs-Gesellschaften bei Entscheidung der Frage, ob sie gegen diese oder ähnliche indirekte Schäden Versicherung geben sollen, mit großer Sorgfalt und Vorsicht zu Werke gehen.





Sicherung der Hypothekengläubiger.

Hand in Hand mit der Bearbeitung der Versicherungsbedingungen gingen die Bestrebungen des Verbandes, die Rechte des Hypothekengläubigers des Versicherten sicher zu stellen, so weit dieselben durch Zerstörung des beliebigen Objectes in Folge eines Brandes gefährdet werden können. Die Feuerversicherungs-Gesellschaften haben an dem Schutze des Realkredits ein wesentliches Interesse insofern, als die Unanfechtbarkeit des Anspruchs des Hypothekengläubigers auf die Brandentschädigung in Höhe seines Darlehens die nothwendige Voraussetzung für die Ausdehnung des Realkredits ist, die Rücksicht auf die Hebung desselben aber fördernd auf den Abschluß von Versicherungsverträgen wirkt, und außerdem der Kreditgeber den Kreditnehmer in der Regel zur pünktlichen Befolgung der mit der Versicherung übernommenen Verpflichtungen anzuhalten Gelegenheit hat. Das Schuldverhältniß des Versicherten zu dem Gläubiger, der seine versicherten Immobilien hypothekarisch beliehen hat, scheint allerdings zunächst den Versicherungsgeber überhaupt nicht zu berühren; der Hypothekengläubiger könnte sich scheinbar mit der Thatsache begnügen, daß das Beleihungsobject bei einer solventen Gesellschaft gegen Feuergefahr versichert ist. Dem ist jedoch nicht so; die Praxis bringt eine ganze Anzahl von Fällen, in denen es für den Hypothekengläubiger von großer Bedeutung ist, daß er bis zur Höhe seiner Forderung einen bestimmenden Einfluß auf die Art der Verwendung der Brandentschädigung ausüben, bezw. diesen Theil der Entschädigung unter gewissen Voraussetzungen für sich in Anspruch nehmen kann.

Vor Allem aber geht das Interesse des Hypothekengläubigers dahin, daß er, wenn der versicherte Schuldner seinen Entschädigungsanspruch an die Versicherungsgesellschaft verwirkt hat, die Garantie erhält, bis zur Höhe der festgestellten Schadenssummen mit seiner Forderung gedeckt zu sein.

In diesen und analogen Fällen ist der Eintritt der Versicherungsgesellschaft in das Verhältniß zwischen dem Gläubiger und dessen versichertem Schuldner nothwendig, soll der Hypothekengläubiger nicht zu Schaden kommen.

Zweifellos erhöht sich das Obligo der Versicherungsgesellschaft durch die Uebernahme einer derartigen Garantie dem Gläubiger des Versicherten gegenüber ganz beträchtlich; denn während die Gesellschaft auf der einen Seite Verluste in Folge Vertragsverletzung seitens des Versicherten, z. B. durch die stipulirte Verwirkung des Entschädigungsanspruchs, von sich fern zu halten sucht, übernimmt sie gerade in diesen von ihr ausgeschlossenen Fällen eine Entschädigungsverpflichtung dem Gläubiger gegenüber. Die Schwierigkeit, die die Lösung dieser Frage den Versicherungsgesellschaften bereiten mußte, hatte der Verband durch § 10 seiner allgemeinen Versicherungsbedingungen vom Jahre 1874 zu überwinden gesucht, indem er diesem Paragraphen folgende Fassung gab:

„Wenn auf versicherte Gebäude Hypothekenschulden oder andere Realverpflichtungen vor dem Brandfalle eingetragen sind, so wird die Entschädigung nur behufs der Wiederherstellung und nachdem letztere gesichert worden, bezahlt, die sämmtlichen Hypothek resp. Realgläubiger müßten denn in die unbedingte Auszahlung willigen, oder selbst zur Empfangnahme berechtigt sein. Geht aber der Entschädigungsanspruch des Versicherten durch seine Schuld verloren, so verwendet die Gesellschaft die Entschädigung, so weit nöthig, zur Befriedigung der erwähnten Gläubiger gegen Cession ihrer Rechte.“

Damit dem Hypothekengläubiger des Ferneren auch die Gewähr dafür geboten werde, daß die Versicherung ohne sein Vorwissen und seine Zustimmung nicht aufgehoben wird, stellten die Gesellschaften dem Gläubiger Spezialreverse darüber aus, daß sie ihm gegenüber die in dem § 10 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen enthaltenen, bezw. weitere Verpflichtungen für ein bestimmtes, einem bei ihnen Versicherten gehöriges Grundstück übernehmen. Es ergab sich jedoch, daß weder der § 10 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, noch die

Hypothekenbescheinigungen dem Hypothekengläubiger in allen Fällen genügten.

Während nämlich in den meisten preussischen Provinzen durch Gesetz vom 5. März 1872 den Versicherungsgeldern Immobilienqualität beigelegt war, entbehrten die Rheinlande einer derartigen gesetzlichen Bestimmung, so daß hier im Bereich des französischen Rechts die bisherigen Maßnahmen der Feuerversicherungs-Gesellschaften den Hypothekengläubigern nicht zum vollkommenen Schutz ihrer Rechte ausreichend erschienen.

Rechtslage
in den
Rheinlanden.

Der Verein für das rheinpreussische Notariat richtete deshalb wiederholte Vorstellungen an den preussischen Justizminister, in welchen die Uebertragung der Bestimmungen des preussischen Grunderwerbs-Gesetzes vom 5. Mai 1872 auf die Rheinlande nachgesucht wurde. Der Justizminister beschied jedoch die Antragsteller durch Reskripte vom 30. Oktober 1880 und 27. Januar 1881 dahin, „daß ein dringendes Bedürfnis zu der in Vorschlag gebrachten Aenderung des rheinischen Hypothekenrechts nicht vorliege.“ Darauf brachte ein rheinischer Abgeordneter (Trimborn) die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus zur Sprache, indem er, anknüpfend an einen bestimmten Fall, in den düstersten Farben die Gefahren für den rheinischen Immobilienkredit schilderte, die mit dem herrschenden Rechtszustande verknüpft seien.

Hierdurch wurde der Verband veranlaßt, nun auch seinerseits Stellung zur Sache zu nehmen, namentlich da die Regierung auf die Klagen jenes Abgeordneten erwidert hatte, daß wenn das Bedürfnis in dem von dem Interpellanten behaupteten Maße wirklich vorläge, seitens der Justizverwaltung kein Anstand genommen werden würde, eine entsprechende Gesetzesvorlage zu machen.

Bezugnehmend auf diese Erklärung führte der Verband in einer unter dem 18. April 1882 an den Justizminister gerichteten Eingabe aus, die deutschen Feuerversicherungs-Gesellschaften, insbesondere die zum Verbande gehörigen, hätten die auf die Rechtsverhältnisse der Hypothekengläubiger bezüglichen allgemeinen Policebestimmungen immer mehr und mehr zu Gunsten des Hypothekenkredits umgestaltet, bis sie denselben schließlich in dem § 10 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen des Verbandes diejenige Gestalt gegeben hätten, durch die man die Rechte des Hypothekengläubigers aufs Voll-

Eingabe
des Verbandes
an den
Justizminister.

kommenste geschützt glaubte. Wenn nun auch die Ausführungen jenes rheinischen Abgeordneten über die Erschütterung des Immobilienkredits in den Rheinlanden jedes tatsächlichen Hintergrundes entbehrten und von der Regierung widerlegt zu werden verdienten, so wolle der Verband doch nicht unterlassen, hervorzuheben, daß die deutschen Privat-Versicherungs-Gesellschaften wie bisher so auch in Zukunft, so viel an ihnen liege, das Ihrige thun würden, die Interessen der Hypothekengläubiger zu wahren. Sie würden zu diesem Behufe eine Neugestaltung des § 10 ihrer Allgemeinen Versicherungsbedingungen ins Auge fassen, durch welche in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise klargestellt werden würde, daß die Hypothekengläubiger eines versicherten Gebäudes ein direktes Recht auf die Versicherungsgelder haben sollen.

Trotz alledem sei zu fürchten, daß ein Theil des interessirenden Publikums nicht eher vollständig beruhigt sein werde, bis nicht durch einen Akt der Gesetzgebung den Versicherungsgeldern auch für das rheinisch-französische Rechtsgebiet Immobilienqualität beigelegt sei. Im Hinblick auf diese Thatfachen würde es der Verband von seinem Standpunkte aus, der ja mit dem Interesse des Immobilienkredits durchaus übereinkomme, mit Freuden begrüßen, wenn die königliche Staatsregierung trotz ihrer bisherigen ablehnenden Haltung sich entschließen würde, mit einer Gesetzesvorlage hervorzutreten, durch welche die Interessen der Hypothekengläubiger in Bezug auf die Versicherungsgelder in geeigneter Weise geschützt würden.

Zu diesem Behufe werde es geboten sein, den Grundsatz der §§ 30 und 31 des Gesetzes vom 5. Mai 1872 auch für die Rheinprovinz jedoch mit der Maßgabe zu adoptiren, daß nur diejenigen Hypothekengläubiger bezw. Privilegieninhaber einen Anspruch auf die Versicherungsgelder haben, deren Hypothek bezw. Privilegium bereits vor dem Brande entstanden und bis zu diesem Zeitpunkte oder spätestens innerhalb eines Monats nach dem Brande der Versicherungsgesellschaft angemeldet ist. Bei einem so gestalteten Gesetz würde dem Versicherer allerdings die Verpflichtung auferlegt werden müssen, die bei ihm angemeldeten Realgläubiger von dem Brandefalle zu benachrichtigen, — eine Verpflichtung, zu deren Uebernahme die Versicherungsgesellschaften gerne bereit seien. Auch damit würden sie sich einverstanden erklären, wenn ihnen die Pflicht auferlegt

würde, die angemeldeten Gläubiger von der Nichterneuerung der Versicherung, von der Herabsetzung der Versicherungssumme und von jeder Thatsache, welche die Auflösung der Versicherung zur Folge hat, in Kenntniß zu setzen, womit sie nur das zu thun verpflichtet würden, was sie bisher schon freiwillig gethan hätten.

Ein so beschaffenes Gesetz, wie es vorstehend in seinen Grundzügen der Erwägung des Ministers empfohlen werde, dürfe wohl geeignet sein, einen nach jeder Richtung hin befriedigenden Zustand zu schaffen, vorausgesetzt, daß (was der Verband für selbstverständlich halte) sich seine Geltung auf die Privilegien bezw. die Hypotheken aller Gebäude, mögen dieselben nun bei einer Privatversicherungsgesellschaft oder bei einer Provinzial-Feuersozietät versichert sein, erstrecke.

Noch bevor seitens der Regierung in dieser Sache Maßnahmen getroffen worden waren, setzte sich der rheinisch-westfälische Sparkassen-Verband mit dem Verbande der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften in Verbindung, um durch einen entsprechend abgefaßten Hypotheken-Sicherungsschein jeden möglichen Nachtheil von den Kreditinstituten abzuwenden. Der Verband der Privat-Feuerversicherungsgesellschaften war hierzu bereit und es fanden daraufhin im Jahre 1883 kommissarische Verhandlungen zwischen Delegirten der beiden Verbände statt, die zur Festsetzung eines einheitlichen Formulars für Hypothekenbescheinigungen führten. Durch Beschluß der Generalversammlung des Verbandes vom Juni 1883 kamen sodann die Verbandsgesellschaften überein, dieses mit dem rheinisch-westfälischen Sparkassenverbande vereinbarte Formular in Zukunft für alle Hypothekenbescheinigungen ausschließlich zu verwenden.

Verhandlungen mit dem rheinisch-westfälischen Sparkassen-Verband.

Einheitliche Hypothekenbescheinigungen.

Gemäß jener Abmachungen hat zunächst der Versicherte seiner Gesellschaft eine Erklärung behufs Ertheilung einer Hypothekenbescheinigung abzugeben, die folgenden Wortlaut hat:

Da meine bei der Gesellschaft durch die Police Nr. Agentur in Höhe von Mark versicherten und in der Gemeinde (Flur) Nr. Straße Haus Nr. stehenden Gebäude dem (der) zu für Mark hypothekarisch verpfändet sind resp. verpfändet werden sollen, so verpflichte ich mich hiermit, die Versicherung nicht aufzuheben noch im Betrage zu vermindern, sie vielmehr unvermindert bei der genannten Gesellschaft fortzusetzen, so lange

nicht von Seiten des Darleihers in ein hiervon abweichendes Verfahren genehmigt wird. Auch verpflichte ich mich, falls auf den beliehenen Grundstück Dampfkessel vorhanden sein oder aufgestellt werden sollten, die versicherten Gebäude auch gegen die Gefahr der Explosion dieser Dampfkessel bei der genannten Gesellschaft zu versichern. Diese meine Erklärung soll einen integrierenden Theil des Versicherungsvertrages bilden.

(Unterschrift.)

Nach Eingang dieser Erklärung des Versicherten erteilt dann die Gesellschaft dem betr. Kreditinstitut folgende bei allen Gesellschaften gleichlautende Hypothekenbescheinigung:

Hypothekgläubiger:

In Folge der von dem Herrn zu am 18 abgegebenen Erklärung, welche von ihr hiermit akzeptirt wird, übernimmt die Gesellschaft gegen den darin genannten Hypothekgläubiger außer den durch die Allgemeinen Versicherungsbedingungen bereits übernommenen noch folgende Verpflichtungen:

1. die bezeichnete Versicherung bei ihrem Ablauf unvermindert fortzusetzen und, wenn der Versicherte die Zahlung der Prämie verabsäumen sollte, dem Hypothekgläubiger davon Anzeige zu machen und die Versicherung noch 30 Tage nach Eingang dieser Anzeige in Kraft zu lassen, dieselbe auch für sein Interesse unvermindert aufrecht zu erhalten, wenn innerhalb dieser 30-tägigen Frist die Prämie entrichtet ist.

2. In dem Falle, wo die Gesellschaft selbst die Versicherung vermindern, aufheben oder nicht fortsetzen will, dem Hypothekgläubiger 3 Monate vorher davon Anzeige zu machen und, wenn derselbe die unveränderte Fortsetzung der Versicherung für sein Interesse und gegen Zahlung der Prämie schriftlich binnen jenen 3 Monaten verlangt, diesem Verlangen Folge zu geben.

3. Den § 10 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen, welcher lautet:
„Wenn auf versicherte Gebäude Hypothekschulden oder andere Realverpflichtungen vor dem Brandfalle eingetragen sind, so wird die Entschädigung nur Behufs der Wiederherstellung und nachdem letztere gesichert worden — bezahlt, die sämtlichen Hypothek- resp. Realgläubiger müßten dem in die unbedingte Auszahlung willigen, oder selbst zur Empfangnahme berechtigt sein. Geht aber der Entschädigungsanspruch des Versicherten durch seine Schuld verloren, so verwendet die Gesellschaft die Entschädigung, so weit nöthig, zur Befriedigung der erwähnten Gläubiger gegen Session ihrer Rechte,“ —

auch auf den Fall anzuwenden, wo die Zahlung der Prämie seitens des Versicherten unterblieben und die dem Hypothekgläubiger sub 1 gewährte 30-tägige Frist noch nicht abgelaufen ist.

4. Die nach einem Partialschaden von 50 Prozent oder mehr der Versicherungssumme gemäß § 16 der der Police beigedruckten Allgemeinen Versicherungsbedingungen erloschene Versicherung dennoch dem Hypothetengläubiger gegenüber für den Ueberrest und gegen Zahlung der verhältnißmäßigen Prämie noch 6 Monate nach dem Brande in Kraft zu halten bezw. fortzusetzen.

5. In denjenigen Fällen, in welchen auf den beliebigen Grundstücken Dampfkessel sich befinden, die Versicherung der Gebäude auf Antrag und für eine Zuschlagsprämie auch gegen die Gefahr der Explosion dieser Dampfkessel zu übernehmen.

6. Dem Hypothetengläubiger spätestens innerhalb dreier Tage nach erhaltener Kenntniß von einem die vorstehend erwähnten Gebäude treffenden Brandschaden — unbedeutende Brandschäden ausgenommen — Mittheilung zu machen. (Ort, Datum, Name der Gesellschaft.)

Mit der generellen Einführung dieser gleichlautenden Hypothekenbescheinigungen war der Verband seiner in der Erklärung an den Justizminister abgegebenen Zusage, daß das Bestreben der Gesellschaften auf völlige Sicherstellung des Hypothetengläubigers ginge, in umfassendster Weise nachgekommen. Ist schon in § 10 der Allgemeinen Versicherungsbedingungen in geeigneter Form die Interessenkollision vermieden worden zwischen dem versicherten Schuldner, der möglichst frei über die Brandentschädigungsgelder zu verfügen wünscht, und dem Hypothetengläubiger, der das Versicherungsrecht seines Schuldners möglichst eingeschränkt, insbesondere die Entschädigungssumme zu seiner Sicherung verwendet wissen will, so ist durch die übrigen in den Hypothekenscheinen von den Gesellschaften eingegangenen Verpflichtungen jede Sorge über ein etwaiges leichtfertiges, fahrlässiges oder doloses Verhalten des Schuldners und über die daraus erwachsende Möglichkeit eines Verlustes des Darlehens von den Schultern des Hypothetengläubigers genommen. Die Kontrolle des versicherten Schuldners in dieser Beziehung ist auf die Versicherungsgesellschaft übergegangen, welche sich verpflichtet, dem Gläubiger über alle mit der Versicherung der beliebigen Objekte vorgehenden Veränderungen so rechtzeitig Kenntniß zu geben, daß er die zu seiner Sicherstellung zweckdienlich erscheinenden Maßnahmen rechtzeitig zu treffen in die Lage gesetzt wird. Die Gesellschaft gesteht dem Hypothetengläubiger zu diesem Zweck nicht nur eine über die Versicherungsdauer hinausreichende Frist zu, sondern giebt ihm auch an die Hand, falls mangels Prämienzahlung seitens des Ver-

sicherten oder aus anderen Gründen die Versicherung für den Versicherten erlischt, die Versicherung dennoch im Interesse des Gläubigers fortzusetzen. Außerdem kommt hierbei in Betracht die wesentliche Vereinfachung und Erleichterung, die für Sparkassen und andere Kreditinstitute durch die Einheitlichkeit der Hypothekenreverso geschaffen wird, so daß diese in der Hauptsache von dem Verbande getroffene Einrichtung der Hypothekenversicherungsscheine in der That ein vollgültiges Zeugniß dafür abgibt, daß das private Versicherungswesen die Fähigkeit besitzt, die Bedürfnisse des Verkehrs bis in ihre Einzelheiten zu erkennen und sich ihnen anzupassen.

Die Neuredaktion der Allgemeinen Versicherungsbedingungen im Jahre 1886 machte an dem Wortlaut der Hypothekenscheine Änderungen insofern nöthig, als

1. bei der Verpflichtung 3 an Stelle des Wortlauts des § 10 der alten Bedingungen derjenige des § 12 der neuen Bedingungen treten mußte, und

2. die Verpflichtung unter 4 in Wegfall kam und demgemäß die Verpflichtungen 5 und 6 die Nummern 4 und 5 erhielten.

Gesetz vom
17. Mai 1884.

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus vom Jahre 1882 und die Eingabe des Verbandes hatten bewirkt, daß die Staatsregierung das Gesetz vom 17. Mai 1884 betreffend die Haftung der Versicherungsgelder für die Ansprüche der Inhaber von Privilegien und Hypotheken im Bezirk des ehemaligen Appellationsgerichtshofes zu Köln erließ. Der § 2 des Gesetzes schreibt vor, daß, sobald der Inhaber eines Privilegs oder einer Hypothek dem Versicherer in dem wirklichen oder erwählten Wohnsitz desselben oder bei der Verwaltungsstelle, welche die Police ausgestellt hat, von dem Bestehen eines Vorrechts Anzeige gemacht hat, der Versicherer verpflichtet ist, ihn unter der zuletzt von ihm angezeigten Adresse mittelst eingeschriebenen Briefes ohne Verzug zu benachrichtigen von der Nichterneuerung der Versicherung, Herabsetzung der Versicherungssumme, Aufhebung der Versicherung etc.

Materielle Abänderungen an dem im Jahre 1883 mit dem rheinisch-westfälischen Sparkassen-Verbande vereinbarten Wortlaute der Hypothekenbescheinigungen bedingte das Gesetz nicht, sondern nur solche, die die Geschäftshandhabung möglichst vereinfachten. Der Verband konnte daher ohne weitere Schwierigkeiten mit dem rheini-

schen Notariats-Verein, der an der Sache am meisten interessirt war, da die Anzeigen hypothekarischer Rechte in der Regel von den Notaren ausgehen, ein Abkommen treffen, wonach ein Formular für die „Anzeige eines Vorrechts im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 17. Mai 1884“ festgesetzt und die „Erklärung des Versicherten“ sowie die Hypothekenbescheinigung einer diesem Anzeigeformular entsprechenden redaktionellen Aenderung unterworfen wurden. Außer bei dem rheinischen Notariats-Verein wurden diese Formulare auch bei dem Westdeutschen Sparkassenverband, und zwar für beide im Jahre 1885, eingeführt. Ueber die Angelegenheit, die in ihren Grundzügen auf der Generalversammlung vom Mai 1884 geregelt worden war, beschloß der Verband auf seiner im Oktober 1884 abgehaltenen Generalversammlung folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Nachdem durch das Gesetz vom 17. Mai 1884, betreffend die Haftung der Versicherungsgelder für die Ansprüche der Inhaber von Privilegien und Hypotheken im Bezirk des ehemaligen Appellationsgerichtshofes zu Köln — Nr. 19 der Gesetzsammlung für die Königlich Preussischen Staaten, Jahrgang 1884 — die zufolge der Versicherung eines Gebäudes oder der gesetzlich als unbeweglich geltenden Subehörungen einer Liegenschaft gegen Feuers-, Blitz- oder Explosionsgefahr dem Eigenthümer zustehenden Versicherungsgelder den Inhabern der zur Zeit eines Schadenfalls auf dem Gebäude oder der Liegenschaft ruhenden Privilegien oder Hypotheken nach dem Rang derselben haftbar erklärt worden sind, verpflichten sich die unterzeichneten den Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften bildenden Anstalten, alle ihnen bisher aus dem Geltungsbereich des bezeichneten Gesetzes gemachten Anzeigen von Privilegien und Hypotheken ebenso zu betrachten und zu behandeln, als ob sie ihnen auf Grund des fraglichen Gesetzes gemacht worden wären, und alle diejenigen Ingeändnisse, welche ihnen bisher auf Grund der Allgemeinen Versicherungsbedingungen oder auf Grund besonders ertheilter Reverse dem Vorrechtsgläubiger gemacht worden sind, auf Verlangen auch in Zukunft den Vorrechtsgläubigern neben den denselben durch das vorerwähnte Gesetz eingeräumten Berechtigungen zu gewähren.“

Selbstverständlich wurden auch in diesem Formulare die durch die Umgestaltung der Allgemeinen Versicherungsbedingungen vom Jahre 1886 erforderlichen Abänderungen rechtzeitig aufgenommen und dem Notariats-Verein sowie dem Westdeutschen Sparkassen-Verband davon Mittheilung gemacht (Generalversammlung vom Mai 1887).

In der Folge fanden wiederholt mit einzelnen Sparkassen und sonstigen Kredit-Instituten Verhandlungen statt, die sich zum Theil nur auf die Auslegung der in den Hypothekenbescheinigungen

Verhand-
lungen mit
Sparkassen etc.

festgestellten Zugeständnisse, zum Theil aber auch auf viel weiter gehende Forderungen bezogen, sodaß es häufig den Anschein erwecken konnte, als sollten die Feuerversicherungs-Gesellschaften zu Hypothekenversicherungs-Anstalten gemacht werden. Die Gesellschaften mußten natürlich derartige Ansinnen ablehnen und behielten die Hypothekenbescheinigungen in der beschlossenen Fassung bei.

Einige Fragen von untergeordneter Bedeutung, die den Verband beschäftigten, waren einmal die, ob die für einen Gläubiger ausgestellte Hypothekenbescheinigung im Falle eines Wechsels im Besitze des versicherten beliebigen Grundstücks bei unterlassener Anzeige und nicht erfolgter Umschreibung ohne Weiteres für den neuen Besitzer in Kraft trete, oder ob es hierzu besonderer Formalitäten seitens des Hypothekengläubigers bedürfe. Da dem Hypothekengläubiger nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen die Versicherungsgesellschaft auch in solchen Fällen haftet, in welchen der Entschädigungsanspruch des Versicherten durch seine Schuld verloren geht, so berührte diese Frage den Hypothekengläubiger in letzter Linie. Der Verband sprach sich deshalb dahin aus, daß im Falle eines Besitzwechsels die Einholung einer neuen Erklärung des neuen Eigentümers, nicht aber die Ausstellung einer neuen Hypothekenbescheinigung nothwendig sei (Generalversammlung vom Juni 1896).

Eine zweite Frage betraf die Forderung mehrerer preussischer Hauptsteuerämter, die Hypothekenbescheinigung mit einem durch Erlaß des preussischen Finanzministers vom 8. März 1896 vorgeschriebenen Wortlaute auszustellen. Der Verband fand hiergegen nichts einzuwenden, sofern die von den Steuerämtern vorgelegten Formulare dahin ergänzt würden, daß die Entschädigung, im Falle der Versicherte derselben verlustig geht, im Interesse der eingetragenen Gläubiger „so weit nöthig“ verwendet wird, und daß bei Verpfändung die Entschädigung durch Ermächtigung zur Empfangnahme die Gesellschaft zur Zahlung an das Hauptsteueramt nur gehalten ist, „soweit dieser Verpflichtung die Rechte etwaiger Hypothekengläubiger oder sonstiger Realberechtigten nicht entgegensteht“. Mit diesen Zusätzen sind die betreffenden Bescheinigungen von den Verbandsgesellschaften ausgestellt worden (Generalversammlung vom Juni 1896).





Sparkassen in Preußen.

Die Bemühungen des Verbandes, den Forderungen der Hypothekengläubiger gerecht zu werden, fanden bei einer gewissen Kategorie von Kreditinstituten keine Anerkennung. Diese Institute schlossen nach wie vor alle bei einer Privatgesellschaft versicherten Gebäude von der Beleihung aus. Es war dies insbesondere ein Theil der preussischen Sparkassen. Die Ursache für diese Ausschließung bestand auch hier in der weitgehenden Berücksichtigung, die die öffentlichen Feuersozietäten von jeher in Preußen erfahren hatten. Es bestimmt nämlich der § 39 der preussischen Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 in al. 3:

Taxgrundsätze
der Sparkassen
für die
hypothetische
Beleihung.

„Eine Hypothek oder Grundschuld ist für sicher zu erachten, wenn sie bei ländlichen Grundstücken innerhalb der ersten zwei Drittel der durch ritterschaftliche, landschaftliche, gerichtliche oder Steuertaxe, bei städtischen innerhalb der ersten Hälfte des durch Taxe einer öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaft oder durch gerichtliche Taxe zu ermittelnden Werthes, oder wenn sie innerhalb des 15fachen Betrages des Grundsteuer-Reinertrages der Liegenschaft zu stehen kommt.“

Obgleich an sich diese Bestimmung der Vormundschaftsordnung, die von der Mehrzahl der Sparkassen in ihre Statuten übernommen worden ist, nichts darüber besagt, ob das zu beleihende Gebäude bei einer öffentlichen oder privaten Anstalt versichert sein soll, sondern sich lediglich auf die beizubringende Taxe bezieht, macht doch eine große Reihe von Sparkassen die Beleihung von der Versicherung bei

einer Sozietät abhängig. Da die Verwaltung der Sparkassen häufig denselben Beamten untersteht, die an der Verwaltung der Sozietät theilhaftig sind, so ist diese Bevorzugung erklärlich; ebenso evident aber ist die Benachtheiligung der Privatgesellschaften und der bei ihnen Versicherten, wenn man die große Bedeutung der Sparkassen für den Immobiliarkredit ins Auge faßt.

Eingabe
des Verbandes
an den
Minister
des Innern.

Der Verband unternahm es, Abhilfe gegen diesen Zustand zu schaffen. Eine günstige Gelegenheit hierfür schien sich ihm im Jahre 1893 zu bieten, als bekannt wurde, daß das Ministerium den Entwurf eines Sparkassengesetzes für den Landtag vorbereite. Der Verband fertigte eine Zusammenstellung der einschlägigen Bestimmungen der Statuten sämtlicher preussischen öffentlichen Sparkassen — so weit diese Statuten erhältlich waren — an und legte diese unter dem 10. Dezember 1893 dem Minister des Innern vor.

In der Hand der von ihm gesammelten Statuten zeigte der Verband, in welchem Umfange die Privatgesellschaften durch die seitens der Sparkassen den Sozietäten eingeräumten Vorzugsrechte beeinträchtigt würden.

Nach § 39 der preussischen Vormundschaftsordnung das Darlehen in der ersten Hälfte des Werthes beansprucht, so sei ausschließlich die Taxe einer öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaft oder eine gerichtliche Taxe erforderlich und die Taxe jeder privaten Versicherungsgesellschaft als unzureichend dargestellt. Dieser Vorgang sei um so unverständlicher, als in der Regel die nämlichen Gebäudetaxatoren, welche die Taxen der öffentlichen Feuerversicherungsgesellschaften anfertigten, auch diejenigen für die Privat-Versicherungsgesellschaften aufstellten. Während also die Sparkasse gehalten sei, die Taxe eines Gebäudetaxators, falls dieselbe für eine öffentliche Feuerversicherungsgesellschaft angefertigt worden, ohne Weiteres anzuerkennen, sei ihr dieses verboten, falls eine Taxe des nämlichen Taxators für eine Privat-Versicherungsgesellschaft vorliege. Die Unhaltbarkeit solcher Zustände trete am deutlichsten da zu Tage, wo, wie z. B. in der Provinz Hannover, nach dem Ministerialreskript vom 2. Juli 1853 die Taxation aller zu versichernden Gebäude durch „obrigkeitlich bestellte und vereidigte“ Werkmeister zu erfolgen habe.

Da die Beibringung einer gerichtlichen Taxe zu schwierig oder zu kostspielig sei, so erübrige nur die Aufstellung der Taxe einer „öffentlichen Feuerversicherungs-Gesellschaft“. Es liege auf der Hand, daß der Zwang der Beibringung einer solchen Taxe fast gleichbedeutend sei mit dem Zwange, das Grundstück auch bei der Sozietät zu versichern, selbst wenn dieser Zwang nicht bereits direkt von der Sparkasse ausgesprochen werde. Die Privat-Versicherungs-Gesellschaften seien demgemäß in allen diesen Fällen von dem Wettbewerb um die betreffenden Versicherungen ausgeschlossen und benachtheiligt.

Im Uebrigen seien in der von der Staatsregierung am 13. Januar 1875 im Herrenhause eingebrachten Vorlage in der fraglichen alinea 2 des § 39 der Vormundschaftsordnung keinerlei Bestimmungen über die Art enthalten gewesen, in welcher der Werth des betreffenden städtischen Grundstücks zu ermitteln sei. Erst in der Kommission des Herrenhauses seien die Bestimmungen über die Taxen in das Gesetz hineingebracht worden. In den weiteren Verhandlungen über das Gesetz in den beiden Häusern des Landtages seien sodann die für das private Versicherungswesen sehr ernststen Folgen der vorgenommenen Aenderung nicht erkannt oder übersehen worden. Die aus der einseitigen Bevorzugung der Sozietäten sich ergebende Benachtheiligung nicht nur der Privatversicherungs-Gesellschaften und deren Versicherten, sondern auch der Sparkassen selbst, werde von einer Reihe derselben auch vollkommen anerkannt, trotzdem fehle es nicht an Versuchen, die Sparkassen zu veranlassen, selbst den gerichtlichen Taxen ihre Anerkennung zu versagen und nur die Taxen der öffentlichen Sozietäten anzuerkennen. Der dargelegte Uebelstand erfordere dringende Abhilfe, weshalb in dem Entwurfe eines Sparkassengesetzes solche Vorschriften bezüglich der Ermittlung des Werthes der zu beleihenden Gebäude, also bezüglich der Taxen zu geben seien, daß der Willkür bei Behandlung der verschiedenen Arten des Feuerversicherungsgeschäftes ferner die Hand habe nicht mehr geboten werde.

Die Petition des Verbandes an den Minister, in welcher außerdem bestimmte Vorschläge bezüglich der Taxen gemacht wurden, schloß mit der Bitte, daß für die hypothekarische Beleihung von Grundstücken durch die Sparkassen die Versicherung gegen Feuergefähr-

sonwohl bei den Gegenseitigkeits- wie bei Aktiengesellschaften, bei öffentlichen wie bei Privatgesellschaften zuzulassen sei, daß insbesondere die öffentlichen Sozietäten in keiner Weise bevorzugt würden, daß demgemäß gesetzlich vorgeschrieben werde, daß für Versicherung gegen Feuersgefahr als Grundlage lediglich eine, durch einen Regierungsbaumeister oder durch zwei von der Sparkasse bestimmte Werkmeister aufgenommene Gebäudetage erfordert werde.

Hescript
des Ministers
des Innern.

Der Minister des Innern lehnte es ab, dem Antrag des Verbandes stattzugeben. Er erklärte in dem betreffenden, vom 27. Januar 1895 datirten Reskript, daß, solange die gesetzliche Vorschrift, wonach von den Taxen der Feuerversicherungs-Gesellschaften nur die der öffentlichen Gesellschaften als Unterlagen für die pupillarisch sichere Beleihung von Grundstücken anerkannt seien, keine Aenderung erfahren habe, seien auch die öffentlichen Sparkassen nicht in der Lage, die Taxen von Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften als Werthmesser der von ihnen zu beleihenden Grundstücke anzuerkennen. Ob es angängig sei, in dem etwa zu erlassenden neuen Sparkassengesetze andere Targrundsätze vorzuschreiben, lasse sich zur Zeit noch nicht übersehen.

Eingabe
des Verbandes
an den
Justizminister.

Dem Verband blieb sonach nur der Weg übrig, sich an den Justizminister zu wenden, und eine entsprechende Aenderung der Vormundschaftsordnung zu beantragen. Diesen Schritt hat der Verband nunmehr gethan, und zwar in Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches im Jahre 1900. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt am Schlusse des Art. 1807, daß die Landesgesetze die Grundsätze bestimmen können, nach denen die Sicherheit von Mündelhypothenen festgesetzt werden soll, und nach Art. 3 des Einführungsgesetzes können diejenigen landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Bürgerliche Gesetzbuch den Einzelstaaten überläßt, in Kraft bleiben, oder es können neue landesgesetzliche Vorschriften erlassen werden. Da das Bürgerliche Gesetzbuch den Erlaß neuer Vorschriften in Preußen zweifellos nothwendig machen wird, hat der Verband auf seiner Generalversammlung vom November 1896 beschlossen, bei dem Justizminister dahin vorstellig zu werden, daß bei diesem Anlaß und auf Grund des dem preußischen Staate zustehenden Rechtes auch die in Rede stehende Bestimmung des § 39 der Vormundschaftsordnung entsprechend den Interessen der Privat-

versicherungs-Gesellschaften, ihrer Versicherten und auch der Spar-
kassen selbst abgeändert wird. Hierbei dürfte dem Verbande wesentlich
auch die Thatsache zu Hilfe kommen, daß den Taxen der Sozietäten
durchaus keine Gewähr für absolute Richtigkeit innewohnt, da mehr-
fach Sozietäten bei Vornahme von Revisionen genöthigt waren, ihre
Gebäudetaxen sehr beträchtlich — bis zu $\frac{1}{3}$ des ursprünglichen Tax-
werthes — herabzusetzen.





Statistik.

Zu § 2 der Verbandsstatuten wird als ein besonderer Zweck des Verbandes bezeichnet die Herstellung einer Feuerversicherungs-Statistik. Da der Feuerversicherungsbetrieb fast mehr noch wie die übrigen Versicherungszweige auf rein empirischer Grundlage beruht, so erhellet hieraus von selbst der bedeutende Werth einer Statistik, die die Beobachtungen und Erfahrungen einer größeren Anzahl von Feuerversicherungs-Gesellschaften umschließt. Die ziffermäßige Feststellung der Ursachen der Brände, die in dem deutschen Geschäfte der Verbandsgesellschaften jährlich vorkommen, sowie der Zahl der auf die verschiedenen Risikogattungen entfallenen Brände muß die Kenntniß von den Entstehungsarten der Brände und von den einzelnen Risikogattungen beizumessenden Gefahrsmomenten wesentlich fördern. Gleichzeitig wird hiermit eine werthvolle Ergänzung der von einzelnen Gesellschaften geführten eigenen Statistik geschaffen.

Der Verband nahm deshalb sofort nach seiner Gründung die beschlossene Statistik in Angriff. Das Schema, welches für die alljährliche Registrirung der im direkten deutschen Geschäfte jeder einzelnen Gesellschaft vorgekommenen Brände aufgestellt wurde, umfaßte sonach erstens die Bezeichnung der Entstehungsursachen der Brände und zweitens die Bezeichnung der Risikogattungen, die von Bränden betroffen worden waren. Als Entstehungsursachen sind in die Statistik aufgenommen worden:

Brandstiftung, Anzündung durch Nachbarschaft, Blitz, Explosion, Petroleum, Zündhölzer, fehlerhafte Baukonstruktion, Selbstentzündung, Lokomobil- und Schornsteinbrände. Die unter diese Bezeichnungen

nicht zu subsumirenden oder unbekannt gebliebenen Ursachen werden als unermittelt aufgeführt.

Der zweite Theil der Verbandsstatistik, die Feststellung der von Bränden betroffenen Risikokategorien, zählt als Abtheilungen auf:

A. Einfache Gefahr: Wohngebäude, bürgerliche Gewerbe, kaufmännische Gewerbe, Lagerhäuser.

B. Textilindustrie: Spinnereien, Webereien, Färbereien, Druckereien, Appreturen, Hutfabriken, Seilereien, Papier- und Dachpappfabriken.

C. Montanindustrie.

D. Chemische Industrie.

E. Landwirtschaft und technische Gewerbe derselben, sowie

F. Holzbearbeitungs-Werkstätten, jede der letzteren Abtheilungen ebenfalls mit Spezialrubriken für die zugehörigen Risikokategorien. Die nicht unter A bis F einzureihenden Brandursachen finden unter einer letzten Abtheilung,

G. Diverse, Aufnahme. Eine Recapitulation giebt schließlich die Gesamtsumme aller auf die Abtheilungen A bis G entfallenden Brände.

Die nach vorstehendem Schema vom Jahre 1873 ab alljährlich aufgemachte Statistik des Verbandes erfuhr im Jahre 1884 eine beträchtliche Erweiterung. Insbesondere wurden die bis dahin generell bezeichneten Entstehungsursachen nach festen Gesichtspunkten zergliedert und neue Rubriken aufgenommen.

Als solche erscheinen:

Unvorsichtiges Umgehen

a) mit Streichhölzern;

1. erwiesen,

2. muthmaßlich;

b) mit Feuer und Licht überhaupt;

1. erwiesen,

2. muthmaßlich.

Elektrische Beleuchtung.

Gewerbe- und Fabrikbetrieb mit den Unterabtheilungen: durch Beleuchtung, Heizung, Trocknung und andere Ursachen.

Ferner wurden spezialisirte Unterscheidungen in die Rubriken Explosionen mit und Explosionen ohne nachfolgenden Brand eingeführt und ebenso erfolgte eine zweckentsprechendere Anordnung der Schemata für den zweiten Theil der Statistik, betr. Gattungen der von Bränden betroffenen Risiken.

Vom Jahre 1890 ab ging sodann der Verband dazu über, nicht mehr bloß wie bisher die Anzahl der von Bränden betroffenen Versicherungen festzustellen, sondern auch die der Brandereignisse selbst, sowie der brandbetroffenen Grundstücke. Zumal bezüglich der Entstehungsursachen der Brände erschien es, in Rücksicht auf den öffentlichen Werth einer solchen Statistik, als zweckmäßig und der Aufklärung dienlich, für jede Brandursache die Zahl der wirklich auf sie entfallenden Ursprungsbrände zu ermitteln und nicht, wie bisher, die Summe der insgesammt bei den einzelnen Gesellschaften durch die betreffenden Brände beschädigten Versicherungen. Zu diesem Zweck ist vom Jahre 1890 ab für die Abtheilung I der bisherigen Statistik — „Entstehungsursachen“ — ein neues Erhebungsverfahren eingerichtet worden, und zwar mittels der folgenden Zählkartenmethode.

Für jedes einzelne brandbetroffene Grundstück bezw. Gebäude mit selbstständiger Hausnummer, oder jede andere gefonderte Liegenschaft — z. B. Diemen, Waldungen, Früchte auf dem Stalm, Mühlen, Zechen u. dergl. — wird eine besondere Zählkarte benutzt. Desgleichen bezieht sich jede Zählkarte nur auf einen einzigen Brandfall. Haben also auf demselben Grundstück zc. mehrere, zeitlich von einander getrennte Brände stattgefunden, so kommt für jeden neuen Brand eine neue Zählkarte zur Verwendung. Um von vornherein die Anzahl der bei dem Brandgrundstück theilhaftigen Verbandsgesellschaften oder den etwaigen Thatbestand eines Nachbarbrandes erkennen zu lassen, werden von der zählenden Centralstelle vier verschiedene Zählkarten-Formulare, die nach Farbe und Schraffirung von einander unterschieden sind, ausgegeben.

Im Uebrigen enthält jedes dieser äußerlich verschiedenen Formulare die nämlichen Rubriken. Und zwar ist zunächst an der Spitze der Name der zählenden Gesellschaft einzutragen, um der Centralstelle bei etwaigen zweifelhaften Angaben die Rückfrage zu ermöglichen. Sodann wird unter Nr. I „Tag und Stunde des Brandes“ angegeben.

Unter Rubrik II wird die „Lage des Grundstücks“ bezeichnet, und zwar nach folgenden Unterabtheilungen:

- a) Ort (Gemeinde, Gutsbezirk etc.).
- b) Straße (Platz und Hausnummer.)
- c) Kreis (Bezirksamt, Oberamt etc.).
- d) Provinz.
- e) Staat.

Endlich unter Rubrik III der Zählkarten ist die „Ursache des Brandes an seinem Ursprunge“ anzugeben. In dem bisher gebräuchlichen Schema der Entstehungsursachen ist demnach die Position 16 (Nachbarbrand) als überflüssig in Wegfall gekommen. Desgleichen ist die bisherige Position 17 (Raum- und Wasserschäden), als nicht zu den eigentlichen Brandursachen gehörig, aufgegeben worden.

Mittels der geschilderten Methode wird also die Zentralstelle in Stand gesetzt, durch entsprechende Zusammenlegung der Zählkarten jede Brandursache innerhalb des Kreises der Verbandsgesellschaften auf ihr Ursprungsgrundstück zurückzuverfolgen und so für jede Ursache sowohl die Zahl der eigentlichen Brandereignisse, als auch der von letzteren insgesamt betroffenen Grundstücke zu ermitteln.

Im Unterschied von der Zählungseinheit dieser Methode wird hingegen durch die zweite Abtheilung, betr. die Risikogattungen, nach wie vor die Summe der einzelnen brandbetroffenen Versicherungen festgestellt.

Diese Erweiterung und Vervollständigung der Statistik legte den Gedanken nahe, ihre Bedeutung und Verwendbarkeit ferner noch dadurch zu erhöhen, daß sie von einer möglichst großen Zahl deutscher Feuerversicherungs-Gesellschaften — nicht bloß der zum Verbande gehörigen — gemeinschaftlich aufgemacht werde. Die Gelegenheit hierzu war gegeben, da die Vereinigung der öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten in Deutschland eine Brandursachen-Statistik führte, die von der des Verbandes nur wenige und nicht wesentliche Abweichungen aufwies.

Von beiden Seiten, dem Verband der privaten wie dem der öffentlichen Anstalten, wurde die Anregung zu einer Vereinigung der getrennt geführten Statistiken lebhaft aufgenommen. Es fanden in den Jahren 1893 und 1894 zwischen Delegirten bezw. den Ausschüssen

der Verbände Verhandlungen statt, in welchen ein Einverständniß über ein neues gemeinsames Schema erzielt wurde. Die Statistik des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften behielt in der Hauptsache ihre frühere Gestalt, nur wurden neu aufgenommen eine Theilung der Brände durch unvorsichtiges Umgehen mit Streichhölzern, sowie mit Feuer und Licht überhaupt, nach solchen, die von Kindern unter 12 Jahren und von älteren Personen veranlaßt sind; auch die Rubrik: Feuerungsanlagen und einige andere Rubriken erhielten nähere bestimmende Zusätze.

Schon vom Jahre 1894 ab wurden beim Verbande die Erhebungen nach der neuen gemeinsamen Statistik vorgenommen, allerdings ohne Berücksichtigung der bei den öffentlichen Anstalten vorgekommenen Brände, da die Eröffnung der gemeinsamen Statistik seitens der letzteren bisher nicht erfolgt war, auch hatten dieselben noch nicht ihre definitive Zustimmung dazu gegeben, daß das Zählkartenmaterial vom Ausschusse des Verbandes, wie dieser vorgeschlagen hatte, verarbeitet würde. Vorläufig ist es zu dieser Vereinigung der beiderseitigen Statistiken auch nicht gekommen, denn die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten beschloßen auf ihrer im Juni 1896 abgehaltenen Hauptversammlung: „Für die Brandursachen-Statistik von der Anwendung des Zählkartensystems und von einer mit dem Verbande Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften gemeinsam zu bewirkenden statistischen Verarbeitung des betreffenden Materials durch eine einheitliche Zählstelle in Berlin bis auf Weiteres abzu-
sehen.“ Gründe für dieses ablehnende Verhalten der öffentlichen Anstalten sind dem Verbande nicht bekannt gegeben worden.

Der Verband selbst verwendet nach wie vor seine größte Aufmerksamkeit auf die Statistik und hat dies aufs Neue durch den Beschluß seiner Generalversammlung vom Juni 1896, die Statistik in einem wesentlichen Punkt zu erweitern, gezeigt.

Das reiche Material, das in der Verbandsstatistik angesammelt ist, und von dem der Verband bei den verschiedensten Anlässen Gebrauch zu machen Gelegenheit hatte, kann an dieser Stelle nicht zerlegt und auf seine Anwendung hin dargestellt werden. Es muß in dieser Hinsicht auf die Statistik selbst verwiesen werden, deren Veröffentlichung von Anfang an — dem Jahre 1873 — durch das „Vereinsblatt“ erfolgte.

Um jedoch ein Bild davon zu geben, in welchem Verhältniß die einzelnen Brandursachen zu einander stehen, ist dieser Denkschrift eine farbige Darstellung in Prozenten der Brandursachen aller bei den Verbandsgesellschaften in den Jahren 1890 bis 1895 vorgekommenen Brände beigelegt. In der Darstellung springt vor allen Dingen in die Augen der große Raum, den die dunkel- und hellbraun kolorirten Rubriken, vorsätzliche und fahrlässige Brandstiftung, einnehmen. Nach dem Durchschnitt belaufen sich die auf beide Arten von Brandstiftung zurückzuführenden Brände in der sechsjährigen Periode auf 47,7 Prozent (in absoluter Zahl 17 595), also fast die Hälfte aller Brände. Das bedeutet einen jährlichen Verlust an allein bei den Verbands- gesellschaften versicherten Werthen von vielen Millionen. Die Versicherungs- gesellschaften suchen, soweit in ihren Kräften steht, diese Verluste zu vermindern. Sie haben hierzu kein anderes Mittel, als die Versicherten durch die Versicherungsbedingungen zu Sorgfalt und Vorsicht anzuhalten. Die vorliegende Schrift weist die fortgesetzten Bemühungen des Verbandes in dieser Hinsicht auf; sie zeigt aber auch, mit wie großen Schwierigkeiten die Gesellschaften bei der Durchführung ihrer Versicherungsbedingungen zu kämpfen haben, wie ein Theil der Versicherungsnehmer über die angeblich harten Versicherungsbedingungen bei jeder Gelegenheit Klage führt und wie einige Regierungen diese Klagen als berechtigt anerkannt und den Gesellschaften aufgegeben haben, durch Aufgäbe gewisser Vorschriften der Bedingungen ihre einzige Schutzwehr gegen Betrug und Fahrlässigkeit preiszugeben. Vielleicht trägt die angelegte Darstellung der Brandursachen dazu bei, der Anschauung größere Geltung zu verschaffen, daß die gegen vorsätzliche und fahrlässige Brandstiftung gerichteten Bestimmungen der Versicherungsbedingungen in ihrer jetzigen Form unbedingt nothwendig sind, und zwar nicht nur im Interesse der Versicherungsgesellschaften, sondern im allgemeinen Interesse.

Außer der Brandursachen-Statistik stellte der Verband noch eine Reihe weiterer, kürzere oder längere Perioden umfassende statistische Erhebungen an, die theils lediglich zu Zwecken der Verbands- gesellschaften selbst, theils zu Nachweisungen den Behörden, Regierungen und anderen Stellen gegenüber dienten. Die letzteren, zu denen ins-

Anlage.

besondere diejenige über die polizeilichen Beanstandungen von Versicherungsanträgen in Preußen gehört, finden sich unter den betreffenden Abschnitten dieses Berichtes angeführt.

Eine annähernde Vorstellung von der bedeutenden Arbeitslast, welche die Verbandsgesellschaften mit jenen Statistiken freiwillig übernommen haben, gibt der Umstand, daß allein für die Brandursachen-Statistik jährlich über 100 000 Zählkartenformulare auszufüllen und zu bearbeiten sind.





Vereinsblatt.

Gemäß dem von der konstituierenden Generalversammlung des Verbandes gefaßten Beschluß über die Begründung eines eigenen Fachblattes ließ der Verband gemeinschaftlich mit dem Verein Deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften vom Jahre 1872 ab das „Vereinsblatt für Deutsches Versicherungswesen“ erscheinen. Die Ausgabe desselben erfolgte in monatlichen Heften, deren erste Nummer vom 15. Juli 1872 datirt ist. Ein Aufsichtscomité, bestehend aus Mitgliedern beider Verbände, ward zur Ueberwachung des Blattes, insbesondere zur Prüfung der für die Veröffentlichung bestimmten Aufsätze, eingesetzt. Einem von den Verbänden angestellten Redakteur fiel die redaktionelle Leitung des Blattes zu. Im Jahre 1874 trat der Internationale Transportversicherungs-Verband dem Unternehmen bei. Nach einigen Jahren stellte sich das Bedürfniß heraus, die Gesellschaften und deren Organe schneller als dies bei einem monatlich erscheinenden Blatte möglich war, über die Tagesereignisse auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu unterrichten. Es wurde deshalb vom Jahre 1877 ab dem Vereinsblatt ein wöchentlich erscheinendes Nebenblatt in Zeitungsformat beigegeben. Diese Wochenchrift erschien zunächst unter dem Titel „Deutsches Vereinsblatt für Versicherungswesen“, der aber vom 1. Januar 1879 in „Zeitschrift für Versicherungswesen“ ungeändert wurde. Gleichzeitig hatten die drei Verbände ihr Eigenthumsrecht an der Zeitschrift unter gewissen Bedingungen auf den für die Redaktion beider Blätter im Jahre 1877 neu angestellten Redakteur übertragen. Ebenso wurden die Verhältnisse des Vereinsblattes, das nach wie vor im

Besitze der drei Verbände verblieb, neu geregelt. Mancherlei Umstände ließen es angezeigt erscheinen, auch äußerlich zu dokumentiren, daß die „Zeitschrift für Versicherungswesen“ von dem Redakteur derselben selbstständig geleitet wird, dieser also auch allein für den Inhalt der Zeitschrift verantwortlich ist, und daß nur das Vereinsblatt der Aufsicht der Verbände untersteht. Zu diesem Zwecke wurde vom Jahre 1885 ab in den Titel des Vereinsblattes der Zusatz aufgenommen: Organ des Verbandes Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften, des Vereins Deutscher Lebensversicherungs-Gesellschaften und des Internationalen Transportversicherungs-Verbandes.

Zur selben Zeit — Ende 1884 — erfolgte eine nochmalige Revision des mit dem Redakteur beider Blätter abgeschlossenen Vertrages, der nunmehr in derjenigen Form festgestellt wurde, in welcher er heute noch zu Recht besteht.

Eine Folge der veränderten Bestimmungen und Verhältnisse war es, daß die drei Verbände das Interesse an ihren Schöpfungen nicht mehr so eingehend wie früher bethätigten, zum wenigsten wurden die bis dahin regelmäßig in jedem Monat abgehaltenen Sitzungen des Aufsichtsamites Ende 1885 gänzlich eingestellt.

Ueberblickt man den Inhalt der 24 Jahrgänge des Vereinsblattes, die nunmehr abgeschlossen vorliegen, so gewinnt man ein wenn auch nicht erschöpfendes so doch in vielen Einzelzügen scharf gezeichnetes Bild von der Entwicklung des Versicherungswesens in diesem Zeitraum. Ein Ergebnis, das diejenigen, welche dem Vereinsblatte ihr besonderes Interesse zugewendet haben, mit großer Befriedigung erfüllen darf.

Ueber die Absichten des Vereinsblattes besagt das in Nr. 1 desselben entwickelte Programm:

„Unsere Hauptaufgabe wird es sein, das große Material, das sich bei den einzelnen Gesellschaften ansammelt und bisher nicht ausreichend für die Allgemeinheit verwerthet ist, der Wissenschaft und der Praxis dienstbar zu machen. Alle wesentlichen Erscheinungen auf unserem Gebiete werden wir unserer Beachtung unterziehen, Ungefundenes und Veraltetes bekämpfen und der gebotenen Reform die Wege bahnen.“

„In dieser Beziehung werden wir unser Augenmerk vorzugsweise auf die Versicherungs-gesetzgebung richten, welche bekanntlich zu den schwächsten Seiten der deutschen Volkswirtschafts- und Rechtspolitik gehört. Mit allen Kräften werden wir darauf hinzuweisen suchen, daß das Deutsche Reich dieser ihm verfassungsmäßig zugewiesenen Aufgabe endlich gerecht werde und dem Versicherungswesen eine freie, nicht von fiskalischen oder polizeilichen und bevormundeten Tendenzen eingeengte Entwicklung ermöglicht werde.

„Wir suchen keine Gelegenheit zur Polemik, werden ihr aber nicht ausweichen, wenn sich einseitige Tendenzen, wie wiederholt geschehen, gegen das Privat-Versicherungswesen geltend zu machen suchen. Wir sind keine prinzipiellen Gegner staatlicher, kommunaler und ständischer Versicherungsanstalten. Vielmehr sehen wir gerade einen Vorzug deutscher Zustände darin, daß sich das Versicherungswesen zum Nutzen des Publikums und zur Bereicherung der Erfahrungen in so vielgestalteter Weise bei uns entwickelt hat. Aber allerdings glauben wir, daß alle Versicherungsanstalten auf gleiches Recht, gleiche Lust Anspruch haben. Sollte daher eine Gattung derselben sich durch Auslegung von Gesetzen und Verwaltungsmaßregeln eine bevorzugte Stellung vindizieren wollen, so werden wir dem entschieden entgegenzutreten.“

Getreu diesem Programm hat das Vereinsblatt die hauptsächlichlichen Vorgänge auf den Gebieten des Feuer-, Lebens- und Transportversicherungswesens in sachlich und gründlich gehaltenen Artikeln weiteren Kreisen zugänglich gemacht und in hohem Maße belehrend und anregend gewirkt. Insbesondere hat es unausgesetzt sein Augenmerk darauf gerichtet, die privatrechtliche und öffentlichrechtliche Stellung der Versicherungsgesellschaften in den deutschen Bundesstaaten zu beleuchten und in dieser Hinsicht die Stellung der Agenten, die Versicherungsbedingungen und deren Auslegung, die Besteuerung, Konzessionierung und staatliche Beaufsichtigung der privaten Gesellschaften, die Rechte und Verhältnisse der öffentlichen Institute, sowie derjenigen der privaten Aktien- und Gegenseitigkeitsgesellschaften und eine große Reihe anderer versicherungsrechtlicher und technischer Fragen in gemeinverständlicher Form zu erörtern. Auch die bereits im Programm vorausgesehene Nothwendigkeit, Angriffe zurückweisen zu müssen, ist ihm nicht erspart geblieben.

Die Verbreitung, die das Vereinsblatt nicht nur unter den Versicherungs-
gesellschaften, sondern auch bei Behörden und anderen für
das Versicherungswesen interessirten Stellen gefunden hat, ist der
beste Beweis für seinen Werth und sein Ansehen. Hierzu tragen
nicht in letzter Linie die jedem Hefte in fortlaufender Reihenfolge
beigegebenen Entscheidungen des Reichsgerichts und anderer Gerichts-
höfe in Versicherungsangelegenheiten nebst kritischer Besprechung der
Entscheidungsgründe bei. Das Vereinsblatt hat also durchaus die
Aufgabe erfüllt, die seine Gründer mit ihm verfolgten, und wird
auch in Zukunft in demselben Sinne weiter wirken.





Schlußwort.

In den vorstehenden Abschnitten, welche die Lage der Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften in den einzelnen deutschen Bundesstaaten widerspiegeln, wurde darauf hingewiesen, in welchem Umfange und in welcher Verschiedenartigkeit Anforderungen an die Gesellschaften innerhalb der letzten 25 Jahre gestellt worden sind, und welchen Anfeindungen und Verdächtigungen sie ausgesetzt waren. Der objektive mit den Verhältnissen nicht vertraute Beurtheiler könnte hierdurch unwillkürlich zu der Annahme getrieben werden, daß die privaten Feuerversicherungs-Gesellschaften, insbesondere die auf Aktien gegründeten, als Auswüchse der privatwirtschaftlichen Unternehmungen zu betrachten seien. Zur richtigen Beurtheilung der Sachlage sind in jenen Abschnitten die Verwahrungen und thatsächlichen Nachweisungen des Verbandes mit möglichster Ausführlichkeit wiedergegeben, und hier sei nochmals auf die Thatsache verwiesen, daß der private Feuerversicherungsbetrieb in Deutschland an Solidität und Rechtlichkeit der Geschäftsgebahrung den vieler anderer Länder weit überragt, mit jedem aber sich messen kann, und daß er es war, der das gesammte Feuerversicherungswesen in Deutschland auf seine heutige Höhe gebracht hat. Es bleibt jedoch immer noch die Lösung der Frage übrig, weshalb trotzdem bisher die heftige Agitation in einzelnen deutschen Bundesstaaten und das zum Theil äußerst harte Vorgehen einzelner Regierungen gegen die Privatgesellschaften keine Abschwächung erfuhren.

Die Erklärung für diese Erscheinung liegt nahe. Wohl bei den meisten, wenn nicht bei allen einzelstaatlichen Regierungen wird das Versicherungswesen nach überkommener Ueberlieferung im Nebenamte verwaltet. Mit dem Dezernat für das Versicherungswesen sind auch in unseren größten Bundesstaaten noch eine mehr oder minder beträchtliche Zahl anderer zum Theil für wichtiger gehaltene Dezernate verbunden. Der betreffende Dezernent hat sich, so weit ihm seine Zeit gestattet, in den Besitz theoretischer Kenntnisse über die ihm unterstellten Versicherungszweige gesetzt, sobald aber Fragen des praktischen Versicherungsbetriebes an ihn herantreten, steht er ihnen vielfach hilflos gegenüber. Er selbst kann keine Erfahrung aus der Praxis erworben haben und Männer der Praxis sind ihm nicht beigegeben. In dieser fast überall in Deutschland üblichen Behandlung der Versicherungssachen liegt des Räthsels Lösung und nur hieraus erklärt sich, daß eine Regierung, wie z. B. die bayerische, die Versicherungsnehmer, also den einen Theil zweier im Vertragsverhältniß zu einander stehenden Parteien, befragen läßt, ob sie mit den von den Versicherungsgesellschaften, dem anderen Theile, verlangten Prämien und den ihnen vorgelegten Versicherungsbedingungen zufrieden seien, oder ob ihnen nicht die Prämien zu hoch und die Versicherungsbedingungen zu unbequem erschienen. Nur so läßt es sich erklären, daß das Ministerium die von den Versicherten erhobenen kausen, sich widersprechenden und weit über das Erfüllbare hinausgehenden Forderungen, wie solche naturgemäß als Antwort auf jene Anfragen erfolgen mußten, den Gesellschaften ohne Weiteres zur Rückäußerung und möglichst zur Erfüllung zustellte. Und nur so läßt es sich erklären, daß diejenigen Versicherungsnehmer, welche aus sozial-politischen Gründen, aus Unkenntniß des Versicherungsbetriebes oder aus sonstigen Ursachen gegen die Privatgesellschaften voreingenommen sind, durch das Verhalten der Regierungen in ihren unklaren Auffassungen bestärkt, stets neue Ansprüche geltend machten. Denn dem Versicherten ist nur zum geringen Theil ein tieferes Verständniß von dem Wesen und den Erfordernissen des Versicherungsbetriebes zuzumuthen, namentlich solange es sich nicht um kaufmännisch gebildete Versicherte handelt. Die Mehrheit der Versicherten ist deshalb nicht bloß äußerlichen Einwirkungen und

Einflüssen zugänglich, sondern bildet auch lediglich hiernach mangels anderer Quellen sein Urtheil.

Ein augenfälliges Beispiel von dem Eindrücke, welchen das Verhalten einer Regierung gegenüber den Versicherungsgesellschaften auf die Versicherten macht, hatten die Gesellschaften bei mehreren größeren Ortsbränden in Bayern zu erfahren, die kurz nach der Bekanntmachung der bayerischen Regierung vom 2. Juli 1895 eintraten. Die Brandbeschädigten stellten nicht bloß ganz übertriebene Entschädigungsansprüche und versuchten nicht bloß, die Gesellschaften zu hintergehen, sondern drohten, unter Hinweis auf die Ministerial-Bekanntmachung vom 2. Juli, falls ihnen nicht Alles bewilligt würde, mit Anzeige bei den Behörden, welche die Gesellschaften schon zwingen würden, die Entschädigungssumme in der verlangten Höhe zu zahlen. Nur mit Mühe gelang es den Gesellschaften, bei den völlig in Verwirrung gerathenen Begriffen der Brandbeschädigten über die ihnen rechtmäßig zustehenden Ansprüche, die Schadenregulirung zu Ende zu führen.

Daß ähnliche, nicht allein rechtsirrhümliche, sondern unmoralische Anschauungen, wie sie hier zu Tage traten, weitere Verbreitung unter den Versicherten gefunden haben, lassen einzelne der vorstehenden Abschnitte dieses Berichtes erkennen.

Aus alle dem folgt, daß es zunächst Aufgabe der Regierungen sein muß, dem Versicherungswesen, entsprechend seiner von Jahr zu Jahr steigenden eminenten wirthschaftlichen Bedeutung, die volle, ungetheilte Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei Entscheidung aller das Versicherungswesen betreffenden Fragen Männer der Praxis zu Rathe zu ziehen. Ein relativ so neuer Wirthschaftszweig wie dieser, dessen Entwicklungsphasen einander so rasch folgen, und dessen Grundprinzipien wenigstens in der Theorie noch nicht allgemein festgelegt, beziehungsweise noch nicht allgemein anerkannt sind, kann nur von Demjenigen richtig begriffen werden, der selbst in ihm steht und seinen Werdegang aufmerksamen Auges verfolgt.

Im Königreich Sachsen bildet, wie gezeigt, die Königliche Brandversicherungs-Kammer nächst dem Ministerium die oberste Instanz in Feuerversicherungssachen, die in ihrer freiwilligen

Abtheilung für Mobiliarversicherung bis zu einem gewissen Grad im Wettbewerb mit den Privatgesellschaften steht. Nur durch Vermittelung der staatlichen Anstalt können letztere ihre Wünsche dem Ministerium zur Kenntniß bringen lassen, ein anderer Weg, ihren Standpunkt dem Ministerium gegenüber geltend zu machen, steht ihnen nicht offen.

Die Nothwendigkeit, mit der bisherigen Tradition gänzlich zu brechen und der Privatversicherung Gelegenheit zu geben, sich in unmittelbarem Verkehr mit der Regierung in Versicherungs=sachen gutachtlich zu äußern, ist zuerst und vorläufig allein von der preussischen Regierung erkannt worden.

Die preussische Regierung hat nicht allein für die private und öffentliche Feuerversicherung, sondern auch für sämtliche übrigen Versicherungsarten einen Versicherungsbeirath ins Leben gerufen, welcher aus Vertretern aller dieser Versicherungszweige zusammengesetzt ist und die Bestimmung hat, sich in Versicherungs=angelegenheiten über Vorlagen der Ressort=Minister gutachtlich zu äußern und auch seinerseits die Erörterung darauf bezüglicher Fragen zu beantragen. Außerdem aber wird der Versicherungsbeirath, der seine Beratungen unter dem Voritze des Dezerenten für Versicherungswesen im preussischen Ministerium des Innern abhalten wird, nicht lediglich aus Direktoren preussischer Versicherungsgesellschaften zusammengesetzt sein, sondern auch Direktoren außerpreussischer deutscher Gesellschaften umfassen. Ist die Errichtung des Versicherungsbeirathes in Preußen an sich schon ein von der gesammten Versicherungswelt freudig begrüßter Fortschritt, so gewinnt dieser Fortschritt noch mehr an Bedeutung gerade durch den Umstand, daß in ihm auch Versicherungsgesellschaften anderer deutscher Bundesstaaten vertreten sein werden. Denn bewährt sich die Einrichtung, wie nicht zu bezweifeln, in Preußen, so ist durch die Zusammensetzung des preussischen Beirathes die wesentlichste Vorbedingung dafür erfüllt, daß er sich zu einem zukünftigen, bereits vor Jahrzehnten als Reichsversicherungsamt geplanten Reichsversicherungsrath ausgestalten kann. Die Schaffung eines Reichsversicherungsrathes wäre somit in greifbare Nähe gerückt.

Sollte sich diese Vermuthung bewahrheiten, so würde hierin der Verband Deutscher Privat=Feuerversicherungs=Gesellschaften

den besten Lohn für seine Thätigkeit in den ersten 25 Jahren seines Bestehens erblicken, einer Thätigkeit, die hauptsächlich mit dahin zielte, die Regierungen immer wieder auf die hohe Bedeutung der Privat-Feuerversicherung für das wirtschaftliche Leben der Nation hinzuweisen, wie dies die fast zahllosen Eingaben des Verbandes beweisen. Dem Verbande selbst aber mögen, wie auch immer die Zukunft sich gestalte, noch lange Jahre der Wirksamkeit zum Nutzen des Feuer-Versicherungswesens in Deutschland beschieden sein.



Chronik des Verbandes.

29. November bis 1. Dezember 1871. I. (konstituierende) General-Versammlung zu Hannover.

Es treten zu einem Verbande unter dem Namen „Verband Deutscher Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften“ zusammen:

1. Racher und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Aachen,
Direktor: Friedrich Adolph Brüggemann.
2. Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt zu Berlin,
Direktor: Louis Ferdinand Meisniger.
3. Colonia, Kölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu Köln,
Direktor: Jacob Gilbert.
4. Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin,
Direktor: Friedrich Christian Albert Schmidt.
5. Deutscher Phoenix, Versicherungs-Gesellschaft zu Frankfurt a. M.,
Direktor: Julius Löwengard.
6. Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft zu M.-Glabbadh,
General-Direktor: August Dieckel.
7. Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt zu Leipzig,
Direktor: Ernst Julius Alexander Lemke.
8. Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Magdeburg,
General-Direktor: Theodor Lange.
9. Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft zu Stettin,
Direktor: Julius Berger.
10. Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Breslau,
Direktor: Hermann Heller.
11. Vaterländische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Silberfeld,
Direktor: August Friedrich Groneweg.

Als Mitglieder des nach dem Statute zu ernennenden Ausschusses werden gewählt:

Direktor Meisniger,
Hofrath Brüggemann,
General-Direktor Lange.

10. bis 11. Juni 1872. II. General-Versammlung zu Stuttgart.

In den Verband wird aufgenommen:

Westdeutsche Versicherungs-Actien-Bank zu Essen a. d. Ruhr,

Direktor: Ernst Lindemann.

Zum ständigen Vorsitzenden des Ausschusses wird gewählt:

Justizrath Lefse in Berlin.

4. bis 5. November 1872. III. General-Versammlung zu Hamburg.

An Stelle des Direktors Berger erscheint zum ersten Mal:

Direktor Ferdinand Lippert-Stettin.

Justitiar von Goeßchen vertritt die Nachener und Münchener Gesellschaft zum ersten Mal.

18. bis 19. Dezember 1872. IV. General-Versammlung zu Hannover.

An Stelle des ausgeschiedenen General-Direktors Lange erscheint zum ersten Mal:

General-Direktor Friedrich Knoblauch-Magdeburg.

In den Ausschuss wird an Stelle des General-Direktors Lange gewählt:

Direktor Lindemann-Essen.

Ober-Inspektor Brüggemann-Nachen nimmt zum ersten Mal an der General-Versammlung theil.

5. bis 6. Juni 1873. V. General-Versammlung zu München.

In den Verband wird aufgenommen:

Preussische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Berlin,

Direktor: Ludwig Carl Arnold Nauwerck.

An Stelle des ausscheidenden Ausschussmitgliedes Direktor Lindemann wird gewählt:

Direktor Gilbert-Köln.

10. bis 11. November 1873. VI. General-Versammlung zu Berlin.

Aus der Nennwahl des Ausschusses gehen als dessen Mitglieder hervor:

Justizrath Lefse, Vorsitzender.

Direktor Hofrath Brüggemann, als dessen Stellvertreter:

Subdirektor Schenk in Berlin,

Direktor Meisniger,

Direktor Gilbert, als dessen Stellvertreter: Inspektor Osterwald in Berlin.

Direktorial-Bevollmächtigter Berndt-Magdeburg nimmt zum ersten Mal an der General-Versammlung theil.

11. Juni 1874. VII. General-Versammlung zu Zürich.

An Stelle des ausgeschiedenen Direktors Lindemann erscheint zum ersten Mal:

Direktor Groß-Essen.

5. bis 6. November 1874. VIII. General-Versammlung zu Berlin.

In den Verband wird aufgenommen:

Versicherungs-Gesellschaft Thuringia zu Erfurt,

Direktor: von Waldow.

25. Februar 1876. XI. General-Versammlung zu Berlin.

Ober-Inspektor Springorum vertritt die Vaterländische Gesellschaft zu Elberfeld zum ersten Mal.

6. Juni 1876. XII. General-Versammlung zu Heidelberg.

Gestorben: Direktor Groß.

Aus dem Verbande scheidet aus:

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Magdeburg.

7. bis 8. November 1876. XIII. General-Versammlung zu Berlin.

An Stelle des verstorbenen Direktors Schmidt erscheint zum ersten Mal:

Direktor Küster-Berlin.

6. Februar 1877. XIV. General-Versammlung zu Hannover.

An Stelle des verstorbenen Direktors Groß erscheint zum ersten Mal:

Direktor Bandhauer-Essen.

5. Juni 1877. XV. General-Versammlung zu München.

An Stelle des Direktors Löwengard erscheint zum ersten Mal:

Direktorial-Bevollmächtigter Lämmerhirt-Frankfurt a. M.

18. Oktober 1878. XVIII. General-Versammlung zu Hamburg.

An Stelle des verstorbenen Geheimen Hofraths Brüggemann erscheint zum ersten Mal:

Direktor Adolph Brüggemann-Nachen.

In den Ausschuß wird an Stelle des Geheimen Hofraths Brüggemann gewählt:

Direktor Trostorf-Nachen.

15. bis 16. Oktober 1879. XX. General-Versammlung zu Wiesbaden.

Bei der Neuwahl der Ausschuß-Mitglieder werden wiedergewählt:

Justizrath Lefse, Vorsitzender.

Direktor Meisniger, Stellvertreter des Vorsitzenden und

Direktor Trostorf;

neugewählt:

Direktor Nauwerf.

13. April 1880. XXI. General-Versammlung zu Hannover.

In Stelle des Direktors Groneweg erscheint:

Direktor Springorum-Elsfeld.

8. bis 9. Februar 1881. XXIV. General-Versammlung zu Berlin.

Sub-Direktor Dr. Schumann-Berlin nimmt zum ersten Mal an der General-Versammlung theil.

Es wird ein Bureau des Ausschusses in Berlin errichtet und ein Verbands-Sekretär (Dr. Kellstab) angestellt.

16. bis 17. November 1881. XXVI. General-Versammlung zu Dresden.

In Stelle des Direktors Seller erscheint zum ersten Mal:

General-Direktor Ribbeck-Breslau.

18. April 1882. XXVII. General-Versammlung zu Hannover.

Wieder aufgenommen in den Verband wird:

Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft,

General-Direktor: Robert Tschmarke.

Dr. Ludwig-Nachen nimmt zum ersten Mal an der General-Versammlung theil.

14. bis 16. Juni 1883. XXXII. General-Versammlung zu Thun.

In den Verband wird aufgenommen:

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha,

General-Direktor: Präsident Wilhelm Gwald.

8. bis 10. Oktober 1883. XXXIII. General-Versammlung zu Berlin.

Gestorben: Direktor Gilbert-Köln.

In den Verband wird aufgenommen:

Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft zu Frankfurt a. M.,

Direktor: Voigtherr.

15. bis 18. Januar 1884. XXXIV. General-Versammlung zu
Hannover.

In Stelle des verstorbenen Direktors Gilbert erscheint zum ersten Mal:
Direktor Hebbinghaus-Köln.

17. bis 19. Oktober 1884. XXXVI. General-Versammlung
zu Hamburg.

In Stelle des verstorbenen Direktors Küster erscheint:
Direktor Friedrich Wilhelm Abraham-Berlin.

14. bis 19. Juni 1885. XXXVII. General-Versammlung zu
Berlin.

Direktor Ritter vertritt zum ersten Mal die Gotthard Bank.

17. bis 19. Juni 1885. XXXVIII. General-Versammlung zu
Heidelberg.

In Stelle des General-Direktors Nickel erscheint:
General-Direktor Thyssen-M. Gladbach.
Generalinspektor Juncker vertritt zum ersten Mal die Ver-
linische Anstalt.

16. bis 21. November 1885. XXXIX. General-Versammlung
zu Berlin.

In den Verband werden aufgenommen:

Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Lübeck,
Direktor: Biermann.

Transatlantische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft zu Hamburg,
Direktor: Jacobsen.

In Stelle des ausgeschiedenen Direktors Voigtherr erscheint:

Direktor Bowninkel-Frankfurt a. M.

In Stelle des Direktors Drostorff wird in den Ausschuß gewählt:

Direktor Brüggemann-Nachen,

als seinen Vertreter bestellte er:

Subdirektor Dr. Schumann in Berlin.

20. bis 30. September 1886. XLI. General-Versammlung zu
Eisenach.

In den Verband wird aufgenommen:

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank zu München,
Direktor: Sendtner.

15. bis 17. März 1887. XLII. General-Versammlung zu Berlin.

An Stelle des Verbands-Sekretärs Dr. Kellstab wird angestellt:
Dr. Dehmel.

11. bis 13. Mai 1887. XLIII. General-Versammlung zu Heidelberg.

An Stelle des Justizraths Lefse wird zum ständigen Vorsitzenden des Ausschusses gewählt:

General-Sekretär H. A. Bued.

9. bis 14. November 1887. XLIV. General-Versammlung zu Berlin.

An Stelle des verstorbenen General-Direktors Präsidenten Graß übernimmt die Vertretung der Gothaer Bank:

General-Direktor Konsul Mathies-Gotha.

13. bis 15. November 1888. XLVI. General-Versammlung zu Dresden.

Aus dem Verband ist ausgeschieden:

Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft zu Lübeck.

23. bis 24. Mai 1889. XLVII. General-Versammlung zu Baden-Baden.

An Stelle des von der Leitung der Gothaer Bank zurückgetretenen Konsuls Mathies erscheint:

Ober-Bürgermeister a. D. General-Direktor Brüning-Gotha.

29. bis 31. Mai 1890. XLIX. General-Versammlung zu Luzern.

An Stelle des Direktors Jacobsen übernimmt die Leitung der Transatlantischen Gesellschaft:

Direktor Blumberger-Hamburg.

25. bis 27. Mai 1891. LII. General-Versammlung zu Salzburg.

In den Verband wird aufgenommen:

Feuerversicherungs-Gesellschaft Rhein & Mosel zu Straßburg i. G.,

Direktor: Mathis.

18. bis 21. Oktober 1892. LV. General-Versammlung zu Dresden.

An Stelle des Direktors Kämmerhirt erscheint zum ersten Mal:

Direktor Schwemer-Frankfurt a M.

Aus dem Verband ist ausgeschieden:

Deutsche Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft zu Berlin.

30. Mai bis 2. Juni 1893. LVII. General-Versammlung zu Salzburg.

An Stelle des verstorbenen Direktors Lippert erscheint:

Direktor Bärkner-Stettin.

An Stelle des ausscheidenden Direktors Meisnitzer übernimmt die Leitung der Berlinischen Anstalt:

Direktor Dr. Schumann-Berlin

und wird in den Ausschuß gewählt.

Direktor Brüggemann überträgt seine Vertretung im Ausschuß an:

Subdirektor Reichel in Berlin.

16. bis 19. Oktober 1894. LX. General-Versammlung zu Frankfurt a. M.

Direktor Kettner-Frankfurt a. M. nimmt zum ersten Mal an der General-Versammlung theil.

An Stelle des Dr. Dehmel wird als Verbands-Sekretär angestellt:

Dr. Ziegler.

13. bis 15. Juni 1895. LXI. General-Versammlung zu Salzburg.

Gestorben: Direktor Adolph Brüggemann-Nachen.

16. bis 18. Oktober 1895. LXII. General-Versammlung zu Dresden.

Gestorben: Direktor v. Sendtner-München.

An Stelle des ausgeschiedenen Direktors Hebbinghaus übernimmt die Leitung der Colonia:

Direktor Thiele-Köln.

16. bis 18. Juni 1896. LXIII. General-Versammlung zu Heidelberg.

Es erscheinen zum ersten Mal:

an Stelle des verstorbenen Direktors Brüggemann:

General-Direktor Schröder-Nachen,

an Stelle des verstorbenen Direktors v. Sendtner:

k. Regierungs-Direktor Rasp-München,

an Stelle des ausgeschiedenen Direktors Lemke:

Direktor Jung-Leipzig,

an Stelle des ausgeschiedenen Direktors v. Baldow:

bisheriger Direktor der Nachener und Münchener Gesellschaft

Dr. Ludwig-Erfurt.

Direktor Reichel in seiner neuen Eigenschaft als Direktor der Nachener & Münchener Gesellschaft.

In den Ausschuß wird an Stelle des verstorbenen Direktors Brüggemann
General-Direktor Schröder-Nachen
gewählt, welcher als ständigen Vertreter
Subdirektor Schopen-Berlin
ernennt.

**24. bis 26. November 1896. LXIV. General-Versammlung zu
Dresden.**

25 jähriges Bestehen des Verbandes.

Stellvertretender Direktor Brucker vertritt die Preussische Feuer-
Vers.-Aktien-Gesellschaft.

Mitglieds-Verzeichniß Ende des Jahres 1896.

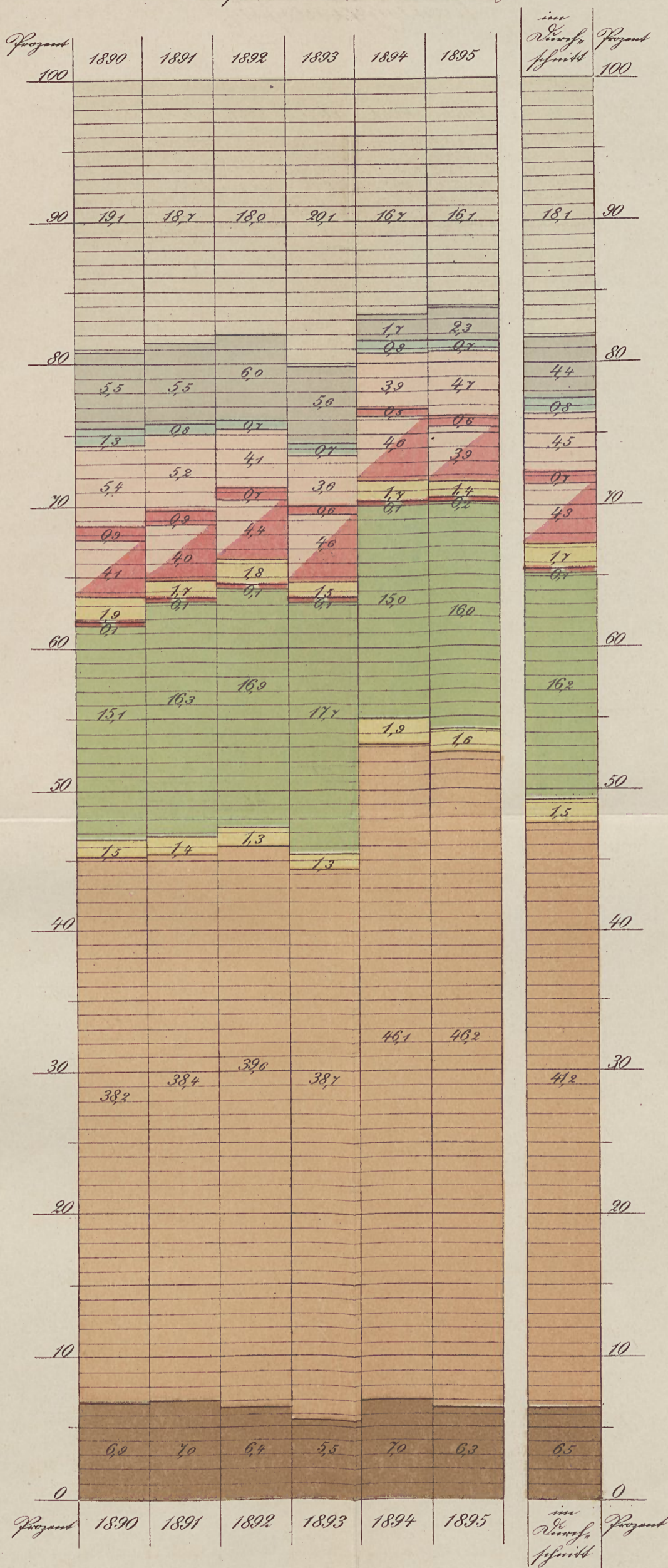
1. Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in Nachen,
General-Direktor Schröder.
2. Feuer-Versicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank
in München, f. Regierungs-Direktor Rasp.
3. Berlinische Feuer-Versicherungs-Anstalt in Berlin, Direktor Dr.
Schumann.
4. Kölnische Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Colonia in Köln a. Rh.,
Direktor Thiele.
5. Deutscher Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M., Direktor
Schwemer.
6. Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha, General-Direktor
Brüning.
7. Gladbacher Feuerversicherungs-Gesellschaft in M. Gladbach, General-
Direktor Thyssen.
8. Leipziger Feuer-Versicherungs-Anstalt in Leipzig, Direktor Jung.
9. Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft in Magdeburg, f. Kommerzien-
rath General-Direktor Tschmarke.
10. Preussische Feuer-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin, Direktor
Rauwerk.
11. Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft in Stettin, Direktor
Bürkner.
12. Providentia, Frankfurter Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M.,
Direktor Bowinkel.
13. Feuerversicherungs-Gesellschaft Rhein und Mosel in Straßburg i. G.,
Direktor Mathis.

14. Schleifische Feuerversicherungs-Gesellschaft in Breslau, General-Direktor Nibbeck.
 15. Versicherungsgesellschaft Thuringia in Erfurt, Direktor Dr. Ludwig.
 16. Transatlantische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Hamburg, Direktor Blumberger.
 17. Vaterländische Feuer-Versicherungs-Actien-Gesellschaft in Elberfeld, Direktor Springorum.
 18. Westdeutsche Versicherungs-Actien-Bank in Essen a. d. Ruhr, Direktor Bandhauer.
-

Brandursachen-Statistik 1890-1895 in Prozenten

aller bei den 18 Verbands-Gesellschaften in Deutschland vorgekommenen Brandereignisse.

Anlage zu Seite 279.



Zahl der Brandereignisse:

1890..... 28071

1891..... 31450

1892..... 35554

1893..... 39607

1894..... 39424

1895..... 47217

Zur Vergleichung 36887.

Farbenerklärung:

- | | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Pf. 2, versch. u. unvors. Leuchtstoffe. | Pf. 10, elektr. Lichter in der Wohnung. | Pf. 14, Blitzschlag. |
| " 3, fahrlässige do. | " 11, Unvors. in Fabrik u. d. d. d. | " 15, unvors. Handhabung. |
| " 6, fahrlässige Leuchtstoff. d. d. d. | " 12, fahrlässige u. unvors. Leuchtstoffe. | " 8, 16, fahrlässige u. unvors. Leuchtstoffe. |
| " 7, fahrlässige Leuchtstoffe. | " 13, do. d. d. d. | " 17, unmittelb. d. d. d. |

